

4. Die Dispositive der Freiwilligkeit

Die nachfolgende Darstellung der engagementbezogenen Storylines zwischen 1985 und 2009 erfolgt chronologisch entsprechend ihrem zeitlichen Auftreten. Das Aufkommen einer neuen Erzählung ist jedoch nicht gleichbedeutend mit dem Verschwinden der vorausgegangenen Narration. Vielmehr gibt es zwischen diesen Storylines vielfältige Überlagerungen und Verschränkungen, d.h., sie laufen nebeneinander her, gehen ineinander über und befruchten sich gegenseitig.

4.1 STORYLINE »TRADITIONELLES EHRENAMT«

Die folgenden kurzen Ausführungen bezüglich des vor dem eigentlichen Untersuchungszeitraum dominanten Freiwilligenbildes dienen lediglich dem Ziel, die lange Zeit vorherrschenden engagementspezifischen Vorstellungen als Hintergrund- bzw. Kontrastfolie zu den seit Mitte der 1980er Jahre eintretenden Veränderungen zu skizzieren. Konkret formuliert bedeutet dies, dass die Verknüpfungen zwischen den epistemischen, institutionellen, objekt- und körperbezogenen Aussagen der Storyline des traditionellen Ehrenamtes, die seit den 1950er Jahren bis Anfang der 1980er Jahre zumindest in Westdeutschland¹ prägend war, überblicksartig nachgezeichnet werden. Die 1950er Jahre können in Westdeutschland als Beginn der Herausbildung der Erzählung des traditionellen – vor allem sozialen – Ehrenamtes betrachtet werden, da sich seitdem die Bedingungen der Ehrenamtlichkeit angesichts der Wiederbelebung des »dualen« Systems der Wohlfahrtspflege in der Nachkriegszeit, d.h. des »gesetzlich geregelte[n] Einbau[s] der freien in das Gesamtsystem der öffentlichen Wohlfahrtspflege« (Sachße 1995: 123) und der hiermit einhergehenden Professionalisierung der Sozialen Arbeit, deutlich ge-

1 | Ehrenamtliches Engagement fand in der DDR vorwiegend im Umfeld der Betriebe, der Parteiorganisationen (z.B. Freie Deutsche Jugend (FDJ)) und in den staatlich durchdrungenen Massenorganisationen der Volkssolidarität oder des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) statt. Die Übernahme von Tätigkeiten, wie etwa die Teilnahme an Ernteeinsätzen oder das Engagement in den schulischen Pionierorganisationen, geschah jedoch nicht immer freiwillig, sondern wurde als Zeichen für ein pro-sozialistisches Verhalten staatlich eingefordert und überwacht. Besonders schwierig gestaltete sich die Arbeit der freiwilligen Helfer in kirchlichen Einrichtungen, da diese vom Staat nur geduldet und kritisch beobachtet wurden (Bock 1992: 381; SFZ 2001).

wandelt haben.² Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Ehrenamtlichen in der Freien Wohlfahrtspflege eine zentrale Stellung inne, d.h. sie besetzten Vorstandsposten und übernahmen den Großteil der anfallenden Dienste. Die Verberuflichung des sozialen Sektors war bis dato nur sehr gering fortgeschritten (Rauschenbach 1991: 6; Bock 1992: 381). Thomas Rauschenbach konstatiert daher, dass die ehrenamtliche soziale Arbeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts »zunächst die *einzig* öffentliche Dienstleistung« war (Rauschenbach 1991: 6, Herv. i.O.), der aufgrund ihrer Alternativlosigkeit und des hohen gesellschaftlichen Bedarfs ein hohes Maß an Anerkennung und Wertschätzung entgegengebracht wurde. Obgleich im Zuge der Professionalisierung der Freien Wohlfahrtspflege seit Ende der 1950er Jahre Ehrenamtliche zunehmend in den Hintergrund traten und in Ergänzung zu den hauptamtlichen Fachkräften vermehrt helfende Tätigkeiten übernahmen, konzentrierte sich der Großteil des freiwilligen Engagements im Sozialsektor lange Zeit auf die Wohlfahrtsverbände und ihre Einrichtungen (Olk 1989a: 7). »Bis in die ausgehenden 70er Jahre hinein«, so resümiert Thomas Olk, »gehörten Mobilisierung, Rekrutierung, Qualifizierung und Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter zu den ureigensten Aufgaben Freier Wohlfahrtspflege.« (Olk 1989b: 31) Das unter diesen Bedingungen vorherrschende Ehrenamtsbild steht im Mittelpunkt der Storyline des traditionellen Ehrenamtes, deren multidimensionale Aussagen sich um die Schlüsselkategorie »Ehrenamt als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung« gruppieren.

Der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes liegt die Wissensordnung des alten Ehrenamtes zugrunde: Dessen typische Vertreterin ist die 40- bis 60-jährige Hausfrau, die aus abgesicherten materiellen Verhältnissen stammt und nach der Zeit der Kinderbetreuung eine neue Freizeitbeschäftigung vorzugsweise im Bereich der Sozialen Arbeit sucht (Bock 1989: 434; Olk 1989a: 9; Rauschenbach 1991: 8; Born 1993: 32).³ Das alte (soziale) Ehrenamt, gekennzeichnet durch Altruismus, Selbstlosigkeit und lebenslange Verpflichtung der überwiegend unauffällig im Hintergrund tätigen weiblichen Helfer (Gaidetzka 1989a: 301f.; Braun 1990a: 585; Helbrecht-Jordan 1992: 237), ist »in überkommene Sozialmilieus eingebunden und durch gesellschaftliche Zentralwerte legitimiert; es ist hochorganisiert, in festgefügte Formen der Kooperation eingebaut und unterliegt oft genug den Weisungen [...] hauptamtlicher Mitarbeiter« (Olk 1989a: 9; ebenso Gaidetzka 1990: 588; Halfar 1994: 106). Auf der Objektebene sind es insbesondere Symbole, wie »der Kuchen für das Kirchenfest und der Häkeltopflappen für den Gemeindebasar« (FAZ 2000g; Born 1988: 26), die die Erzählung des traditionellen Ehrenamtes einfangen

2 | Gesetzlich verankert wurde die bedingte Vorrangstellung der Freien Wohlfahrtspflege durch das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) und die Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) im Jahr 1961 (Sachße 1995: 136).

3 | Ein Blick auf die Geschlechts- und Altersstruktur der Helfergruppen der Caritas bestätigt diese Feststellung: So hat die Auswertung der Tätigkeitsberichte der Caritas-Konferenzen Deutschlands des Jahres 1991 ergeben, dass weniger als 1 % der Ehrenamtlichen in der Caritas jünger als 30 Jahre sind, 54,8 % sind zwischen 50 und 70 Jahre alt und nochmals 14 % haben das 70. Lebensjahr bereits überschritten. Zudem sind 92,6 % der erfassten Helfer weiblich (Götz 1993a: 20; BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 94; zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Halfar 1994: 110f. und Brantzen 1995: 221f.).

und abkürzen.⁴ Die Motive für das alte Ehrenamt bewegen sich somit zwischen »christlicher Pflichterfüllung (bei sozialen Aufgaben) bzw. gewohnheitsmäßige[r] und regelmäßige[r] Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen (bei Vereins- und Verbandstätigkeiten)« (Hacket/Mutz 2002: 43). Das institutionelle Pendant zum alten Ehrenamt bilden neben Parteien, Gewerkschaften, Großvereinen und Kirchen vor allem die hierarchisch organisierten Wohlfahrtsverbände, die ihre Arbeit durch übergreifende milieugebundene Wertanschauungen legitimieren und hierdurch die erste Anlaufstelle für die alten Ehrenamtlichen darstellen (Nachbauer 1989: 499f.; Wessels 1995: 196; Bock 1996b: 221f.).

Ehrenamtliche werden in dieser Storyline folglich als eine natürlich vorhandene Ressource betrachtet, die sich aus einer naturwüchsigen, gewissermaßen »genetisch kodierte[n]« Verpflichtung« (Zentralrat des DCV 1995: 318) heraus freiwillig engagieren. Zu den zentralen Symbolen dieses milieugebundenen, alten Ehrenamtes gehören beispielsweise »Papas Blaumann und Mamas SPD-Parteibuch« (Zeit Online 1997c), deren bloße Existenz in den Familien den hierdurch repräsentierten Organisationen lange Zeit eine ausreichende Anzahl an freiwilligen Nachwuchskräften garantierte. Für die Gewinnung von Freiwilligen mussten die Organisationen der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft über viele Jahre hinweg keine besonderen Anstrengungen unternehmen: »Sie waren immer irgendwie da«, lautet daher auch das selbstkritische Fazit der AWO (Pott 1996: 12; ebenso Braun 1989: 43; Jakob/Olk 1991a: 227f.; SZ 1998c). Angesichts der Selbstverständlichkeit ihres Daseins beschränkt sich die Anerkennung dieser Freiwilligen auf die Verleihung von »Ehrennadeln« oder »Medaillen« (SZ 1994c), die als zentrale Objektbezüge über viele Jahrzehnte hinweg die im Grunde einzigen Mittel der Anerkennung und Danksagung langjähriger Treue und ehrenamtlicher Helferdienste im Sinne des alten Ehrenamtes waren.

4.2 STORYLINE »SELBSTVERWIRKLICHUNG STATT AMT UND EHRE«

Die über viele Jahrzehnte dominierende Erzählung des traditionellen Ehrenamtes wird seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend um die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ergänzt. Es sind mehrere Faktoren bzw. Gründe, die zu dieser Neuverhandlung des Ehrenamtes geführt haben: Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang zweifelsohne den in den 1980er Jahren mit zunehmender Intensität geführten wissenschaftlichen Debatten über den Wandel der Freiwilligkeit vom alten zum neuen Ehrenamt zu. Diese Befunde der Ehrenamts- und Freizeitforschung wurden sowohl von den Printmedien als auch von den Einrich-

4 | Dass besonders die Erwähnung des Kuchens die Erzählung vom traditionellen Ehrenamt aufrufen kann, zeigt die folgende Textpassage, die einer Stellungnahme des Stadtsporbundes Münster zum Thema Ehrenamt entnommen wurde: »Erst backen wir den Kuchen, dann spenden wir ihn, dann schieben wir unseren Dienst und verkaufen den Kuchen, und zuletzt sehen wir zu, daß wir den übriggebliebenen Kuchen auch noch selber kaufen.« (Stadtsporbund Münster o.J.) Treffender könnte man den hohen zeitlichen und individuellen Aufwand sowie den Verpflichtungs- und Dienstcharakter des alten Ehrenamtes wohl kaum auf den Punkt bringen.

tungen der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft rezipiert und verbreitet. Letztere entwickelten vor allem deshalb ein besonderes Interesse an dieser Thematik, da sie sich seit Ende der 1980er Jahre zunehmend der Tatsache abnehmender Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen bewusst wurden. Demgegenüber nahm die Zahl freiwillig Engagierter im Umfeld alternativer Bündnisformen wie Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen usw. stetig zu.

Somit kann die gesellschaftliche Neuverhandlung des Ehrenamtes seit Mitte der 1980er Jahre u.a. auch darauf zurückgeführt werden, dass immer mehr engagierte Bürger von dem tradierten Bild des alten Ehrenamtes abwichen und insofern neue diesbezügliche Wege beschritten, als sie freiwilliges Engagement zunehmend als sinnstiftende und selbstbestimmte Form der Freizeitgestaltung wahrnahmen. Politische Verantwortungsträger wendeten sich diesem Thema nur recht zögerlich zu: Während auf der Ebene der Kommunal- und Landespolitik bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre diesbezügliche Diskussionen aufkamen, schenkten Bundespolitiker engagementbezogenen Fragen erst seit Mitte der 1990er Jahre Aufmerksamkeit. Dementsprechend handelt es sich bei der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre in der Anfangsphase überwiegend um eine im wissenschaftlichen Kontext sowie in der Vereins- und Verbandslandschaft verbreitete sowie medial flankierte Erzählung, die durch die Alltagspraxis einer steigenden Anzahl Freiwilliger genährt wurde. Erst seit Mitte der 1990er Jahre flossen auch zunehmend politisch lancierte Deutungselemente in die Selbstverwirklichungs-Erzählung ein, wodurch diese gewissermaßen komplettiert und zu einer konsistenten Storyline verdichtet wurde.

Diese hier nur in groben Zügen umrissenen gesellschaftlichen Einflussfaktoren bilden somit die Hintergrundfolie für die Herausbildung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre seit Mitte der 1980er Jahre, die in Abgrenzung zur Erzählung des traditionellen Ehrenamtes Objekte, Wissensordnungen, Institutionen und körperbezogene Aussagen mit Blick auf die Kernkategorie »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung« neu miteinander verknüpft.

Die Wohlfahrtsverbände als Sinnbild für Bevormundung und Pflichterfüllung

In der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ist es vor allem eine die institutionelle Dimension betreffende Negativ-Verknüpfung, die die Neubewertung freiwilligen Engagements seit Mitte der 1980er Jahre unverkennbar zum Ausdruck bringt: So avancieren gerade die traditionsreichen Großorganisationen, deren Erwähnung gleichsam die gesamte Erzählung des traditionellen Ehrenamtes aufruft, in der neuen Storyline zum Sinnbild für Bevormundung, Langeweile und Unselbstständigkeit:

»Wohlfahrtsverbände, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen [...] wirken dabei, machen wir uns nichts vor, bisweilen angestaubt bis überflüssig, auf jeden Fall anstrengend. Aller reformerischer Eifer und alle Kreativität werden aus der Versammlung des Ortsvereins der Arbeiterwohlfahrt oder aus der Sozialbetreuung des Diakonischen Werkes kein Freizeitangebot machen, das auf den ersten und zweiten Blick verlockender erscheint als eine Sportveranstaltung, ein Konzert, der Computerklub, ein Einkaufsbummel oder ein netter Abend mit Freunden in der Kneipe oder im Restaurant.« (Scharping 1996: 12f.)

Während die Nachwuchsfrage in diesen Organisationen in der Vergangenheit in allererster Linie durch die Kinder und das verwandtschaftliche Umfeld der bereits freiwillig Aktiven beantwortet wurde, stellen die zentralen Symbole dieses milieugebundenen, alten Ehrenamtes, wie etwa »Papas Blaumann und Mamas SPD-Parteibuch« (Zeit Online 1997c), spätestens seit Mitte der 1980er Jahre keine Garantie mehr für eine ausreichend große Anzahl ehrenamtlicher Nachwuchskräfte dar (Deutscher Bundesjugendring 1993: 101; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 32). In der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird den typischen Institutionalisierungsformen der Wissensordnung des alten Ehrenamtes, d.h. den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Parteien, Gewerkschaften usw., ihre über lange Jahre unangetastete Präge- und Bindekraft in Sachen Ehrenamt zunehmend abgesprochen (SZ 1998c). Zur Untermauerung dieser Feststellung wird in medialen, verbandsbezogenen und politischen Publikationen stets auf die diesbezüglichen Spezialdiskurse, d.h. auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Ehrenamts- und Freizeitforschung sowie auf statistische Erhebungen verwiesen, die eine Abnahme der Engagiertenzahlen in den genannten Organisationen belegen (Rogg 1994: 459; Merkel 1994: 435f.; Spiegel 1994b, 1994c; Focus 1995a, 1995c; Zentralrat des DCV 1995: 312; Pott 1996; BT-Drs. 13/5674 1996).

Insbesondere die Spitzenverbände der deutschen Wohlfahrtspflege, denen von Seiten der Wissenschaft bereits in den 1980er Jahren ein »Aussterben des Stammkunden« attestiert wurde (Streeck 1987: 474),⁵ finden in dieser Erzählung fast ausschließlich als Institutionalisierungsform eines abhängigen und bevormundenden Ehrenamtes Erwähnung (Paulwitz 1996b: 227; FAZ 1996e). Die Ehrenamtlichen hätten hier, so die Selbsterkenntnis der AWO, über viele Jahrzehnte hinweg ein kaum beachtetes und gewürdigtes »Schattendasein« (Pott 1996: 19) geführt. Auch die Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Teresa Bock, räumte ein, dass aufgrund des jahrelangen »Randgruppendasein[s]« der Freiwilligen in der Caritas »über dem Bild der Ehrenamtlichen [...] ein Dunstschleier« liege (Bock 1994: 420f.; ebenso Paulwitz 1996a: 258). Sogar von Seiten der bislang so aktiven weiblichen Engagierten wurde zunehmend Kritik laut, da sie sich einerseits in der Rolle als unsichtbare Helferinnen ausgenutzt fühlten (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 53; Krüger 1997: 19) und die spannungsreiche und weisungsgebundene Kooperation mit den Hauptamtlichen andererseits dem eigenen engagementspezifischen Selbstfindungsprozess widerspreche (Puschmann 1992; Zentralrat des DCV 1995: 319-321). Daher kam auch Gudrun Born, stellvertretende Bundesvorsitzende der Caritas-Konferenzen Deutschlands, zu der resümierenden Einschätzung, dass es die »Frau Caritas« von einst, die im Umfang eines full-time jobs alles ausführt, was andere von ihr fordern oder erwarten (oft bis zur eigenen Erschöpfung), [...] bald nicht mehr geben« werde (Born 1993: 33; ebenso Gaidetzka 1990: 588; Paulwitz 1996a: 248; Reihls 1996: 240). Der neue Helfer-Typ, so beschreibt ihn die *Süddeutsche Zeitung*, »ist 19 bis 29, studierender oder voll berufs-

5 | Den Rückgang der freiwilligen Helfer in den etablierten sozialen und kirchlichen Verbänden fasst die damalige Bundesgeschäftsführerin der Caritas-Konferenzen Deutschlands, Petra Gaidetzka, folgendermaßen zusammen: »Doch diese in der Gemeinde geschätzten, unentbehrlichen und meist sehr unauffälligen Ehrenamtlichen (in der Regel sind es Frauen) finden kaum Nachfolger/-innen. Ehemals blühende Gruppen überaltern und sterben einen stillen Tod – fast unbemerkt, eben so, wie sie auch gearbeitet haben.« (Gaidetzka 1992: 154)

tätiger Single, sucht Kontakte, Lebenssinn [und einen] Ausgleich zum Beruf« (SZ 1998d).

Vor diesem Hintergrund verwundert es kaum, dass die Ehrennadel oder das Ehrenabzeichen, die über viele Jahrzehnte hinweg die zentralen Anerkennungsformen für ein langjähriges Ehrenamt darstellten, in der Erzählung der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zu Symbolen für Unsichtbarkeit, Abhängigkeit und Selbstaufopferung avancieren, mit denen sich die meisten Freiwilligen neuen Typs nicht mehr zufrieden geben wollen (SZ 1994c; Zeit Online 1996a; Bock 1996b: 223). Bereits ein Blick in die engagementbezogene Medienberichterstattung zeigt, dass die Ehrennadel oder ähnliche Abzeichen zu den zentralen objektbezogenen Negativ-Verknüpfungen der neuen Storyline gehören: In pointierter Form schreibt z.B. die *Süddeutsche Zeitung*: »Lust auf'n Ehrenamt? Kriegst auch 'n Aufnäher.« – »Geht grad nich [sic!]<« (SZ 2000a).

Den alten und verkrusteten Ehrenamtsstrukturen, in denen der Freiwillige eine »Statistenrolle als billiger Jakob oder dummer August« (Pott 1996: 10) innehat und »mit Glück nach 25 Jahren Tätigkeit mit einer Ehrennadel abgespeist wird« (Zeit Online 1996a), stellt die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes entgegen, über deren Relevanz vor allem in der Ehrenamtsforschung seit Mitte der 1980er Jahre heftig diskutiert wurde (u.a. Olk 1987, 1989b: 32; Rauschenbach 1991: 8f.; Helbrecht-Jordan 1992: 238f.). Befreit von seinem verstaubten Image als unselbständiger und altruistischer Dienst der Nächstenliebe wird das neue Ehrenamt mit positiv besetzten Attributen wie Selbstverwirklichung, Spaß, Autonomie und Kreativität in Verbindung gebracht (Zeit Online 1994). So kommt z.B. Franz Müntefering zu der Einsicht, dass ein Ehrenamt »nicht nur Plackerei« bedeute, sondern vor allem Freude bereite (Focus 1996). In ebendiesem Sinne titelt auch *Die Zeit*: »Knete ist nicht alles. [...] Ohne Lohn zu arbeiten soll nun auch noch Spaß machen« (Zeit Online 1996a; ebenso Zeit Online 1997i). Während Gründe, wie die Steigerung des eigenen Selbstbewusstseins, Spaß oder persönliche Rückgewinnungswünsche, im Rahmen der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes allenfalls hinter vorgehaltener Hand geäußert wurden (Bock 1996b: 222; Spiegel 2000), gehören diese seit Mitte der 1980er Jahre zum selbstverständlichen Antwortrepertoire auf die Frage, warum man sich unentgeltlich engagiere (FAZ 1993b; SZ 1993b; SZ 1996b; Zentralrat des DCV 1995: 318f.):

»Der Wunsch, sich einzubringen; die Freiheit, verschieden zu sein; die Lust, neue Formen auszuprobieren; das Selbstbewußtsein, Inhalte des Engagements auszuhandeln; die Philosophie, soziale Aktivitäten auch als Freude, Entfaltung und Abenteuer zu erleben, nicht nur als ›Opfer‹ und ›Dienst‹ zu ertragen: all das rechtfertigt keinen Alarmismus, wohl aber ein wenig mehr soziale Phantasie.« (Zeit Online 1994)

Sinnerfüllung und Selbstverwirklichung als zentrale Inhalte des neuen Ehrenamtes

Die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes, die der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zugrunde liegt, zeichnet sich somit durch folgende zentrale Kennzeichen aus: Erstens wird, wie auch die soeben skizzierte institutionelle Negativ-Verknüpfung mit den traditionellen Großorganisationen zeigt, den selbstverwirklichenden und gesundheitsförderlichen Aspekten sowie den individuellen Rückgewinnungspotenzialen einer freiwilligen Tätigkeit erhebliche Wertschät-

zung entgegengebracht. Hiermit untrennbar verbunden ist zweitens ein universelles Aktivitätspostulat, da prinzipiell alle Bürger aufgrund der Ausweitung der individuellen freien Zeit zur Übernahme eines Ehrenamtes in der Lage seien. Dies geht drittens mit der Delegitimation einer lediglich für die selbstbezogene Erholung genutzten Freizeit einher, in der auf ein freiwilliges Engagement vollständig verzichtet wird. Das Netz, das zwischen diesen epistemischen Aussagen und spezifischen körper- und objektbasierten sowie institutionellen Bezügen geknüpft wird, gilt es im Folgenden zu skizzieren.

Erstens wird in der auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes Bezug nehmenden Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre die hohe Bedeutung des freiwilligen Engagements für den individuellen Lebensweg diskursiv in den Mittelpunkt gestellt. Exemplarisch hierfür sei auf einen Redebeitrag des CDU-Abgeordneten Klaus Riegert im Deutschen Bundestag verwiesen: »Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer begreifen ihre Tätigkeit für unser Gemeinwesen als einen Teil ihrer Lebensaufgabe. Sie wollen Freude am Ehrenamt. Sie sehen in ihm eine sinnvolle Bereicherung ihres Alltagslebens, ihrer Freizeit und ihrer persönlichen Weiterentwicklung.« (Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107) In diesem Statement treten die beiden zentralen epistemischen Verknüpfungen der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes deutlich zu Tage. Ganz nach dem Motto: »Ehrenämter betreffen ganz alleine den einzelnen« (Abgeordnete Holzhüter (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13124) steht hier erstens der individuelle Mehrwert einer freiwilligen Aktivität für den Engagierten selbst im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Freiwilliges Engagement wird in diesem Zusammenhang zweitens als zentrale Sinnquelle der alltäglichen Lebensführung benannt. Der eigentliche Mehrwert des Ehrenamtes, so Wolfgang Börnsen, liegt folglich »darin, daß man seinem Leben Sinn durch die Ausübung einer unentgeltlichen, gemeinwohlbezogenen Tätigkeit geben kann« (Abgeordneter Börnsen (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13122; vgl. ebenso Zentralrat des DCV 1995: 329; Herzog 1995; Born 1996: 28; FAZ 1997b; Oswald 1997: 13; Oliva 1998: 13; Hübner 2009: 103).

Diese sinngenerierende Funktion wird durch Bezugnahme auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Biografieforschung (Jakob/Olk 1991a: 227f.) untermauert und durch die folgenden epistemischen Verknüpfungen näher erläutert: Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse und des Zerfalls überkommener Milieus, so die Argumentation, sei freiwilliges Engagement für den Einzelnen eine Quelle innerer Zufriedenheit und Sinnstiftung, da es Orientierung biete, Halt gebe, den eigenen Lebenshorizont erweitere sowie »wichtige Grunderfahrungen der sozialen Mitwirkung und Mitgestaltung« vermittele (DSB 1996: 12; vgl. ähnlich Gaidetzka 1990: 588; Deutscher Bundesjugendring 1993: 103; Bobzien 1997: 69). Die sinngenerierenden persönlichen Rückgewinnungspotenziale eines freiwilligen Engagements reichen folglich von Freude und Spaß am eigenen Tun über die Befriedigung durch sichtbare Ergebnisse und der Begegnung mit anderen Menschen bis hin zu einem erleichterten Zugang ins Erwerbsleben oder anderen Formen der materiellen bzw. ideellen Unterstützung (SZ 1994a; Bock 1996b: 223; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 11; Puschmann 1998: 381). Ehrenamtliches Engagement, so das Fazit der Caritas, mache den Einzelnen reicher; es »macht den reicher, der hilft, weil es ihm Begegnungen mit Menschen, die andere Lebenserfahrungen haben, schenkt« (Bock 1994: 424). Und

auch die Freiwilligen selbst scheinen von der sinnstiftenden Bedeutung ehrenamtlicher Aktivitäten überzeugt zu sein: In ebendiesem Sinne konstatiert z.B. Peer Steinbrück, dass ihm in Gesprächen mit Freiwilligen der Satz: »Sinnvoller kann ich meine freie Zeit überhaupt nicht verbringen«, besonders häufig begegne (Steinbrück 2009: 184).

Diese hier skizzierte Überhöhung der sinnstiftenden Aspekte einer freiwilligen Tätigkeit für den Einzelnen im Rahmen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ist zudem untrennbar verbunden mit verschiedenen körperbezogenen Aussagen: Ehrenamtlichen Aktivitäten wird von verschiedenen Seiten eine allgemeine gesundheitsförderliche Wirkung zugeschrieben, wobei Gesundheit nicht nur als Abwesenheit von Krankheit definiert, sondern »als ein ineinander verwobenes Arrangement« aus »physischem, psychischem und sozialem Wohlbefinden« verstanden wird (Paulwitz 1996a: 243). Als Quelle der Sinnstiftung und sozialen Begegnung trage freiwilliges Engagement, so der durchgängige Tenor, zu einem umfassenden Wohlergehen im körperlichen, seelischen und sozialen Sinne bei (SZ 1998a).⁶ Dieser Argumentation folgend konstatiert beispielsweise die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula Lehr, dass »mit der Übernahme einer als sinnvoll erlebten Tätigkeit manche gesundheitlichen Probleme verschwinden bzw. nicht mehr so stark erlebt werden« (Lehr 2009: 114). Freiwilliges Engagement stellt somit für Menschen aller Altersgruppen, besonders aber für die ältere Generation, eine ideale Möglichkeit dar, sich seelisch und körperlich gesund zu halten und sich gleichzeitig einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen (u.a. Abgeordnete Holzhüter (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13123f.; SZ 1998a; Hübner 2009: 103; Hamburger Abendblatt 2010). Andererseits trage eine sinnvoll erlebte freiwillige Betätigung maßgeblich dazu bei, die häufig auftretenden negativen Begleiterscheinungen der Nicht-(mehr)-Erwerbstätigkeit, wie »Einsamkeit und Depressionen« (SZ 1998a), abzumildern und gerade ältere Menschen vor der »Ruhestands-Ausmusterung« (Paulwitz 1996a: 246) zu bewahren. Mit derartigen Aussagen knüpft das engagementspezifische Selbstverwirklichungs-Dispositiv grundlegend an das von der Forschergruppe um Stephan Lessenich herausgearbeitete altersbezogene »Unruhestands«-Dispositiv an, das sich im selben Zeitraum zu verfestigen beginnt und im Rahmen dessen der passiv und bewegungsarm verbrachte Ruhestand zunehmend zugunsten einer aktiven Gestaltung dieser Lebensphase delegitimiert wird (Denninger u.a. 2010: 224-227, 2014: 113-119).

Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung

Ähnlich wie die für die Unruhestands-Erzählung typische Wissensordnung des »neuen Alters« (Denninger u.a. 2010: 225) geht auch die Rede vom neuen Ehrenamt mit einer erheblichen Bedeutungsaufwertung allseitiger Aktivität einher, die sich nicht im alltäglichen Engagement für die eigene Erwerbsarbeit oder für die er-

6 | Interessanterweise ist es gerade die soziale Dimension des freiwilligen Engagements, die bei diesem weiten Gesundheitsverständnis gerade im wissenschaftlichen Kontext besondere Wertschätzung erfährt: »Das Soziale als ein wesentlicher Bestandteil von *well being* gehört zum kostbaren zwischenmenschlichen Gut des Humanvermögens, als eine lebenslänglich notwendige ›psycho-soziale Einkommensquelle‹ für jung und alt gleichermaßen.« (Paulwitz 1996a: 246, Herv. i.O.)

holungsbezogene Freizeit erschöpfen, sondern auch für ehrenamtliche Tätigkeiten an den Tag gelegt werden soll: »Wachsende Produktivität und Arbeitszeitverkürzung verlängern unsere freie Zeit, die wir auch als Chance für mehr soziales Engagement, für mehr Mitmenschlichkeit in unserem Land nutzen müssen.« (CSU 1993: 28) Hintergrund der Annahme, dass prinzipiell jeder Bürger ein freiwilliges Engagement übernehmen könne, ist folglich die vor allem von den Verbänden und der Politik geäußerte Feststellung, dass der Einzelne aufgrund der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen, der Verkürzung der Arbeitszeit und des umfangreichen sozialstaatlichen Leistungsangebots weitgehend von den Sorgen der Daseinsfürsorge entlastet sei und diesem somit ein Mehr an Freizeit zur Verfügung stehe (Born 1993: 34; Zentralrat des DCV 1995: 31; Herzog 1995; Laurien 1995: 296; Focus 1995b; Paulwitz 1996a: 245). Vor diesem Hintergrund wird in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre stets betont, dass es in der individuellen Verantwortung jedes Einzelnen liege, durch freiwilliges Engagement diese freie Zeit aktiv und sinnvoll zu erleben, hierdurch gleichzeitig ein positives Lebensgefühl, Kontakte sowie Anerkennung zu erlangen, persönliche Probleme zu lösen und nicht zuletzt sein gesundheitliches Wohlbefinden zu stärken (u.a. Herzog 1995). Eigeninitiative und Selbstverantwortung sollen folglich nicht nur für den »eigenen Broterwerb« (Rau 2001a) oder »fürs eigene Häusle« (Laurien 1995: 297), dem Inbegriff bürgerlichen Selbstbezugs, gezeigt, sondern auch in Form von freiwilligem Engagement an den Tag gelegt werden, das als Quelle der Freude und Anerkennung in erster Linie der individuellen Bereicherung des eigenen Lebens diene. Daher gehört es nach Ansicht von Gudrun Born, Vorstandsmitglied der Caritas-Konferenzen Deutschlands, auch zu den großen Herausforderungen der Zukunft, »eine breite Rückbesinnung aller auf mehr Eigeninitiative und Gegenseitigkeit voranzubringen« (Born 1993: 34).

Allerdings wird von verschiedenen Seiten betont, dass es den Menschen in der »Konsum- und Freizeitgesellschaft« (Sengling 1997a: 11) immer schwerer falle, die freie Zeit sinnvoll zu gestalten und sich für ein freiwilliges Engagement »in Konkurrenz zu Nichtstun, zu Freizeit, Spaß und Erholung« zu entscheiden (Paulwitz 1996b: 227). Grund hierfür ist die pluralistische Grundstruktur der modernen Gesellschaft, die zur Zunahme von Optionen und alltäglichen Entscheidungen führe, so dass das »Publikum einer offenen Gesellschaft [...] vielen ›Sinnanbietern‹ gegenüber[steht]« (Herzog 1995; ebenso Gaidetzka 1990: 588):

»Viele Menschen haben, den Gewerkschaften sei es gedankt, mehr Freizeit. Gleichzeitig verfügen sie über immer weniger selbstbestimmte Zeit. Bei der Entscheidung darüber, wie diese Zeit genutzt werden kann, wird die Auswahl immer größer. Wohlfahrtsverbände, Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen konkurrieren mit einem riesigen Angebot konsumierbarer Freizeitaktivitäten.« (Scharping 1996: 12; ebenso Krause 1997: 7)

Angesichts dieser Fülle an konsumierbaren Freizeitaktivitäten ist das der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre innewohnende umfassende Aktivitätspostulat wiederum untrennbar mit der Delegitimation einer ausschließlich auf die ichbezogene Erholung ausgerichteten Freizeitgestaltung verbunden. Als negative Kontrastfolie zu den sinnstiftenden Implikationen freiwilligen Engagements werden in dieser Erzählung vor allem die negativen individuellen Konsequenzen der Nicht-Aktivität, verstanden als vollständiger Verzicht auf Sozialzeiten, betont.

Ein Übermaß an freier Zeit, das nur dem müßigen Nichtstun dient, wird zumeist mit Eigenschaften wie »Langeweile [...], Isolation und Randständigkeit« verbunden (Paulwitz 1996a: 264). In diesem Sinne verknüpft z.B. die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Hanna-Renate Laurien die in immer größeren Umfang vorhandene Freizeit mit dem körperbezogenen Bild der »baumelnden Füße«, das stellvertretend für eine Zeit der »zweckfreien Muße, des Faulseins [und] des Gammelns« steht (Laurien 1995: 296). Eine derart verbrachte Zeit sei in einem begrenzten Umfang unbedingt notwendig und sollte jedem als Ausgleich und zur Erholung zu Verfügung stehen, »aber wehe, wenn sie nur das ist« (ebd.). Dann, so befürchtet Laurien, verkümmere diese Zeit zur passiven »Konsumzeit«, »zur Zeit des neuen Prestiges, kostenträchtig und seelenarm« (ebd.; ähnlich Focus 1995b). Ein derartiger Lebenswandel, in dem trotz ausreichend großer zeitlicher Ressourcen auf ein freiwilliges Engagement verzichtet wird, kann für den Einzelnen vor allem negative soziale Konsequenzen haben, die sich besonders dann zum Problem entwickeln, wenn man bei Schicksalsschlägen, im Alter oder bei Krankheit auf die Hilfe seiner Mitmenschen angewiesen ist: »Nur: viele vergessen über alldem, daß Einkommen und finanzielle Beiträge zu Sozialversicherungen nur die materielle Seite ihres Lebens stützen, im Bereich mitmenschlicher Zuwendung [...] greifen sie nicht – und hier steigen die Defizite ständig an.« (Born 1993: 34)

Dass die Sorge um andere in Form von freiwilligem Engagement gerade unter sozialen Gesichtspunkten eine unersetzliche Bereicherung des individuellen Lebensweges darstellt, gehört folglich zum selbstverständlichen Wissenskanon dieser Erzählung (u.a. Bobzien 1997: 69): Freiwillig engagierte Menschen, so der Tenor, nehmen mehr am sozialen Leben teil, erweitern hierdurch ihren Bekanntenkreis und erfahren Anerkennung, so dass ihnen auch die Vereinsamungs- und Anonymisierungstendenzen moderner Gesellschaften weniger anhaben können (Schäuble 1994: 72f.; Oswald 1997: 13; Schätzle 1997: 54; Link 1997: 40). Eine derart verstandene individuelle Sinnsuche im Rahmen eines freiwilligen Engagements trägt somit gleichsam zur gemeinschaftlichen Sinngenerierung bei: »Menschliche Werte [...] erfährt der Mensch tatsächlich nicht im Verhältnis zum Staat oder zur anonymen Gesellschaft, sondern bei seinem Mitmenschen, d.h. in den erwähnten kleinen Lebenswelten. Hier erlebt er in erster Linie den Sinn des Lebens und im Zusammenleben mit anderen den Gemeinsinn.« (Herzog 1995; ebenso Paulwitz 1996a: 246) Darüber hinaus wird die Verschmähung eines freiwilligen Engagements nicht nur mit fehlenden tragfähigen Sozialkontakten⁷ assoziiert, sondern mitunter sogar als lebensbedrohlicher Mangel beschrieben, der zu Resignation,

7 | Der Gegensatz zwischen einem ausgefüllten Leben mit ehrenamtlichen Aktivitäten sowie vielen Sozialkontakten und einem einsamen, realitätsfernen Leben vor dem Fernseher wird in folgendem ironisch formulierten Statement Wolfgang Schäubles besonders anschaulich beschrieben: »Dabei müssen die Simulationsgewinne durch die Erfindung des Fernsehers gar nicht weiter erläutert werden; jeder kennt sie: Man glaubt, nicht mehr in die weite Welt zu müssen, um diese zu erfahren; die Welt kommt jetzt [...] ins Haus. [...] Was Schicksalsschläge, Glück und Leid der Menschen, was Dramen, Tragödien und Komödien des Alltags sind, läßt sich bei den Drombuschs und in der Lindenstraße zwar nicht ganz so authentisch, wie in der Nachbarschaft, im Verein oder im Bekanntenkreis erfahren; dafür aber kann man selbst entscheiden, wann es genug ist.« (Schäuble 1994: 77)

»Vereinsamung, Sinnkrisen, Selbstmorde[n] und Flucht in Sucht« führen kann (Born 1993: 34, ähnlich Paulwitz 1996a: 245; FAZ 1997b).

Die hier bereits aufscheinende Delegitimation einer ausschließlich der ichbezogenen Erholung dienenden Freizeitgestaltung nimmt im Rahmen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre durch die zusätzliche Verknüpfung mit objektbezogenen Aussagen noch deutlichere Konturen an: Das große Problem dieser zusätzlichen Freizeit besteht darin, dass »nicht jeder weiß, wie er die hinzugewonnenen Mußestunden sinnvoll nutzen soll. Vielen fällt nichts anderes ein, als die Zeit vor dem Fernseher zu verbringen« (Focus 1995b). Es ist somit vor allem der lange Zeit als Unterhaltungsrevolution gefeierte Fernseher, der – ergänzt um das »Sofa« (SZ 2000b) – seit Ende der 1980er Jahre zum Symbol einer selbstbezogenen und sinnentleerten Freizeit stilisiert wird, die in deutlichem Gegensatz zu einer erfüllten Lebensgestaltung steht, in der Arbeit-, Frei- und Sozialzeit fruchtbar miteinander verknüpft sind (Spescha 1993: 404; SZ 1997). Dass die Benennung des Fernsehers gleichsam die gesamte Erzählung einer passiven und sinnfreien Freizeitgestaltung aufruft, zeigt sich besonders eindrucksvoll anhand einer Textpassage aus Wolfgang Schäubles Buch *Und der Zukunft zugewandt* (Schäuble 1994):

»Auch um den Erlebniskomfort beim Fernsehen zu steigern, sind Produktdesigner und Industrie ziemlich erfinderisch. Die Annehmlichkeiten der Welterfahrung in den eigenen vier Wänden wurde [sic!] durch die Erfindung des einzig dazu passenden Sitzmöbels, des Fernsehsessels, gesteigert. Und weil man sich darin so schön bequem niederlassen kann, mußte die Fernbedienung erfunden werden. Einzig die Kartoffelchips – die nun aber von der Werbung als Fernseh-Knabbererei angepriesen werden –, die Flasche Bier und der auch bei Flugreisen in den sonnigen Süden und beim Autowaschen bewährte leuchtfarbene Trainingsanzug aus Ballonseide mußten nicht neu kreiert werden, da sie für den TV-Liebhaber als bequemschaftssteigernde Kulturgüter bereits verfügbar waren.« (Ebd.: 77)

Durch die Aufzählung weiterer mit dem Fernsehkonsum scheinbar untrennbar verbundener Objekte, wie der »Fernsehsessel«, die »Fernbedienung«, die »Fernseh-Knabbererei«, das »Bier« und der »Trainingsanzug« (vgl. ebenso Focus 1995c), avanciert der Fernseher zum Inbegriff einer »falsch« verbrachten, sinnentleerten Freizeit, in der man »meint[,] Erfüllung kaufen oder in Unterhaltung finden zu können« (Laurien 1995: 296). Durch die Gleichsetzung des Fernsehers mit übermäßigen Alkoholkonsum avanciert dieser in den Ausführungen von Hanna-Renate Laurien zum Sinnbild eines ungesunden oder gar lebensbedrohlichen bzw. suchterzeugenden Lebensstils: »Die Bar, der Fernseher, der Suff als Ersatz für Sinn. Sucht statt Sinn.« (Ebd.) Nur wer den Fernseher und die Bar meidet und seine freie Zeit als Sozial- und Kulturzeit sowie als Zeit der Auseinandersetzung mit sich selbst nutzt, könne diesen »wahrhaft tödlichen Formen« enttrinnen: »Dann wird aus verbrachtem Leben erfülltes Leben, aus einem Leben mit Glück und Unglück ein geglücktes Leben.« (Ebd.) Der Fernseher – und hier zeigt sich erneut die enge Verknüpfung zwischen dem engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- und dem altersbezogenen Unruhestands-Dispositiv (Denninger u.a. 2014: 113) – wird demnach nicht nur vom hochgelobten Unterhaltungsmedium zum Symbol einer sinnentleerten Freizeitgestaltung degradiert, sondern avanciert gleichsam zum Inbegriff einer ungesunden und passiven Lebensführung, die es besonders im Alter zu meiden gelte. Exemplarisch für diese objektbezogene Negativ-Verknüpfung sei

hier auf die Bemerkung einer Rentnerin verwiesen, die ihr Engagement in der örtlichen Rettungshundestaffel folgendermaßen begründet: »Ich will mein Leben sinnvoll verbringen und nicht nur vor dem Fernseher sitzen.« (SZ 2001b) Diese in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre häufig herangezogene Kausalbeziehung zwischen dem Verzicht auf eine freiwillige Tätigkeit und einer sinnentleerten, sozial isolierten oder gar lebensgefährlichen Freizeitgestaltung vor dem Fernseher wird im medialen und politischen Diskurs stets durch Rekurs auf wissenschaftliche Spezialdiskurse, wie etwa den Ergebnissen der Freizeit- und Ehrenamtsforschung, abgesichert (u.a. Spiegel 1994c; Focus 1995b; Laurien 1995; Pott 1996).

Insgesamt zeichnet sich die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre – gerade im Unterschied zu den Erzählungen der nachfolgenden Jahre – dadurch aus, dass die hier benannten neuen Ansprüche an die inhaltliche Ausgestaltung des alltäglichen Freiraums noch vornehmlich der selbstbezogenen Gestaltung einer sinnstiftenden und selbstverwirklichenden Freizeit dienen sollen. Es geht, mit anderen Worten, um ein »Engagement, das die eigenen Interessen anspricht und so gesehen eine sinnvolle Selbstverwirklichung sein kann« (Schaaf-Derichs 2009: 140). Die individuelle Freizeit führt nur dann zu einem sozial erfüllten und zufriedenstellenden Leben, wenn diese nicht nur eine Zeit der unterhaltungsfokussierten Erholung ist, sondern »eine Zeit [...], in der wir dem Nachbarn, uns selbst und den Dingen begegnen« (Laurien 1995: 296). Eine glückliche und sinnerfüllte Existenz rückt demzufolge nur dann in greifbare Nähe, wenn man erkennt, dass die im Rahmen einer freiwilligen Betätigung erlebte Selbsterfahrung, die aufgebauten Beziehungsgeflechte sowie die erworbenen sozialen Kompetenzen »von erheblichem Wert für den individuellen Lebensweg« sind (Deutscher Bundesjugendring 1993: 103).

Ein resümierender Blick auf die Neuordnung der institutionellen, epistemischen sowie körper- und objektbezogenen Aussagen im Rahmen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zeigt zudem, dass diese, was ihre Multidimensionalität anbetrifft, der lange Zeit prägenden Erzählung des traditionellen Ehrenamtes in nichts nachsteht: In der hier skizzierten mehrdimensionalen diskursiven Ordnung ist die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes untrennbar verknüpft mit körperbezogenen Aussagen über die gesundheitsförderliche Wirkung eines freiwilligen Engagements und mit den objektbezogenen Negativ-Verknüpfungen einer sinnfrei und passiv verbrachten Freizeit, wie dem Fernseher, der Bar oder dem Sofa. Die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre gewinnt an Gestalt und Kontur in Abgrenzung zur Erzählung des traditionellen Ehrenamtes und dessen zentralen Institutionen und Objekten: Sowohl die Ehrennadel als auch die traditionellen Wohlfahrtsorganisationen werden in der seit Mitte der 1980er Jahre aufkommenden Erzählung mit Attributen, wie Langeweile, Unselbständigkeit und lebenslanger Verpflichtung, gleichgesetzt. Um abschließend die Vollzugswirklichkeit dieser Storyline einschätzen zu können, soll der Blick im Folgenden auf die Dispositiv-Aneignung und -Verarbeitung der Freiwilligen, die wiederum eng mit der institutionellen Dimension der engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Erzählung verwoben ist, gerichtet werden.

Die neuen Ehrenamtlichen

Angesichts des Fehlens eigener interviewgestützter Befragungen beruhen die folgenden Ausführungen zur Alltagsrelevanz der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre auf den Ergebnissen quantitativer Freiwilligenbefragungen sowie auf Positionspapieren und Stellungnahmen der in Verbänden, allen voran in der Caritas, tätigen Ehrenamtlichen. Die Auswertung der genannten Dokumente lässt keinen Zweifel daran, dass Aspekte wie Selbstverwirklichung und Freude an der Erprobung der eigenen Fähigkeiten im Ehrenamt nicht nur von medialer oder politischer Seite propagiert wurden, sondern es sich hierbei um die zentralen Wünsche der Ehrenamtlichen selbst handelte (Götz 1993b: 38; Wessels 1995: 197): Zu den von den Freiwilligen am häufigsten benannten Vorteilen einer ehrenamtlichen Tätigkeit gehören nach Angaben der im Jahr 1996 erschienenen European-Volunteering-Study (Eurovol) daher auch der Spaß an der Tätigkeit (65 %), der Kontakt mit anderen Menschen (40 %) sowie innere Befriedigung und Horizonserweiterung (jeweils 27 %) (Paulwitz 1996a: 242; zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Wessels 1995: 196-203 und Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 106-109). Das Gleiche gilt übrigens auch für die gesundheitsförderlichen Eigenschaften des freiwilligen Engagements: Diese wurden ebenfalls nicht nur in politischen, wissenschaftlichen oder medialen Texten angepriesen, sondern fanden auch bei den Engagierten selbst lobende Erwähnung: Nach Angaben der Eurovol-Studie stimmen beispielsweise 30 % der regelmäßig Engagierten in der BRD der Aussage zu, dass ein Engagement ihr körperliches Wohlbefinden steigern und ihnen helfe, aktiv und gesund zu bleiben (Paulwitz 1996a: 241f., 1996b: 230, 1998: 65f.).

Außerdem zeigen insbesondere die Stellungnahmen und Positionspapiere verbandlich organisierter Freiwilliger, dass diese seit Ende der 1980er Jahre nicht nur ihre selbstbezogenen Wünsche und Bedürfnisse selbstbewusst nach außen trugen, sondern auch eine Verbesserung der engagementspezifischen Bedingungen in den Organisationen offensiv einforderten (Braun 1989: 43; Gaidetzka 1992: 154): Nach Ansicht der Bundesgeschäftsführerin der Caritas-Konferenzen Deutschlands, Petra Gaidetzka, widerspreche der Grundsatz der alten Ehrenamtlichkeit: »Tue Gutes und sprich nicht darüber« (Rogg 1994: 458) mittlerweile einem Großteil der in der Caritas organisierten Freiwilligen, die stattdessen »in ihrer Eigenständigkeit, mit ihren besonderen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Lebenserfahrungen ernst genommen werden« wollen (Gaidetzka 1992: 157). Dies impliziert auch, dass die Freiwilligen die gegebenen organisationalen Rahmenbedingungen nicht mehr einfach so hinnahmen, sondern hier sowohl offen Kritik äußerten (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 103) als auch Vorschläge zur Behebung dieser Missstände unterbreiteten. Exemplarisch verwiesen sei an dieser Stelle auf die seit Ende der 1980er Jahre mit zunehmender Häufigkeit stattfindenden Vertreterstage der Fachverbände der in der Caritas aktiven Ehrenamtlichen, der Caritas- und Vinzenz-Konferenzen Deutschlands (VKD),⁸ sowie auf die von diesen herausgegebenen Stellungnahmen, Positionspapiere und Tätigkeitsberichte (Gaidetzka 1992; Götz 1993a; Rogg 1994; CKD 1996). Diese zeigen eindrucksvoll, dass immer mehr Freiwillige selbstbewusst mit ihren Forderungen sowohl an die Träger ehrenamtlicher Arbeit als auch an die

8 | Die Vinzenz-Konferenzen Deutschlands e.V. (VKD) ist ein Fachverband des Deutschen Caritasverbandes, der die Arbeit ehrenamtlich tätiger Laien, vornehmlich von Männern, organisiert.

(bundes-)politischen Verantwortungsträger herantraten: Mit Blick auf die traditionellen Ehrenamtsorganisationen forderten diese u.a. verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten, mehr Mitspracherechte, selbstverantwortete Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen, eine zuverlässige Auslagenrückerstattung sowie klare Aufgabenbeschreibungen (Götz 1993a: 27; Halfar 1994: 110; Wessels 1995: 199; CKD 1996: 233-235). Neben organisationsbezogenen Verbesserungswünschen richteten die in der Caritas aktiven Freiwilligen ihre Forderungen auch direkt an die Politik und setzten sich hier besonders für einheitliche berufliche Freistellungsregelungen, eine Verbesserung der sozialversicherungs- und rentenrechtlichen Absicherung des Ehrenamtes sowie steuerliche Freibeträge ein (Baldas 1993: 408; Rogg 1994: 458f.; CKD 1996: 233-235; Born 1996: 28). Die genannten Formen der Anerkennung und Förderung wurden, wie der Paritätische Wohlfahrtsverband berichtet, seit Anfang der 1990er Jahre auch von den dort tätigen Ehrenamtlichen selbstbewusst eingefordert (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 71).

Diese Befunde lassen keinen Zweifel daran, dass sich immer mehr Freiwillige spätestens seit Ende der 1980er Jahre nicht mehr als Handlanger bzw. »als Hilfstruppen des Hauptamtes und auch nicht als »verlängerter Arm« des Pfarrers« (Gaidetzka 1992: 154; ebenso Rogg 1994; CKD 1996: 235; Paulwitz 1996a: 262) verstanden, sondern eher – dies deutet sich hier bereits an – als neue Ehrenamtliche. Neben den »Pauschalaktiven« (Born 1988: 30), die sich entsprechend der Wissensordnung des alten Ehrenamtes, d.h. aus Selbstlosigkeit oder religiöser Überzeugung, engagieren und die gerade in der kirchlichen Verbandsarbeit noch häufig anzutreffen sind (Braun 1989: 43; Gaidetzka 1992: 154), breitet sich zunehmend ein neuer Freiwilligentypus⁹ aus, der offen zugibt, dass für sein Engagement sowohl selbstbezogene als auch altruistische Motive eine Rolle spielen. Zudem geben sich diese Freiwilligen nicht mehr mit den für die Wissensordnung des alten Ehrenamtes typischen objektbezogenen Formen der Anerkennung, wie Ehrennadeln und Medaillen, zufrieden (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 48), sondern setzen sich sowohl für eine stärkere politische Wertschätzung und Förderung als auch dafür ein, als gleichberechtigte Partner der Hauptamtlichen wahrgenommen zu werden.

Die Unzufriedenheit vieler, gerade verbandlich organisierter Freiwilliger tritt jedoch nicht nur in Form von kritischen Positionspapieren offen zu Tage, sondern zeigt sich auch anhand der abnehmenden Engagiertenzahlen in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit: So sank die Zahl der bei den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege tätigen Ehrenamtlichen nach An-

9 | Exemplarisch für viele ähnliche Aussagen freiwillig Engagierter, die dem neuen Freiwilligentypus zugeordnet werden können, sei hier auf ein Interview mit einer Freiwilligen verwiesen, das Christiane Wessels (1994) im Rahmen ihrer Engagementstudie im Raum Trier-Koblenz-Saarbrücken 1992/93 geführt hat. Die interviewte Freiwillige bringt hier selbstbewusst die selbstbezogenen Erwartungen an ein Ehrenamt zum Ausdruck: »Ich denke, es ist immer ganz wichtig, auch in sich hineinzuhorchen, was will ich oder welche Vor- und Nachteile bringt mir diese Entscheidung. Und in dem Moment, wo das Ganze nicht mehr ausgewogen ist, das Ganze noch mal zu hinterfragen. Oder wenn sich die allgemeine Situation ändert, wenn sich andere Möglichkeiten bieten, dann eventuell eine neue Entscheidung zu treffen.« (Wessels 1995: 199f.)

gaben der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege von ca. 2 Mio. in den 1970er auf 1,5 Mio. in den 1980er Jahren (BAGFW 1985, zit.n. Olk 1989a: 7; ebenso Prognos 1984). Angesichts dieser abnehmenden Helferzahlen sind aus den Reihen der sozialen und kirchlichen Verbände seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend Klagen über eine »Krise des Ehrenamtes« zu vernehmen (Born 1988; Albert 1993: 10; Riedel 1993: 379; Zentralrat des DCV 1995: 313, Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 6; zur medialen Rezeption vgl. z.B. SZ 1998a). Viele der Trägerorganisationen ehrenamtlicher Arbeit begannen folglich erst dann die herausragende Bedeutung des freiwilligen Engagements in den eigenen Reihen wertzuschätzen, als die Zahl der Freiwilligen schon im Abnehmen begriffen war (Riegert 1997: 16). Interessanterweise waren es gerade diese unter dem Rückgang der Ehrenamtlichen leidenden Vereine und Verbände, die seit Anfang der 1990er Jahre zunehmend die von den Freiwilligen an die Adresse der Politik gerichteten Forderungen nach besseren gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Ehrenamt aufgriffen und selbst mit Nachdruck an die (bundes-)politischen Verantwortungsträger weiterleiteten (SZ 1994b; Zentralrat des DCV 1995: 324f.; von Richthofen 1996a, 1996b: 6; o.A. 1996: 18; Sengling 1997b: 16; Puschmann 1998: 381). Bereits seit Anfang der 1990er Jahre machten Verbände, Vereine und verschiedene Freiwilligenvertretungen darauf aufmerksam, dass Engagementförderung nicht nur eine Aufgabe der auf Ehrenamtliche angewiesenen Organisationen, sondern auch der Politik sei. Diese dürfe sich hierbei nicht auf verbale Belobigungen beschränken, sondern müsse das Ehrenamt auch durch die Schaffung engagementförderlicher rechtlicher Rahmenbedingungen aktiv unterstützen.

Das soziale Ehrenamt zwischen Selbsthilfegruppe und Wohlfahrtsverband

Der deutliche Rückgang der Freiwilligen in den klassischen Ehrenamtsorganisationen seit den 1980er Jahren bedeutet jedoch nicht, dass sich die Deutschen grundsätzlich vom Ehrenamt abwendeten, sondern es fand vielmehr eine Verlagerung in andere Bereiche statt: Dies zeigt sich besonders eindrücklich an der im gleichen Zeitraum ansteigenden Zahl freiwillig Aktiver in Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Umweltorganisationen, selbstorganisierten Beratungs- und Begegnungstätten usw., die sich in Reaktion auf die zunehmende Professionalisierung und Bürokratisierung der verbandlichen Sozialen Arbeit und im Zuge der Protestaktionen der Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren stark ausgebreitet und zunehmend etabliert haben (Olk 1989a; Braun 1989: 43f.; Bock 1992: 381f.; SZ 1998h; Hacket/Mutz 2002: 42).

Diese selbstorganisierten Engagementformen gehören zu den zentralen, die institutionelle Dimension betreffenden Positiv-Verknüpfungen, deren Benennung maßgeblich zur inhaltlichen Verdichtung der Erzählung Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre beiträgt. Derartige Gruppierungen und Zusammenschlüsse finden aufgrund ihres »Volunteer-zentrierte[n]« Ansatzes (Paulwitz 1996a: 243) gerade in politischen Statements und wissenschaftlichen Spezialdiskursen stets als ideale Institutionalisierungsformen der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes Erwähnung und fungieren somit als positiv konnotierte Kontrastfolie zu den verkrusteten Ehrenamtsstrukturen in den traditionellen Vereinen und Verbänden (Braun 1990a: 585; Zentralrat des DCV 1995: 312; Bock 1996b: 224; Herzog 1995; Pott 1996; Schätzle 1997: 54): Sie seien, so der allgemeine Tenor, eher in der Lage,

die – mit Blick auf die Wohlfahrtsverbände als defizitär geltende – »Passung« (Paulwitz 1996a: 244, 249) zwischen den selbstbezogenen Wünschen der Freiwilligen und den strukturellen Angebotsbedingungen zu verbessern. Den spezifischen formalen Ansprüchen der neuen Freiwilligen an ein Engagement tragen diese einerseits insofern Rechnung, als ihr Fokus zumeist auf zeitlich und lokal begrenzten Einzelprojekten mit klar umrissenen Aufgaben liegt (Braun 1989: 43f.). Andererseits beruht die Attraktivität dieser alternativen Bündnisse darauf, dass die Freiwilligen ihre eigenen Lebensumstände in einer selbstgegründeten Bürgerinitiative oder einer problemorientierten Selbsthilfegruppe deutlich besser verorten und ihre Gestaltungswünsche einbringen können, als dies im Rahmen eines weitgehend anonymen, hierarchisch organisierten Großverbandes der Fall ist (Halfar 1994: 110f.; Wessels 1995: 196; BT-Drs. 13/3232 1995: 1; Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107). Die genannten alternativen Gruppierungen werden folglich aus zwei Gründen stets als ideale Institutionalisierungsformen des neuen Ehrenamtes benannt: Erstens, da sie sowohl dem Gestaltungswillen und den selbstbezogenen Wünschen der Freiwilligen entsprechen und zweitens, weil sie durch ihr Projektformat bzw. ihre zeitliche Befristung dem Bedürfnis vieler Engagierter, »in jedem Fall Besitzer/in ihres persönlichen ›Frei-Zeit-Budgets‹ [zu] bleiben«, Rechnung tragen (Paulwitz 1996a: 249).

Hinzu kommt, dass viele Freiwillige die Teilnahme an einer problembezogenen Selbsthilfegruppe oder an einem Projekt, dessen inhaltliche Schwerpunktsetzung sie direkt anspricht und interessiert, zunehmend einer inhaltlich fremdbestimmten Tätigkeit in einer anonymen Großorganisation vorziehen (Bock 1992: 383). So blickten nach Angaben der AWO gerade junge Menschen mit Argwohn und Misstrauen auf die etablierten Einrichtungen, denn diesen »haftet etwas Undurchsichtiges an, und sie funktionieren nach Regeln, denen man sich nicht anpassen will« (Pott 1996: 10). Aus diesem Grund erfreuen sich auch Umweltschutzorganisationen bei dieser Personengruppe seit Anfang der 1990er Jahre zunehmender Beliebtheit: »Mit ihrem Kampf gegen die Umweltzerstörung werden ›reine‹ Ziele verfolgt: Sauberes Wasser und saubere Luft. So etwas dient allen und weckt bei Jüngeren nicht gleich den Verdacht, daß sie für fremde Interessen ausgenutzt werden sollen« (Pott 1996: 10; ebenso Müntefering 1995; Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111; FAZ 1996; Glücklich 1997: 28). Es setzt sich seit Ende der 1980er Jahre folglich zunehmend die Einsicht durch, dass sich Menschen immer weniger aus religiösen Gründen oder aufgrund einer bestimmten Milieubindung engagieren. Zu den zentralen Triebkräften für freiwilliges Engagement zählen stattdessen idealistische Zielsetzungen, wie etwa der Schutz der Umwelt, oder persönliche Probleme, d.h. der »subjektiv sinnhafte[...] Selbstbezug« eines Ehrenamtes (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 61): Denn »[s]tärker als früher [...] sind Menschen durch eigene Probleme motiviert: So wurden zuletzt viele Selbsthilfegruppen von Patienten gegründet. Auch engagieren sich etliche Ältere in der Pflege – sie sind künftig selbst betroffen« (SZ 2009b).

Gerade der hier skizzierten Bedeutungsaufwertung des Selbsthilfegedankens und seines organisationalen Pendantes, der Selbsthilfegruppen¹⁰ und anderer

10 | Die Angaben bezüglich der Anzahl von Selbsthilfegruppen in den alten Bundesländern Anfang der 1990er Jahre schwanken zwischen 40.000 und 50.000 derartiger Initiativen, in denen sich schätzungsweise 2 Mio. Bürger engagierten (Bock 1992: 382).

selbstorganisierter Projekte mit Problemfokussierung, wurde Anfang der 1990er Jahre auch von politischer Seite ein gesteigertes Interesse entgegengebracht, das gleichsam mit verschiedenen institutionellen Neuerungen einherging: Exemplarisch sei hier auf die viel beachtete Selbsthilfeförderung des Berliner Senats in den 1980er und 1990er Jahren (vgl. u.a. FAZ 1983; Fink 1988; Evers 1988) oder auf die im Zuge der Reform des Gesundheitssystems im Jahr 1993 eingeführte Regelung verwiesen, dass die Krankenkassen von nun an Selbsthilfegruppen und -kontaktstellen mit gesundheitsfördernder oder rehabilitativer Zielsetzung fördern können (SGB V § 20, Abs. 3) (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 67; SZ 1995b). Positive Erwähnung finden zudem die vom Bund initiierten Bundesmodellprogramme zum Aufbau von Selbsthilfekontaktstellen in den alten und neuen Bundesländern (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 86).

Ebenso unter Berufung auf den Selbsthilfegedanken wird seit Anfang der 1990er Jahre der engen Verknüpfung von engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- und altersbezogenen Unruhestands-Dispositiv institutionell insofern Rechnung getragen, als gerade dem freiwilligen Engagement älterer Menschen von bundespolitischer Seite deutlich mehr Beachtung geschenkt wurde.¹¹ Zu den zentralen diesbezüglichen institutionellen Positiv-Verknüpfungen gehört das im Jahr 1992 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufene Modellprogramm »Seniorenbüro«, das auf die Aktivierung der Selbsthilfe und des ehrenamtlichen Engagements von Älteren ausgerichtet war (vgl. hierzu Denninger u.a. 2014: 125-127). Die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes aufgreifend soll dieses Modellprogramm, das vor allem in den Medien viel Aufmerksamkeit erregte (u.a. SZ 1993d, 1993f; FAZ 1994d),¹² nach Angaben des Sozialberichts der Bundesregierung »dazu beitragen, daß die Motivationen älterer Menschen und die Einsatzbedingungen von freiwilligem sozialen Engagement einander besser entsprechen« (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 98).¹³ Als positiv konnotierte Programme zur Aktivie-

11 | Die zunehmende (bundes-)politische Bedeutungsaufwertung des freiwilligen Engagements Älterer schlägt sich u.a. in einer gesteigerten diesbezüglichen Berichterstattung und in der Initiierung verschiedener Kommissionen nieder. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Arbeit der Altenberichtskommissionen, der Initiierung einer Enquete-Kommission »Demographischer Wandel«, auf den vom Bundesfamilienministerium initiierten »Alterssurvey« sowie auf den »Bundesaltenplan« aus dem Jahr 1992 verwiesen (BT-Drs. 12/7130 (Sozialbericht) 1994: 97).

12 | Für die im medialen Kontext weit verbreitete positive Einschätzung derartiger politischer Modellprogramme sei hier exemplarisch auf einen Artikel der *Süddeutschen Zeitung* verwiesen, in dem u.a. das Modellprogramm Seniorenbüro lobende Erwähnung findet: »Eine Reihe von Modellprojekten, Förderungen und Initiativen umwirbt die Alten. Ziel: ihren ehrenamtlichen Einsatz zu fördern und ihnen damit gleichzeitig die Möglichkeit zu einer selbstbestimmten, befriedigenden Lebensgestaltung zu bieten. Ein erfolgreiches Beispiel ist das 1992 vom Bundesfamilienministerium gestartete Modellprogramm Seniorenbüro. Heute erreichen rund 100 Seniorenbüros in Städten und Gemeinden übers gesamte Bundesgebiet verstreut ältere Menschen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seniorenbüros wissen um die Wünsche und Sorgen der Alten.« (SZ 1998a)

13 | Der wissenschaftliche Bericht zur Evaluierung des Modellprogramms Seniorenbüro macht auf einen allmählichen Umbruch des Altersdiskurses aufmerksam. Senioren werden hier erstens nicht mehr als hilfsbedürftig, sondern weitgehend unhinterfragt als kompetent,

rung der Selbsthilfe- und Engagementpotenziale älterer Menschen gelten zudem die im selben Zeitraum in Baden-Württemberg initiierten engagementspezifischen Neuerungen: Hier wurde bereits im Jahr 1990 eine »Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften« im Sozialministerium eingerichtet, die sich um die fachliche Begleitung des Landesprogramms »Seniorengenossenschaften« (1990-1993) und des Nachfolgeprojekts »Initiative 3. Lebensalter« (1994-1996) kümmerte (lobende Erwähnung finden diese z.B. in: Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 33; SZ 1998a).

Die institutionelle Dimension der Erzählung sowie die alltagspraktischen Aneignungsmodi der Freiwilligen resümierend gilt festzuhalten, dass vor allem Organisationsformen, wie selbstorganisierte Projekte, Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen, in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zu den positiv konnotierten Knotenpunkten gehören, da sie den Wünschen der neuen Freiwilligen nach Mitgestaltung, flexibler Zeiteinteilung und persönlicher Betroffenheit entsprechen. Die Auswertung quantitativer und interviewgestützter Freiwilligenbefragungen sowie der Rückgang der Engagiertenzahlen in den klassischen Ehrenamtsorganisationen und ihr Anstieg in selbstorganisierten Gruppen deuten darauf hin, dass sich immer mehr Engagierte als neue Freiwillige verstanden, die durch ihre alltagspraktische Umsetzung dieser Wissensordnung sowohl die Entstehung als auch die gesellschaftliche Verankerung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre offensiv vorangetrieben haben. Die Durchsetzungskraft der engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Erzählung resultiert folglich aus dem Ineinandergreifen von medial flankierten wissenschaftlichen Spezialdiskursen und den Alltagspraktiken sowie engagementbezogenen Forderungen der neuen Freiwilligen, die gleichsam von den Vereinen und Verbänden rezipiert und an die politischen Verantwortungsträger weitergeleitet wurden. Eine stabilisierende Wirkung geht zudem von der Vielzahl einflussreicher Anschlussdispositive aus, mit denen die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre verwoben ist und die im Zuge der Rekonstruktion der Erzählung angesprochen wurden: Neben dem altersbezogenen Unruhestands-Dispositiv gehören hierzu auch die faktische Verkürzung der Arbeits- zugunsten der Freizeit, die Schwächung der Bindungskräfte der traditionellen Ehrenamtsorganisationen, die zunehmende Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen, die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen sowie die erhöhte gesellschaftliche Mobilität angesichts flexibilisierter und prekärer Arbeitsverhältnisse, durch die ein längerfristiges Engagement zunehmend erschwert wird.

leistungsfähig und selbstbewusst wahrgenommen. Zweitens geht es bei der Förderung von Seniorenbüros angesichts des demografischen Wandels nicht mehr nur um die verschiedenen Möglichkeiten einer aktiven Gestaltung des individuellen Lebensabends oder der Vorsorge gegen Einsamkeit und Isolation im Alter, sondern auch darum, dass sich Ältere mit ihren Erfahrungen und ihrer Zeit nicht nur für sich selbst, sondern auch zum Wohle anderer einsetzen (ISAB 1997; ebenso Denninger u.a. 2014: 126f.).

4.3 STORYLINE »FREIWILLIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄTSRESSOURCE« (1994 BIS 1998)

Seit Mitte der 1990er Jahre gewinnt eine Storyline zunehmend an Einfluss, in der vom freiwilligen Engagement primär als gesellschaftliche Produktivitätsressource die Rede ist. Die Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung freiwilligen Engagements rührt daher, dass das Engagementsthema seitdem stärker Eingang in bundespolitische Debatten fand und sich hier neue Vorstellungen über die Bedeutung und Förderungswürdigkeit des Ehrenamtes ausbreiten konnten. Das Aufkommen dieser dem Produktivitätsgedanken verpflichteten Erzählung bedeutet jedoch keinesfalls, dass die Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hierdurch vollständig verschwindet. Vielmehr bleibt diese gerade mit Blick auf die Freiwilligen selbst weiterhin präsent, läuft parallel zur Produktivitäts-Erzählung weiter und schreibt sich sogar in das sich neu etablierende Produktivitätsparadigma ein. D.h., verschiedene Elemente des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Dispositivs wurden von den sich diesem Thema vermehrt zuwendenden bundespolitischen Kräften aufgegriffen, jedoch unter dem Einfluss veränderter gesellschaftlicher Bedingungen inhaltlich neu gerahmt. Die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung geht folglich aus der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hervor, weshalb viele Wissensbestände letzterer auch im neuen Produktivitätsparadigma präsent bleiben: Hierzu gehören die mit der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes verbundenen Erkenntnisse, dass immer mehr Freiwillige in einer ehrenamtlichen Tätigkeit erstens nach Sinnstiftung und Selbstverwirklichung suchen, zweitens kurzfristige bzw. projektförmige Engagementangebote bevorzugen und drittens ihre Gestaltungswünsche in die konkrete Tätigkeit einbringen möchten. Diese die gesamte Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre aufrufenden epistemischen Fragmente bilden die – keiner weiteren Erklärung bedürftige – Grundlage der neuen Produktivitäts-Erzählung, in der die Wissensordnung des alten Ehrenamtes nach wie vor als Abgrenzungsfolie Erwähnung findet.

Ausschlaggebend für die Neuverhandlung der genannten Wissensbestände des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Dispositivs seit Mitte der 1990er Jahre war ihre gerade im politischen Kontext forcierte Verknüpfung mit zwei – wiederum selbst eng miteinander verwobenen – Krisenerzählungen: mit der kommunitaristisch¹⁴ inspirierten Rede von gesellschaftlichen Zerfallserscheinungen

14 | Der Kommunitarismus bezeichnet eine sozial-philosophische Lehre, die sich in der Zeit der Reagan-Administration zu einer zentralen akademischen Denkschule entwickelte und deren Anfänge in der amerikanischen Auseinandersetzung mit der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls (1971) in den 1980er Jahren liegen. Ausgehend von diesen intellektuellen Diskussionen fanden kommunitaristische Ideen auch Eingang in den Präsidentschaftswahlkampf und die Reformüberlegungen Bill Clintons im Jahr 1992 (Reese-Schäfer 1996: 5f.). Zu den bekanntesten Vertretern zählen die Philosophen Michael Sandel (1984), Charles Taylor (1989), der Soziologe Robert Bellah (u.a. 1985), der Ökonom Amitai Etzioni (1993), der Historiker Christopher Lasch (1991) oder der politische Theoretiker Michael Walzer (1983). Zur Überwindung der Diagnose eines einseitig als Egoismus und Individualismus verstandenen Liberalismus plädieren die Kommunitaristen für eine neue Ausbalancierung der individuellen Rechte und sozialen Pflichten bzw. Verantwortlichkeiten, wobei vor allem die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts, d.h. die kleineren sozialen Einheiten wie Schule,

einerseits und den Klagen über eine Überlastung des deutschen Sozialstaates andererseits. Interessanterweise wird in der Produktivitäts-Erzählung auf eine ausführliche Erläuterung dieser beiden Krisenerscheinungen zugunsten knapper Verweise auf gesellschaftliche Werteverfalls- und Desintegrationstendenzen (Zeit Online 1997e) und auf die allseitige Überforderung sowie die finanziellen Engpässe des Sozialstaates angesichts hoher Aufgabenlast verzichtet (Zeit Online 1994, FAZ 1996). In Anbetracht dieser Krisenerscheinungen tritt die individuelle Bedeutungsdimension in der seit Mitte der 1990er Jahre dominant werdenden Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource zugunsten der Rede vom freiwilligen Engagement als gesellschaftliche Produktivitätskraft in den Hintergrund. Das Motto lautet nunmehr: »Frage nicht, was die Gesellschaft für dich tun kann, sondern was du für die Gesellschaft tun kannst.« (DSB 1996: 19)

Im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung ist es die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial«, die die Organisation und Verknüpfung der multidimensionalen Aussagebündel anleitet. Der Potenzialbegriff findet hierbei in zwei unterschiedlichen Kontexten Verwendung: Einerseits gilt das freiwillige Engagement der Bürger als wichtige Ressource und aktivierbares Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Krisen; andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen und behauptet, dass ein Großteil der Bürger durchaus bereit sei, zukünftig eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen. Beiden Verknüpfungssträngen des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs gilt es im Folgenden Aufmerksamkeit zu schenken.

Freiwilliges Engagement als aktivierbares Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Krisen

Die sich im Zuge der erwähnten Krisendiagnostik herauskristallisierende neue Wissensordnung der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zeichnet sich durch die allgemein akzeptierte Feststellung aus, dass sowohl die Erschöpfung des Sozialstaates als auch der Verlust an Gemeinschaftswerten nur durch ein Mehr an freiwilligem Engagement jedes Einzelnen abgemildert werden könne. Diese epistemische Verknüpfung erscheint umso plausibler, zieht man in Betracht, dass in der Produktivitäts-Erzählung den Bürgern selbst eine Teilschuld an der Zuspitzung dieser Krisenerscheinungen zugeschrieben wird: »Das Land ist nicht mehr in Ordnung, weil es die Menschen nicht mehr sind.« (Zeit Online 1994) Das Hauptproblem, darin scheinen sich alle Beteiligten einig zu sein,

Familie und Nachbarschaft, gestärkt werden sollen. In Deutschland fiel die amerikanische Kommunitarismusdebatte – flankiert durch die Popularisierung des »Sozialkapital«-Ansatzes von Putnam (1993) – seit Beginn der 1990er Jahre zunächst im akademischen Umfeld (Joas 1992, 1995; Honneth 1993) und später auch in der deutschen Politik auf fruchtbaren Boden. Das Besondere an der Rezeption des Kommunitarismus in der deutschen Parteilandschaft ist, dass er sowohl bei gemäßigt linken als auch bei konservativen Politikern auf Gehör stieß (Schäuble 1994, 1995; Gauly 1995; Kretschmann 1995; Zeit Online 1995a). Dies kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die kommunitaristischen Ideen »ein ideales Mischungsverhältnis zwischen hedonistischem Individualismus und tugendhaftem Gemeinsinn herzustellen« versprochen (Focus 1997) und somit gewissermaßen quer zu den tradierten Trennungslinien im deutschen Parteienspektrum lagen.

bestehe darin, »daß sich zuletzt »in Deutschland nichts so sehr verbreitet hat wie der Egoismus« (Focus 1995c; ebenso von Richthofen 1996b: 6; Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16). Dieser »neuen Generation von Ich-Süchtigen« widmen *Der Spiegel* im Jahr 1994 (Nr. 22: »Die Ego-Gesellschaft. Jeder für sich und gegen alle«) und der *Focus* im Jahr 1995 (Nr. 27: »Ich! Ich! Ich! Ein Volk auf dem Ego-Trip. Warum wir uns immer mehr ins Private flüchten?«) sogar ganze Themenhefte, in denen die Deutschen als ein Volk bezeichnet werden, das sich »in einen Kokon aus zweierlei Fäden« einspinne: »Eigeninteresse und Rücksichtslosigkeit« (Focus 1995c). Der polnische Schriftsteller Andrzej Szczypiorski kommt unter Heranziehung der objektbezogenen Negativ-Verknüpfung des Fernsehers zu einer ebenso düsteren Einschätzung der europäischen Bürgerschaft:

»Ich bin leider der bitteren Überzeugung, daß dieser Bürger zur Zeit in seinen Pantoffeln in der Stille seines Hauses sitzt – von anderen Mitbürgern durch den Panzer des Egoismus abgegrenzt – und sich eine Welt der Werbung, der Gewalt und allgegenwärtigen Nonsens am Bildschirm seines Fernsehers anschaut.« (Szczypiorski 1999: 35)

Die Verbreitung einer egoistischen Grundhaltung in der Gesellschaft, die sich dadurch auszeichnet, dass der Einzelne seine Freiheit auf Kosten der Gemeinschaft auslebe (Zeit Online 1997e), gilt in der Produktivitäts-Erzählung folglich als eine der zentralen Ursachen für die Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Überforderung des Sozialstaates und nicht zuletzt für die sinkenden Engagiertenzahlen in den klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit. Die epistemische Verknüpfung bürgerschaftlicher Schuldhaftigkeit mit den genannten Krisenerscheinungen stellt demnach einen zentralen Knotenpunkt im dispositiven Netz der Produktivitäts-Erzählung dar, dem durch die Erwähnung weiterer wissensbezogener Verknüpfungen zusätzliche Plausibilität verliehen wird. Die Beschaffenheit dieser Verbindungslinien gilt es daher nachfolgend in den Blick zu nehmen.

Die Schuldzuweisung an die Bürgerschaft wird erstens dadurch begründet, dass der Rückgang der Engagiertenzahlen in der traditionellen Vereins- und Verbandslandschaft, anders als in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre, nicht mehr ausschließlich auf die verkrusteten Organisationsstrukturen zurückgeführt wird, sondern die Engagierten selbst, besser gesagt: die Nicht-Engagierten, hierfür zunehmend verantwortlich gemacht werden. Im Rahmen der neuen Produktivitäts-Erzählung wird argumentiert, dass es angesichts des gesellschaftlichen Egoismustrends und des damit einhergehenden Rückzugs ins Private immer weniger Menschen gebe, »die über den Tellerrand ihrer individuellen Bedürfnisse hinausschauen« (von Richthofen 1996b: 6) und ihre kostbare Freizeit uneigennützig und in größerem Umfang in den Dienst einer karitativen Einrichtung, eines Vereins oder einer Partei stellen (SZ 1994a; ebenso der CSU-Politiker Alois Glück, in: SZ 1993e; Scharping 1996: 12, 1997: 5; FAZ 1997d):

»Wer sich dagegen mit dem Zeitgeist verbündet hat, promenierte alsbald auf dem Egotrip und wird sich selbst immer weitaus mehr lieben als den Nächsten. Wenn der Eigensinn den Gemeinsinn also auf breiter Front verdrängt, muß sich der mitarbeitende Mensch in Verein und Verband bald wie ein Fossil aus einer längst versunkenen idealistischen Welt vorkommen.« (von Richthofen 1996b: 7)

Unter Verweis auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Umfrageergebnisse wird zudem stets darauf hingewiesen, dass diese Defizitdiagnose in besonderem Maße auf die Jugendlichen zutrefte, die sich immer stärker »weg von der Solidargemeinschaft und hin zu einer Generation von Egoisten entwickeln« (Spiegel 1994c; ebenso Spiegel 1994d; Focus 1995a; FAZ 1997d). In diesem Kontext sind es vor allem institutionelle und objektbezogene Verknüpfungen, deren Erwähnung zur inhaltlichen Verdichtung und Plausibilisierung dieses Erzählstrangs beiträgt: Die junge Generation habe nicht nur kein Interesse mehr daran, ihre Freizeit für ein zeitraubendes Ehrenamt in einer karitativen Einrichtung zu opfern, sondern gehe auch in Sachen Sport andere Wege: Mannschaftssportarten mit Vereinsbindung, so der Tenor, werden zunehmend durch die körperliche Ertüchtigung im Fitnessstudio und durch Individualsportarten, wie Inline-Skating, verdrängt (Zeit Online 1992; Deutscher Bundesjugendring 1993: 101; Spiegel 1994c; SZ 1994c, 2000a; Zeit Online 1997c; Focus 2000c). Das Fitnessstudio und Inline-Skates avancieren in diesem Kontext folglich zu negativ konnotierten, objektbezogenen und institutionellen Versinnbildlichungen einer lediglich auf das eigene Wohl bedachten, egoistischen Freizeitgestaltung fernab jeglicher mit einer Vereinsmitgliedschaft assoziierten Verpflichtungen:

»Längst blicken jene, die ihre Muskeln, ihre Kondition und ihre Trinkfestigkeit außerhalb fester Übungszeiten trainieren, mitleidig auf die Vereinsmeier herab. ›Sport ist im Verein am schönsten‹ – von wegen. [...] Und für das Überleben in der Ellbogengesellschaft stählt man sich ohnehin am besten allein im Fitneßstudio: Die Club-Card mit monatlichen Freidrinks ersetzt den Vereinsausweis mit wöchentlichem Pflichtprogramm.« (Spiegel 1994c)

Zweitens wird der vermeintliche »Zug der Zeit ›in Richtung Egoismus, Anspruchsdenken und Rückzug ins Private« (SZ 1994c) in der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource als Ursache dafür benannt, dass sich die deutsche Gesellschaft insgesamt auf dem Weg zu einer moralisch verfallenen und sozial desintegrierten Ego- und Freizeitgesellschaft befinde. Die Bedrohlichkeit dieser Zukunftsvision wird gerade im medialen Kontext durch verschiedene – kommunitaristisch inspirierte – düstere Entwicklungsprognosen verstärkt: »Fest steht, daß sich Gemeinsinn und Gemeinschaft auflösen wie das Ozon über den Polen. Ungefilterter Eigensinn zerfrißt den sozialen Klebstoff. Die vertrauten Solidargemeinschaften bröckeln auseinander.« (Focus 1995c; ebenso Zeit Online 1997d) Als offensichtliche Symptome dieses gesellschaftlichen Egoismustrends gelten hier nach eine »allgemein neurotische[...] Mentalität [...] des ›Keine-Zeit-Habens« (Gauly 1995: 78), die Zunahme einer »›Sollen-doch-die-anderen-Haltung« (Born 1993: 34), die Ausbreitung eines »moralzersetzenden Virus« (Focus 1995c) sowie der ausgeprägte »Tanz um das goldene Selbst« (Spiegel 1994b). Diese Einzelercheinungen bringt Altkanzler Helmut Schmidt auf die folgende einprägsame Formel: »Rücksichtslos egoistische ›Selbstverwirklichung‹ erscheint als Ideal, Gemeinwohl dagegen eher als bloße Phrase.« (Zeit Online 1997d) Diese kommunitaristische Krisendiagnostik aufgreifend zeichnet insbesondere das Grundsatzprogramm der CSU aus dem Jahr 1993 ein hoffnungsloses Bild von den gemeinschaftlichen Bindungskräften:

»Die aufkommende Scheu, dauerhafte Bindungen einzugehen und ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen, die wachsende Neigung, eigenen Sonderwünschen Vorrang vor übergeordneten Notwendigkeiten zu geben, erschweren die staatliche Durchsetzung des Gemeinwohls. Egoismus, Besitzstandsdenken und Intoleranz sind große Hindernisse für die Gestaltung der Zukunft Deutschlands.« (CSU 1993: 10)

Die genannten Einzelentwicklungen werden besonders in konservativen Kreisen als Ausdruck eines, »moralisch betrachtet, [...] herbstliche[n] Klima[s]« (Schäuble 1995: 16) bzw. eines »soziale[n] Kälteschock[s]« (Bock 1996a: 97) gedeutet, der sich nicht nur verheerend auf das Gemeinwohl auswirke, sondern zudem mit verschiedenen besorgniserregenden sozialen Folgeerscheinungen gleichgesetzt wird: Hierzu zählen die Zunahme von alleinstehenden Menschen, Isolationserscheinungen, Suchtkrankheiten, Sinn-, Orientierungs- und Identitätskrisen, Selbstmorden usw. (Born 1993: 34; SZ 1993b; Schäuble 1995: 16; Paulwitz 1996a: 245).

Drittens wird die für die Produktivitäts-Erzählung typische Schuldzuschreibung an die Bürgerschaft durch die Ergänzung zusätzlicher, auf den Staat bezogener epistemischer Verknüpfungen weiter plausibilisiert und verdichtet. So konstatiert beispielsweise der CDU-Abgeordnete Gerhard Päselt: »Mit sinkender Bereitschaft, zeitaufwendige Verpflichtungen oder gar Bindungen einzugehen, wächst die Bereitschaft, Leistungen zu konsumieren, aufzurechnen und Anforderungen zu stellen.« (Päselt 1997: 43) Der allgemeine Trend zu Individualisierung und Selbstverwirklichung wird demnach nicht nur mit maßlosem Egoismus und Werteverfall gleichgesetzt, sondern auch als Ausdruck einer ausufernden »Vollkaskomentalität« (Schäuble 1994: 39; ebenso Puschmann 1992: 164; zur Kritik am konservativen Klagelied über den Verfall der traditionellen Werte vgl. u.a. Zeit Online 1994), eines überzogenen Anspruchsdenkens bzw. einer »passive[n] Erwartungshaltung« an den Staat (Bopp 1997: 3; ebenso die SPD-Politikerin Heide Simonis in: Zeit Online 1995a), einer nutzenmaximierenden Konsumlogik (CSU 1993: 78) und einer »Vorteilssuche des Einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft« (Herzog 1997a) gedeutet. Diese Einstellung vieler Bürger, die allzu oft »nur nach dem Nutzen des Staates und sozialer Einrichtungen für sie persönlich [fragen], ohne selbst freiwillig Beiträge zum Funktionieren des demokratischen Staates zu leisten« (CSU 1993: 78), trage der liberal-konservativen Regierung zufolge maßgeblich zu den aktuellen wohlfahrtsstaatlichen Erschöpfungserscheinungen bei (BT-Drs. 13/6386 1996: 2):

»Allzuoft wird versucht, dem Zwang zu Veränderungen auszuweichen, indem man einfach nach dem Staat ruft; dieser Ruf ist schon fast zum allgemeinen Reflex geworden. Je höher aber die Erwartungen an den Staat wachsen, desto leichter werden sie auch enttäuscht; nicht nur wegen knapper Kassen. Der Staat und seine Organe sind der Komplexität des modernen Lebens [...] oft einfach nicht gewachsen und sie können es auch gar nicht sein.« (Herzog 1997a)

Der beinahe reflexhafte, »rituelle[...] Ruf nach dem Staat« (ebd.) wird in konservativen Kreisen übereinstimmend als besorgniserregende Entwicklung betrachtet, da dieser nicht nur zur Überlastung der Sozialsysteme führe, sondern hiermit gleichsam ein gefährlicher Verlust an Gemeinsinn und Verantwortungsübernahme einhergehe, da »durch ein Zuviel an staatlicher Entlastung und Fürsorge das Potential

an solidarischen Kräften in unserer Gesellschaft« zugeschüttet werde (Schäuble 1995: 16; ebenso BT-Drs. 13/5674 1996: 19; Schäuble 1997: 7; Götz 1997: 30f.; FAZ 1997d). Viele Bürger, so Wolfgang Schäuble, nähmen daher fälschlicherweise an,

»daß unser perfektionistischer Sozialstaat mit seinen lückenlosen Sozialversicherungssystemen, mit Kinder- und Altenbetreuung, Pflegeheimen, Beratungseinrichtungen alle Bedürfnisse, einschließlich Notlagen und Lebensrisiken, so weit abdeckt, daß es persönlicher solidarischer Hilfe und Zuwendung nicht mehr bedarf.« (Schäuble 1995: 16)

Ein derartiger Einstellungswandel bleibe auch für die Ausübung eines freiwilligen Engagements nicht folgenlos: So leide das Ansehen unentgeltlich erbrachter Leistungen unter dem Trend, dass scheinbar nur noch solche Tätigkeiten eine gesellschaftliche Wertschätzung und Anerkennung erfahren, die finanziell entlohnt oder anderweitig vergütet werden (BT-Drs. 13/5674 1996: 19; FAZ 1997d).

Die bisherigen Ausführungen zeigen, dass die epistemische Feststellung einer zur Egoismus neigenden Bürgerschaft einen zentralen Knotenpunkt im dispositiven Netz der Produktivitäts-Erzählung bildet, dessen Erwähnung gleichsam zur Aktivierung einer dreifachen Schuldzuschreibung an die Bürgerschaft führt: erstens für die nachlassenden Engagiertenzahlen in den traditionellen Ehrenamtsorganisationen, zweitens für die Überforderung des Staates und drittens für den gesellschaftlichen Verlust an Gemeinsinn bzw. – in den Worten Schäubles – für das Zerbröseln des »Kitt[s], der eine Gemeinschaft zusammenhält« (Schäuble 1995: 16). Angesichts dieser Vorwurfsflut kommt der *Focus* zu der lakonischen Feststellung: »Das Volk ist schlecht, man sollte sich ein neues wählen.« (Focus 1995c)

Vor dem Hintergrund der erläuterten Krisendiagnosen nimmt es auch nicht wunder, dass in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung nicht mehr die individuelle Bedeutung, sondern die gesellschaftliche Nutzung¹⁵ der Potenziale der Freiwilligkeit im Mittelpunkt der neuen Wissensordnung steht und die Leistungen der Freiwilligen als Möglichkeit der Überwindung der genannten organisationsbezogenen, staatlichen und gesellschaftlichen Krisen betrachtet werden (SZ 1996a). So wird beispielsweise von Seiten der traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit übereinstimmend konstatiert, dass Freiwillige die »tragende Säule« (FAZ 1997d; ebenso SZ 1993b; Päselt 1997: 42) ihrer Organisationen darstellten und sie ihre Hilfe zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben unbedingt benötigten: Von Seiten des Sports heißt es hierzu: »Der deutsche Sport steht und fällt mit dem freiwilligen Engagement« (Rau 1997: 44), die Kirchen legen dar, dass sie »das Ehrenamt wie sonst keine andere Institution« brauchten (Link 1997: 39) und die Caritas gibt stellvertretend für die übrigen Wohlfahrtsverbände

15 | Dass mit der Aktivierung freiwilligen Engagements hier primär gesellschaftliche Nutzenüberlegungen verbunden sind, zeigt sich zudem daran, dass vor allem im politischen und medialen Kontext zur Illustration des gesellschaftlichen Mehrwertes von Bürgerengagement auf ökonomische Kennziffern zurückgegriffen wird (SZ 1995a, 1998b): So konstatiert beispielsweise das SPD-Präsidium unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes, dass Freiwillige jedes Jahr ca. 2,8 Milliarden Arbeitsstunden im Gegenwert von 48 Milliarden DM ableisten (SPD-Präsidium 1996) und der CDU-Bundestagsabgeordnete Rolf Rau legt dar, dass die jährlich geleistete Arbeit Ehrenamtlicher in Deutschen Sportvereinen einen monetären Gegenwert von sieben Milliarden DM hat (Rau 1997: 45).

zu bedenken, dass eine »Caritas, in der das ehrenamtliche Engagement stirbt, [...] ihre eigene Existenz aufs Spiel« setze (Bock 1994: 424; vgl. ebenso Lodde 1992: 151; Götz 1993a: 26f.; Zentralrat des DCV 1995: 322; Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 23, 50; Reinelt 1998: 390).

Darüber hinaus begründen Politiker unterschiedlicher Couleur ihren Ruf nach mehr freiwilligem Engagement mit der Feststellung, dass der Sozialstaat keine allseitigen Versorgungsleistungen (mehr) erbringen und deshalb auch nicht auf die »Hilfe von Mensch zu Mensch, also auf praktizierte Nächstenliebe« verzichten könne (Link 1997: 40; ebenso Schätzle 1997: 54): »Der Sozialstaat ist und bleibt darauf angewiesen, daß Menschen bereit sind, sich in besonderer Weise für Aufgaben des Gemeinwohls einzusetzen und Verantwortung für andere zu übernehmen.« (SPD-Präsidium 1996) Und über all diesen Produktivitätserwartungen schwebt die diffuse kommunitaristisch inspirierte Hoffnung, dass durch die Stärkung der Bereitschaft zur Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit eine »Kultur des Gemeinsinns« entstehe, die verhindere, dass »die Bindekräfte zwischen den Menschen erlahmen und der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält, brüchig wird« (Schäuble 1997: 8; ebenso Schäuble 1995: 16; Nolte 1997: 12; Focus 1997). Denn ohne freiwilliges Engagement, so die allenthalben unter Rückgriff auf die von Roman Herzog (1995) geprägte Formel des Gemeinsinns als Gradmesser für »die moralische Temperatur einer Gesellschaft« geäußerte Sorge, »erkaltet unser Land« (SPD-Präsidium 1996) und »das Klima [wird] frostiger« (Focus 1996; ebenso Schäuble 1995: 16).

Dieses kommunitaristisch inspirierte Negativ-Bild einer egoistischen Bürgerschaft, die sich durch ihren Selbstverwirklichungsdrang selbst ihre Lebensgrundlagen entzieht, wird in der Produktivitäts-Erzählung durch die Ergänzung verschiedener objektbezogener Aussagen weiter verdichtet: So sind es vor allem technische Neuerungen, wie der »Gameboy«, der »Walkman« oder die »Hifi-Anlage« (Deutscher Bundesjugendring 1993: 102; Zeit Online 1997c), die als Sinnbilder für Luxus, Kommerz und uferlosen Hedonismus herangezogen werden. Diese negativ konnotierten Symbole werden wiederum kontrastiert durch weitere Objektbezüge, die mit Gemeinschaftlichkeit, Sicherheit und gegenseitiger Rücksichtnahme, kurz gesagt: mit einer »heile[n] Welt« (Zeit Online 1997c), gleichgesetzt werden, die den Einzelnen vor den destruktiven Tendenzen des zunehmenden Egoismusdrangs und Werteverfalls bewahren können (Zeit Online 1997b): »Kein Kommerz, wenig Technik und alles gemeinsam. Klampfe statt Walkman, Wanderschuhe statt Brikettsohlen, Weißkohl statt McDonald's.« (Zeit Online 1997c) Dem klassischen deutschen Vereins- und Verbandsleben wird in der Produktivitäts-Erzählung folglich dann noch eine realistische Chance eingeräumt, wenn es den Trägerorganisationen gelingt, das freiwillige Engagement durch das Aufgreifen dieses den Objektbezügen innewohnenden Gegensatzes zwischen einer heilen Welt und einer zu Egoismus neigenden Bürgerschaft zu stärken. Hierzu ist es notwendig, die positiv besetzten Eigenschaften freiwilliger Beteiligung, wie etwa »soziale Nähe«, Sinn-erfüllung und »Erlebnis in der Gemeinschaft«, sowohl als »Gegenpol zu[...] Egoismus«, Individualisierung und Isolationerscheinungen als auch zur verkrusteten ehrenamtlichen »Aufopferungsrolle« zu benennen (SZ 1994a; ebenso SZ 1993e, 2001f; FAZ 1997i; Zeit Online 1997c). Die einzige Therapie für die Diagnose eines durch grenzenlosen Egoismus ausgelösten Zerfalls der Gesellschaft sei folglich, so der politisch-mediale Tenor, die Rückkehr zu Gemeinschaftswerten und Gemein-

sinn, wobei ein Mehr an Bürgerengagement der erste Schritt zur Wiederbelebung der Gemeinschaft darstelle (Zeit Online 1995b, 1997a, 1997b).

Freiwilliges Engagement, so kann man diese Verlautbarungen zusammenfassen, wird in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätskraft als wertvolle, aber »zunehmend knappere Ressource« (Jakob/Olk 1991a: 227; ebenso Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16) und als aktivierbares Potenzial zur Lösung der genannten gesellschaftlichen Krisen erkannt: »Angesichts neuer Herausforderungen ist unsere Gesellschaft in Zukunft mehr denn je auf die freiwillige und ehrenamtliche Mitarbeit von Männern und Frauen, von Bürgerinnen und Bürgern aller Generationen angewiesen.« (BT-Drs. 13/5674 1996: 2; ebenso SZ 1998a) Zu den zentralen epistemischen Elementen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung gehört folglich die Einsicht, dass es in der Gesellschaft einen steigenden Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen gebe und man es sich deshalb unter keinen Umständen mehr leisten könne, die Kompetenzen und Zeitressourcen der Freiwilligen zukünftig »brach liegen [zu] lassen« (Reinhard 1997: 52; ebenso Laurien 1995: 294; FAZ 1996e; Götz 1997: 31; Nolte 1997: 10).

Diese aus der vermeintlichen Zunahme gesellschaftlicher Krisensymptome abgeleitete Rede über die Notwendigkeit der Förderung des Bürgerengagements ist in konservativen politischen Kreisen zudem in eine umfassende – kommunitaristisch inspirierte – »Bürgerschafts-in-die-Pflichtnahme-Diskussion« (Paulwitz 1996a: 261; vgl. die Debatte über die »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten« in: Zeit Online 1997d, 1997e, 1997f) eingebettet, die automatisch mitaufgerufen wird, wenn über die Produktivität ehrenamtlicher Aktivitäten debattiert wird: »So erhält und verbessert freiwilliges Engagement nicht nur die Qualität unseres Sozialstaates, sie gibt dem Gemeinwohl auch einen neuen Sinn, der sich nicht nur an den Solidar-Rechten, sondern auch an den Solidar-Pflichten orientiert.« (Nolte 1997: 9) Durch die Förderung bürgerschaftlichen Engagements soll, so der Tenor der CDU/CSU, der gesellschaftliche Trend gestoppt werden, dass die Bürger »den Sozialcharakter von Pflichten« ablehnen und »die Pflicht gegenüber sich selbst zunehmend über die Bereitschaft, für andere tätig zu werden«, stellten (Päsel 1997: 43). Auch nach Ansicht von Angela Merkel müsse wieder deutlicher gemacht werden, dass das Funktionieren einer Gesellschaft auf dem Zusammenspiel von Solidarität, Freiheit, Gerechtigkeit »und nicht zuletzt auf den Pflichten, die sich daraus ergeben, beruht« (Merkel 1994: 437). Die in die Produktivitäts-Erzählung eingelassene Betonung von Solidarpflichten zulasten von Solidarrechten verweist somit eindrücklich auf den hohen Stellenwert, der dem solidarischen Zusammenhalt der Gemeinschaft im Sinne einer echten »Verantwortungsgesellschaft« (Etzioni 1997; in Anlehnung daran vgl. Oswald 1997: 14) zugesprochen wird. Nur durch die Bewahrung des »doppelte[n] Prinzip[s] von Rechten und Pflichten«, so Helmut Schmidt, könne verhindert werden, dass »ein Volk und sein Staat – oder die Menschheit als ganze – in Feindschaften, in Konflikte und schließlich in Chaos verfallen« (Helmut Schmidt in: Zeit Online 1997d).

Mit diesem kommunitaristisch grundierten Ziel untrennbar verbunden ist zudem die Neudefinition des in Deutschland so prominenten Subsidiaritätsprinzips: Es sei, so die verbreitete Argumentation konservativer Politiker, dringend notwendig, das Verhältnis zwischen staatlicher Solidarität und Subsidiarität insofern neu auszuhandeln, als dem Einzelnen und der Gesellschaft wieder mehr Freiräume für Eigeninitiative und Selbstverantwortung eingeräumt werden (FAZ 1984; Herzog

1995; Laurien 1995: 296; BT-Drs. 13/5674 1996: 2; Riegert 1997: 19; Oswald 1997: 14). Denn nur, wenn die staatliche Aufgabenfülle wieder reduziert und die Bürger »viele Dinge wieder selbst in die Hand nehmen und nicht Forderungen aus Ansprüchen ableiten« (Riegert 1997: 19), könne das Ehrenamt gestärkt werden:

»Wer nur auf den Staat setzt, zerstört persönliche und gesellschaftliche soziale Hilfen. Für die Sozialpolitik der CSU gilt nachdrücklich und verstärkt der Grundsatz der Subsidiarität: Was in der Familie, in der Nachbarschaft, in Selbsthilfe in kleinen Kreisen geleistet werden kann, soll und darf weder die größere Einheit noch der Staat an sich ziehen. Die CSU wird ein Netz sozialen ehrenamtlichen Engagements ermöglichen und fördern, weil nur dann viele Menschen die nötige Zuwendung und Geborgenheit erhalten.« (CSU 1993: 27)

Es zeigt sich folglich, dass im Zuge der Neufassung des Subsidiaritätsgedankens gerade personenbezogene Hilfeleistungen wieder stärker in die »möglichst vielen, freiwillig und selbsthelfenden Hände« (Paulwitz 1996a: 259) der Mitmenschen im familiären, nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Bereich gelegt werden sollen. Durch diese Privatisierung sozialer Dienstleistungen, so die Befürchtung vieler Zeitgenossen, drohe jedoch dem »in Deutschland garantierten, einklagbaren Rechtsanspruch auf öffentliche Unterstützung [...] der Verlust dieser Absicherung« (ebd.; ebenso Dreßler 1996: 53; BAGFW 1998: 4-6). Von Seiten der konservativ-liberalen Bundesregierung wird diesbezüglich entgegnet, dass die durch freiwilliges Engagement gestiftete gesellschaftliche Solidarität staatlich garantierte soziale Rechte nicht ersetzen, so doch aber sinnvoll ergänzen soll, damit sich der Staat wieder seinen Kernaufgaben widmen könne (Herzog 1995; FAZ 1996e; Schätzle 1997: 54; Riegert 1997: 19; Götz 1997: 31; Krause 1997: 8): »Die große Herausforderung, den Staat wieder auf den Kernbereich seiner Aufgaben zurückzunehmen, kann nur mit mehr Bürgersinn gelöst werden« (Oswald 1997: 14). Bei dieser Rückübertragung von Verantwortung an den Bürger, auch im Sozialen, handele es sich demnach keineswegs, so Roman Herzog, um einen kosteninduzierten Sozialabbau, sondern um »die Korrektur eines verzogenen Verhältnisses« (Herzog 1995).¹⁶

Das brachliegende Engagementpotenzial großer Bevölkerungsteile

Um zu rechtfertigen, dass die Förderung freiwilligen Engagements vor dem Hintergrund des bisher Gesagten nicht nur dringend erforderlich, sondern auch möglich ist, wird in der Produktivitäts-Erzählung auf verschiedene epistemische und institutionelle Aussagen der bereits etablierten Storyline Selbstverwirklichung statt

16 | Hinsichtlich der Überlastung des Sozialstaates und der (Rück-)Verlagerung sozialer Aufgaben in den familiären, nachbarschaftlichen und ehrenamtlichen Bereich knüpft die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung mitunter an die ähnlich verlaufenden diesbezüglichen Diskussionen im europäischen Ausland an. In diesem Sinne konstatiert beispielsweise die FAZ: »Daß es der ehrenamtlichen Tätigkeit in unserer Gesellschaft mehr denn je bedarf, steht außer Frage. Denn in Deutschland wie in den übrigen europäischen Ländern wird sich der längst überforderte Staat zurücknehmen, werden Privatinitiative und Selbstverantwortung größeres Gewicht erhalten müssen.« (FAZ 1996e) Der ehemalige Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rudolf Dreßler, spricht im Hinblick auf den gesamteuropäischen Trend zur Privatisierung sozialer Dienstleistungen sogar von einer »Thatcherisierung des gesellschaftspolitischen Denkens in Europa« (Dreßler 1996: 53).

Amt und Ehre zurückgegriffen. Hierzu zählt zunächst die Gegenüberstellung der traditionellen Vereins- und Verbandslandschaft mit alternativen Organisationsformen, wie Selbsthilfegruppen oder selbstgegründeten (Bürger)Initiativen. Unter Bezugnahme auf statistische Umfrageergebnisse wird in der Produktivitäts-Erzählung betont, dass letztere, da sie den Gestaltungswünschen sowie den Bedürfnissen der neuen Freiwilligen nach einer selbstbestimmten, zeitlich befristeten Tätigkeit entsprechen, einen Anstieg ihrer Engagiertenzahlen verzeichnen könnten, währenddessen Vereine und Verbände zunehmend mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen hätten.¹⁷ Aus diesem Mitgliederboom alternativer Organisationsformen wird übereinstimmend die Erkenntnis abgeleitet, dass die Bürger nach wie vor zu einem freiwilligen Engagement bereit seien, wenn die vorhandenen institutionellen Strukturen ihren Ansprüchen und Interessen entgegenkämen: »Nicht die aktive Helferrolle wird gescheut, sondern die Statistenrolle als billiger Jakob oder dummer August« (Pott 1996: 10; vgl. ähnlich SZ 1992, 1994a; Nolte 1997: 10).

Diese Erkenntnis gibt im medialen, politischen und (zivil-)gesellschaftlichen Diskurs folglich Anlass zur Hoffnung, dass unter der Voraussetzung passender institutioneller Bedingungen deutlich mehr Menschen als bislang für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden könnten. Unter Bezugnahme auf die zahlreichen diesbezüglichen Umfrageergebnisse¹⁸ wird in diesem Zusammenhang somit stets

17 | Vgl. die weitgehend übereinstimmenden Aussagen bezüglich des engagementbezogenen Bedeutungsverlusts traditioneller Großorganisationen zugunsten alternativer Bündnisformen von Seiten zivilgesellschaftlicher Kräfte (Pott 1996; Krüger 1997: 19; Fels 1997: 6) und politischer Vertreter (Herzog 1995; Laurien 1995: 294; Scharping 1996: 14f., 1997: 5; SPD-Präsidium 1996; BT-Drs. 13/6386 1996: 2f.; Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13114; BT-Drs. 13/5674 1996: 4; Riegert 1997: 20; Reichard 1997: 48f.; Börnsen 1997: 21f.; Sothmann 1997: 57; Linckelmann 1998: 401f.).

18 | Um die Legitimität und Glaubwürdigkeit von Aussagen über ein brachliegendes Engagementpotenzial zu untermauern, wird von allen Diskursteilnehmern auf die Ergebnisse statistischer Umfragen verwiesen (u.a. Bock 1995b: 2, 1996b: 221; Becker 1996: 30; BT-Drs. 13/5674 1996: 4-8; Linckelmann 1998: 401; Puschmann 1998: 379; Reinelt 1998: 391). Doch bereits ein kurzer Blick auf die Resultate der häufig herangezogenen Studien zeigt, dass die Höhe des Engagementpotenzials je nach Untersuchungsdesign stark variiert, weshalb »alle Daten [...] mit Vorbehalt zu betrachten« sind (SZ 1998a): Das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas) kommt im Jahr 1993 zu dem Ergebnis, dass das Engagementpotenzial bei einem Fünftel der Bevölkerung liegt (Infas 1993: 13). Die Eurovol-Studie geht davon aus, dass in Deutschland zusätzlich zu den regelmäßig Engagierten (18 %) weitere 44 % der Befragten ganz sicher bzw. vielleicht (abhängig von der Art des Angebots) zur Aufnahme eines freiwilligen Engagements bereit seien (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 109; Paulwitz 1996a: 263). Das Allensbacher Institut ermittelt im Auftrag des Caritasverbandes eine brachliegende Engagementbereitschaft von 15 %. Weitere 24 % der Bundesbürger sind vielleicht zu einem freiwilligen Engagement bereit (SZ 1998b). Die Geislingen-Studie spricht für ihre Stadt sogar von einem Engagementpotenzial von 38 % (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 86f.). Nach dem Wertesurvey von Klages und Gensicke waren im Jahr 1997 38 % der Bevölkerung über 18 Jahren ehrenamtlich aktiv und weitere 32 % der bislang nicht Engagierten können sich ein freiwilliges Engagement vorstellen (Klages/Gensicke 1998: 180). Darüber hinaus werden als Legitimation für Aussagen bezüglich eines brachliegenden Engagementpotenzials auch organisationsinterne Studien zum Engagementaufkommen (für

auf die Existenz eines noch brachliegenden »erhebliche[n] Reservoirs an Gemeinsinn« (Börnsen 1997: 23; ebenso Halfar 1994: 109) verwiesen, das unter beständiger Heranziehung des Potenzial-Begriffs wahlweise als »noch nicht gehobene[s] Potential« (Laurien 1995: 294), als »freiflottierende[s] Potential« (Ulrich Beck in: Zeit Online 1997h), als gesellschaftliches »Solidaritätspotential« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1311) oder als große Anzahl »potentielle[r] Zeitspender« (Zeit Online 1996a) bezeichnet wird.¹⁹ Die Vermutung eines brachliegenden Engagementpotenzials großer Bevölkerungsteile bildet folglich einen weiteren zentralen epistemischen Knotenpunkt im Netz der seit Mitte der 1990er Jahre dominant werdenden Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource.

Die in der Produktivitäts-Erzählung eingelassene Rede von einem aktivierbaren Engagementpotenzial ist zudem eng verwoben mit der in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre häufig herangezogenen Feststellung der Zunahme individueller Zeitressourcen, die unter Rekurs auf die negativen individuellen Konsequenzen mit der Delegitimation einer ausschließlichen Nutzung dieser Ressourcen für die ichbezogene Erholung einhergeht. Diese Tendenz setzt sich in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource allerdings mit dem Unterschied fort, dass nunmehr nicht mehr auf die individuellen, sondern auf die organisationalen oder gesellschaftlichen Einbußen ehrenamtsbezogener Nicht-Aktivität aufgrund des allgemeinen Egoismustrends rekurriert wird: »Heute ist für viele Menschen Freizeit wichtiger als Ehrenamt. Man sieht keinen unmittelbaren Nutzen im Engagement für andere. Hier müssen wir entgegenwirken.« (Keller 1997: 36) Im Fokus der Aufmerksamkeit stehen hierbei insbesondere diejenigen Bevölkerungsgruppen, denen zugeschrieben wird, dass sie über große frei verfügbare Zeitressourcen verfügen: »Potenzielle ›Zeitspender‹ nämlich gibt es im Land der Frührentner und Arbeitslosen zur Genüge.« (Zeit Online 1996a; ebenso Laurien 1995: 297; Abgeordnete Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1314; FAZ 1997e) Die bislang mangelhafte Überführung dieses ungenutzten Engagementpotenzials in den Reihen der Arbeitslosen und der älteren Menschen in ein tatsächliches Engagement gilt im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung als ein besorgniserregender Zustand, da der Gesellschaft hierdurch wichtige Kräftepotenziale verloren gingen (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 12): In diesem Sinne beklagt z.B. die Caritas mit Blick auf Ost-

die Mitarbeiterstudie der Caritas vgl. Gleich 1996: 281) oder Leserbefragungen verschiedener Zeitschriften herangezogen (z.B. die Leserbefragung der Zeitschrift *Caritas aktuell*, vgl. Halfar 1994).

19 | Hinsichtlich der Annahme, dass es in der Gesellschaft ein brachliegendes Engagementpotenzial gebe, sind sich alle am Diskurs beteiligten Kräfte weitgehend einig. Vgl. hierzu die übereinstimmenden Aussagen von Seiten der Vereine, Verbände und Kirchen (Bock 1989: 435, 1992: 384, 1995: 2; Albert 1993: 13; Halfar 1994: 109; Zentralrat des DCV 1995: 311-313, 329, 1998: 565; Berliner Resolution zum Ehrenamt 1996: 16; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 50; Zimmermann 1997: 30; Krause 1997: 6; Puschmann 1998: 379; Reinelt 1998: 391), der Politik (Laurien 1995: 294; BT-Drs. 13/2652 1995: 2; Börnsen 1997: 23; Schäuble 1997: 7f.; Falk 1997: 25; Link 1997: 40; Willner 1997: 59; Herzog 1997b; Linckelmann 1998: 401) und der Medien (SZ 1996b; Zeit Online 1996a; FAZ 1993b, 1996e, 1997b, 1997g, 1998b, 1998c).

deutschland, dass »[t]rotz hoher Arbeitslosigkeit, Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen [...] kein Anstieg der ehrenamtlich Tätigen in der Caritasarbeit zu verzeichnen« sei (Zentralrat des DCV 1995: 31f.). Auch die liberal-konservative Bundesregierung stellt in ihrer Antwort auf die große Anfrage der Regierungsfractionen enttäuscht fest, dass das Zeitbudget in den letzten Jahren zwar angestiegen sei, daraus aber offenbar »für die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit keine Vorteile gezogen wurden« (BT-Drs. 13/5674 1996: 18).

In Bezug auf die ältere Generation zeigt sich zudem, dass die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource dezidiert an das von Lesenich und seinen Mitarbeitern erarbeitete Dispositiv des »produktiven Alters« anknüpft (Denninger u.a. 2010: 227-231, 2014: 127-163), das sich seit Mitte der 1990er Jahre aus dem Unruhestands-Dispositiv herausbildet: Alte Menschen gelten hier nach unhinterfragt als kompetent, leistungsfähig und aktiv, weshalb ihnen auch ein erhöhtes Engagementpotenzial unterstellt wird: »Unter den einzelnen Gruppen der Gesellschaft könnten die ›aktiven Alten‹ ebenso wie die ›fitten Vorruheständler‹ zunehmende Bedeutung als ›Reservoir‹ für diesen Aufgabenkreis erlangen« (Schmidt 1997: 38). Die allgemeine Verlängerung der Lebenszeit wird in diesem Zusammenhang sowohl als Problem wie auch als Chance betrachtet: Einerseits stelle sie die Gesellschaft insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich vor erhebliche Herausforderungen; andererseits hätten »[i]mmer mehr Bürgerinnen und Bürger [...] nach Ausscheiden aus dem Berufsleben immer mehr Zeit« (Reinhardt 1997: 51; ebenso Bock 1995b: 2; Sengling 1997a: 13). In dem Maße, wie die anschließende Lebensphase des wohlverdienten Ruhestandes durch die Gleichsetzung mit Attributen wie Isolation, Rückzug, Kompetenzverlust und Potenzial-Vergeudung zunehmend delegitimiert wird, werden die älteren Menschen gleichsam aufgefordert, ihre freie Zeit für die Ausübung eines freiwilligen Engagements sinnvoll für sich und andere zu nutzen (Reinhardt 1997: 52; SZ 1998a).

Mit Blick auf die Personengruppen am anderen Ende der Alterspyramide sind ähnliche Forderungen zu vernehmen (u.a. Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107; Puschmann 1998: 379): Ein erhöhtes Engagementpotenzial Jugendlicher oder junger Erwachsener wird vor allem aus der hohen Nachfrage nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) abgeleitet, die die Anzahl an freien Plätzen bei weitem überschreite (Müntefering 1995; Schäuble 1995: 16, 1997: 8; BT-Drs. 13/5674 1996: 12; Focus 1996; Nolte 1997: 11f.; Reichard 1997: 49; Glücklich 1997: 28f.; FAZ 1997b). Für die Robert Bosch Stiftung steht deshalb außer Frage, dass die bestehenden Angebote deutlich ausgeweitet werden müssten, »[u]m möglichst bald und tief greifend das Potential für diese Dienste zu aktivieren und für die Jugendlichen und die Gesellschaft zu nutzen« (Robert Bosch Stiftung 1998a: 61).

Anhand dieser ausufernden Potenzialdiskussion lassen sich die Unterschiede zwischen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre und der Produktivitäts-Erzählung nochmals deutlich herausstellen: Obgleich die Nutzung freier Zeitreserven für ein lediglich unterhaltungs- und konsumorientiertes Freizeitverhalten in beiden Erzählungen grundsätzlich delegitimiert wird, geschieht dies in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource nicht mehr allein deshalb, da hierdurch der Gedanke der sinnstiftenden Lebensgestaltung ad absurdum geführt wird, sondern weil ein derartiges selbstbezogenes Freizeitverhalten zum Zerfall von Gemeinsinn, zur Überlastung der Sozialsysteme

und zur weiteren Verschlechterung der ohnehin schwierigen Lage der deutschen Vereine und Verbände beitrage. Thematisiert werden hier somit vordergründig die durch die zunehmende Selbstbezogenheit und Passivität erzeugten Belastungen des Gemeinwesens sowie die der Gesellschaft verlorengehenden Kräftepotenziale angesichts einer Vielzahl ehrenamtlich nicht-aktiver Menschen. Diese Produktivitätsdiskussion ist dabei in zweifacher Hinsicht auf den Potenzialbegriff bezogen: Einerseits gilt freiwilliges Engagement als aktivierbares Potenzial zur Lösung gesellschaftlicher Krisen; andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen, das es zu aktivieren gilt. Hinter der Rede von einem ungenutzten Engagementpotenzial im Rahmen der Storyline Freiwilligkeit als Produktivitätskraft steht folglich ein massives Ressourcenthema, das von der Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur »Treffpunkt Hilfsbereitschaft«, Carola Schaaf-Derichs, folgendermaßen auf den Punkt gebracht wird: »Nie gab es mehr gebildete und ausgebildete Menschen, selten war der durchschnittliche Lebensstandard in unserem Lande so hoch, und selten zuvor hatten wir einen so massiven Zerfall alter Werte und Bezugsgrößen im Wirtschafts- und im Sozialsystem wie gerade jetzt.« (Schaaf-Derichs 1997: 76)

Darüber hinaus schreibt sich aber die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre insofern in die neue Produktivitäts-Erzählung ein, als immer wieder betont wird, dass die Förderung freiwilligen Engagements nicht nur aufgrund gesellschaftlicher Krisenerscheinungen notwendig sei, sondern derartige Aktivierungsmaßnahmen gleichzeitig dem Wunsch der Freiwilligen selbst entsprächen: »Die Menschen – gleich welchen Alters – wollen sich engagieren, wollen Verantwortung übernehmen, das sagen uns unsere täglichen Erfahrungen.« (Nolte 1997: 10) Es wird hier folglich die Erkenntnis der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre aufgegriffen, dass freiwilliges Engagement für viele Bürger eine Quelle innerer Zufriedenheit, Sinnstiftung und Selbstverwirklichung darstelle (Riegert 1997: 17; BT-Drs. 13/5674 1996: 16). Durch die Betonung der Annahme, dass aufgrund dieser sinnstiftenden Dimension eine große Anzahl von Menschen prinzipiell zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bereit sei, wird somit suggeriert, dass nur das von außen beeinflusst und gefördert werde, was ohnehin im Interesse der potenziellen Freiwilligen selbst liege. Insbesondere den neuen Ehrenamtlichen mit ihren spezifischen Motiv- und Bedürfnisbündeln, bei denen selbstbezogene und altruistische Motive eine fruchtbare Synthese eingingen, wird übereinstimmend ein erheblicher Beteiligungs- bzw. Aktivitätswunsch unterstellt, der mit Hilfe einer abgestimmten Engagementförderung in tatsächliches Engagement verwandelt werden könne (z.B. Schäuble 1995: 17, 1997: 7f.; Scharping 1996: 14f.; Krause 1997: 9; Riegert 1997: 20).

Freiwilliges Engagement – Ein Gewinn für alle

Trotz der genannten unverkennbaren Parallelen zur Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird der bei den Freiwilligen vermutete Beteiligungswunsch in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung inhaltlich neu gerahmt: Denn es geht hier nicht mehr allein um eine sinnstiftende und selbstverwirklichende Freizeitgestaltung, die das Wohlbefinden ganzheitlich fördert und in ein sozial erfülltes und zufriedenstellendes Leben mündet, sondern eben darum, die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse »zum Wohle anderer einzusetzen« (Sothmann 1997: 58; ebenso Reinhardt 1997: 52). Die Devise lautet folglich: »In-

dem ich etwas für andere tue, tue ich auch etwas für mich« (BT-Drs. 13/5674 1996: 16; ebenso SZ 1994a; Reinhardt 1997: 52; Reinelt 1998: 391). Die im Rahmen der engagementspezifischen Selbstverwirklichungs-Erzählung hochgelobte sinnstiftende Befriedigung durch ein Ehrenamt bezieht sich folglich nicht mehr nur auf den individuellen Ertrag einer Freiwilligenarbeit, sondern auch auf die Hilfe für andere, der ein ebenso hoher Stellenwert eingeräumt wird: »Es diene der Selbstverwirklichung [...] nicht bei sich und den ureigenen Bedürfnissen stehenzubleiben, sondern ›sich in der Begegnung mit dem anderen wirklich zu finden‹.« (SZ 1993b; ebenso Reinhardt 1997: 51) Zu den gebetsmühlenartig vorgebrachten Argumenten der Produktivitäts-Erzählung gehört daher auch die Feststellung, dass sich Individualisierung und Ehrenamtlichkeit bzw. Selbstverwirklichung und Solidarität keineswegs ausschließen, sondern sich gegenseitig vielmehr befruchten und ergänzen würden (SZ 1993b, 1996b; Focus 1996; FAZ 1996c; BT-Drs. 13/5674 1996: 16; Nolte 1997: 11; Sothmann 1997: 58). Um ein ausschließlich selbstbezügliches Streben nach Individualität und Unabhängigkeit zu delegitimieren, werden auch an dieser Stelle die individuellen Gefahren einer lediglich aus egoistischen Ichlingen bestehenden Gesellschaft heraufbeschworen und behauptet, dass nur durch die Verknüpfung von Altruismus und Selbstverwirklichungsbestrebungen verhindert werden könne, dass »dieses Streben [...] in der bloßen Befriedigung eigener Bedürfnisse, in Selbstisolierung und emotionaler Verarmung verkommt« (Bock 1996a: 97).

Zu einem weiteren zentralen epistemischen Knotenpunkt der Produktivitäts-Erzählung avanciert folglich die Feststellung, dass »Pflicht und Sinn« (Falk 1997: 26) bzw. die Sorge um sich wie um andere im freiwilligen Engagement untrennbar miteinander verbunden sind und die Ausweitung des Engagementumfangs somit eine »Chance für den einzelnen und die Gesellschaft« darstellt (Reinhardt 1997: 50). Die Betonung dieser allseitigen Win-win-Situation tritt besonders mit Blick auf die bislang kaum aktivierten Engagementpotenziale älterer Menschen, Jugendlicher und Arbeitsloser deutlich zu Tage (Falk 1997: 25): In Ergänzung zu dem stets erwähnten gemeinschaftsbezogenen Nutzen des Ehrenamtes wird z.B. bei älteren Menschen hervorgehoben, dass diese hierdurch aktiv bleiben, Kontakte knüpfen und ihre Erfahrungen sowie Kenntnisse sinnvoll einbringen könnten, wobei vor allem das »[t]ätig sein zu dürfen für andere, gebraucht zu werden« als »neue« Lebenserfüllung« im Alter betrachtet wird (Reinhardt 1997: 51). Mit Blick auf Freiwillige ohne Erwerbsarbeit wird indessen stets konstatiert, dass eine Freiwilligenarbeit nicht nur als Quelle von Lebenssinn und Selbstwertgefühl fungiere, sondern hierdurch auch der Kontakt zum Arbeitsleben erhalten bleibe (FAZ 1997e).

Die quantitative Ausweitung des Engagementvolumens als das erklärte Ziel der Engagementförderung

Indem freiwilliges Engagement auf die soeben skizzierte Weise zu einer gesellschaftlich begehrten »Ressource für Selbsthilfe und Nächstenhilfe« (Bock 1995b: 2) stilisiert wird, wird die Entscheidung für oder gegen eine ehrenamtliche Betätigung gleichsam dem privaten Nahraum entzogen und zu einer öffentlich viel beachteten Angelegenheit erklärt, im Zuge dessen der Freiwillige selbst mehr und mehr als »knappe Ressource« betrachtet wird, »mit der nicht nur sorgsam, sondern auch professionell umgegangen werden muß« (Haibach 1998: 23). Die Förderung freiwilligen Engagements gehört deshalb seit Mitte der 1990er Jahre zu

einer von allen untersuchten Diskursteilnehmern befürworteten Maßnahme (der diesbezügliche interfraktionelle Konsens wird u.a. betont von der Bundestagsabgeordneten Sigrun Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108): »Es gibt ein erhebliches Reservoir an Gemeinsinn in unserer Gesellschaft. Stärken und fördern wir es!« (Börnsen 1997: 23; ebenso Götz 1997: 32) Obschon derartige engagement-spezifische Unterstützungsmaßnahmen zweifelsohne mit ganz unterschiedlichen Zielsetzungen einhergehen können, wird bei der Rede von der Förderung des Bürgerengagements in der Regel nur eine epistemische Verknüpfung aufgerufen: die quantitative Erhöhung des Umfangs freiwillig aktiver Menschen durch Aktivierung des noch brachliegenden Engagementpotenzials (BT-Drs. 13/3232 1995: 5; BT-Drs. 13/6386 1996: 4; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 24-30; Nolte 1997: 11; Riegert 1997: 18). Ganz nach dem Motto: »Die Qualität der Demokratie hängt davon ab, ob viele Menschen bereit sind, sich freiwillig zu engagieren« (FAZ 1998b), konstatiert beispielsweise der Zentralrat des Deutschen Caritasverbandes, dass gerade Menschen mit einer latenten Engagementbereitschaft von der Nützlichkeit einer freiwilligen Tätigkeit überzeugt werden müssten, da diese »quantitativ das größte ›Potential‹ für den Zugewinn ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen« darstellten (Zentralrat des DCV 1995: 327). In ähnlicher Manier bemerkt auch der CDU-Abgeordnete Klaus Riegert, dass es vor allem »die innere Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürgern [sic!] zu gewinnen [gilt], die noch abseits stehen, die sich aus der Verantwortung für andere zurückgezogen haben und glauben, dem Gemeinwesen nur Abgaben und Steuern zu schulden« (Riegert 1997: 19).

Bei der Frage, wie diese zum Engagementpotenzial zählenden Menschen zu mehr Einsatzbereitschaft für andere aktiviert werden können, wird stets auf die bereits skizzierte epistemische Einsicht Bezug genommen, dass ein Ehrenamt bedeutet, anderen Menschen und sich selbst etwas Gutes zu tun. Diese Verknüpfung aufgreifend rief beispielsweise der Evangelische Regionalverband Frankfurt die Aktion: »1200mal in Frankfurt – Gutes tun tut gut« (FAZ 1994b) ins Leben. Angesichts der Signalfunktion, die der sinnstiftenden Dimension einer freiwilligen Tätigkeit zugesprochen wird, wird von Seiten der Medien, der Politik und der unter ehrenamtlichem Nachwuchsmangel leidenden Vereine und Verbände somit verstärkt »auf die Werbekraft der sogenannten Selbstwerte, die heute Konjunktur haben«, gesetzt (Born 1996: 28): Hintergrund dieser Überlegungen ist die – in diesem Zeitraum zunächst nur punktuell aufscheinende – argumentative Figur der Herstellung eines Passungsverhältnisses zwischen Engagementangebot und -nachfrage, die uns im Zuge der Weiterentwicklung und Etablierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in den nachfolgenden Jahren noch sehr häufig begegnen wird: Es setzt sich folglich zunehmend die Einsicht durch, dass »die Chance, einen Menschen zum Ehrenamt zu gewinnen«, dann erheblich ansteige, je »höher die Kompatibilität des Angebots mit seiner persönlichen Disposition ist« (Zentralrat des DCV 1995: 327). Dass die Herstellung eines derartigen Passungsverhältnisses, bei dem darauf geachtet wird, den potenziellen Freiwilligen »die Sinnhaftigkeit eines Ehrenamtes – für sie ganz persönlich, gemäß ihren jeweiligen individuellen Beweggründen – verständlich« zu machen (ebd.; ebenso Reinelt 1998: 391), durchaus hilfreich sein kann, wird allerdings nicht nur von Seiten der Politik oder der Verbände behauptet, sondern zeigt sich auch in den Ergebnissen repräsentativer Freiwilligenbefragungen: Die Ergebnisse

der Eurovol-Studie resümierend konstatiert z.B. die Sozialwissenschaftlerin Irmtraut Paulwitz, dass die engagementinteressierten Bürger mehr und mehr »nach selbst zu bestimmenden und selbst zu gestaltenden, persönlichen ›Passungsverhältnissen‹ Ausschau [...] halten« (Paulwitz 1996a: 248f.).

Obschon die Übernahme einer Freiwilligenarbeit als eine allseitige Win-win-Situation dargestellt wird, von der alle Beteiligten nur profitieren können, d.h. sowohl die Freiwilligen selbst, die Empfänger der freiwillig erbrachten Leistungen, die jeweiligen Organisationen und nicht zuletzt auch der Staat und die Gemeinschaft (Bock 1994: 424), tritt im Rahmen der soeben referierten Bemühungen bezüglich der Forcierung geeigneter Werbestrategien der appellative Duktus der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung mit besonderer Deutlichkeit zu Tage. Dieser eindringliche Tonfall, der bislang zwar immer wieder latent, aber nicht in dieser Intensität spürbar war, kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass es sich bei der soeben skizzierten Produktivitäts-Erzählung vornehmlich um eine im medialen, wissenschaftlichen und politischen Kontext erzeugte Wissensordnung handelt, die sowohl in Bezug auf ihre Multidimensionalität als auch ihre Vollzugswirklichkeit deutlich hinter der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zurückfällt. So mangelt es der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource vor allem an symbolträchtigen Objekt- und Körperbezügen: In Bezug auf letztere gilt festzuhalten, dass die aus der Selbstverwirklichungs-Erzählung bereits bekannten gesundheitsförderlichen und aktivitätssteigernden Eigenschaften einer freiwilligen Betätigung zwar weiterhin aufscheinen, diese aber als selbstverständlich gegeben betrachtet und daher kaum noch explizit thematisiert werden. Zudem konnte auch kein die gesamte Produktivitäts-Erzählung repräsentierender Objektbezug extrahiert werden, was aber angesichts der Universalität der engagementspezifischen Anrufungspraxis auch nicht unbedingt zu erwarten war. Lediglich der für die Produktivitäts-Erzählung typische – kommunitaristisch inspirierte – Gegensatz zwischen einer zur Egoismus neigenden, freizeitfokussierten Bürgerschaft und einer sinnstiftenden sowie sozial erfüllenden Tätigkeit in einem Verein oder Verband wird stets unter Rückgriff auf verschiedene institutionen- und objektbezogene Verknüpfungen plausibilisiert. Hierbei fungieren die zentralen Symbole einer egoistisch verbrachten Freizeitgestaltung, wie etwa das Fitnessstudio, die Inlineskates oder der Gameboy, als negativ konnotierte Kontrastfolien des durch die Klampfe oder die Wanderschuhe versinnbildlichten sinn- und gemeinschaftsstiftenden Vereinslebens. Gestützt wird die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zudem durch ihre Verknüpfung mit den sich zunehmend durchsetzenden Wissensbeständen des altersbezogenen Produktivitäts-Dispositivs sowie mit anderen wirkmächtigen Dispositiven, wie der Überforderung des Sozialstaates und des Kommunitarismus.

Die abschließende Analyse der Reaktionen der angerufenen Freiwilligen und der institutionellen Dimension der Engagementförderung soll weiteren Aufschluss über den Vollzugscharakter der Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998 sowie über die Gründe für ihren beschwörenden Tonfall geben.

Die institutionelle Dimension als Hemmschuh der Potenziale-Ausschöpfung

Die institutionelle Dimension findet in der sich zwischen 1994 und 1998 zunehmend durchsetzenden Produktivitäts-Erzählung überwiegend als Hindernis bei

der Förderung freiwilligen Engagements Erwähnung. Nach Angaben von Politikern unterschiedlicher Couleur seien die klassischen Freiwilligenorganisationen nicht in der Lage, die vermeintlich brachliegende Bereitwilligkeit vieler Bürger in eine tatsächliche freiwillige Betätigung zu überführen und so insgesamt mehr Menschen für ein Engagement zu gewinnen. Den Vereinen und Verbänden wurde von politischer Seite demnach eine Mitschuld am Nachlassen der Engagiertenzahlen attestiert, da die hier vorherrschenden Engagementbedingungen eher abschreckend auf potenzielle Ehrenamtliche mit ihren gewandelten Bedürfnissen wirkten (Müntefering 1995; Scharping 1996: 13-16; BT-Drs. 13/6386 1996: 3; Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13107f.; SZ 1998b). Die Ernsthaftigkeit dieser misslichen Lage bringt der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Christian Krause, wie folgt auf den Punkt: »Unser Problem ist, daß wir ›keinen Henkel an den Pott bekommen‹.« (Krause 1997: 9)

Als Ursache für die mangelnde Rücksichtnahme auf die neuen Ansprüche der Freiwilligen in vielen Vereinen und Verbänden galt vor allem der innerverbandliche Trend zu Professionalisierung und Bürokratisierung, der mit »Regulierungswut« und »Verrechtlichung« (Riegert 1997: 17) gleichgesetzt wurde: »Organisationen der freien Wohlfahrtspflege sind heute größere private Arbeitgeber als Daimler-Benz, Siemens oder VW. Es ist offensichtlich: Je größer und bürokratischer eine Organisation, desto stärker das Nachlassen ehrenamtlicher Bereitschaft.« (Riegert 1997: 17; ebenso Zeit Online 1996b; SZ 1998b; Focus 2006a) Obgleich sich die Verantwortlichen in den betreffenden Organisationen bereits seit Anfang der 1990er Jahre angesichts abnehmender Engagiertenzahlen und der Beschwerden von Freiwilligen aus den eigenen Reihen der Notwendigkeit interner engagementspezifischer Reformen zunehmend bewusst geworden sind, ließen sie dieser Einsicht nur zögerlich Taten folgen. Für eine adäquate Reaktion fehlte ihnen nach eigenen Angaben noch das notwendige Wissen über die Bedürfnisse und Wünsche der neuen Freiwilligen (Bock 1994: 420f.). Im medialen und politischen Kontext wurde die mangelnde Anpassungsbereitschaft und Flexibilität dieser Organisationen zumeist darauf zurückgeführt, dass das antiquierte Bild von Ehrenamtlichen als »klassischen Gutmenschen« (SZ 1998c) in vielen traditionsreichen und kirchlichen Einrichtungen noch sehr präsent sei (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13112; FAZ 1996e, 1997a, 1997c; SZ 1996b, 1998j).

Der fehlende Anpassungsunwille vieler Trägerorganisationen, die scheinbar »immer noch sozialromantischen Vorstellungen eines selbstlosen Engagements nachhängen« (Wessels 1995: 201), stieß nicht nur bei politischen Vertretern, sondern auch bei den Freiwilligen selbst auf heftige Kritik. Die Bedingungen in der Erwerbsarbeit als Vergleichsfolie heranziehend legte Gudrun Born, Vorstandsmitglied der Caritas-Konferenzen Deutschlands, dar, dass dort niemand auf die Idee kommen würde, »ihnen [den Erwerbstätigen, D.N.] – wegen der inneren Befriedigung arbeiten zu dürfen – Rechte vorzuenthalten« (Born 1996: 28; ebenso Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 69). In ebendiesem Sinne konstatierte z.B. auch Monika Bobzien vom Selbsthilfzentrum München, dass die meisten der klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit im Grunde noch nicht bereit seien, den selbstbewussten Forderungen der ehrenamtlich Aktiven ernsthaft nachzukommen:

»Auch werden schon bestehende Praxismodelle für die konzeptionelle Entwicklung von Bürgerschaftlichem Engagement so gut wie nicht genutzt. Vielmehr geht es sozialen Organisationen, Verwaltungen und Verbänden im Wesentlichen darum, das Ehrenamt im traditionellen Sinne wieder aufleben zu lassen, statt Menschen mit Engagement und Ideen darin zu unterstützen, daß sie in einem selbst definierten Aufgabenfeld mit möglichst selbstbestimmten Strukturen für das Gemeinwohl tätig werden können.« (Bobzien 1997: 70)

Auch die liberal-konservative Regierung hielt sich, was institutionelle Reformen im Engagementbereich anbetrifft, in ihrer letzten Legislaturperiode eher zurück: Sie setzte sich zwar deutlich intensiver mit Fragen der Engagementförderung auseinander, sah aber die Hauptaufgabe staatlicher Ehrenamtsförderung darin, die diesbezügliche Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und gesellschaftliche Kräfte, wie etwa die Medien, Schulen, Arbeitgeber, Verbände usw., aufzufordern, mehr für das gesellschaftliche Ansehen freiwilligen Engagements zu tun (BT-Drs. 13/6386 1996: 4f.; Abgeordneter Riegert (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108 und in: BT Pl.-Prot. 13/158 1997: 14273; BT-Drs. 13/5383 1996: 8; Nolte 1997: 11f.; FAZ 1998b). Als Begründung für diese Verantwortungsverlagerung wurde von Seiten der Bundesregierung stets darauf verwiesen, dass sich der Bund schon in ausreichendem Maße an der Schaffung engagementförderlicher institutioneller Bedingungen beteilige. Positive Erwähnung finden hier die allgemeine Förderung der Verbandsarbeit durch das Bundesfamilienministerium, die Durchführung des FSJ und FÖJ sowie bundespolitische Modellprojekte z.B. zur Förderung von Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros (Linckelmann 1998: 402). Zudem gebe es auch auf Länderebene zahlreiche engagementspezifische Programme, die eine weitere Kompetenzerweiterung des Staates in Sachen Ehrenamtsförderung überflüssig machten. Hierzu zählen u.a. die »Geschäftsstelle Seniorengenossenschaften« im Sozialministerium von Baden-Württemberg oder die »Aktion 55« in Sachsen bzw. »55 aufwärts« in Brandenburg, mit deren Hilfe das freiwillige Engagement von aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen, die das 55. Lebensjahr überschritten haben, gefördert wird (BT-Drs. 13/5674 1996: 26-28; Reinhardt 1997: 51f.; Linckelmann 1998: 401; SZ 1998a).²⁰

20 | Der Umstand, dass die liberal-konservative Bundesregierung die Verantwortung für die institutionellen Fragen der Engagementförderung weitgehend von sich wies, wurde gerade von den Oppositionsfractionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS sowie von einem Großteil der Dachverbände für Kultur, Sport und Soziales heftig kritisiert. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde folglich zunehmend Unmut darüber laut, dass die Bundesregierung freiwilliges Engagement zwar verbal lobte und ein Mehr an gesellschaftlicher Anerkennung für Freiwillige forderte, darüber hinaus jedoch die Verantwortung für die Engagementförderung den Kommunen bzw. den mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen übertrug (BT-Drs. 13/3232 1995: 4, 7-9; SZ 1996b; o.A. 1996 18; Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13109; Abgeordneter Berninger (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/158 1997: 14263; Bürgstein 1998: 375; FAZ 1998b). Gerade die einer Potenziale-Aktivierung bei Arbeitslosen im Weg stehenden Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach Beziehende von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bei einer freiwilligen Tätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden ihren Leistungsanspruch verlieren (SGB III § 118), wurden vom Präsidenten des Deutschen Caritasverbandes, Hellmut Puschmann, mit dem kritischen Kommentar bedacht, dass derjenige »nichts zu befürchten« habe, der »nur vor dem Fernsehgerät

Obgleich die institutionelle Ebene, wie bislang gezeigt, in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource gemeinhin als Hemmschuh der Ausweitung des Engagementvolumens benannt wird, kristallisiert sich im bereits skizzierten dispositiven Netz ein weiterer, die institutionelle Dimension betreffender Knotenpunkt heraus, der im Gegensatz zu den bisherigen diesbezüglichen Verknüpfungen durchgehend positiv konnotiert ist: die Schaffung von engagementförderlichen Infrastruktureinrichtungen, genauer gesagt: von Freiwilligenagenturen.²¹

Freiwilligenagenturen als ideale Institutionalisierungsform des Produktivitätsparadigmas

Die besondere Attraktivität der Freiwilligenagenturen, die im Diskurs selbst als »Knotenpunkte[...]« der »solidarischen Netze« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/ Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13111) bezeichnet werden, kann auf drei Ursachen zurückgeführt werden: Erstens stießen die positiven Erfahrungsberichte über die Wirkungsweise dieser Vermittlungszentren im europäischen Ausland, besonders in England und den Niederlanden, seit Mitte der 1990er Jahre auch in Deutschland auf zunehmendes Interesse (BT-Drs. 13/3232 1995: 5; Baldas 1996a: 235f.; Sengling 1997a: 13; Riegert 1997: 18; Falk 1997: 26; SZ 1998b). Zweitens hielten es, wie das Positionspapier der Caritas-Konferenzen Deutschlands (CKD 1996: 234) zeigt, auch die Freiwilligen selbst für sinnvoll, Freiwilligenagenturen als zusätzliche Instrumente der Engagementförderung einzusetzen. Und drittens har-

sitzt« (FAZ 1998b). Durch den Rekurs auf die objektbezogene Negativ-Verknüpfung mit dem Fernseher, dem Sinnbild einer aktivitätsarmen, sinnentleerten und gesundheitsgefährlichen Freizeitgestaltung, wird dem Vorwurf, dass der Staat durch die bestehenden institutionellen Bedingungen einen derart passiven Lebenswandel ohne freiwilliges Engagement fördere, zusätzliche Eindringlichkeit verliehen. Auf den weiteren Verlauf der konflikthaftern Debatten über die institutionelle Dimension der politischen Engagementförderung wird im zweiten Teil der Ergebnispräsentation noch ausführlich Bezug genommen (vgl. Kap. 6.1), währenddessen an dieser Stelle vor allem der in institutionellen Fragen dominierende Standpunkt der liberal-konservativen Bundesregierung Erwähnung findet.

21 | Freiwilligenagenturen (alternativ: Freiwilligenzentrum oder -börse) sind zivilgesellschaftliche Infrastruktureinrichtungen, die als intermediäre Organisationen an der Schnittstelle zwischen engagementbereiten Freiwilligen und den Trägern von Freiwilligenarbeit angesiedelt sind und sich grundlegend der Aufgabe widmen, die Rahmenbedingungen für Freiwilligenarbeit zu verbessern. Im Zentrum ihrer Arbeit stehen die passgenaue Beratung und Vermittlung potenzieller Freiwilliger, die Unterstützung der möglichen Einsatzstellen, die Bereitstellung engagementspezifischer Informationen sowie Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit in Sachen Engagementförderung (vgl. Jakob/Janning 2000; Speck u.a. 2012a). Die ersten Freiwilligenagenturen in Deutschland waren die im Jahr 1980 gegründete Münchener Helfer Information (MHI) (seit 1998 unter dem Namen »Tatendrang« bekannt), der 1988 ins Leben gerufene Berliner »Treffpunkt Hilfsbereitschaft«, das 1994 gegründete Freiwilligenzentrum Dortmund sowie die im Jahr 1995 eröffnete »Freiwilligen-Agentur Bremen«. Diese vereinzelt Agenturgründungen in den 1980er und 1990er Jahren werden nach Angaben des bundesweiten Forschungsprojektes »Evaluation der Wirkungspotenziale von Mittlerorganisationen zivilgesellschaftlichen Engagements« erst zur Jahrtausendwende durch einen regelrechten Gründungsboom abgelöst (Krohn/Speck 2012: 33f.).

moniert die Funktionsweise von Freiwilligenagenturen in idealer Weise mit der Wissensordnung und der Zielsetzung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Freiwilligenagenturen, so der wissenschaftliche Tenor, seien die ideale Antwort auf die Suchbewegung der neuen Freiwilligen nach einer passenden Engagementmöglichkeit (Hacket/Mutz 2002: 42), da sie an der Schnittstelle zwischen den Bedürfnissen der engagementbereiten Bürger und den nachfragenden Organisationen tätig sind und hier zur Herstellung des bereits an anderer Stelle erwähnten Passungsverhältnisses zwischen engagementspezifischem »Angebot und Nachfrage« beitragen (Paulwitz 1996a: 264-267; die Angebots-Nachfrage-Rhetorik wird ebenso aufgegriffen von Bock 1996a: 97; Sengling 1997a: 13; Krause 1997: 6; Falk 1997: 25; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 28). Besonders treffend wird diese Einsicht von der Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Andrea Fischer formuliert: Freiwilligenzentren seien ihrer Meinung nach in der Lage, »die vielfache Nachfrage nach freiwilligen Helferinnen und Helfern zusammen[zusammen]bringen mit dem sehr unterschiedlichen Angebot von Menschen, die zum Engagement bereit sind« (Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1311).

Es sind die folgenden Eigenschaften der Freiwilligenzentren, die diese für die Wissensordnung der Produktivitäts-Erzählung so anschlussfähig machen: Sie reduzieren erstens das stets beklagte Informationsdefizit über bestehende Engagementmöglichkeiten, fungieren zweitens als Ansprechpartner und Beratungsinstanz für die mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, nehmen drittens die persönlichen Bedürfnisse und Gestaltungswünsche der Freiwilligen ernst, dienen viertens als Vermittler zwischen den Vorstellungen der Freiwilligen und den Angebotsbedingungen der Einsatzstellen und tragen schließlich durch Fortbildungsangebote und spezifische Veranstaltungen zur Anerkennung der Ehrenamtlichen bei (Riegert 1997: 18; Falk 1997: 25; Schaaf-Derichs 1997: 76; Puschmann 1998: 379). Angesichts dieser Eigenschaften waren Freiwilligenagenturen gerade im politischen Kontext untrennbar mit der Hoffnung verknüpft, mit ihrer Hilfe das brachliegende Engagementpotenzial, besonders bei älteren Menschen, Jugendlichen und Arbeitsuchenden (Krause 1997: 6; Falk 1997: 25), zu heben und hierdurch gleichzeitig die Folgen der vielfach beschworenen gesellschaftlichen Krisen oder der innerorganisatorischen Engpässe abzumildern.²² Zudem wird die durch Freiwilligenagenturen herbeigeführte Professionalisierung des Ehrenamtes als Chance betrachtet, weitere – laut Produktivitäts-Erzählung wünschenswerte – epistemische Verknüpfungen zu verwirklichen: Zunehmende engagementspezifische Professionalisierungsbestrebungen könnten z.B. einen Beitrag dazu leisten, die Diskussionen um »neue Wege der Arbeitsteilung, neue Formen gelebter Subsidiarität oder den Abbau staatlicher Verantwortung«, mit Leben zu füllen, ohne hierbei »den ursprünglichen Sinn des Ehrenamtes zu verfälschen« (Falk 1997: 26). Die

22 | Der Ansicht, dass Freiwilligenagenturen entscheidend dazu beitragen können, das brachliegende Engagementpotenzial zu heben und mehr Menschen für die Übernahme eines freiwilligen Engagements zu begeistern, stimmen alle untersuchten Diskursteilnehmer weitgehend zu (vgl. u.a. BT-Drs. 13/3232 1995: 5; BT-Drs. 13/6386 1996: 4; Zeit Online 1996a; Abgeordnete Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1311; Bock 1996a: 97; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 24-30; Sengling 1997a: 13, 17; Falk 1997: 25f; Riegert 1997: 18; Reinelt 1998: 390).

auf die Potenziale-Ausschöpfung fokussierten Freiwilligenagenturen stellen folglich die zentrale positiv konnotierte Institutionalisierungsform des engagement-spezifischen Produktivitätsparadigmas in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dar.

Trotz der allgemeinen Bedeutungsaufwertung von Freiwilligenagenturen zeigt sich, dass die Wertschätzung, die diesen Vermittlungsbüros von allen Seiten entgegengebracht wurde, zumindest bis Ende der 1990er Jahre noch weit über deren alltagspraktische Bedeutung bzw. Reichweite hinausging: Obgleich mit der Gründung der Stiftung »Bürger für Bürger« als Träger einer Nationalen Freiwilligenagentur²³ durch das Bundesfamilienministerium im September 1997 (Nolte 1997: 11; Riegert 1997: 19; Falk 1997: 25; Reichard 1997: 49) und der Initiierung eines aus 16 Freiwilligenagenturen bestehenden »Modellverbunds Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband« im Jahr 1996 (Zentralrat des DCV 1998: 566; Puschmann 1998: 379; Reinelt 1998: 390; SZ 1998b) der Ausbreitungsprozess derartiger Vermittlungsbüros deutlich forciert wurde, stand ihre Etablierung in Deutschland in diesem Zeitraum noch am Anfang. Dies zeigt sich u.a. an der geringen Anzahl derartiger Vermittlungsbüros bis Ende der 1990er Jahre (Spiegel 2000; SZ 2001d; Krohn/Speck 2012: 33f.) sowie anhand des dürftigen Bekanntheits- und Nutzungsgrades dieser Agenturen bei den Freiwilligen selbst. So kommt beispielsweise die Eurovol-Studie zu dem Ergebnis, dass nur 3 % der befragten deutschen Freiwilligen ihre Tätigkeit über ein Vermittlungsbüro gefunden hätten (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 84). In Anlehnung an diese empirischen Ergebnisse gelangt auch der Paritätische Wohlfahrtsverband zu folgender Einschätzung: »Ehrenamtsbörsen haben (auch im »Mutterland« Holland) noch keinen großen Stellenwert bei der Gewinnung neuer ehrenamtlicher Mitarbeiter/innen. Sie sind zur Zeit vor allem ein Instrument zur öffentlichen Imagewerbung für das Ehrenamt überhaupt.« (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 23) Ursächlich für die zögerliche Ausbreitung derartiger Agenturen in Deutschland war u.a. die abwartende Haltung der liberal-konservativen Bundesregierung, die zwar ebenso in den Lobgesang über Freiwilligenzentren einstimmte, dem staatlich unterstützten flächendeckenden Aufbau dieser Infrastruktureinrichtungen, abgesehen von der in der Folgezeit heftig kritisierten Stiftung »Bürger für Bürger« (vgl. die Kritik in: FAZ 1997g; Schmidt 1997: 38; Abgeordneter Schmidt (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 5256; Spiegel 2000; Focus 2000a; SZ 1998b), jedoch ablehnend gegenüberstand. Vor dem Hintergrund dieser Defizitdiagnose erscheint die Eindringlichkeit, mit der für die Ausweitung der Freiwilligenagenturen – vor allem von Seiten der Vereine und Verbände oder einzelner politischer Fraktionen – geworben wurde, mehr als verständlich, galten diese als institutionelle Hoffnungsträger für die Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale.

Die bisherigen Ausführungen haben deutlich gemacht, dass die traditionellen Ehrenamtsorganisationen zu den zentralen Negativ-Verknüpfungen der Storyline gehören, da die hier vorherrschenden Engagementbedingungen gerade für die

23 | Die von der Stiftung »Bürger für Bürger« getragene Nationale Freiwilligenagentur versteht sich als eine bundesweite Vernetzungsplattform, die als Ansprechpartner für engagementinteressierte Bürger, Vereine und Verbände sowie für lokale Freiwilligenagenturen fungiert und das zentrale Ziel verfolgt, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung des freiwilligen Engagements in Deutschland beizutragen (Stiftung Bürger für Bürger 1998: 96).

neuen Ehrenamtlichen wenig attraktiv seien. Demgegenüber stellen Freiwilligenagenturen als neue engagementförderliche Infrastruktureinrichtungen einen positiv konnotierten Knotenpunkt im dispositiven Netz der Storyline dar. Diesen wird die Fähigkeit zugeschrieben, ideale Bedingungen sowohl für die Ansprache der neuen Freiwilligen als auch für die Realisierung der in der Produktivitäts-Erzählung propagierten engagementspezifischen Win-win-Situation zu schaffen. Was die institutionelle Dimension anbetrifft, sind es folglich Freiwilligenagenturen, deren Erwähnung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung zumindest ansatzweise auffangen und abkürzen kann. Ein Blick auf die Verbreitung und Nutzung dieser Infrastruktureinrichtungen zeigt aber, dass die politisch-mediale Bedeutungsaufwertung von Freiwilligenagenturen in diesem Zeitraum noch weit über deren alltagspraktische Relevanz hinausreichte.

Die neuen Ehrenamtlichen auf dem Vormarsch

Die Auswertung quantitativer und qualitativer Freiwilligenbefragungen, verbandsinterner Meinungsumfragen und medialer Stellungnahmen von Ehrenamtlichen soll nachfolgend einen Eindruck vom Stimmungsbild bei den Freiwilligen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – gerade angesichts des Ausbleibens organisationaler und institutioneller Neuerungen – vermitteln. Hierbei wird zunächst deutlich, dass die Zunahme gesellschaftlicher Krisenerscheinungen nicht nur von Seiten der Medien, der Politik oder der Wissenschaft behauptet wurde, sondern dass sich gerade die kommunitaristisch inspirierte Kritik am Verfall des sozialen Miteinanders auch in der Alltagswahrnehmung vieler Bürger wiederfand: So stimmen beispielsweise 69 % der im Rahmen der Geislingen-Studie befragten Bürger – vollständig bzw. teilweise – der Feststellung zu, dass sie die soziale Kälte in der Gesellschaft und die zunehmenden Anonymisierungstendenzen als bedrohlich empfinden (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 45-50).

Des Weiteren lassen die empirischen Befunde keinen Zweifel daran, dass viele Freiwillige im Laufe der 1990er Jahre ihre Unzufriedenheit bezüglich ausbleibender engagementförderlicher Maßnahmen von Seiten der Politik oder der betroffenen Organisationen mit zunehmender Intensität zum Ausdruck brachten. Das diesbezügliche Missfallen zeigt sich beispielsweise daran, dass das tatsächliche Engagementvolumen – nicht nur in den klassischen Großorganisationen – in diesem Zeitraum deutlich hinter den Hoffnungen der Produktivitäts-Erzählung zurückblieb. Gerade das schlechte Abschneiden der deutschen Freiwilligen bei der Eurovol-Studie, in der Deutschland mit einer Engagementquote von 16 % nur den vorletzten Platz belegt (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 65), erregte in Deutschland großes Aufsehen (Spiegel 1995; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 12; SZ 1998b, 1998h, 2001d), das letztendlich in einer weiteren Intensivierung der Engagementpotenzial-Nutzungs-Rhetorik mündete:

»Gemessen an vorhandenen Potentialen, bleibt die deutsche Ehrenamtlichkeit weit zurück. Neben den zirka 16 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die sich sozial engagieren, wartet nach seriösen Umfragen eine stille Reserve in mindestens derselben Größe, die dazu bereit wäre, wenn die Bedingungen stimmten. Auch im europäischen Vergleich macht Deutschland keine gute Figur. Nur in der krisengeschüttelten Slowakei ist der Anteil der Ehrenamtler nied-

riger. In den benachbarten Niederlanden liegt er bei 38 Prozent, im europäischen Schnitt bei 27 Prozent.« (Abgeordnete Klemmer (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 13108f.)

Auf direktem Wege verliehen Freiwillige ihren Unmut zudem Ausdruck über Zeitungsartikel oder organisationsinterne Positionspapiere: Die ehrenamtlich Aktiven zeigten sich hier zunehmend enttäuscht darüber, dass sich Politiker und Verbandsmanager lediglich auf »vollmundige Appelle« (Born 1996: 28) beschränkten, ohne tatsächliche Verbesserungen der organisationalen und rechtlichen Rahmenbedingungen einzuleiten.

Neben dem Vorwurf, dass die bestehenden organisationalen und rechtlichen Bestimmungen freiwilliges Engagement eher behindern als fördern würden, zeigten sich viele Freiwillige in Deutschland zudem darüber enttäuscht, dass die »öffentliche Anerkennung für das Ehrenamt [...] auf Sparflamme« koche (Pott 1996: 12; ebenso FAZ 1995a; Zeit Online 1996a): So gehört der Wunsch nach mehr öffentlicher Anerkennung sowohl in der Geislingen-Studie (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 120) als auch in der von Seiten der Politik, der Medien und der zivilgesellschaftlichen Organisationen vielfach rezipierten Eurovol-Studie zu den zentralen Verbesserungsvorschlägen. Letztere macht deutlich, dass sich ein Großteil der deutschen Engagierten (34 % der Westdeutschen und 22 % der Ostdeutschen) aufgrund der geringen öffentlichen Wertschätzung ihrer freiwilligen Tätigkeit aus dem Ehrenamt zurückzögen (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 103). Mit diesem Ergebnis, so Paulwitz, nimmt Deutschland die wenig ruhmreiche Spitzenposition im europäischen Vergleich ein, wo im Durchschnitt nur 17 % der befragten Freiwilligen diesen Eindruck teilen (Paulwitz 1996b: 230; Reihls 1996: 234; rezipiert u.a. durch Baldas 1996b: 237; Sengling 1997b: 17; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 48). Auch der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates e.V., Olaf Zimmermann, konstatiert mit Blick auf das ihm vermittelte Stimmungsbild der neun Millionen Ehrenamtlichen im Kulturbereich, dass diesen die mangelhafte Würdigung ihrer Arbeit durch die Verantwortungsträger in Politik, Verwaltung und Wirtschaft deutlich zu schaffen mache (Zimmermann 1997: 30). Gleiches gilt für die Engagierten in der verbandlich organisierten Freiwilligenarbeit: Hier, so Gudrun Born, stellten sich immer mehr Freiwillige angesichts unzureichender institutioneller Rahmenbedingungen die Frage, was das Bürgerengagement dem Staat, den Kommunen, Verbänden oder Kirchen eigentlich noch wert sei (Born 1996: 28).

Die soeben skizzierten Ergebnisse statistischer Erhebungen und verbandsinterner Meinungsumfragen sowie die anhaltenden medial vermittelten Klagen der Freiwilligen über unzureichende organisationale und politische Rahmenbedingungen zeigen, dass Appelle entsprechend des für die Produktivitäts-Erzählung typischen Musters: »Gutes tun, tut gut« allein nicht ausreichen, um Engagierte zu halten oder ihre Zahl auszuweiten. Ausrufe wie »Wir lassen uns nicht länger ausnutzen« (ebd.; ebenso FAZ 1989) deuten bereits darauf hin, dass sich immer mehr Freiwillige selbst eher als »neue[...] Ehrenamtliche[...]« verstehen (Born 1996: 28; Wessels 1995: 199). Die Ergebnisse der Eurovol-Studie machen deutlich, dass viele freiwillig Engagierte nach dem Motto: »So paßt es mir gerade« selbst entscheiden wollen (Paulwitz 1996a: 249), welche freiwillige Betätigung am besten mit ihren zeitlichen und inhaltlichen Bedürfnissen harmoniert und wie lange sie sich hier engagieren wollen. Aus diesem Wunsch nach einer den individuellen biografi-

schen Bedingungen entsprechenden Engagementgelegenheit resultiert wiederum ein gewisses Misstrauen vieler Freiwilliger gegenüber der in der Produktivitäts-Erzählung immer wieder aufscheinenden Tendenz, freiwilliges Engagement vor allem in den Gesellschaftsbereichen besonders zu loben und hervorzuheben, in denen von Seiten des Staates oder der Vereins- und Verbandslandschaft eine hohe Nachfrage nach freiwilligen Helferleistungen konstatiert wird. So kommt z.B. die Geislingen-Studie zu dem Ergebnis, dass der Wunsch anderen zu helfen zwar bei allen Befragten nach wie vor stark ausgeprägt sei, doch wird der freiwillige Einsatz nur noch selten als »Erfüllung einer Bürgerpflicht – besonders in Zeiten leerer Kassen – verstanden« (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 104). Dieser Eindruck bestätigt sich auch mit Blick auf die von Christiane Wessels durchgeführte qualitative Engagementstudie im Raum Trier-Koblenz-Saarbrücken: In dieser interviewgestützten Untersuchung von Frauen im sozialen Ehrenamt geben alle Befragten an, dass sie der ausschließlich verbalen »Propagierung des Ehrenamtes« durch Politiker, die ansonsten auf entsprechende Reformen verzichten, eher skeptisch gegenüberstehen. Befürchtet wird, dass hierdurch auf Kosten der Freiwilligen die Ausgaben für den Sozialbereich reduziert werden sollen (Wessels 1995: 201). Dieses hier skizzierte neue Selbstverständnis der freiwillig Aktiven wird in einem *Zeit*-Artikel wie folgt auf den Punkt gebracht: »Und soviel sollte klar sein: Wenn die Bürger das Gefühl bekommen sollten, daß die Politik sie nur ausnutzt – dann wird die Konjunktur des selbstbestimmten Helfens ganz schnell wieder zusammenbrechen« (Zeit Online 1997i).

Die untersuchten Interviewausschnitte und quantitativen Freiwilligenbefragungen lassen den vorsichtigen Schluss zu, dass sich die Ausbreitung des neuen Freiwilligentypus auch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre weiter forsetzte. D.h. zu der Gruppe der alten Ehrenamtlichen mit hohem Pflichtbewusstsein (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 104) gesellten sich zunehmend Engagierte, die entsprechend der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zwar immer noch anderen Menschen helfen und soziale Verantwortung übernehmen wollen, gleichzeitig aber auch ihr Bedürfnis nach Sinnstiftung und Selbstverwirklichung offen eingestehen. Zur Verwirklichung dieser Ziele – und dies ist der zentrale Unterschied zu den selbstlos und im Hintergrund tätigen alten Ehrenamtlichen – forderten sie die notwendigen Rahmenbedingungen, Unterstützungsleistungen und Gestaltungsspielräume sowohl von der Politik als auch von den betroffenen Einrichtungen selbstbewusst ein. Viele Freiwillige schienen folglich das Gefühl zu haben, dass Staat und Organisationen zunächst ihnen etwas schuldig seien – und zwar angemessene Engagementbedingungen –, bevor diese nach der bedarfsgerechten Produktivitätskraft freiwilliger Leistungen fragen dürften.

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass angesichts des skizzierten Verzichts auf weitreichende institutionelle Neuerungen der für die Produktivitäts-Erzählung typische Hinweis, dass der freiwillige Einsatz für andere zur individuellen Sinnstiftung beitrage, nach Meinung vieler Ehrenamtlicher keinesfalls ausreichend sei, um das Engagementaufkommen insgesamt zu erhöhen. Derartige Appelle lassen bei Freiwilligen vielmehr die Vermutung aufkommen, dass sie als »sozialpolitische[...] Ausfallbürgen« missbraucht werden würden (Pott 1996: 12; ebenso SZ 1992; Bock 1996a: 97). Solange folglich keine ernsthaften Bemühungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen stattfinden, dürfe man sich nach Ansicht von Gudrun Born, Vorstandsmitglied der Caritas-Konferenzen Deutschlands,

auch nicht wundern, dass sich ehrenamtlich Aktive spätestens dann, wenn sie die für ihren freiwilligen Einsatz geleisteten finanziellen Zahlungen nicht erstattet bekommen, enttäuscht wieder privaten Freizeitaktivitäten zuwenden und sich »Ellenbogenmentalität und damit soziale Kälte« weiter ausbreiten (Born 1996: 28; ebenso Götz 1993: 27; Abgeordneter Hagemann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 13/145 1996: 1319f.; Sothmann 1997: 57f.).

Die soeben skizzierte Dispositiv-Aneignung und -Verarbeitung der Freiwilligen liefert zusammen mit den die institutionelle Dimension betreffenden Erkenntnissen einige Gründe für den appellativen Tonfall der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998: Es ist deutlich geworden, dass die institutionenbezogenen Aussagen – mit Ausnahme der Freiwilligenagenturen – vorwiegend als negativ konnotierte Verknüpfungen in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung eingewoben sind. Die Beharrungstendenzen der klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie die Nichtzuständigkeitserklärung der liberal-konservativen Bundesregierung in Sachen Engagementförderung galten nicht nur als Hemmnisse der Potenziale-Ausschöpfung, sondern bildeten auch einen deutlichen Kontrast zu der allgemeinen verbalen Bedeutungsaufwertung freiwillig erbrachter Leistungen in den 1990er Jahren. Hinzu kommt, dass sich – und hierauf deuten die medial vermittelten Stellungnahmen ehrenamtlich Engagierter sowie quantitative Freiwilligenbefragungen eindrucklich hin – noch die wenigsten Freiwilligen als eine, zugespitzt formuliert, bedarfsgerecht einsetzbare Produktivitätskraft im Sinne der sich neu etablierenden Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verstanden. Vielmehr ist anzunehmen, dass immer mehr Freiwillige den zentralen Eigenschaften der neuen Ehrenamtlichkeit entsprachen und sich über die von öffentlichen Stellen erfolgte verbale Aufwertung des Ehrenamtes in Bereichen mit finanziellen und personellen Engpässen besonders dann enttäuscht zeigten, wenn diesen Worten keine Taten, d.h. keine institutionellen Verbesserungen, folgten.

In der letzten Legislaturperiode der schwarz-gelben Regierung bestand folglich erstens eine deutliche Kluft zwischen den (vor allem politischen) Aufrufen zu mehr freiwilligem Engagement als Ausdruck eines selbst- und gemeinschaftsbezogenen sinnvollen Verhaltens und der Schaffung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen, die vor allem von dem neuen Typus Ehrenamtlicher eingefordert wurden. Zweitens entsprachen noch die wenigstens Freiwilligen der produktivistischen Anrufungspraxis. Diese spezifische Konstellation, d.h. die mangelhafte Vollzugswirklichkeit der institutionellen Dimension und die dürftige Verankerung der Produktivitäts-Erzählung in den Köpfen der Freiwilligen, liefert wiederum eine Erklärung für den beschwörenden Tonfall der gesamten Storyline, die zwar aus der engagementspezifischen Selbstverwirklichungs-Erzählung hervorging, nichtsdestotrotz aber vorwiegend ein politisch forciertes und medial aufgewertetes Projekt darstellt, das durch den Regierungswechsel im Jahr 1998 nochmals deutlich an Fahrt gewann.

4.4 STORYLINE »FREIWILLIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄTSRESSOURCE« (1998 BIS 2002)

Die Entwicklung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zwischen 1998 und 2002, d.h. in der ersten Legislaturperiode der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder, wird im Folgenden deshalb gesondert betrachtet, da gerade mit Blick auf die institutionelle Dimension der Engagementförderung in diesem Zeitraum entscheidende Veränderungen einsetzten: Während sich die staatliche Förderung des freiwilligen Engagements bis zu diesem Zeitpunkt überwiegend in einzelnen Modellprojekten und verbalen Belobigungen erschöpfte, wurden in diesen vier Jahren die Grundlagen für die Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland gelegt. Flankiert und befördert wurde dieser institutionelle Wandel durch verschiedene politisch-wissenschaftliche Begleitprogramme, wie etwa das von den Vereinten Nationen ausgerufene »Internationale Jahr der Freiwilligen« 2001, die Einsetzung einer Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«²⁴ durch die rot-grüne Regierung im Jahr 1999 und den im selben Jahr erstmals durchgeführten Freiwilligensurvey.²⁵

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen die sich seit der Jahrtausendwende abzeichnenden Neuerungen im Netz dispositiver Verknüpfungen, die dazu beigetragen haben, dass die institutionelle Dimension ihr bisheriges bundespolitisches Nischendasein verlor und in den Fokus der Aufmerksamkeit rückte. Um Redundanzen zu vermeiden, wird im Folgenden allerdings auf eine detaillier-

24 | Die von allen Fraktionen mit Ausnahme der PDS befürwortete Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« setzte sich paritätisch aus Wissenschaftlern und Politikern unterschiedlicher Couleur zusammen. Angesichts des Mangels an belastbarem Wissen über das freiwillige Engagement der Bürger wurde dieser Enquete-Kommission der Auftrag erteilt, bis zum Jahr 2002 eine Bestandsaufnahme des Ehrenamtes in Deutschland vorzulegen und konkrete Strategien zu dessen institutioneller Förderung zu erarbeiten (BT-Drs. 14/2351 1999: 1). Im Jahr 2002 legte die Enquete-Kommission ihren Abschlussbericht vor, der aufbauend auf einer systematischen Aufarbeitung des Engagementaufkommens in Deutschland eine Vielzahl politischer Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der engagementbezogenen Rahmenbedingungen benennt (BT-Drs. 14/8900 2002).

25 | Der Freiwilligensurvey ist eine repräsentative Erhebung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, in der Personen ab 14 Jahren in telefonischen Interviews zu ihren freiwilligen Tätigkeiten bzw. zu ihrer Engagementbereitschaft befragt werden (1999 und 2004 wurden ca. 15.000 und 2009 ca. 20.000 Personen befragt). Die Schwerpunkte des Freiwilligensurveys liegen auf der Ermittlung des Engagementumfangs, der soziodemografischen Merkmale der Freiwilligen, der Engagementmotive sowie der Engagementbereitschaft bislang nicht freiwillig aktiver Menschen. Der Freiwilligensurvey wurde im Jahr 1999 erstmals im Auftrag des Bundesfamilienministeriums durchgeführt und wird seitdem alle fünf Jahre wiederholt (von Rosenblatt 2001; Gensicke/Picot/Geiss 2005; Gensicke/Geiss 2010). Bereits in der letzten Amtszeit des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurde die Durchführung einer derartigen quantitativen Trendstudie angesichts des Mangels an aussagekräftigen Erhebungen zum Engagementumfang in Deutschland und der öffentlichen Empörung über das schlechte Abschneiden der BRD im Rahmen der Eurovol-Studie eindringlich gefordert (BT-Drs. 13/5674 1996: 2; Nolte 1997: 10).

te Wiedergabe der gesamten engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung, die sich auch zwischen 1998 und 2002 in ihrer soeben skizzierten Gestalt im Allgemeinen fortsetzt, zugunsten einer Fokussierung auf die in diesem Zeitraum deutlich zu Tage tretenden dispositiven Neuverknüpfungen verzichtet. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen zunächst die gewandelten Kontextbedingungen, die, verstanden als einflussreiche Anschlussdispositive, seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung zur Verfestigung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung beitrugen und dieser zu einer neuen bundespolitischen Brisanz und Dynamik verhalfen. Hierbei handelt es sich um die von der rot-grünen Regierung angestoßene Renaissance des Bürgergesellschaftskonzepts, die Etablierung eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses und die Ausweitung der gesellschaftlichen Krisendiagnostik. Im Anschluss daran werden die epistemischen Neuverknüpfungen mit Blick auf den zweifachen Potenzialbezug der Storyline nachgezeichnet. Abschließend gilt es, den subjektbezogenen Verhaltensanforderungen Aufmerksamkeit zu schenken, die ebenfalls in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung eingewoben sind und zur Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« verdichtet werden können.

Die Bürgergesellschaft als zentrales Reformprojekt des aktivierenden Sozialstaates

Das von der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen erheblich aufgewertete Leitbild der Bürgergesellschaft entwickelte sich seit der Jahrtausendwende zu einem zentralen Knotenpunkt im dispositiven Gewebe der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung. Ursächlich hierfür ist, dass es bei der proklamierten Wiederbelebung der Bürgergesellschaft weniger um eine umfassende Gesellschaftsreform als vielmehr um die Würdigung und Stärkung des freiwilligen Engagements ging. Zur Illustration der – zumeist nicht weiter hinterfragten – Gleichsetzung der Aufwertung der Bürgergesellschaft mit der Förderung des freiwilligen Engagements sei hier exemplarisch auf eine diesbezügliche Stellungnahme der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der FDP verwiesen: »Bürgerschaftliches Engagement ist für eine offene Gesellschaft unverzichtbar. Seine Stärkung und Fortschreibung mit dem Ziel der engagierten Bürgergesellschaft ist daher politisches Anliegen von höchstem Rang.« (Schüßler/Burgbacher 2002: 67) Eine zentrale epistemische Neuerung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit 1998 besteht folglich darin, dass zwischen der Stärkung der Bürgergesellschaft und der Förderung freiwilligen Engagements ein »emblematischer« Zusammenhang konstruiert wird (Hajer 2008: 290).²⁶ D.h., wenn über die Bürgergesellschaft und über konkrete Möglichkeiten ihrer Belebung gesprochen wurde, dann ging es zumeist lediglich um die Förderung des freiwilligen Engagements als eines Spezialproblems der Bürgergesellschaftsdebatte. Bestes Beispiel für diese emblematische Verknüpfung ist der Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftli-

26 | Diese emblematische Verknüpfung von Bürgergesellschaftskonzept und Engagementförderung wird mit Ausnahme der Gewerkschaften (u.a. Sommer 2004) von allen untersuchten Diskursteilnehmern mitgetragen (Zeit Online 1999b; Spiegel 2000; FAZ 2000g; Schröder 2000a: 202, 206, 2001a; SPD-Grundwertekommission 2001: 24; Aigner u.a. 2002: 329; CDU-Präsidiumskommission 2003: 41).

chen Engagements«, der den Titel trägt »Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft« (BT-Drs. 14/8900 2002).

Diese emblematische Verknüpfung wird ergänzt durch eine weitere neue epistemische Verbindungslinie: Wie bereits angedeutet, avanciert das Leitbild der Bürgergesellschaft gleichsam zur zentralen »Reformperspektive« des in Deutschland zur Jahrtausendwende forcierten aktivierenden Sozialstaatsumbaus (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24262). Die entscheidende Neuerung besteht hier darin, dass die rot-grüne Koalition der Forderung der Vorgängerregierung nach mehr Subsidiarität zwar weitgehend folgte, die Beziehung zwischen Bürgergesellschaft und aktivierendem Wohlfahrtsstaat aber im Zuge einer am britischen »Third Way« (Giddens 1998) orientierten Politik der »Neuen Mitte« neu akzentuierte (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 40; Schröder/Blair 1999: 887). So fließen im Aktivierungsparadigma Elemente des Kommunitarismus, Neoliberalismus und Wohlfahrtspluralismus mit dem Ziel zusammen, eine neue Verantwortungs- und Rollenaufteilung zwischen Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und dem einzelnen Bürger herzustellen, die sich deutlich vom hierarchisch-bevormundenden Modell des versorgenden Wohlfahrtsstaates abhebt (Dahme/Wohlfahrt 2003: 95; Dingeldey 2006: 3-5; Lessenich 2008).

Aufbauend auf dem zunächst im Rahmen der Arbeitsmarktreform stark gemachten Prinzip des »Förderns und Forderns« geht es hierbei grundlegend um eine Neuverhandlung bzw. -gewichtung der Aufgabenlast zwischen Staat, Markt und Gesellschaft, der Balance von Rechten und Pflichten, von Eigenaktivität bzw. -verantwortung und von Chancengleichheit zulasten von Verteilungsgerechtigkeit. Im Kern, so Stephan Lessenich, kann die Politik der Aktivierung als Ausdruck einer neuen Erwartungshaltung an den Bürger gelesen werden, der, so die Unterstellung, zu einem passiven Anspruchsdenken an den Staat neige. Dieser soll sich sowohl seiner »Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst werden« (Lessenich 2003c: 214) als auch zu einer aktiven und eigenverantwortlichen Nutzung seiner Marktchancen befähigt werden. Der proklamierte Übergang vom passiven, staatliche Leistungen empfangenden hin zum selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelnden Bürger blieb jedoch nicht auf den Bereich der Arbeitsmarktpolitik beschränkt, sondern entwickelte sich zu einer die gesamte Lebensführung der Bürgerschaft umfassenden sozialpolitischen Forderung (van Dyk/Lessenich 2009: 23f.), die auch mit Blick auf das Reformprojekt der Bürgergesellschaft deutlich in Erscheinung trat.

Sozialstaat und Bürgergesellschaft galten hiernach nicht mehr als Gegensätze, sondern als sinnvolle Ergänzungen im Sinne einer neuen Aufgaben- bzw. Verantwortungsteilung, denn was »die Gesellschaft besser lösen kann, das muss, das soll der Staat nicht selbst machen« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 1; ebenso SZ 1998i; Zeit Online 2000c; FAZ 2000f; Schröder 2000b, 2000c; SPD-Grundwertekommission 2001: 17, 22; SZ 2002c). Bei der Wiederbelebung der Bürgergesellschaft ging es folglich grundlegend darum, die Verantwortung für das Soziale nicht mehr allein dem Staat zu übertragen, sondern die soziale Frage gewissermaßen »vom Kopf auf die Füße zu stellen«, um letztendlich zu einem »umfassenderen Verständnis von Sozialpolitik als gesellschaftliche« – und nicht nur staatliche – Aufgabe zu gelangen (Haupt 2002).

Ergänzt man diese Überlegungen um die zuvor erläuterte Einsicht, dass zwischen der Stärkung der Bürgergesellschaft und der Förderung freiwilligen Engagements

gements eine emblematische Beziehung besteht, wird deutlich, dass es bei dieser Suche nach einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgergesellschaft vor allem um eine neue Ausbalancierung des Verhältnisses zwischen Staat und dem freiwilligen Engagement der Bürger ging:

»In unserem Verständnis ist die aktivierte Bürgergesellschaft nicht gegen den demokratischen Staat gerichtet. Vielmehr betrachten wir die demokratischen Institutionen auf der einen und das bürgerschaftliche Engagement auf der anderen Seite als zwei sich gegenseitig ergänzende und stützende Seiten einer lebendigen Demokratie.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 24)

Ein zusammenfassender Blick auf das bisher Gesagte zeigt, dass durch die hier skizzierte epistemische Verknüpfung des – auf die Engagementförderung fokussierten – Leitbildes der Bürgergesellschaft mit dem neuen aktivierenden Sozialstaatskonzept der Eindruck vermittelt wird, dass die Förderung freiwilliger Tätigkeiten zum selbstverständlichen Aufgabenrepertoire des Staates gehöre.²⁷ Obgleich diese Feststellung der engagementspezifischen Nichtzuständigkeitsbehauptung der Vorgängerregierung, die sich diesem Thema vornehmlich im Rahmen symbolischer Politikpraktiken gewidmet hat, geradezu diametral gegenüberstand, erachtete es Gerhard Schröder scheinbar nicht für notwendig, diese Wendung näher zu erläutern: Die Erklärungsbedürftigkeit dieser Aussage ignorierend bemerkte Altkanzler Schröder hingegen eher beiläufig: »Aus Sicht der Politik besteht ein existenzielles Interesse am Engagement der Bürgerinnen und Bürger. [...] Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements entspricht aber auch unserem modernen Staatsverständnis.« (Schröder 2000c; ebenso FAZ 2000f)

Die bisherigen Erkenntnisse lassen keinen Zweifel daran, dass die verbale Hochkonjunktur der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 vornehmlich auf die hier skizzierten epistemischen Neuverknüpfungen mit den Wissensbeständen des aktivierenden Staates und des Reformprojekts der Bürgergesellschaft zurückgeführt werden kann. Hierdurch wurde die Dringlichkeit und öffentliche Präsenz der Erzählung im Vergleich zum vorausgegangenen Zeitraum deutlich erhöht. Eine zusätzliche Intensivierung erfuhren diese Debatten über die Förderung des freiwilligen Engagements zudem durch die seit dem Jahr 1998 zu beobachtende Ausweitung der Krisenrhetorik hinsichtlich zentraler gesellschaftlicher Makrostrukturen, die eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Form von bürgerschaftlichem Engagement unumgänglich erscheinen ließen. Die Verknüpfung der engagementspezifischen Produktivitäts-Er-

27 | Die enge Verzahnung des auf die Engagementförderung ausgerichteten Reformleitbildes der Bürgergesellschaft mit dem aktivierenden Staatsumbau seit dem Regierungsantritt der rot-grünen Koalition wird in einem *Zeit Online*-Artikel wie folgt auf den Punkt gebracht: »Meist wird darunter [unter den Begriffen Bürgergesellschaft und aktivierender Staat, D.N.] verstanden, dass das Engagement von Bürgern in unterschiedlichsten Bereichen ermutigt werden soll: in sozialen Initiativen von der Selbsthilfegruppe für Aids-Kranke bis zur Senioren-Wohngemeinschaft; in der Finanzpolitik durch ein Stiftungsrecht, das Mäzenatentum ermutigt, aber auch mit neuen politischen Entscheidungsprozessen – etwa der Beteiligung von Bürgern bei der Städteplanung.« (Zeit Online 2000a)

zählung mit weiteren einflussreichen gesellschaftlichen Krisenerzählungen steht daher im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen.

Die Krise als gesellschaftlicher Generaldiskurs

Neben gesellschaftlichen Krisenerscheinungen, wie der Überforderung des Sozialstaates und der Erosion von Gemeinschaftswerten, die bereits im vorausgegangenen Zeitraum als wirkmächtige Anschlussdispositive der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung fungierten, wird diese Storyline seit Ende der 1990er Jahre zudem mit den Debatten über die krisenhaften Entwicklungen am Arbeitsmarkt verknüpft.²⁸ Statt einer ausführlichen Herleitung der genannten Krisenerscheinungen stößt man in den untersuchten Dokumenten lediglich auf vereinzelte und z.T. alarmierende diesbezügliche Bemerkungen: Mit Verweis auf leere Haushaltskassen wird der Wohlfahrtsstaat übereinstimmend nicht mehr nur als überfordert, sondern auch als »unbezahlbar«, »ineffizient« und »inhuman« beschrieben (Schröder 2001a).²⁹ Im Zentrum der kommunitaristisch inspirierten Krisendiagnose steht nach wie vor das typische Bild einer zu Egoismus neigenden, verantwortungslosen Bürgerschaft, deren Erwähnung gleichsam zur Aktivierung der bereits bekannten Schuldzuschreibung führt: »Geht der Gedanke der gegenseitigen Verantwortung verloren, so führt dies zum Verfall des Gemeinnsinns, zu mangelnder Verantwortung gegenüber Nachbarn, zu steigender Kriminalität und Vandalismus und einer Überlastung des Rechtssystems.« (Schröder/Blair 1999: 888f.)³⁰ Die Krise (oder gar das Ende) der Vollbeschäftigungsgesellschaft wird hingegen durch knappe Verweise auf die Globalisierung der Produktion, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Erosion des Normalerwerbsverhältnisses und hohe Arbeitslosenzahlen plausibilisiert (Zeit Online 1997h, 2000c; SZ 1998j; Spiegel 1998; Schröder/Blair 1999: 889f.; Haupt 1999, 2002; Rau 2000a; Bergmann 2000a, 2001b: 12; SPD-Grundwertekommission 2001: 20; Simmert/Vollmer 2002: 63). So zeichnete besonders

28 | Den Hintergrund der Ende der 1990er Jahre deutlich an Fahrt gewinnenden Debatten um die Zukunft der Erwerbsarbeit bilden einerseits die im Jahr 1999 in Kraft getretenen beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union, die im Rahmen des Amsterdamer Vertrages ausgehandelt wurden. Wichtige Impulse gingen andererseits von der im Jahr 2000 von den europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedeten »Lissabon-Strategie« aus, die das Ziel verfolgte, die EU innerhalb von zehn Jahren zu einem innovativen und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zu machen. In Deutschland fanden diese Zielbestimmungen ihren sichtbarsten Niederschlag in der von der rot-grünen Regierung im Jahr 2003 initiierten »Agenda 2010«.

29 | Der Diagnose, dass der Sozialstaat durch Überbeanspruchung und bürokratische Überregulierung an die Grenzen seiner Leistungs- und Steuerungsfähigkeit gestoßen sei, stimmten Politiker unterschiedlicher Couleur zu (vgl. u.a. Zeit Online 1999b; Schröder/Blair 1999: 888f.; Haupt 1999; Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7186; Abgeordneter Schüßler (FDP), in: ebd.: 7188; Schröder 2000a: 204; Bergmann 2000a; FAZ 2000f).

30 | Die epistemische Verknüpfung bürgerschaftlicher Schuldhaftigkeit mit verschiedenen als krisenhaft wahrgenommenen Entwicklungen gehört auch zwischen 1998 und 2002 zum selbstverständlichen Wissenskanon der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung (u.a. Müntefering/Schmidt 1998; Haupt 1999; SZ 1999; Rau 1999, 2000b; Aigner 2000: 2; FAZ 2000f; Schröder 2000c; Bergmann 2001b: 12f.).

Altkanzler Gerhard Schröder ein düsteres Bild von der Zukunft der Arbeitsgesellschaft:

»Die Veränderungen der Arbeitswelt zwingen mehr und mehr Menschen in ›gebrochene Erwerbsbiografien‹. [...] Die Marx'sche Utopie: ›Morgens Jäger, mittags Fischer, abends kritischer Kritiker‹ hat sich bei manchen schon als böse Farce verwirklicht: Morgens Zeitungsausträger, tagsüber Fachgehilfe, nachts kritischer Taxifahrer... Gesicherte Erwerbsverhältnisse sind längst keine Selbstverständlichkeit mehr, und das führt ganz natürlich zu Unsicherheiten.« (Schröder 2000a: 201f.)

Die Zuspitzung und Intensivierung der Krisenrhetorik seit Ende der 1990er Jahre ist jedoch nicht nur der Ausweitung der Krisendiagnostik auf die Entwicklungen am Arbeitsmarkt zu verdanken. Vielmehr gilt es hierbei einer weiteren epistemischen Neuverknüpfung Aufmerksamkeit zu schenken, die als zentraler Knotenpunkt im dispositiven Netz der Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource erst ab 1998 sichtbar in Erscheinung tritt: Es rückt seitdem mehr und mehr die Frage in den Vordergrund, wie sich der Wandel traditioneller und gesellschaftsübergreifend wirkender Werte auf den Bestand des Staates bzw. des Politischen selbst auswirkt. Diese sorgenvollen Überlegungen sind wiederum der allgemein akzeptierten Einsicht geschuldet, dass der freiheitliche und säkularisierte Staat auf gewisse vopolitische Grundlagen angewiesen sei, die er selbst nicht in ausreichendem Maße herstellen könne (Böckenförde 1976). Hierzu zählen pflichtorientierte Werte, aber auch die bürgerliche Gemeinwohlorientierung, das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen und Solidarität, die den politischen Gesetzen und Anordnungen die notwendige Legitimität und Wirkkraft verleihen.

Vor dem Hintergrund dieser Grundannahme verwundert es kaum, dass der allenthalben kritisierte Rückzug ins Private und die zunehmende Politikverdrossenheit sowie Reserviertheit vieler Bürger gegenüber staatlichen Institutionen als besonders besorgniserregende Entwicklungstendenzen wahrgenommen wurden (Haupt 1999; SZ 2001d). Altkanzler Gerhard Schröder konstatierte beispielsweise, dass diese allseitige Unzufriedenheit »sich trifft mit einem allgemeinen Gefühl der Ungewissheit, was Politik überhaupt noch vermag« (Schröder 2000a: 201). Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Bürsch deutete den Vertrauensverlust großer Bevölkerungskreise sowie den allgemeinen Übergang zu einer bindungslosen Egogesellschaft sogar als einen Entwicklungstrend, der »langsam, aber sicher die Grundlagen von Sozialstaat und Demokratie bedroht« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7183). Die Diskussionen über das Wegbrechen kollektiver Sinngebungen entwickelten seit der Jahrtausendwende folglich eine neue Qualität, da es hierbei nicht mehr ausschließlich um den Zusammenhalt der Gesellschaft ging, sondern gleichsam auch die Legitimationsgrundlagen des staatlichen Handelns insgesamt als gefährdet betrachtet wurden.

Die hohe Nachfrage nach freiwilligem Engagement

Wie im vorausgegangenen Zeitraum steht die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« auch nach 1998 im Mittelpunkt der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, wobei der Potenzialbegriff weiterhin einerseits auf die dem Engagement zugeschriebene Fähigkeit zur Lösung gesellschaftlicher Krisen bezogen ist und andererseits im Sinne eines brachliegenden

Engagementpotenzials großer Bevölkerungsteile genutzt wird. Angesichts der soeben skizzierten neuen Kontextfaktoren haben sich allerdings im Hinblick auf beide Verknüpfungsstränge einige Verschiebungen und Neuverknüpfungen ergeben, die im Folgenden überblicksartig skizziert werden.

Das freiwillige Engagement der Bürger avanciert auch zur Jahrtausendwende zu einer wertvollen gesellschaftlichen Ressource bei der Lösung gesellschaftlicher Krisen: In Bezug auf sozialstaatliche Überforderungserscheinungen wird dem freiwilligen Bürgereinsatz erstens eine hohe staatsentlastende Wirkung zugeschrieben und eine neue Verantwortungsteilung zwischen Staat und Bürgerengagement favorisiert (u.a. Abgeordneter Schüssler (FDP), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7188; FAZ 2000g; Haupt 2002: 7f.).³¹ Zweitens erfährt besonders die Brückenfunktion des bürgerschaftlichen Engagements mit Blick auf die Krise am Arbeitsmarkt eine erhebliche Wertschätzung: So könne Freiwilligenarbeit sowohl als Quelle der Sinnstiftung außerhalb des Berufslebens fungieren als auch dazu beitragen, beim Übergang von der Erwerbslosigkeit zurück in den ersten Arbeitsmarkt oder in anderen Lebensphasen bestehende Kompetenzen zu bewahren sowie neue Kenntnisse zu erwerben (u.a. Bergmann 2000a, 2001b: 11f.; Schröder 2000a: 204; FAZ 2000i; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 15).³² Drittens trage die Ausweitung freiwilligen Engagements auch zur Abmilderung gesellschaftlicher Desintegrations- und Isolationerscheinungen bei, da im Rahmen derartiger Tätigkeiten Werte wie Solidarität, Verantwortung und Empathie eingeübt werden, bei denen es sich ja bekanntlich nicht um »automatisch nachwachsende[...] Rohstoffe[...]« handle (Bergmann 2001a): So wird übereinstimmend konstatiert, dass eine freiwillige Betätigung eine Quelle individueller Sinnstiftung sei, hierbei gleichzeitig einen Beitrag zum Erhalt und zur Reproduktion von Gemeinschaftswerten, wie Mitmenschlichkeit, Vertrauen, Treue oder Verlässlichkeit, leiste sowie eine enorme Kraft bei der Integration marginalisierter oder exkludierter Gruppen entfalte.³³

31 | Obgleich hinsichtlich der Annahme, dass dem Bürgerengagement mehr Verantwortung auch und gerade bei der Erbringung sozialer Leistungen übertragen werden müsse, weitgehend Einigkeit besteht, wird in nahezu allen untersuchten Dokumenten betont, dass freiwilliges Engagement im Zuge dieses Wandlungsprozesses keinesfalls zu einem kostengünstigen Lückenfüller sozialstaatlicher Ausfallerscheinungen degradiert werden dürfe, zumal dessen unschätzbare Wert gerade in seiner spezifischen Produktivität und Kreativität liege (u.a. SZ 1998i; Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; Haupt 1999, 2002; Schröder 2000a: 206, 2001a; FAZ 2000f, 2001).

32 | Trotz der unverkennbaren Verwobenheit von Erwerbsarbeit und freiwilligem Engagement wird stets darauf hingewiesen, dass eine ehrenamtliche Betätigung allenfalls als Zusatz und keineswegs als Ersatz für Erwerbsarbeit fungieren könne (SZ 1998e; Schröder 2000a: 202). In ebendiesem Sinne konstatiert auch der Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« unter Heranziehung der Ergebnisse von Freiwilligenbefragungen, dass diese Einschätzung auch von einem Großteil der freiwillig Engagierten geteilt werde, die gerade die Verschiedenheit bzw. den Eigensinn des Ehrenamtes gegenüber der Erwerbsarbeit besonders wertschätzten (BT-Drs. 14/8900 2002: 195).

33 | Im Hinblick auf die genannten gemeinschaftsförderlichen und wertbildenden Eigenschaften des freiwilligen Engagements sind sich alle untersuchten Diskursteilnehmer weitgehend einig (vgl. u.a. Haupt 1999; Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7186; Abgeordneter Simmert (Bündnis 90/Die Grünen), in: ebd.: 7187; Focus 2000d;

Der hier behauptete, auf einer allgemeinen Krisenexpansion beruhende Mehrbedarf an freiwillig erbrachten Leistungen wird ergänzt durch Verlautbarungen, in denen mit besonderer Vehemenz eine erhöhte Nachfrage nach bürgerschaftlichem Engagement in einzelnen Gesellschaftsbereichen konstatiert wurde. Es kristallisierten sich zwischen 1998 und 2002 folglich bestimmte Felder heraus, wie etwa der Gesundheitsbereich, das Stiftungswesen und der Kampf gegen Rechtsextremismus, in denen von politischer Seite aufgrund der folgenden Entwicklungen besonders eindringlich an das freiwillige Engagement der Bürger appelliert wurde.

Im Gesundheitswesen sind es vor allem die finanziellen Engpässe der öffentlichen Hand, die zu einer Ausweitung der engagementspezifischen Nachfragerhetorik führten: »[D]ie Möglichkeiten, aber auch die Kosten der modernen Medizin [sind] so komplex geworden, dass ein Gesundheitswesen ohne finanzielle, geistige und, in diesem Fall buchstäblich körperliche Selbstbeteiligung der Versicherten nicht mehr vorstellbar ist.« (Schröder 2000a: 205) Es ist kaum zu übersehen, dass Gerhard Schröder in diesem Zitat durch das Aufgreifen körperbezogener Aussagen seinem Aufruf, dass jeder Einzelne einen Beitrag zum Erhalt der »eigenen Gesundheit und zur Pflege anderer« (ebd.) leisten müsse, besondere Nachdrücklichkeit verlieh. Lobende Erwähnung fanden in diesem Kontext vor allem die auf dem freiwilligen Engagement der Bürger beruhenden Selbsthilfe- und Unterstützungsgruppen, die »aus der Versorgung chronisch Kranker gar nicht mehr wegzudenken« (ebd.) sind und von denen es daher zukünftig noch mehr geben müsse.

Mit Blick auf den Stiftungsbereich wurde vor allem deshalb ein Mehrbedarf an bürgerschaftlicher Eigeninitiative gefordert, da es, so der allgemeine Tenor, viele Projekte und Organisationen ohne diese zusätzlichen Finanzierungsquellen gar nicht geben würde. Altkanzler Schröder ging zudem davon aus, dass die Begünstigten des jedes Jahr durch Erbschaft weitergegebenen beträchtlichen Geld- und Sachvermögens durchaus bereit seien, »einen Teil ihres ererbten Vermögens der Allgemeinheit zugute kommen [zu] lassen [...] – wenn wir sie denn lassen und sie dazu ermuntern« (Schröder 2000a: 206). Für die Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordnete Antje Vollmer stellt das Stiften der Vermögenden gewissermaßen die äquivalente Tätigkeit zum Ehrenamt der breiten Masse dar:

»[W]ir [wollen] auch an die vermögenden Bürger appellieren: Tut erst einmal ihr etwas – je nach eurem Vermögen – für das Gemeinwesen! – Das Freiwilligenengagement ist der Appell an den kleinen Mann oder die kleine Frau, der oder die sagt: Ich habe zwar kein großes Vermögen; aber ich habe meine Zeit, meine Kenntnisse und meine Lebensfreude anzubieten und die will ich für das Gemeinwesen einsetzen.« (Abgeordnete Vollmer (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 14/242 2002: 24271)

Neben dem Gesundheits- und Stiftungswesen kristallisierte sich der Kampf gegen Rechtsextremismus als dritter Bereich heraus, in dem zwischen 1998 und 2002 eine erhebliche Nachfrage nach freiwilligem Engagement konstatiert wurde. Ursache hierfür war die übereinstimmend geäußerte Feststellung, dass seit dem Jahr 2000 die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten erheblich zugenom-

FAZ 2000h; Rau 2000a; Bergmann 2001a, 2001b: 12; SPD-Grundwertekommission 2001: 6; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 3; Schröder 2001b; SZ 2001b; Haupt 2002).

men habe und gleichzeitig ein hoher Verbreitungsgrad an fremdenfeindlichen Haltungen besonders in Ostdeutschland zu verzeichnen sei (BT- Drs. 14/3106 2000; BT- Drs. 14/3516 2000; BT- Drs. 14/4067 2000, BT- Drs. 14/5456 2001; BT Pl.-Prot. 14/162: 15801-15820).

Die Thematisierung derartiger gesellschaftlicher Krisenerscheinungen und Problemfelder war zudem stets mit der Behauptung verknüpft, dass diese vermeintlichen Missstände durch freiwillige Hilfeleistungen wenn schon nicht vollständig behoben, dann aber zumindest deutlich abgemildert werden könnten. Aufgrund seines erhofften gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ertrags wird dem freiwilligen Bürgerengagement im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 folglich der Status eines »Allheilmittel[s] gegen diverse Leiden im vereinten Deutschland« zugeschrieben (Spiegel 2000; ebenso Aigner 2000: 2; Simmert/Vollmer 2002: 63).³⁴ Wie groß die allgemeine Hoffnung ist, durch ein Mehr an Bürgerengagement die genannten Krisen zu überwinden, bringt ein *Spiegel*-Artikel wie folgt auf den Punkt:

»Rechtsradikale Anschläge? Die Bürgergesellschaft ist gefordert. Hohe Arbeitslosenzahlen und überlastete Sozialkassen? Die Bürgergesellschaft soll es richten. ›Große Kräfte‹, glaubt der CDU Fraktionschef in Baden-Württemberg, Günther Oettinger, werde die Bürgergesellschaft freisetzen, weil Freiwillige ›die Staatsquote zurückdrängen und den Sozialstaat effektiver gestalten‹ könnten.« (Spiegel 2000)

Um die Stellung freiwilligen Engagements als Allheilmittel zu untermauern, werden im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung vor allem die besonderen Qualitäten und die positiven Eigenschaften freiwillig erbrachter Leistungen diskursiv in den Mittelpunkt gestellt. Verglichen mit der eigentlichen Mannigfaltigkeit des Engagementfeldes erscheint das hier von allen Seiten vermittelte uneingeschränkt positive Bild vom freiwilligen Engagement allerdings recht einseitig und verzerrt (FAZ 2000g): So finden hier beispielsweise die demokratieförderlichen Implikationen des Bürgergesellschaftskonzepts bzw. des freiwilligen Engagements kaum und wenn, dann nur recht floskelhaft Erwähnung: Obschon der ehemalige Bundespräsident Rau das Bürgerengagement nach wie vor als die »Seele der Demokratie« (Rau 2001a) beschrieb und die damalige Bundesfamilienministerin Christine Bergmann dieses als den »Kitt« bezeichnete, »der unsere Demokratie zusammenhält« (Bergmann 2001b: 11), lassen diese und ähnliche Aussagen jedoch weitgehend offen, welche konkrete demokratische Bedeutung dem hier gebrauchten Engagementbegriff zugeschrieben wird. Die Beschreibung einer lebendigen Bürgergesellschaft als Fundament oder gar »Nährboden der Demokratie« (Schrö-

34 | Aus dieser politischen Bedeutungsaufwertung des Ehrenamtes zur Jahrtausendwende ergibt sich nach Angaben der Sozialwissenschaftler Kistler und Schäfer-Walkmann die Notwendigkeit, die wissenschaftliche Erfassung und Vermessung des Ehrenamtes weiter voranzutreiben. Eine fundierte Auseinandersetzung mit Messkonzepten für freiwilliges Engagement wird ihrer Meinung nach »in einem ganz anderen, praktischen Sinne noch drängender, da in der Politik (ziemlich querbeet über alle Lager) das Ehrenamt etc. allzugerne als Antwort, als Lösung auf verschiedenste Fragen und Probleme gehandelt wird, bei denen sich die Politik den schwierigen direkten Lösungsversuchen am liebsten klammheimlich entziehen möchte.« (Kistler/Schäfer-Walkmann 1999: 38)

der 2000c) erinnert somit vielmehr an eine inhaltsarme Floskel, die allenfalls dann mit Bedeutung gefüllt wird, wenn über die Politikverdrossenheit großer Bevölkerungsteile, die verminderte Bereitschaft vieler Bürger, sich in den traditionellen Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege zu engagieren, oder über die Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten als Gefahr für die demokratische Grundordnung diskutiert wird (Haupt 1999; Rau 2000a; Schröder 2000a: 200). Zusammenfassend gilt festzuhalten, dass in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource einerseits gerade die demokratieförderliche Dimension des Bürgerengagements zumeist nur sehr sporadisch und floskelhaft Erwähnung findet und andererseits die »dunklen Seiten« des Engagements (Roth 2004), d.h. seine möglichen unzivilen und antidemokratischen Implikationen, weitgehend ausgeblendet werden.³⁵

Demgegenüber liegt der Schwerpunkt der Rede über die Stärkung des freiwilligen Engagements auf der Frage, wie das Engagementvolumen insgesamt erhöht werden kann, d.h., wie noch mehr Menschen als bisher für eine derartige Tätigkeit gewonnen werden könnten: »Wir wollen, dass die Hürden für ehrenamtliche Tätigkeiten viel niedriger werden, dafür aber die Anreize und der Kreis der Aktiven größer. [...] Und wir sollten alles dafür tun, dass die Engagierten auch tatsächlich sehr viel mehr werden.« (Schröder 2001b; ebenso Müntefering/Schmidt 1998; Zeit Online 1999b; Haupt 1999; Rau 1999; Bergmann 2000a; Schröder 2000b; SZ 2001f; FAZ 2000e, 2001) Doch auch hier gilt es auf eine weitere Beschränkung des diskursiven Geschehens aufmerksam zu machen, denn nicht jedes Engagement ist hier gleichermaßen willkommen: Eine Vergrößerung des Engagementumfangs wird vornehmlich im karitativen oder sozialen Bereich begrüßt (u.a. Schröder 2000a: 205-207; SZ 2001i): »Große Nachfrage nach Helfern [...] besteht vor allem in Gemeinschaftsunterkünften, etwa zur Hausaufgaben- und Familienbetreuung, sowie für Besuchsdienste in Altenheimen.« (SZ 2002a; ebenso SZ 2002b) Demgegenüber bleibt das Protest- und Kritikpotenzial des politischen Bürgerengagements – abgesehen von einigen Statements aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Simmert/Vollmer 2002: 63f.) und der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (BT-Drs. 14/8900 2002: 40) – weitgehend unerwähnt.

Angesichts der soeben beschriebenen uneingeschränkt positiven Konnotation freiwilligen Engagements als Alleilmittel bei der Lösung kriseninduzierter Probleme wurde von Seiten der Politik, der Medien und der Trägerorganisationen von Freiwilligenarbeit ein hoher gesellschaftlicher Bedarf an freiwilligem Engagement konstatiert:³⁶ Exemplarisch für viele ähnlich gelagerte Statements, in denen frei-

35 | Interessanterweise sind es die Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der CDU/CSU, die in ihrem Sondervotum zum Abschlussbericht diese einseitige Verengung der Debatten über die unzivilen Formen des Engagements auf das Problem des Rechtsextremismus ausdrücklich kritisieren (Aigner u.a. 2002: 333-335).

36 | Alle untersuchten Diskursteilnehmer stellten übereinstimmend fest, dass die Gesellschaft mehr denn je auf die Hilfe Freiwilliger angewiesen sei. Vgl. hierzu die Statements von Seiten der Politik (Laurien 1995: 294; Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: ebd.: 7186; Schröder 2000b, 2001b; BT-Drs. 14/8900 2002: 78, 83, 339), der Trägerorganisationen ehrenamtlicher Arbeit (Sengling 1997a: 13f.; Krause 1997: 6) und der Medien (FAZ 1996e; Focus 2000d).

willige Helfer unter Rekurs auf die genannten Krisensymptome zur »gefragte[n] Spezies« stilisiert wurden (Spiegel 2000), sei hier auf einen Redebeitrag der Bundstagsabgeordneten der CDU/CSU, Ilse Aigner, verwiesen: »Unsere Gesellschaft ist auf die Leistung ehrenamtlicher Arbeit angewiesen. [...] Der Bedarf an ehrenamtlichem Engagement in den verschiedenen Lebensbereichen zeigt einen kontinuierlichen Anstieg. Jedoch sinkt in vielfältiger Hinsicht die Bereitschaft, etwas für die Allgemeinheit zu tun.« (Abgeordnete Aigner (CDU/CSU), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7186)

Die Feststellung eines hohen gesellschaftlichen Bedarfs an freiwilligem Engagement ergibt sich jedoch nicht allein aus der Ernennung des Bürgerengagements zum einzig wirksamen Heilmittel gegen verschiedene Krisenerscheinungen, sondern wird noch durch eine weitere stets wiederkehrende epistemische Verknüpfung forciert: Von politischer Seite wurde fortwährend betont, dass der Staat aufgrund seiner eigenen Krisenhaftigkeit – zumindest allein – nicht in der Lage sei, den genannten gesellschaftlichen Herausforderungen wirksam zu begegnen. So fragte Gerhard Schröder angesichts »von Globalisierung, shareholder value und der steigenden Bedeutung internationaler Verflechtungen – was soll, was kann da noch Politik?« (Schröder 2000a: 201) Das Steuerungsversagen des Staates bei der Lösung dieser Probleme wurde somit – gewissermaßen im Rahmen einer »Sozialpolitik zweiter Ordnung« (Kaufmann 2009: 141) – explizit thematisiert. Dies zeigt sich besonders an Formulierungen, wie »der Staat [kann] nicht alles alleine machen« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184) oder die Politik »ist auf die vielfältige Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger angewiesen« (Bergmann 2000b: 3; ebenso Rau 1999, 2000b).

Ein zusammenfassender Blick auf die bisherigen Erläuterungen macht deutlich, dass sich die in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung stets wiederkehrende Krisenrhetorik als durchaus funktional erwiesen hat: Erstens untermauert die anhaltende Thematisierung vermeintlicher sozialer Krisenerscheinungen und der Verweis auf die Lösungsimplicationen des Bürgerengagements die Feststellung, dass es einen erheblichen Bedarf an bzw. eine große Nachfrage nach freiwilligem Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem aber im Kampf gegen Rechtsextremismus sowie im Gesundheits- und Stiftungsbereich, gebe. Zweitens wird durch die Rede von einer mangelnden – ja geradezu selbst krisenhaften – staatlichen Kompetenz bei der Bewältigung dieser sozialen Herausforderungen die Aufmerksamkeit von den staatlichen Verantwortungsträgern weggelenkt und die Suche nach alternativen Handlungsstrategien im Bereich der Bürgergesellschaft verstärkt. Und drittens wird daraus die Schlussfolgerung abgeleitet, dass eine Lösung gesellschaftlicher Krisen nur dann in greifbare Nähe rücke, wenn die Aufgaben- und Verantwortungslast zwischen dem aktivierenden Staat und dem freiwilligen Engagement der Bürger neu aufgeteilt werde. Es zeigt sich folglich, dass erst das Zusammentreffen einer starken Krisenrhetorik in Bezug auf gesellschaftliche Herausforderungen, die angeblich eine Bedrohung für den Bestand des Staates selbst darstellen und von diesen allein nicht gelöst werden können, mit einer ausufernden Lobpreisung der Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements, das in seiner kondensierten Form der aktiven Bürgergesellschaft zum Leitbild eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses avanciert, dazu führt, dass die staatliche Förderung des Bürgerengagements seit der Jahrtausendwende nicht mehr nur als »eine Option unter vielen« betrachtet, sondern zur

alternativlosen »gesellschaftspolitische[n] Notwendigkeit« erhoben wird (Schröder 2000a: 207): »Unser Staat bleibt ein aktivierender Staat. Er ist verpflichtet, Menschen zu helfen, weiterhin oder wieder ein selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben führen zu können. Dieser Verantwortung kann der Staat nur gerecht werden, wenn er bürgerschaftliches Engagement fördert und unterstützt.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 87)

Die bisherigen Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass die Annahme einer gesteigerten gesellschaftlichen – und nun auch bundespolitischen – Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen einen wesentlichen epistemischen Knotenpunkt im Netz dispositiver Verknüpfungen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit Beginn des neuen Jahrtausends darstellt. Die Bedeutung dieses Knotenpunktes wird jedoch erst dann gänzlich sichtbar, wenn eine weitere epistemische Einsicht, die bei dessen Erwähnung stets mitaufgerufen wird, ebenso Berücksichtigung erfährt: das Vertrauen in die Möglichkeit, das brachliegende Engagementpotenzial in der Bevölkerung zu aktivieren.

Das noch ungenutzte Angebot an engagementbereiten Bürgern

Es ist die bereits aus dem vorausgegangenen Untersuchungszeitraum bekannte Annahme eines brachliegenden Engagementpotenzials,³⁷ die hier zum epistemischen Gegenstück der ausufernden Nachfragerhetorik avanciert und Anlass zu Hoffnung gibt, dass der angesprochene gesellschaftliche (Mehr-)Bedarf bei entsprechender Aktivierung dieses Potenzials befriedigt werden könne:

»Wenn ich um Ihren Beitrag für das Internationale Jahr [der Freiwilligen, D.N.] werbe, dann vor allem aus folgendem Grund: Zwei von drei Bundesbürgern sind bisher oder derzeit nicht ehrenamtlich engagiert, aber 40 % von diesen (und das sind gut ein Viertel aller Bundesbürger) wären nach eigenen Angaben aber durchaus interessiert daran. Es gibt also ein erhebliches »Engagementpotenzial.« (Bergmann 2000a)

Doch nicht nur der ungebrochene Glaube an die Existenz eines ungenutzten Potenzials engagementbereiter Freiwilliger stimmte optimistisch, sondern auch der erfreuliche Umstand, dass bereits ein Großteil der Deutschen freiwillig engagiert sei. Hintergrund derartiger Aussagen waren die Resultate des ersten Freiwilligensurveys aus dem Jahr 1999, der zu dem Ergebnis kommt, dass in Deutschland 22 Millionen Bundesbürger ehrenamtlich tätig seien (von Rosenblatt 2001: 18). Aus diesem bestehenden hohen Engagementaufkommen leitete z.B. der SPD-Abgeordnete Michael Bürsch die folgende, vielfach geteilte Schlussfolgerung ab, »daß trotz aller Unkenrufe die Zivilgesellschaft in Deutschland noch immer höchst lebendig ist« (Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; ebenso SZ 1998c; FAZ 2000f; Rau 2001b; Haupt 1999; Bergmann 2000a, 2001b: 12f.; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 3; Schröder 2001a). Unter Heranzie-

37 | Die Annahme, dass es ein brachliegendes und aktivierbares Engagementpotenzial in der Gesellschaft gebe, gehört auch zwischen 1998 und 2002 zu den fraglosen Selbstverständlichkeiten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung (vgl. u.a. Haupt 1999; Rau 2000b; Schröder 2000c, 2001b; Bergmann 2000a, 2001a, 2001b: 12; Braun/Abt/Bischoff 2000: 15; Spiegel 2000; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5; SZ 2001a, 2001b, 2002b).

hung der bereits bekannten objektbezogenen Negativ-Verknüpfung mit dem Fernseher bzw. dem Fernsehsessel wird allerdings einschränkend angemerkt, dass der tatsächliche Engagementumfang aufgrund von Doppelt- und Dreifachnennungen wahrscheinlich deutlich geringer ausfalle: »Es sind wohl oft dieselben Personen, die sich aus dem Fernsehsessel wälzen, um sich auf sinnvolle Weise draußen zu betätigen.« (SZ 2001d)

Während Aussagen über ein brachliegendes Engagementpotenzial oder über den Engagementumfang in den 1990er Jahren noch auf den Ergebnissen einzelner Ehrenamtsstudien bzw. organisationsinterner Erfahrungen beruhten, berufen sich die Diskursteilnehmer nun überwiegend auf die Ergebnisse des vom Bundesfamilienministerium geförderten Freiwilligensurveys, der erstmals im Jahr 1999 durchgeführt und fortan alle fünf Jahre wiederholt wurde (u.a. Haupt 1999; Bergmann 2000a; 2001b: 13). Entgegen der in den 1990er Jahren häufig geäußerten Sorge über eine »Krise des Ehrenamtes« (Born 1988; Albert 1993: 10; Heinemann/Schubert 1994: 238; Zentralrat des DCV 1995: 313; Pott 1996; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 6), die überwiegend auf den Klagen der wertgebundenen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit über nachlassende Engagiertenzahlen beruhte, zeichnet der erste Freiwilligensurvey ein geradezu optimistisches Bild von der deutschen Freiwilligenlandschaft: Die ermittelte Engagementquote von 34 % wird sogar durch ein noch höheres Engagementpotenzial von 37 % in den Schatten gestellt (von Rosenblatt 2001: 18, 200). Zu einem ähnlichen Befund gelangt auch der Speyerer Wertesurvey aus dem Jahr 1997, der konstatiert, dass in Deutschland 38 % der Bundesbürger freiwillig engagiert und weitere 32 % zur Aufnahme eines Engagements bereit seien (Klages/Gensicke 1998: 180). Angesichts dieser beeindruckenden Engagiertenzahlen gelangte Gerhard Schröder zu folgender optimistischen Prognose: »38 Prozent der Deutschen sind, im weiteren Sinne, regelmäßig ›ehrenamtlich‹ tätig. Mehr als die Hälfte der Befragten kann sich ein solches Engagement für die Zukunft ›vorstellen‹. Weit mehr als 80 Prozent, die überwältigende Mehrheit, wären demzufolge für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.« (Schröder 2000a: 202)

Der zum zentralen Bezugspunkt von Aussagen über die Beschaffenheit des freiwilligen Engagements in Deutschland avancierende Freiwilligensurvey lieferte zudem zuverlässige Daten für die stets wiederkehrende Feststellung, dass »es beim Engagement keine Altersgrenze gibt« (Rau 2001a). Die bereits in den 1990er Jahren geäußerte Forderung, dass sich gerade Jugendliche, ältere Menschen und Arbeitslose stärker freiwillig engagieren sollen, erhielt durch die Ergebnisse des ersten Freiwilligensurveys neue Nahrung: So kommt dieser beispielsweise zu dem vielfach rezipierten Ergebnis, dass gerade bei jungen und alten Menschen eine hohe Bereitschaft zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bestehe, die durch eine entsprechende staatliche Aktivierung in eine tatsächliche Freiwilligenarbeit überführt werden könne (von Rosenblatt 2001: 26f, 155, 158; ebenso SZ 1998a; Schröder 2001a; SZ 2001b, 2002b). Vor dem Hintergrund der Annahme eines großen brachliegenden Engagementpotenzials am oberen und unteren Ende der Alterspyramide verwundert es kaum, dass Überlegungen bezüglich der Förderung des Engagements Jugendlicher und älterer Menschen »als Aktivposten dieser Gesellschaft« in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit 1998 eine Schlüsselposition einnehmen (Bergmann 2001b: 16; vgl. ähnlich Haupt 1999;

Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; FAZ 2000h; Rau 2000b; Abgeordnete Bergmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/228 2002: 22665).

Der im Rahmen des Freiwilligensurveys ermittelte Mittelstands-Bias im Engagement (von Rosenblatt 2001: 27f.) bildet zudem den Hintergrund für die klagenden Worte Peter Haupts, der anmerkte, dass gerade Arbeitslose und Ruheständler, also »[d]iejenigen, die am meisten Zeit für ehrenamtliches Engagement haben«, sich am wenigsten engagieren würden (Haupt 1999; ebenso Focus 2000d; SZ 2001d). Angesichts dieser Zurückhaltung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Sachen Ehrenamt beschäftigte man sich auch in der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD mit der grundsätzlichen Frage,

»wie wir mit Bereichen der Gesellschaft umgehen wollen, in denen bürgerschaftliches Engagement nicht stattfindet. Hier darf keine ›Lücke‹ bleiben. Das vorhandene Datenmaterial zeigt die Entwicklung, dass sich vornehmend gut ausgebildete und gut verdienende Bürger engagieren. Der Bereich der Eigenverantwortung darf jedoch nicht zu einer sog. ›Parallelgesellschaft‹ führen.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 90)

Wie schon im vorausgegangenen Zeitraum wird auch hier stets das Argument aufgegriffen, dass von der Übernahme eines freiwilligen Engagements alle Beteiligten nur profitieren könnten, da im Rahmen einer derartigen Betätigung bekanntermaßen Selbstverwirklichung und Solidarität bzw. die Sorge um sich selbst und die Sorge um die Gemeinschaft – ganz nach dem Motto: »Wer nichts für andere tut, tut nichts für sich« – Hand in Hand gingen (Haupt 1999; Bergmann 2001a; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001 25; SZ 2001d, 2002d): »Sich selbst entfalten und daran Freude haben und gleichzeitig Menschen helfen. Die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern und dabei gesellschaftliche Probleme in die eigene Hand nehmen und lösen helfen. Das sind die am häufigsten genannten Begründungspaare.« (Schröder 2000c) Den individuellen wie kollektiven Nutzen betonend wird freiwilliges Engagement folglich weiterhin als umfassende »win-win-Situation« beschrieben (ebd.; FAZ 2000h; BT-Drs. 14/8900 2002: 62, 84, 343): Einerseits entspreche eine derartige Tätigkeit dem Bedürfnis vieler Menschen, einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen, die eigenen Fähigkeiten zu erweitern oder soziale Kontakte zu knüpfen und andererseits könnten hierdurch gleichzeitig gesellschaftliche Probleme außerhalb staatlicher Zuständigkeiten gelöst werden (Aigner 2000: 1; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5; Bergmann 2001b: 17; Rau 2000b; SZ 2001b). Grundlegend geht es bei der beständigen Betonung der allseitigen Nutzendimension des Bürgerengagements folglich darum, »den Eigensinn bürgerschaftlichen Engagements in produktiver Weise mit vorhandenen gesellschaftlichen Aufgaben und Herausforderungen zu verbinden, die auf die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung und auf das Engagement aktiver Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind« (BT-Drs. 14/8900 2002: 56).

Besonders häufig begegnet man dieser epistemischen Verknüpfung im Hinblick auf die bereits mehrfach angesprochenen Personengruppen der Jugendlichen, alten Menschen und Arbeitslosen: Neben dem stetigen Verweis auf die individuellen Vorteile einer Freiwilligenarbeit für den Einzelnen wird übereinstimmend konstatiert, dass es sich die Gesellschaft nicht (mehr) leisten könne, die Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten dieser Bevölkerungsgruppen brach liegen zu

lassen. Stattdessen sei es dringend notwendig, diese »zum Wohle der Gesellschaft nutzbar« zu machen (ebd.: 339; ebenso Abgeordneter Simmert (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7187; BT-Drs. 14/402 1999: 1; BT-Drs. 14/511 1999: 2). In diesem Sinne heißt es z.B. im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: »Die Gesellschaft kann auf das Engagement und die Erfahrung der Älteren nicht verzichten. Bei den Älteren gibt es ein hohes soziales, kulturelles, politisches, sportliches und nachberufliches Engagement. Dieses Engagement werden wir verstärkt fördern.« (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 33) Gerade mit Blick auf ältere Menschen zeigt sich, dass die bereits bekannten Körperbezüge der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hier zwar aufgegriffen und aktualisiert, inhaltlich aber neu akzentuiert werden: Neben der Betonung der gesundheitsförderlichen Eigenschaften eines freiwilliges Engagements wird dieses zur Jahrtausendwende – stärker als dies in den 1990er Jahren der Fall war – als »Jungbrunnen« (SZ 2001g), d.h. als aktivitätssteigernde Anti-Aging-Strategie, präsentiert: Gerade freiwillig engagierte Ältere, die im Rahmen von Zeitungsinterviews nach der persönlichen Bedeutung ihres Ehrenamtes befragt wurden, benennen als Vorteile einer freiwilligen Betätigung, dass diese ihr Wohlbefinden steigern und sie hierdurch das Gefühl hätten, jung zu bleiben und auch im Alter aktiv am Leben teilzunehmen (SZ 1998a, 2000b, 2001b).

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass die Annahmen eines brachliegenden Engagementpotenzials und eines hohen bereits existierenden Engagementumfangs in Deutschland zu den zentralen epistemischen Knotenpunkten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende gehören: Die Hervorhebung des ansehnlichen Engagementvolumens dient vor allem der Wiederherstellung des guten Rufs Deutschlands in Sachen Ehrenamt, der erheblich unter dem schlechten Abschneiden der BRD bei der Eurovol-Studie in den 1990er Jahren gelitten hat (SZ 2001b). So kommt beispielsweise der vom BMFSFJ in Auftrag gegebene *Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe* in Bezug auf die Ergebnisse des ersten Freiwilligensurveys zu der resümierenden Einschätzung, dass Deutschland »dem internationalen Vergleich standhalten« könne (Braun/Abt/Bischoff 2000: 14; ebenso Rau 1999, 2000b). Des Weiteren gibt die auf der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes beruhende Rede von einem brachliegenden Engagementpotenzial Anlass zur Hoffnung, dass durch die Abkopplung des Engagements von der sozialen Milieuzugehörigkeit und den damit einhergehenden Bedeutungsgewinn der »biographischen Passung« (Jakob/Olk 1991: 501) sowie der selbstbezogenen Engagementmotive dieses brachliegende Potenzial gehoben und in ein tatsächliches Engagement überführt werden kann. D.h. aus der Existenz eines noch nicht ausgeschöpften Potenzials wird gleichsam der Wille zu dessen Aktivierung bzw. Nutzung abgeleitet. Das noch ungenutzte Angebot an engagementbereiten Bürgern wird in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zur Jahrtausendwende folglich als ein »Topf voll potentiell aktiver Menschen« betrachtet, für den es noch den passenden Henkel zu finden gelte (Notz 1999: 25f.).

Die Bürgergesellschaft als Freiwilligen-Markt

Die bislang skizzierten epistemischen Neuverknüpfungen im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 geben der gesamten Storyline eine neue inhaltliche Rahmung, die sich auf die fol-

genden zwei zentralen Einsichten zuspitzen lässt: Erstens zeigt sich, dass die Themen Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement stets aus einer problembehafteten Perspektive heraus diskutiert werden. Beharrlich weisen die untersuchten Diskursteilnehmer auf die ernstzunehmende Bedrohung des gesellschaftlichen und staatlichen Ordnungsgefüges angesichts einer Vielzahl sozialer, ökonomischer und politischer Krisensymptome hin, wobei das Mittel zur Lösung dieser Probleme gleich mitgeliefert wird: die Stärkung und Ausweitung des freiwilligen Engagements. Die verbale Hochkonjunktur der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 1998 und 2002 kann folglich nicht – oder nicht in erster Linie – auf die gesellschaftlichen Probleme an sich zurückgeführt werden. Nachvollziehbar erscheint die spezifische Brisanz der Engagementthematik zur Jahrtausendwende erst unter Berücksichtigung ihrer emblematischen Verknüpfung mit dem Leitbild der Bürgergesellschaft einerseits, das zum Reformprojekt eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses avanciert, und der erheblichen Problematisierung gesellschaftlicher Krisenerscheinungen andererseits, für deren Lösung stets die Produktivitätspotenziale des freiwilligen Engagements herangezogen werden.

Zweitens lässt sich für den Zeitraum von 1998 bis 2002 eine spezifische Verengung bzw. Fokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf spezifische epistemische Annahmen bzw. eine bestimmte argumentative Grundstruktur feststellen: So wird einerseits durch die erhebliche Problematisierung der gesellschaftlichen Krisen und die Thematisierung der selbst krisenhaften politischen Bewältigung dieser Problemlagen eine erhöhte Nachfrage nach freiwilligen Leistungen diskursiv konstruiert. Andererseits wird behauptet, dass ein erhebliches Angebot an Freiwilligen in Form eines ungenutzten Engagementpotenzials existiere, das bei entsprechender Aktivierung den großen Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen befriedigen könne. Es zeigt sich folglich, dass das auf die Engagementförderung verkürzte Leitbild der Bürgergesellschaft im Rahmen der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung mit einer bestimmten Deutung belegt wird, die grundlegend auf der soeben dargestellten diskursiven Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen beruht und deshalb – in Analogie zum Arbeitsmarkt³⁸ – im Folgenden zusammenfassend als »Freiwilligen-Markt« bezeichnet wird.

Es ist folglich die bereits im vorausgegangenen Zeitraum punktuell aufscheinende argumentative Figur der Herstellung eines Passungsverhältnisses zwischen Engagementangebot und -nachfrage bzw. zwischen »an Ehrenämtern Interessierten und möglichen Arbeitgebern« (SZ 2001), die zur Jahrtausendwende ihren Kulminationspunkt in der Freiwilligen-Markt-Metapher findet und von allen untersuchten Diskursteilnehmern wenn schon nicht explizit aufgegriffen, so doch aber implizit bedient wird. Häufiger institutioneller Bezugspunkt derartiger (Arbeits-) Markt-Vergleiche sind erneut die bereits seit Mitte der 1990er Jahre vielfach beachteten Freiwilligenagenturen, die von der Sozialwissenschaftlerin Irmtraut Paulwitz als »Markt der Tauschmöglichkeiten« (Paulwitz 1996a: 266) und vom ehemaligen Bundespräsident Johannes Rau als »Marktplatz bürgerschaftlichen Engagements« bezeichnet werden, »auf dem Angebot und Nachfrage zueinander finden« (Rau

38 | Zum Vergleich: Der Arbeitsmarkt wird definiert als »(reale[r] oder gedachte[r]) Ort, an dem die Nachfrage nach Arbeitskräften mit dem Selbstangebot von Arbeitskräften zusammentrifft« (Brinkmann 1981: 225).

2000b). In ähnlicher Manier konstatierte auch der Geschäftsführer der Stiftung »Bürger für Bürger«, Bernhard Schulz, dass der von der konservativ-liberalen Bundesregierung initiierten Nationalen Freiwilligenagentur die Funktion zukomme, als »Arbeitsamt fürs Ehrenamt« zu fungieren (Focus 2000a; vgl. ähnlich Olk 2002: 15; Nährlich 2008).

Die ausführliche Herleitung der diskursanalytischen Erkenntnisse zeigt jedoch, dass nicht nur die allgemeine Begeisterung für Freiwilligenagenturen einer Angebots-Nachfrage-Logik folgt, sondern die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung insgesamt diesem Verständnis verhaftet zu sein scheint. Die (Arbeits-)Markt-Analogie wird hier vornehmlich als Sinnbild für die Ansprüche der neuen Freiwilligen herangezogen, die nicht mehr für jede ehrenamtliche Tätigkeit zu haben sind, ihre Ansprüche selbstbewusst artikulieren und deren Gewinnung und Pflege zu den dringlichsten Aufgaben der Organisationen, die auf die Hilfe Freiwilliger angewiesen sind, gehören müssen. Unter Heranziehung der Markt-Metapher konstatierte beispielsweise die Vizepräsidentin des Deutschen Caritasverbandes, Teresa Bock, dass zwischen dem Umgang mit Freiwilligen und der Pflege beruflicher Mitarbeiter große Ähnlichkeiten bestünden (Bock 1996b: 224; ebenso Gleich 1996: 283; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 53; SZ 2001). Der einzige Unterschied liege lediglich darin, dass auf »dem ›Arbeitsmarkt‹ für Ehrenamtliche [...] umgekehrte Verhältnisse wie auf dem Arbeitsmarkt für bezahlte Arbeitskräfte« herrschten (Bock 1996b: 224). Angesichts des zunehmenden Bedarfs an freiwillig erbrachten Leistungen und der Vielzahl an Organisationen, die um Freiwillige werben, habe sich, so Teresa Bock weiter, ein »Großmarkt entwickelt, der nicht mehr überschaubar ist und auf dem es schwer ist, sich eine Orientierung über die Angebote und ihre Konditionen zu verschaffen« (ebd.). Der Erfolg der um die Freiwilligen konkurrierenden »Nachfrager« hänge demnach entscheidend davon ab, ob es diesen gelingt, »Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen«, d.h., die »biographische Passung« der Interessenten [...] mit der »Organisationspassung« kompatibel zu machen« (ebd.: 224f.).

Dieser (Arbeits-)Markt-Analogie tritt auch in einem vom Paritätischen Wohlfahrtsverband publizierten Handbuch zum innerverbandlichen Umgang mit Freiwilligen deutlich zu Tage: Darin wird vorgeschlagen, einen »Stellenmarkt für Ehrenamtliche« (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 12) einzurichten und mit erwerbsarbeitstypischen Mitteln wie »Bewerberprofilen«, »Bewerbungsgesprächen« und »Stellenausschreibungen«, in denen »Aufgaben, Anforderungen und Inhalte der ehrenamtlichen ›Stellen‹ realistisch beschrieben werden«, zu operieren, um neue Freiwillige zu werben (ebd.: 22, 52; ebenso SZ 1998b, 2001). Der Vorteil derartiger Instrumente liege darin, dass alle Beteiligten von vornherein über den Zeiteinsatz, die Qualifikationsanforderungen und das Aufgabenspektrum informiert seien und sich auf diese Weise sowohl die »potentiellen ›Stellen-Sucher/innen‹« (Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 30) ein klares Bild über ihre ehrenamtliche Aufgabe machen als auch die »Arbeitgeber« (SZ 2001) sich bereits einen ersten Eindruck von den Erfahrungen und Qualifikationen ihrer potenziellen Freiwilligen verschaffen könnten.

Es zeigt sich somit deutlich, dass der verstärkte Rückgriff auf das Bild des Freiwilligen-Marktes mit bestimmten Angebots- und Nachfragebedingungen vornehmlich dem Ziel dient, die Aufmerksamkeit auf die veränderten Ansprüche und Motive der neuen Ehrenamtlichen zu lenken, die eben nicht mehr aus einer gene-

tischen Kodierung heraus den Weg in ein Ehrenamt finden. Der (Arbeits-)Markt-Bezug fungiert hier gewissermaßen als positiv besetzter Gegenbegriff zum milieugebundenen, lebenslangen und aufopferungsvollen alten Ehrenamt in einem Verband oder Verein, die den Gestaltungswünschen und Bedürfnissen der Engagierten lange Zeit nur wenig Beachtung schenkten. Diese Kontrastfunktion ist auch der Grund, weshalb sich z.B. die Leiterin des »Treffpunkts Hilfsbereitschaft« in Berlin, Carola Schaaf-Derichs, ganz bewusst der »Sprache des Marktes« bedient: »»Fragen Sie doch mal einen Jugendlichen, ob er ein Ehrenamt will. Der lacht Sie aus. ›Ehre‹ oder ›Amt‹ ist out. Soziale Kümmerarbeit ist unmodern. Aber Leute, die einen kurzen knackigen Freiwilligenjob machen wollen, die gibt es viele.« (Zeit Online 1997i) Doch nicht nur die Organisationen werden aufgerufen, im Hinblick auf die Gewinnung Freiwilliger den neuen Bedingungen auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Vielmehr sei es an der Zeit, so der Staatssekretär des Bundesfamilienministeriums Peter Haupt, dass sich neben den Vereinen und Verbänden auch die öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Institutionen »für die Engagierten und ihre Beteiligungswünsche öffnen« und versuchen, optimale Passungsverhältnisse zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen (Haupt 2002).

Der hier gewählte Begriff des Freiwilligen-Marktes, verstanden als epistemischer Kulminationspunkt der engagementspezifischen Angebots- und Nachfrage-rhetorik, erweist sich für die zusammenfassende Bezeichnung der Neuverknüpfungen und Verdichtungen im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung seit 1998 vor allem deshalb als geeignet, da er die von allen Seiten an die Bürgergesellschaft herangetragenen Erwartungen auf den Punkt bringt, die zwischen einer diffusen Gemeinwohlförderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen oszillieren. Die ausführliche Herleitung der Freiwilligen-Markt-Deutung zeigt zudem, dass es sich bei den skizzierten Veränderungen im dispositiven Gewebe zwischen 1998 und 2002 vornehmlich um epistemische Neuerungen handelt. Die engagement-spezifische Produktivitäts-Erzählung präsentiert sich auch zur Jahrtausendwende als wissenschaftlich, politisch und medial produzierte Wissensordnung, in der es grundlegend an symbolträchtigen Objekt- und Körperbezügen mangelt. Die vermeintliche Objekt- und Körperlosigkeit der Produktivitäts-Erzählung darf aber nicht zu der fälschlichen Annahme verleiten, dass diese Aussagendimensionen in der Regierung der Freiwilligkeit keine Rolle mehr spielen würden. Dagegen spricht vor allem, dass die für die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre typischen Körperbezüge, d.h. die gesundheitsförderlichen Eigenschaften des freiwilligen Engagements, immer wieder aufscheinen und sich mit neuer inhaltlicher Akzentuierung, z.B. als aktivitätssteigernde Anti-Aging-Strategie, sogar in die Produktivitäts-Erzählung einweben. Auch die bereits bekannten zentralen objektbezogenen Negativ-Verknüpfungen, allen voran der Fernseher und die Ehrennadel, deren Erwähnung zur Aktivierung der darin symbolhaft verkürzten typischen Sinngehalte des alten Ehrenamtes führt, finden zur Jahrtausendwende mitunter Erwähnung.

In den Linien des dispositiven Netzes der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung werden jedoch nicht nur epistemische Elemente zu der bislang skizzierten Wissensordnung miteinander verwoben, sondern auch bestimmte subjektbezogene Verhaltensvorstellungen zu einem konsistenten Bild verdichtet, das

Auskunft darüber gibt, in welche Richtung sich das angerufene Subjekt verändern soll. D.h., die Bürger werden im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus mit einer in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden engagementbezogenen Anrufungspraxis konfrontiert, mittels derer diesen ein selbst- und sozialverantwortliches Verhalten in Form von freiwilligem Engagement nahelegt wird. Anrufung bedeutet hiernach, dass der Einzelne »von den Instanzen, die auf ihn einwirken, immer schon als das Subjekt adressiert wird, zu dem er erst gemacht werden bzw. sich selbst machen soll« (Bröckling 2002b). Der aktivierende Staat präsentiert sich folglich gleichsam als »people changer« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 258), der bestrebt ist, das Verhalten und die Denkweise der Bürger im politisch favorisierten Sinne zu transformieren. Der Fokus der folgenden Ausführungen liegt demnach auf der hierbei sichtbar in Erscheinung tretenden Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«, die als politische Anrufungspraxis und zentraler Fluchtpunkt engagementbezogener Selbst- und Fremdführungstechnologien (Bröckling 2002a: 9) das politisch favorisierte Bild des Freiwilligen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts prägt.

Zur Responsibilisierung des Bürgers: Die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers«

Ähnlich der Sozialfigur des »Arbeitskraftunternehmers« im Erwerbsarbeitssystem (Pongratz/Voß 1998, 2003) und des »Alterskraftunternehmers« in der Nacherwerbsphase (Lessenich/Otto 2005: 10f.; Denninger u.a. 2012) wird die aktivierungsprogrammatische Durchdringung der potenziell für freiwilliges Engagement nutzbaren Freizeit von der Konstitution einer Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« begleitet, der im Sinne eines »Gemeinwohlunternehmer[s]« (Zellner 2009: 221) zur tätigen Selbstsorge im Interesse der kollektiven Wohlfahrt angehalten wird. Bereits die Benennung dieser Subjektivierungsfigur weist eindrücklich darauf hin, dass die auf den Einzelnen ausgerichteten Appelle zur Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit untrennbar mit der Darbietung einer »neue[n] Bürgerrolle« verknüpft sind (Klages 2001a: 18), deren zentrale Charakteristika entlang der folgenden Gliederungspunkte skizziert werden: Im ersten Schritt wird die Art der Verknüpfung, die zwischen der Bürgerfigur und dem freiwilligen Engagement in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« hergestellt wird, in den Blick genommen, bevor anschließend die hiermit untrennbar verbundene Responsibilisierung des Bürgers betrachtet und abschließend dem Universalitätsanspruch dieser Subjektivierungsfigur Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Die Verknüpfung von Bürgerfigur und freiwilligem Engagement ist im vorliegenden Fall nur dann nachvollziehbar, wenn diese vor dem Hintergrund der epistemischen Einsichten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung im Allgemeinen und der diesbezüglichen Neuerungen seit dem Regierungswechsel 1998 im Besonderen betrachtet wird: Erstens gehört die Zuschreibung bürgerschaftlicher Schuldhaftigkeit, z.B. für die Krise des Staates oder den mangelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt, zu den zentralen Knotenpunkten der Erzählung, weshalb auch die Bürgerfigur selbst als reformbedürftig gilt: »[D]ie Zivilgesellschaft ist angesichts ihrer Defizite modernisierungsbedürftig und wird deshalb einem ›Umbau‹ unterzogen, der sich gegenwärtig als Neubestimmung der Bürgerrolle und des zu leistenden bürgerschaftlichen Engagements äußert.« (Dahme/Wohlfahrt 2009: 253) Zweitens ist die verbale Renaissance des Bürgers auch vor dem Hinter-

grund der Aufwertung der Bürgergesellschaft im Zuge des aktivierenden Sozialstaatsumbaus in Deutschland zur Jahrtausendwende kaum verwunderlich, geht es hierbei ja grundlegend um eine neue Aufgaben- bzw. Verantwortungsteilung zwischen Staat, Gesellschaft und jedem einzelnen Bürger. Die Berücksichtigung des Bürgers im Rahmen dieses neuen Arrangements ist untrennbar mit der Forderung verbunden, dass die Bürger mehr Eigenverantwortung zeigen und mehr Aufgaben, auch im Sozialen, übernehmen. Dieser grundlegende Gedanke wird im Bericht der SPD-Grundwertekommission wie folgt konkretisiert: Bei der Aktivierung der Bürgergesellschaft geht es hiernach

»um die Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, um verstärktes Engagement in der Übernahme öffentlicher Aufgaben und Ämter, um den freiwilligen Dienst am Mitbürger, darum, solidarische Bindungen und gegenseitige Hilfe neu zu beleben, um ein neues Bürgerbewusstsein, aus dem die Bereitschaft wächst, sich für das Gemeinwohl zu engagieren.« (SPD-Grundwertekommission 2001: 2)

Dieses Zitat steht exemplarisch für viele ähnlich lautende Statements, in denen die Schaffung eines neuen Bürgerbewusstseins untrennbar mit der Übernahme eines freiwilligen Engagements verknüpft und »das Ehrenamt als Ausdruck gelebten Bürgersinns« präsentiert wird (Köhler 2005b: 3; ebenso Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7190; Schröder 2000a: 201; Köhler 2007b: 2; CDU 2007: 84). Die hier deutlich werdende Verknüpfung von Bürgersinn und einem ehrenamtlichen Engagement führt bisweilen sogar zu der Feststellung, dass über freiwilliges Engagement eine »(Aus-)Bildung zum Bürger« (o.A. 2011: 8) möglich sei. So bezeichnet beispielsweise der Politikwissenschaftler Herfried Münkler in einer Informationsbroschüre der Bundesregierung freiwilliges Engagement als »die Form, in der Bürger zu Bürgern erzogen werden«, wobei er diese Art der Erziehung als »Selbsterziehung« konzeptualisiert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 14). Gerade junge Menschen, so der übereinstimmende politisch-wissenschaftliche Tenor, übten sich vor allem dann »frühzeitig in der Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger«, wenn sie sich im Rahmen eines Freiwilligendienstes für das Wohl anderer einsetzten (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 18).

Darüber hinaus drängt sich bei der Analyse des Textkorpus mitunter sogar der Eindruck auf, dass der eigentlich rechtlich garantierte Bürgerstatus insofern an die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit gekoppelt wird, als Personen ohne ein ehrenamtliches Engagement den Bürgerstatus nicht verdient hätten: In diese Richtung verweisen zumindest Statements, in denen behauptet wird, dass »[w]irklich mündige Bürgerinnen und Bürger [...] Verantwortung« übernehmen. »Sie warten nicht darauf, dass andere handeln. Sie sehen, wer aus unterschiedlichen Gründen Hilfe braucht und sie helfen.« (Rau 2001a) Dass der Bürgerstatus bisweilen an ein umfassendes Aktivitäts- bzw. Engagementpostulat gekoppelt wird, zeigt sich zudem besonders eindrücklich in einem diesbezüglichen Statement Gerhard Schröders: »Aber der Konsument öffentlicher Dienstleistungen ist noch kein Staatsbürger, oder wie es im Englischen heißen würde: kein ›citizen‹. Um die Teilhabe zu stärken und die Potenziale der Gesellschaft zu entfalten, braucht es beides: den aktivierenden Staat und die am Gemeinwohl aktiven Bürger.« (Schröder 2000c)

Die Aufrufe an den Einzelnen, eine Freiwilligenarbeit zu übernehmen, sind demnach in dreifacher Weise mit der Bürgerrolle verknüpft: Freiwilliges Engagement gilt erstens als Ausdruck gelebten Bürgersinns bzw. -bewusstseins, zweitens als Möglichkeit der bürgerschaftlichen (Selbst-)Erziehung und drittens sogar als implizite Voraussetzung des Bürgerstatus. Wie eng die Bürgerrolle an die Ausübung einer gemeinschaftsförderlichen freiwilligen Tätigkeit gekoppelt ist, zeigt sich besonders eindrucksvoll daran, dass selbst Unternehmen im medialen und politischen Diskurs als »guter Unternehmensbürger« bzw. »good citizen« bezeichnet werden (Bürsch 2009: 40; ebenso Zeit Online 2000d; SZ 2000h; FAZ 2000i; Bundesregierung 2010: 4), wenn sie sich zugunsten des Gemeinwohls engagieren: So heißt es z.B. in einer Informationsbroschüre der Bundesregierung aus dem Jahr 2001: »Auch Wirtschaftsunternehmen nehmen ihre ›Bürgerrolle‹, das sogenannte ›Corporate Citizenship‹, immer stärker wahr« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5).

Vor dem Hintergrund dieser Befunde nimmt es auch nicht wunder, dass Gerhard Schröder den sog. »engagierten Bürger« – ebenso wie das »engagierte Unternehmen« – zum gesellschaftlichen Leitbild seiner neuen Politik erklärt (Schröder 2000c). Der hier zum Ideal stilisierte engagierte Bürger handelt

»aus der Überzeugung heraus, dass die verantwortungsvolle Teilhabe an einem gerechten Gemeinwesen der beste Weg zu Selbstverwirklichung und sozialer Identität ist. [...] Der engagierte Bürger, der seine Fähigkeiten einbringen will, kann kein Untertan sein. Er will den Staat nicht vor der Nase haben, sondern an seiner Seite.« (Ebd.)

Angesichts der im Begriff des engagierten Bürgers auf den Punkt gebrachten engen Verzahnung der neuen Bürgerrolle mit freiwilligem Engagement eignet sich dieser in idealer Weise als zusammenfassende Bezeichnung der für die aktivierungspolitische Anrufungspraxis der 2000er Jahre typischen Subjektivierungsfigur. Das wohl augenfälligste Merkmal dieser Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« ist die erhebliche Responsibilisierung des Einzelnen, der »unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative« (Krasmann 2000: 198) mobilisiert werden soll. Denn gerade das freiwillige Engagement der Bürger gilt, wie folgender Ausspruch Gerhard Schröders eindrucklich zeigt, als unverkennbarer Ausdruck eigenverantwortlichen Handelns:

»Aber dass auch unsere moderne Gesellschaft großen Bedarf an zivilgesellschaftlichem Engagement hat, dass gerade in unserer komplexen Welt gerade der Staat gut beraten ist, der seinen Bürgern möglichst großen Raum zur Eigenverantwortung verschafft, das liegt wohl auf der Hand. [...] Doch was die Zivilgesellschaft in Eigenregie besser lösen kann, das soll der Staat unterstützen, aber ihr keineswegs wegnehmen.« (Schröder 2000b)³⁹

39 | Auch die Stärkung der Eigenverantwortung folgt hierbei dem Muster des »Förderns und Forderns«: Das Ziel Gerhard Schröders ist die Gestaltung einer offenen Gesellschaft, »die Chancengerechtigkeit und Optionen zur Selbstverwirklichung tatsächlich garantiert, die den Einzelnen ermuntert, aber auch zu einem Leben in Eigenverantwortung befähigt und die diese Eigenverantwortung dann auch einfordert.« (Schröder 2001a; vgl. ähnlich Köhler 2010: 2)

Diese hier beschriebene Subjektivierung sozialer Problemlagen, d.h. den sukzessiven Übergang von der gesellschaftlichen bzw. sozialstaatlichen Absicherung zur individuellen Selbstsorge, benennt Stephan Lessenich als zentrales Kennzeichen der neosozialen Regierungsprogrammatik (Lessenich 2008: 82):

»Die Sorge um das Soziale, seine Sicherung und Stärkung, wird in die Verantwortung der Subjekte gelegt – nicht mehr vorrangig in die ›öffentliche Hand‹ staatlicher Instanzen, auch nicht nur in die ›unsichtbare Hand‹ von Marktmechanismen und Preissignalen, sondern zuallererst in die tätigen Hände jedes und jeder Einzelnen von ›uns‹.« (Lessenich 2009: 166)

In diesem Lichte betrachtet geht es im vorliegenden Fall nicht mehr vordergründig um die Frage, welchen Beitrag der Staat, sondern »das Ehrenamt und die Freiwilligen Dienste für eine sozial gerechte, demokratisch verfasste Gesellschaft im neuen Jahrtausend [...] leisten« können (Haupt 1999).

Der aktivierende Sozialstaatumbau zeichnet sich, wie bereits an anderer Stelle dargelegt, zudem dadurch aus, dass eine neue Balance zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft hergestellt werden soll, woraus wiederum eine widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Bürger resultiert: »als Staatsbürger (homo politicus), als Wirtschaftsbürger (homo oeconomicus) und verstärkt auch als Sozialbürger (homo civiles)« (CDU-Präsidiumskommission 2003: 38; vgl. hierzu Heinze/Strünck 2001: 103f.). In diesem Kontext bemerkt auch Gerhard Schröder, dass der »zivilgesellschaftliche Bürger [...] auch Arbeits- und Wirtschaftsbürger« sei (Schröder 2001a). Von dieser hier offen zu Tage tretenden Bedeutungsladung der (Staats-) Bürgerrolle mit gleichsam ökonomischen und moralischen Verhaltensanforderungen ist auch das freiwillige Engagement in doppelter Weise betroffen: Einerseits avanciert es zum erwünschten Beitrag jedes Einzelnen zur kollektiven Wohlfahrt, d.h. zum notwendigen »Dienst[...] an der Gemeinschaft« (Köhler 2006d: 2); andererseits wird davon ausgegangen, dass eine freiwillige Betätigung sowohl günstige Ausgangsbedingungen für einen möglichen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schafft als auch »neue Wege des [...] Wirtschaftens« (Köhler 2010) eröffnet. Denn indem sich Bürger ehrenamtlich engagieren, ergreifen sie Eigeninitiative, um z.B. individuelle Probleme in tätiger Selbsthilfe zu lösen, entwickeln Interesse für Missstände in ihrer Umgebung und übernehmen Verantwortung für ihr persönliches Wohlbefinden, ihre soziale Integration oder den Erhalt ihrer eigenen arbeitsmarkt-relevanten Kompetenzen im Sinne von employability. Sämtliche hier genannten Formen der Eigenaktivität folgen jedoch zugleich einer sozialen Logik: Sie sind insofern sozialverträglich und -produktiv, als hierdurch der soziale Zusammenhalt gefestigt, Krisenerscheinungen abgemildert, personelle Versorgungslücken geschlossen und finanzielle Engpässe der öffentlichen Hand überwunden werden können, wodurch »unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit« (Schröder 2001a) insgesamt gestärkt werde. In der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« wird folglich die hier aufscheinende widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Markt- und als Sozialbürger zu einem konsistenten Bild verdichtet und als zentrales Ziel des gewandelten Umgangs mit Freiwilligkeit im Sinne einer gemeinwohlförderlichen Selbstführung ausgewiesen. Die Ratio dieses engagementspezifischen Aktivierungsdiskurses bringt Ulrich Bröckling wie folgt auf den Punkt: »Dieses autonome politische Subjekt kommt [...] seinen Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwesen ebenso bereitwillig nach wie es mit seinem bürgerschaftlichen

Engagement das Sozialkapital mehrt und die öffentlichen Haushalte entlastet.« (Bröckling 2000b)

Es besteht folglich kein Zweifel daran, dass durch die öffentliche Lancierung dieser neuen Bürgerrolle jeder Einzelne mit der Forderung konfrontiert wird, über ein freiwilliges Engagement sowohl Verantwortung für sich selbst als auch für andere zu übernehmen (u.a. Riegert 1997: 19f.; Bergmann 2000a; Schröder 2001a; Haupt 2002; Bündnis 90/Die Grünen 2002: 66f.; Rau 2004: 103; Köhler 2010; Bundesregierung 2010: 11). Exemplarisch für die hier unverkennbar in Erscheinung tretende sozialpolitische »Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, und das bedeutet: sich selbst wie auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlicher Subjekte« (Lessenich 2008: 82; ebenso Lessenich 2009: 163), sei auf einen Ausspruch von Ursula von der Leyen verwiesen: »Wer sich freiwillig engagiert, übernimmt Verantwortung: nicht nur für das eigene Leben, sondern auch für andere und für das Gemeinwesen.« (von der Leyen 2009: 9) Die für die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« typische enge Verzahnung von freiwilligem Engagement und Bürgersinn muss folglich um einen sowohl auf das allgemeine wie auch auf das persönliche Wohl bezogenen Verantwortungsbegriff erweitert werden. Die hier skizzierte Anrufung kann zusammenfassend auf die folgende einprägsame Formel verkürzt werden: »Wir sollen unser persönliches Leben gemeinsam auf die Reihe bringen.« (Fach/Pates 2004: 318)

Interessanterweise ist es der Freiheitsbegriff, durch den der für die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« typische Dreiklang aus Bürgersinn, Bürgerengagement und Verantwortung vervollständigt bzw. abgerundet wird: »Bürger-schaftliches Engagement ist Ausdruck wachen Bürgersinns und Ausdruck auch von Freiheit und von Verantwortung in Freiheit, auf der unsere Solidargemeinschaft beruht« (Köhler 2008c: 2). Durch die hier aufscheinende enge Verknüpfung von sozialer Verantwortung und Freiheit erfährt letztere jedoch gleichsam eine erhebliche Begrenzung: Denn Freiheit wird hier nur dann begrüßt, wenn »sie sich selbst [...] durch gelebte Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn« bindet (Köhler 2005a: 4; ebenso Schröder 2001b; Rau 1999). Durch die mit Hilfe des Verantwortungsbegriffs herbeigeführte Beschränkung des zuvor eröffneten Freiheitsraums avanciert die Übernahme eines freiwilligen Engagements zunehmend von einer persönlichen Entscheidung zur sozialen Pflicht: Dies zeigt sich besonders eindrucksvoll anhand eines Auszugs aus dem Zwischenbericht der Grundsatzprogrammkommission der SPD: »Freiheit und Eigenverantwortung sind nicht unabhängig von der Verantwortung für die Gesellschaft. Mehr Eigenverantwortung heißt nicht nur, mehr Rechte zu haben, sondern auch mehr Pflichten.« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 88) Freiwillig engagierte Bürger sollen demzufolge aus eigener Überzeugung heraus für sich und andere Verantwortung übernehmen und dies im Idealfall »als Ausdruck ihrer persönlichen und gesellschaftlichen Freiheit« verstehen (CSU 2007: 83).

Dieses hier deutlich in Erscheinung tretende komplexe Verhältnis zwischen der Herstellung und der Einschränkung von Freiheit ist typisch für die neosoziale Gouvernamentalität, in der Macht weniger repressiv oder gar als Gegenspieler wirkt, »sondern umgekehrt im Medium der Freiheit« operiert (Lessenich 2008: 83; ebenso Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 30). Bei dieser Form des »Regieren[s] über Freiheit« (Krasmann 1999) bzw. durch Selbstführung geht es folglich darum, dass das angerufene Subjekt frei ist, so zu handeln, wie es ihm durch die jeweilige

Regierungsrationalität nahegelegt wird (Krasmann 2000: 20). Die Bürger werden demnach aufgefordert, von den ihnen zuerkannten Handlungsfreiräumen in spezifischer Weise Gebrauch zu machen, was für den vorliegenden Fall bedeutet, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, »ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und die eigene Freiheit zum Nutzen aller verantwortlich zu gestalten« (Köhler 2005b: 3; ebenso Köhler 2005a: 4f.; SPD 2007: 31). Der engagierte Bürger ist sich folglich im Sinne einer freiwilligen Selbstverpflichtung sowohl des Wertes wie auch der Voraussetzungen eines auf gesellschaftlicher Solidarität begründeten Zusammenlebens bewusst und nutzt daher aus eigenem Antrieb heraus die ihm zur Verfügung stehende Freiheit für ein selbst- und sozialverantwortliches Handeln in Form von freiwilligem Engagement.

Die bisherigen Ausführungen zeigen deutlich, dass es bei dieser Renaissance des Bürgerbegriffs weniger um ein willensbekundendes bzw. partizipatives Verständnis des Terminus im Sinne von »civicness« geht, als vielmehr um »civility« (Evers 2009: 254; Newman 2010: 277f.), d.h. darum, den individuellen »Bürgersinn als Ressource [zu nutzen], um unsere Gesellschaft lebendiger und menschlicher zu gestalten« (FAZ 2000f). Das Ziel dieser in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden Anrufungspraxis besteht folglich darin, die einem Ehrenamt zugeschriebenen individuellen Problemlösungsfähigkeiten sowie Sinnstiftungs-, Kompetenz- und Selbstbestimmungsgewinne durch Appelle an die Eigenverantwortung derart zu aktivieren und an Zivilität und Pflichtbewusstsein zu koppeln, dass sie letztendlich in einem tugendhaften, selbst- und sozialverantwortlichen sowie produktiven Verhalten in Form von freiwilligem Engagement münden. Dies bedeutet zugleich, dass Selbstbestimmung oder die individuelle Sinnstiftung bzw. Freiheit auch im Hinblick auf das Bürgerengagement keine Grenze staatlicher Zuständigkeit darstellen, sondern diese ein wesentlicher Bestandteil der neosozialen Regierungsprogrammatik sind (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 30; Lessenich 2008: 128), die sich zudem durch einen der Verantwortungsrhetorik innewohnenden universellen Anspruch auszeichnet. Dieser tritt insbesondere im Rahmen von Statements deutlich zu Tage, in denen behauptet wird, dass »[j]eder Fähigkeiten [hat], die das Gemeinwesen bereichern können. Jeder Einzelne trägt Mitverantwortung für das Gemeinwohl« (CDU 2007: 84; vgl. auch Rau 2004: 102; Köhler 2007b: 3). Somit gehören folglich alle Bürger, unabhängig von Alter, Erwerbsstatus und Geschlecht, angesichts des großen Freizeitbudgets und der weitreichenden wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme zum potenziellen Adressatenkreis der engagementspezifischen Appelle: »Männer und Frauen, Ältere und Jüngere, höher und geringer Qualifizierte, Menschen in den neuen wie auch in den alten Bundesländern: Alle können etwas beitragen, um ihr Lebensumfeld noch lebenswerter zu machen und den gesellschaftlichen Wandel zu gestalten« (Schäuble 2009: 155; vgl. ähnlich Köhler 2007b:3).

Der Universalität dieser Regierungsprogrammatik ist es auch zu verdanken, dass diejenigen Personen, die dieser Vorstellung vom engagierten – und deshalb guten – Bürger nicht entsprechen können (oder wollen) besonders negativ auffallen: Zum Gegenbild des engagierten Bürgers avanciert folglich der passive, »total verwaltete[...] und betreute[...] Mensch[...]« (Oswald 1997: 14), der, obgleich er über die notwendigen Handlungsspielräume verfügt, gleichgültig gegenüber dem ist, was um ihn herum passiert (Köhler 2006d: 2): »Mitmachen statt zugucken« lautet folglich das dieser Dualitätskonstruktion zugrunde liegende Motto (Köhler 2007b;

ebenso Rau 2000b; Köhler 2007c). Die dem Universalitätsgedanken verpflichtete engagementspezifische Anrufungspraxis harmoniert folglich in idealer Weise mit der von der neosozialen Regierungsprogrammatik forcierten Unterscheidung zwischen den beweglichen und aktiven sowie unbeweglichen und passiven Teilen der Gesellschaft. Das auf die Freiwilligkeit bezogene universale Aktivitätspostulat kann somit insofern neue, gesellschaftlich spaltend wirkende Kriterien sozialer Exklusion erzeugen, als es vor allem diejenigen unter Druck setzt, die diesem permanenten Aktivierungsauftrag nicht nachkommen wollen oder können (Lessenich 2006, 2008: 126).

Zieht man an dieser Stelle außerdem in Betracht, dass die Aktivierung zur Eigenaktivität im Rahmen dieser Regierungsprogrammatik fest mit gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme verknüpft wird, verwundert es kaum, dass der Verzicht auf ein freiwilliges Engagement folglich nicht nur als ein individueller Verlust, sondern auch als gesellschaftsschädigendes Verhalten gedeutet wird. Hiermit geht wiederum insofern eine Ausweitung der ohnehin permanent aufscheinenden Schuldzuschreibung an die Bürgerschaft einher, als den Bürgern nunmehr nahegelegt wird, sich nicht mehr nur für das verantwortlich zu fühlen, was sie tun, sondern insbesondere auch für das, was sie nicht tun (Rau 2000b): Hiernach tragen die auf ein freiwilliges Engagement verzichtenden Bevölkerungsteile, die stattdessen z.B. dem passiven Fernsehkonsum anheimfallen, nicht mehr nur die Schuld daran, dass ihnen die individuellen sinnstiftenden Implikationen eines Ehrenamtes vorenthalten bleiben oder sie auf die Chance verzichten, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern (SZ 2001f), sondern sie machen sich auch im sozialen Sinne schuldig (Lessenich 2008: 119), da sie keinen Beitrag zur Festigung des sozialen Zusammenhalts, zur Abmilderung gesellschaftlicher Krisen oder zum Schließen der Lücken im sozialen Dienstleistungsbereich leisten:

»Der Bürger, der die Folgen der Wirtschaftskrise nicht lindern kann, ist selbst daran schuld. Hätte er doch ein Ehrenamt ergriffen! Hätte er doch die Armen gespeist, die Arbeitslosen getröstet, den streunenden Jugendlichen Lesen und Schreiben beigebracht! Die Verantwortung für das scheiternde Ganze soll beizeiten dem Einzelnen angelastet werden.« (Zeit Online 2009a)

Einem freiwilligen Engagement dauerhaft fern zu bleiben, mündet folglich in die normativ aufgeladene Schlussfolgerung einer defizitären Selbstführung, die – der Logik dieser politischen Rationalität folgend – eine Intensivierung der äußeren Anleitung bzw. Fremdführung verlangt. Diese Erkenntnis liefert wiederum eine Erklärung dafür, dass die Konstanz der durch den Freiwilligensurvey ermittelten Engagementquote in den 2000er Jahren zu einer Verschärfung der engagementspezifischen politisch lancierten Aktivierungsrhetorik geführt hat.

Abschließend gilt nochmals anzumerken, dass es sich bei der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« um eine in der Realität nicht vorfindbare Adressierungsform handelt: Die skizzierte Subjektivierungsfigur ist lediglich eine Anrufungspraxis, deren Adressaten, wie Stephan Lessenich treffend formuliert, »konsequent zu jenen selbsttätigen Subjekten stilisiert [werden], zu denen sie erst werden – gemacht werden und sich selber machen – sollen« (Lessenich 2003b: 90). Der engagierte Bürger stellt eine fiktive Sozialfigur dar, »eine Form des Denkens der Realität – mit dem Ziel, sie »regierbar« zu machen«, indem das hier erzeugte

Wissen in die Praxis des Regierens, genauer gesagt: in die Fremd- und Selbstführung jedes Einzelnen, einfließt (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 22). Der im Theoriekapitel ausführlich problematisierten Tendenz vieler Gouvernamentalitätsstudien, eine spiegelbildliche Gleichschaltung von Programm und Praxis vorzunehmen, Rechnung tragend, wird im Rahmen dieser Arbeit überblicksweise auch den alltagspraktischen Aneignungsmodi des Produktivitäts-Dispositivs durch die Freiwilligen Aufmerksamkeit geschenkt. Da die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« im gesamten ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weitgehend konstant bleibt, wird die Frage nach der alltagspraktischen Aneignung, Abweisung oder Umarbeitung des Produktivitäts-Dispositivs durch die (Nicht-)Engagierten erst im Anschluss an die Skizzierung der Weiterentwicklung dieser Erzählung in den 2000er Jahren in kompakter Form beantwortet.

Nachdem die in das dispositive Netz der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung eingewobenen Wissensbestände, allen voran die Freiwilligen-Markt-Deutung, verstanden als epistemischer Kulminationspunkt der engagementspezifischen Angebots- und Nachfragelogik, und die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« zusammenfließenden subjektbezogenen Verhaltensvorstellungen ausführlich skizziert wurden, gilt es nun, sich dem Vollzug dieser Programmatik zuzuwenden. Angesichts der wenig präsenten Objekt- und Körperbezüge ist es vor allem die institutionelle Dimension, die angesichts ihrer engen Verwobenheit mit den genannten epistemischen Einsichten nicht nur zur Verdichtung der gesamten Storyline zwischen 1998 und 2002 beiträgt, sondern auch Auskunft über die Vollzugswirklichkeit der Programmatik geben kann. Den sich seit der Jahrtausendwende neu entspinneenden Fäden einer staatlichen Engagementpolitik kommt folglich aufgrund des noch recht schwachen Institutionalisierungsgrades des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs eine zentrale Bedeutung zu. Die initiierten engagementpolitischen Maßnahmen, verstanden als mit Gültigkeit versehene, geronnene Wissensbestände, können zumindest einen ersten Eindruck vom Vollzug dieser Programmatik vermitteln. Deshalb soll am Beispiel der zentralen engagementbezogenen Reformen zwischen 1998 und 2002 nachfolgend gezeigt werden, in welcher Weise die vor allem politisch lancierten Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung eine erste Institutionalisierung im Rahmen engagementspezifischer Programme und Gesetzesnovellierungen erfahren haben.

Die Anfänge einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland

Die institutionelle Ebene der Engagementförderung wurde noch in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als großes Hindernis einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung betrachtet, da es hier trotz veränderter epistemischer Grundannahmen weder auf Seiten des Staates noch auf Seiten der Trägerorganisationen von Freiwilligenarbeit zu »Volunteer-zentrierte[n]« Anpassungsleistungen kam (Paulwitz 1996a: 243). Entgegen der von der konservativ-liberalen Regierung formulierten Nichtzuständigkeitsbehauptung hinsichtlich der institutionellen Dimension der Engagementförderung setzte sich seit dem Regierungsantritt der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Einsicht durch, dass im Hinblick auf die Stärkung des Bürgerengagements ein »staatliche[r] Regelungsbedarf« bestehe (Abgeordneter Simmert (Bündnis 90/Die Grünen), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7187; ebenso Müntefering/Schmidt 1998). Dass vom Staat ausgehende engagementspezifische Unterstützungsmaßnahmen nicht nur notwendig, sondern auch er-

folgsversprechend seien, wurde hierbei stets unter Rückgriff auf die ausführlich dargelegte Freiwilligen-Markt-Deutung mit ihren spezifischen engagementbezogenen Angebots- und Nachfragebedingungen begründet. Gerade die zum festen Bestandteil der Wissensordnung der Storyline zählende Annahme eines ungehobenen Engagementreservoirs stimmte optimistisch, dass das zentrale Ziel der Erhöhung des Engagementumfangs prinzipiell erreicht werden kann, wenn von staatlicher Seite entsprechende Reformen eingeleitet werden, die die zumeist im Subjekt selbst vermuteten Engagementhindernisse abbauen und Anreize für freiwilliges Engagement setzen. In diesem Zusammenhang ist die im Begriff des Freiwilligen-Marktes auf den Punkt gebrachte Nähe der engagementbezogenen Diskussion zum Arbeitsmarkt erneut deutlich zu spüren: So geht z.B. der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, davon aus, dass nur dann mehr Menschen freiwillig aktiv werden, wenn es sich für sie persönlich lohne:

»Im Bereich der Gesetzgebung müssen wir Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen. So wie für die Belebung des Arbeitsmarkts die Formel ›Arbeit muß sich lohnen‹ diesen Anreizcharakter umschreibt, so muß auch für den Ehrenamtsbereich die Formel ›Bürgerschaftliches Engagement muß sich lohnen‹ gelten. Auf dem Gebiet des Steuerrechts, des Aus- und Fortbildungswesens sollten Anreize oder doch zumindest Erleichterungen geschaffen werden, sich in Vereinen, Gruppen und Initiativen zu engagieren, analog zu dem höchst ausgeklügelten System von steuerlichen Begünstigungen und Investitionsanreizen im wirtschaftlichen Bereich.« (FAZ 2000f)

Zur Jahrtausendwende setzte sich folglich auf Seiten der rot-grünen Regierung die Ansicht durch, dass der aktivierende Staat die institutionellen Bedingungen des freiwilligen Engagements derart verändern müsse, dass dieses für den Einzelnen attraktiv und lohnenswert erscheint.⁴⁰ Die Aktivierung dieses brachliegenden Engagementpotenzials wurde somit zur bundespolitischen Aufgabe erhoben, mit sozialpolitischen Zielen kombiniert und nicht mehr der gesellschaftlichen Selbstregulation oder den politischen Kräften auf der Ebene der Kommunen und Bundesländer allein überlassen. Vor diesem Hintergrund kamen auch die Protagonisten eines neuen SPD-Grundsatzprogramms zu der resümierenden Erkenntnis, dass »bürgerschaftliches Engagement keine ferne Zukunftsvorstellung, sondern ein realer Ansatz zur Gestaltung der Gesellschaft ist« (SPD-Grundsatzprogrammkommission 2001: 89).

Zum zentralen Bezugspunkt der im Zeitraum zwischen 1998 und 2002 einsetzenden bundespolitischen Überlegungen hinsichtlich der Frage, »[w]elche Rahmenbedingungen [...] verbessert werden [müssen], um freiwilliges Engagement zu aktivieren und zu fördern« (Bergmann 2001c: 212; vgl. ähnlich Haupt 2002), avancierten die Ergebnisse des bereits erwähnten ersten Freiwilligensurveys, der einen

40 | Zwischen 1999 und 2002 wurde die Feststellung, dass die Einleitung umfassender engagementförderlicher Maßnahmen durch den Staat unbedingt notwendig sei, von Seiten der rot-grünen Regierungskoalition zu verschiedensten Anlässen erneuert und bestärkt (vgl. Abgeordnete Kortmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7190; Haupt 1999, 2002; Schröder 2000a, 2000b; Bergmann 2001a, 2001b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001; BT-Drs. 14/8700 (Sozialbericht) 2002: 102; SPD-Grundwertekommission 2001: 3, 25; Braun/Abt/Bischoff 2000: 14; Bündnis 90/Die Grünen 2002: 65).

umfangreichen Wissensvorrat über die Bedürfnisse und Wünsche der (potenziell) Engagierten zur Verfügung stellte (Bergmann 2001b: 17).⁴¹ Der Freiwilligensurvey bestätigt mit seinen Befunden die bereits allgemein anerkannte Wissensordnung des neuen Ehrenamtes, wonach Menschen sich vorzugsweise kurzfristig in Rahmen von Projekten engagieren, wenn sie Spaß an der Tätigkeit haben, sich selbst verwirklichen und eher selbstbestimmt handeln können. Je nach Altersgruppe oder beruflichen Hintergrund fließen zudem unterschiedlich ausgeprägte Nutzenüberlegungen und Präferenzen in die Entscheidung für ein Engagement ein. Die Bestätigung der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes durch den Freiwilligensurvey trug zweifelsohne zur Durchsetzung der im medialen und politischen Diskurs der Jahrtausendwende übereinstimmend geäußerten Einsicht bei, dass durch engagementförderliche Strategien der Umfang freiwillig erbrachter Leistungen nur dann erhöht werden könne, wenn die institutionellen Neuerungen auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes ansetzten, d.h. den Wünschen und Forderungen der potenziellen Freiwilligen stärker entgegenkämen.⁴² Exemplarisch für viele ähnlich gelagerte Statements, in denen die Berücksichtigung der gewandelten Bedürfnisse der neuen Freiwilligen angemahnt wurde, sei hier auf einen Kommentar der ehemaligen Bundesfamilienministerin Bergmann verwiesen:

»Immer häufiger suchen junge und ältere Menschen Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. Dabei wird die Zahl derer größer, die in Projekten und Initiativen mitarbeiten wollen. Sie wollen sich in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen, aber nicht bevormundet und gegängelt werden. Sie wünschen Beratung und Begleitung.« (Bergmann 2000b: 3)

Es zeigt sich folglich, dass das neue potenzialorientierte Wissen der Produktivitäts-Erzählung einen spezifischen Handlungs- und Legitimationsraum schuf, der in dieser Eindringlichkeit bis zum Jahr 1998 noch nicht vorhanden war, nun aber die Implementierung institutioneller Reformen zur Förderung des freiwilligen Engagements nahelegte und hierbei gleichsam ein grelles Licht auf die erhebliche Diskrepanz zwischen den bestehenden engagementpolitischen Rahmenbedingungen und den neuen Bedürfnissen und Veränderungswünschen potenzieller Freiwilliger warf. Diese Kluft wurde den politischen Verantwortlichen vor allem durch die Ergebnisse des Freiwilligensurveys deutlich vor Augen geführt, der die

41 | Das Bundesfamilienministerium wertete die Erkenntnisse des Freiwilligensurveys zusammen mit Vertretern aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft z.B. im Rahmen der Fachtagung: »Die Freiwilligen: Das Sozialkapital des neuen Jahrtausends«, die im März 2001 stattfand, aus (vgl. hierzu Braun/Wahlen 2001). Ein besonderer Schwerpunkt lag hierbei auf den förderpolitischen Konsequenzen der wissenschaftlichen Ergebnisse, die zur Aktivierung des brachliegenden Engagementpotenzials geeignet sind (von Rosenblatt 2001: 125-132).

42 | Die Feststellung, dass eine gelingende Förderung der Freiwilligenarbeit an den neuen Einstellungen und Gestaltungswünschen der Bürger ansetzen müsse, gehört zu den selbstverständlichen epistemischen Einsichten der Produktivitäts-Erzählung ab 1998 (vgl. die zustimmenden Aussagen in Zeit Online 1999a; Haupt 1999; Abgeordneter Bürsch (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 7184; Rau 1999, 2000b; Aigner 2000: 5; Schröder 2000c; Bergmann 2001b: 14f., 2001c: 212; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5; BT-Drs. 14/8900 2002: 54; SZ 2002c).

Freiwilligen explizit danach befragt, was aus ihrer Sicht die Übernahme eines freiwilligen Engagements in Deutschland am meisten behindern würde bzw. welche Maßnahmen zur Förderung geeignet seien (von Rosenblatt 2001: 125-132). Es sind vor allem die folgenden rechtlichen Regelungen, die von der rot-grünen Regierung und den befragten Freiwilligen als besonders reformbedürftig eingestuft wurden: die restriktiven Verfügbarkeitsbestimmungen für ehrenamtlich tätige Arbeitslose im Arbeitsförderungsrecht, das Fehlen bundeseinheitlicher Freistellungsregelungen, die unzureichende finanzielle Ausstattung der Jugendfreiwilligendienste, der mangelhafte Versicherungsschutz für Freiwillige sowie die uneinheitlichen und komplizierten Bestimmungen des geltenden Steuer- und Sozialrechts im Hinblick auf den Umgang mit geringen Aufwandsentschädigungen (FAZ 1998d, 2000h; SZ 1998g, 2000g; Müntefering/Schmidt 1998; Zeit Online 1999a; Haupt 1999; Rau 2000b; Schröder 2000c, 2001b; von Rosenblatt 2001: 128-130).⁴³ Diese Bestimmungen galten vor allem deshalb als Hindernisse einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung, da sie gerade die Engagementbereitschaft von Jugendlichen und Arbeitslosen lähmten, bei denen angesichts großer Zeitressourcen ein großes Engagementpotenzial vermutet wurde und die daher im Mittelpunkt der politischen Hoffnungen bezüglich der Ausweitung des Engagementvolumens standen.

Der Aktivierung brachliegender Engagementpotenziale stünden jedoch nicht nur die genannten rechtlichen Defizite auf Seiten des Staates im Wege, sondern auch die weiterhin als engagementunfreundlich eingestuften Bedingungen in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit (Haupt 1999; Rau 1999, 2000a, 2000b; Focus 2000d). Diese stießen auch bei den Freiwilligen selbst nach wie vor auf erhebliche Kritik: Auf Nachfrage des Freiwilligensurveys geben viele Ehrenamtliche an, dass ihren Gestaltungswünschen in den Organisationen noch immer zu wenig Beachtung bzw. Unterstützung entgegengebracht werde (von Rosenblatt 2001: 125-128). Eine weitere negativ konnotierte institutionelle Verknüpfung der Produktivitäts-Erzählung stellt das von Ulrich Beck erarbeitete und seit Ende der 1990er Jahre nicht nur vielfach diskutierte, sondern in Bayern und Sachsen auch erprobte Modell der »Bürgerarbeit« dar (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen 1997; Zeit Online 1997h, 1997g; SZ 2000c). Trotz dieser ersten Umsetzungsversuche stieß das Bürgerarbeitskonzept vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Annahmen, dass Bürgerengagement erstens immer nur einen Zusatz und keine Alternative zur Erwerbsarbeit sei und die Bürgerarbeit zweitens den Eigensinn des Bürgerengagements in Frage stelle, sowohl im medialen als auch im politisch-wissenschaftlichen Kontext auf viel Kritik bzw. Ablehnung (Spiegel 1998; SZ 1998c, 2000d, 2001d; Zeit Online 1999a; FAZ 2000f, 2000i; BT-Drs. 14/8900 2002: 61, 212f.).

Demgegenüber sind die folgenden zwischen 1998 und 2002 ins Leben gerufenen rechtlichen Neuerungen und Reformen stets als positiv konnotierte Institutionalisierungsformen in die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung eingewoben: Hierzu zählen die vom BMFSFJ initiierte bundesweite Kampagne »Was ich kann, ist unbezahlbar«, der Ausbau engagementförderlicher Infrastruk-

43 | Interessanterweise handelt es sich hierbei um dieselben Maßnahmen und Verbesserungswünsche, die sowohl von vielen freiwillig Engagierten seit Anfang der 1990er Jahre als auch von den Oppositionsfraktionen des Deutschen Bundestages in der letzten Legislaturperiode der konservativ-liberalen Bundesregierung bereits eindringlich gefordert wurden.

tureinrichtungen, die Anhebung und Ausweitung der sozialversicherungsfreien Übungsleiterpauschale, die Überarbeitung des Arbeitsförderungs- und Stiftungsrechts und die stärkere finanzielle Unterstützung der Jugendfreiwilligendienste sowie Selbsthilfegruppen (SZ 2000g, 2001b). Die genannten Maßnahmen galten deshalb als besonders vielversprechend, da sie allesamt auf der Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, genauer gesagt: auf der einer spezifischen Angebots- und Nachfragelogik folgenden Freiwilligen-Markt-Deutung, beruhen. Die Frage, inwieweit diese Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung in die genannten institutionellen Neuerungen eingeflossen sind, steht daher auch im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen. Diese gliedern sich entlang der Unterscheidung zwischen institutionellen Neuerungen, die auf die epistemischen Einsichten der Angebotsseite des Freiwilligen-Marktes bezogen sind und solchen, die sich eher auf die Nachfrageseite beziehen.

Institutionelle Neuerungen auf der Angebotsseite des Freiwilligen-Marktes

Der überwiegende Teil der zwischen 1998 und 2002 umgesetzten engagementbezogenen institutionellen Neuerungen knüpfte direkt an die veränderten Wünsche und Vorstellungen der neuen Freiwilligen an und ist folglich auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes angesiedelt: Hierzu zählt erstens die im Jahr 2001 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufene Öffentlichkeitskampagne: »Was ich kann, ist unbezahlbar«, die den Wunsch vieler Freiwilliger aufgriff (vgl. von Rosenblatt 2001: 131), dass ihren Leistungen mehr öffentliche Anerkennung, z.B. in Form von positiven Presseberichten, entgegengebracht werde (Schröder 2001c: 2; Bergmann 2001a; SZ 1998c, 2001b, 2000i). Die Symbolkraft des von den Vereinten Nationen ausgerufenen »Internationalen Jahres der Freiwilligen« 2001 nutzend verfolgte diese mehrteilige bundesweite Kampagne das zentrale Ziel, die öffentliche Sichtbarkeit und Anerkennung des freiwilligen Engagements zu erhöhen und den Engagementbereiten die »Möglichkeiten der Mitarbeit – auch kurzfristig und in neuen Formen – aufzuzeigen« (FAZ 2001). Um das brachliegende Engagementpotenzial zu aktivieren, stellte die Bundesfamilienministerin Bergmann bei der Eröffnung der Kampagne vor allem den individuellen Gewinn einer derartigen Tätigkeit in den Mittelpunkt und betonte, dass ein Ehrenamt auch Spaß machen dürfe (SZ 2001a).

Zweitens zeigen die Ergebnisse des Freiwilligensurveys, dass 56 % der befragten Freiwilligen eine bessere Information und Beratung über die Zugangswege zum freiwilligen Engagement in ihrer Region begrüßen würden (von Rosenblatt 2001: 131; Bergmann 2001b:14; SZ 2001b, 2001f). Besonderen Zuspruch erfahren hierbei erneut die bereits seit Mitte der 1990er Jahre erheblich aufgewerteten engagementförderlichen Infrastruktureinrichtungen wie Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen (Klages 2001b: 207; FAZ 2000e), die »als Schaltstelle zwischen Angebot und Nachfrage« fungieren (SZ 2002d). Nicht nur die Freiwilligen selbst, sondern auch viele Verbände, wie etwa der Paritätische Wohlfahrtsverband, forderten nachdrücklich den Ausbau und die nachhaltige Unterstützung derartiger Informations- und Vermittlungsagenturen (Niermann 2001: 119). Diesen in bundespolitischen Verlautbarungen häufig rezipierten Erkenntnissen wurde im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium von 1999 bis 2001 durchgeführten Projekts »Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen« auch praktisch

Rechnung getragen (Haupt 1999; Bergmann 2000a, 2001b: 13). Ergebnis dieses Projekts war ein *Leitfaden für Kommunen* (Braun/Abt/Bischoff 2000), der diesen praktische Hilfestellungen zum Ausbau bzw. zur Neuschaffung engagementspezifischer Infrastruktureinrichtungen gibt:

»Er [der Leitfaden für Kommunen, D.N.] bietet Orientierungshilfen, wie eine stärkere Ausschöpfung des Engagementpotenzials in der Bevölkerung durch Information, Beratung und Vermittlung in Gelegenheiten zum freiwilligen Engagement erreicht werden kann. Dieser Schwerpunkt wird wegen der bisher unterschätzten Bedeutung von Information und Beratung bewusst aus den vielfältigen Möglichkeiten der Engagementförderung ausgewählt.« (Ebd.: 6)

Gerade mit Blick auf die zur Jahrtausendwende zunehmende Anzahl von Freiwilligenagenturen in Deutschland wird im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung eine epistemische Verknüpfung wiederbelebt, die uns bereits aus der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bekannt ist: Hiernach liege es in der individuellen Verantwortung jedes Einzelnen, durch freiwilliges Engagement seine freie Zeit aktiv und sinnvoll zu erleben und eben nicht den negativen Konsequenzen der Nichtaktivität, wie etwa Einsamkeit, Verlust an Sozialkontakten und Langeweile, zum Opfer zu fallen. Umgekehrt bedeutet dies auch, dass der Einzelne die Schuld daran trägt, wenn er trotz der bestehenden Möglichkeiten wenig mit sich anzufangen weiß oder sich isoliert fühlt. Die Eindringlichkeit dieser Schuldzuweisung entwickelte zur Jahrtausendwende eine ganz neue Qualität, da durch das von Freiwilligenagenturen offerierte breite Angebot an Engagementmöglichkeiten die Suche nach einer passenden freiwilligen Betätigung sogar noch deutlich erleichtert wurde: »Wer sich dann noch langweilt oder einsam fühlt,« ist nach Auskunft des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude »wirklich selber schuld« (SZ 2001f).

Die dritte erwähnenswerte, auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes angesiedelte institutionelle Maßnahme rekurriert auf den vom Freiwilligensurvey ermittelten Wunsch vieler Freiwilliger, dass ihr Ehrenamt durch die Möglichkeit der steuerlichen Absetzbarkeit von Unkosten bzw. die steuerliche Freistellung von Aufwandsentschädigungen auch staatlich mehr gewürdigt werde (von Rosenblatt 2001: 128f.). Da die bestehenden Regelungen im Steuer- und Sozialrecht auch von Seiten der rot-grünen Regierung stets als besonders engagementunfreundlich betitelt wurden (Schröder 2000b; ebenso Haupt 1999), gehörte die Anhebung der steuer- und sozialversicherungsfreien Übungsleiterpauschale von jährlich 2400 DM auf 1848 Euro (3600 DM) zu ihren ersten diesbezüglichen Reformen (Focus 1999; FAZ 2000d; SZ 2001h, 2001j). Im Zuge dessen wurde gleichzeitig dem von Organisationen und Freiwilligen vielfach geäußerten Wunsch Rechnung getragen und der Kreis der Begünstigten auf Ausbilder, Erzieher, Betreuer, auf bestimmte künstlerische Tätigkeiten sowie auf die nebenberufliche Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen erweitert (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 9f.). Nach Ansicht von Gerhard Schröder führten diese Maßnahmen »eine erhebliche finanzielle Verbesserung, für den Übungsleiter und für seinen Verein«, herbei (Schröder 2001b).

Viertens äußerten viele Freiwillige auch zur Jahrtausendwende noch Kritik an den bestehenden Engagementbedingungen in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit, die ihren Bedürfnissen nach Selbstbestim-

mung und Flexibilität zuwiderliefen. Zu den am meisten genannten Verbesserungsvorschlägen an die Adresse der Trägerorganisationen gehört nach Angaben des Freiwilligensurveys deshalb der Wunsch, dass diese mehr finanzielle Mittel für Projekte bereitstellen, Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten und die freiwilligen Tätigkeiten fachlich besser begleiten (von Rosenblatt 2001: 126f.). Der Bund versuchte die Vereine und Verbände hierbei durch verschiedene Maßnahmen zu unterstützen, die darauf abzielten, »in Deutschland ein vereinsfreundliches Klima zu stärken und Signale für mehr bürgerschaftliches Engagement und Mäzenatentum zu setzen« (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 21). Den folgenden durchgeführten Reformen wurde in diesem Kontext eine entlastende und bürokratiemindernde Wirkung zugeschrieben: der Vereinfachung des Spendenrechts, der Überarbeitung des Stiftungsrechts, wodurch Steuerhemmnisse abgebaut und die Neugründung von (Bürger-)Stiftungen erleichtert wurden, sowie der Entbürokratisierung des Personenbeförderungsgesetzes (Haupt 1999; Schröder 2000c; FAZ 2000b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 21-24).

Die ausführliche Herleitung der diskursiven Konstruktion eines brachliegenden Engagementpotenzials im Rahmen der Freiwilligen-Markt-Deutung hat außerdem gezeigt, dass bei bestimmten Personengruppen, wie Jugendlichen und Arbeitslosen, die Erfolgsaussichten der Potenziale-Aktivierung als besonders groß eingeschätzt wurden. Hinsichtlich der Gruppe der Erwerbslosen sind in diesem Kontext besonders zwei, auch vom Freiwilligensurvey bestätigte epistemische Einsichten von besonderer Bedeutung: Einerseits zeigt sich gerade mit Blick auf die hohen Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen, wonach Bezieher von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bei einer freiwilligen Tätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden ihren Leistungsanspruch verlieren (SGB III § 118), einer umfangreichen freiwilligen Tätigkeit im Wege stünden (Gensicke 2001: 93); andererseits engagierten sich Arbeitslose insgesamt deutlich weniger als Berufstätige (von Rosenblatt 2001: 27f.). Eine Erhöhung der Zahl Erwerbsloser im Ehrenamt versprach sich die rot-grüne Regierung daher vor allem von der Abschaffung der genannten Verfügbarkeitsregelung im Rahmen der Einführung des Job-AQTIV-Gesetzes im Jahr 2001 (SZ 1998e; Schröder 2000c, 2001b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 14f.).

Neben der Gruppe der Erwerbslosen wurde im medialen und politischen Diskurs vor allem mit Blick auf das Engagement der Jugendlichen ein erheblicher Handlungsbedarf konstatiert, da hier zwar nach Angaben des Freiwilligensurveys die größten Engagementpotenziale existierten, gleichzeitig aber auch die Gefahr des Verzichts auf soziale Aktivitäten am größten sei, wenn diese nicht den selbstverwirklichungs- und spaßbezogenen Wünschen der Jugendlichen entgegenkämen (Picot 2001: 149f.). Zu dieser Einsicht gelangte auch der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau: »Wir müssen darauf achten, dass das in Zukunft auch geschieht, dass jüngere Menschen ans Ehrenamt herangeführt werden. Das darf nicht die Sache der Alten bleiben. Es gibt da einen Wandel, den wir bedenken müssen. Nicht alle Kinder nehmen die Tradition ihrer Eltern auf.« (Rau 1999)

Zu den in diesem Zusammenhang stets betonten institutionellen Negativ-Verknüpfungen der Produktivitäts-Erzählung gehört bekanntlich die unzureichende Platzzahl in den klassischen Jugendfreiwilligendiensten. Des Weiteren wünschten sich gerade Jugendliche mehr Wertschätzung für ihr Engagement in Form von

Qualifikationsnachweisen oder einem privilegierten Zugang zu Ausbildungs- oder Studienplätzen sowie die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements als berufliches Praktikum bzw. als Ersatz für den Wehr- und Zivildienst (von Rosenblatt 2001: 129; Picot 2001: 148-150). Diese Forderungen aufgreifend brachte die rot-grüne Regierung im Jahr 2002 ein »FSJ-Förderungsänderungsgesetz« (FSJGÄndG) (BT-Drs. 14/7485 2001) auf dem Weg, im Rahmen dessen die Platzzahl erhöht, die Einsatzfelder auf zusätzliche gesellschaftliche Bereiche erweitert und die Durchführung eines Freiwilligendienstes im nichteuropäischen Ausland ermöglicht wurde (SZ 2001e). Außerdem beinhaltete diese gesetzliche Neufassung eine Flexibilisierung der Dauer des freiwilligen Dienstes sowie die Regelung, dass ein FSJ oder FÖJ als Pflichtdienst bei Kriegsdienstverweigerern anerkannt wird (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 18f.; Bergmann 2001b: 16; Schröder 2001b; BT-Drs. 14/8634 2002: 22f.; Abgeordnete Bergmann (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/228 2002: 22666).

Alle bisher erläuterten Maßnahmen und Neuerungen beruhen vorwiegend auf den epistemischen Einsichten der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes. Von diesen Reformen wurde sich folglich deshalb übereinstimmend eine gelingende Potenziale-Ausschöpfung versprochen, da sie den veränderten Wünschen und Vorstellungen der neuen Freiwilligen insofern entgegenkamen, als sie viele der von den Ehrenamtlichen als hinderlich erachteten institutionellen Regelungen abbauten bzw. reformierten.

Institutionelle Neuerungen auf der Nachfrageseite des Freiwilligen-Marktes

Über die diskursive Konstruktion eines aktivierbaren, brachliegenden Engagementpotenzials hinaus beruht die Freiwilligen-Markt-Deutung zudem auf einer ausufernden Krisenrhetorik, die zu der Schlussfolgerung führt, dass es einen hohen gesellschaftlichen Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen gebe. Diese engagementspezifische Nachfragerhetorik war, wie bereits dargelegt, in drei gesellschaftlichen Feldern, dem Stiftungs- und Gesundheitswesen sowie im Kampf gegen Rechtsextremismus, besonders stark ausgeprägt, so dass gerade hier die Verabschiedung von engagementförderlichen rechtlichen Neuerungen als unumgänglich betrachtet wurde. Den institutionellen Reformen in den drei genannten Problemfeldern gilt es deshalb abschließend Aufmerksamkeit zu schenken.

Engagementbegünstigende Reformen im Gesundheitsbereich wurden nicht nur aufgrund der allenthalben beklagten finanziellen Engpässe begrüßt, sondern auch deshalb, da der Gesundheitsbereich nach Angaben des Freiwilligensurveys zu den Betätigungsfeldern gehört, in denen sich die wenigsten Freiwilligen mit der gleichzeitig höchsten subjektiven Belastungsintensität engagieren (von Rosenblatt 2001: 127-130). Um ein freiwilliges Engagement in diesem Bereich attraktiver zu gestalten, wurde im Rahmen der zur Jahrtausendwende durchgeführten Gesundheitsreform der Gedanke der Prävention aufgewertet und die Arbeit von Selbsthilfegruppen stärker unterstützt. D.h., letztere erhalten dann von den Krankenkassen einen erhöhten Förderbeitrag pro Versichertem, wenn sie sich der Prävention und Rehabilitation z.B. bei chronischen Erkrankungen widmen (SGB V § 20) (Schröder 2000c). Des Weiteren erfuhr das freiwillige Engagement im Bereich der häuslichen Pflege durch das am 01.01.2002 in Kraft getretene »Pflegeleistungs-Ergän-

zungsgesetz« eine zusätzliche Unterstützung (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 16-18).

Mit Blick auf den Stiftungsbereich versprachen sich die bundespolitischen Verantwortungsträger vor allem von dem im Januar 2000 in Kraft getretenen »Gesetz zur weiteren steuerlichen Förderung von Stiftungen« eine aktivierende Wirkung auf die Stiftungsbereitschaft der Bürger: Der hierdurch eingeleitete Abbau von steuerlichen Hindernissen und die Verbesserung der Absetzbarkeit von Spenden dienten dem Ziel, vor allem private Stifter und Mäzene zu einer Ausweitung ihrer Stiftertätigkeit zu motivieren (Focus 2000b; FAZ 2000b; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 22f.; Schröder 2001b). Dass diese Hoffnung berechtigt war, zeigt ein Blick in die Statistik: Denn während es nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen in den 1990er Jahren noch 400 bis 600 neu gegründete Stiftungen jährlich gab, sind es seit dieser Reform im Jahr 2000 jedes Jahr mehr als 1000 (Focus 2002).

Um die gesteigerte Nachfrage nach einem Engagement für die Demokratie, d.h. in diesem Fall: gegen Rechtsextremismus, zu befriedigen, wurden verschiedene, besonders auf Jugendliche fokussierte Aktionsprogramme ins Leben gerufen: Hierzu zählen das im Jahr 2000 gegründete »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« (BfDT)⁴⁴ sowie das im Jahr 2001 ins Leben gerufene Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«.⁴⁵

Zusammenfassung: Engagementpolitik als Paradebeispiel einer Politik mit dem Potenzial

Aus der überblicksartigen Betrachtung der bundespolitischen Förderungsmaßnahmen des freiwilligen Engagements zwischen 1998 und 2002 lassen sich die folgenden resümierenden Befunde ableiten: Die soeben skizzierte systematische Initiierung engagementförderlicher Maßnahmen von Seiten des Bundes zur Jahrtausendwende lässt erstens keinen Zweifel daran, dass die Vollzugswirklichkeit der institutionellen Dimension im Vergleich zum vorausgegangenen Zeitraum deutlich vorangeschritten ist. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung verliert seit 1998 im Zuge der Verknüpfung mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven – namentlich des aktivierenden Staates, des Reformprojekts der Bürgergesellschaft und verschiedener Krisenerzählungen – nicht nur ihr bisheriges

44 | Das »Bündnis für Demokratie und Toleranz« (BfDT) wurde vom Bundesministerium des Innern und dem Bundesjustizministerium am 23.05.2000 gegründet. Es setzt sich aus einer Vielzahl von Organisationen, Verbänden und Initiativen zusammen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, die Werte Demokratie und Toleranz stärker in der Gesellschaft zu verankern. Die Kernaufgabe des BfDT besteht darin, dass bürgerschaftliche Engagement gegen Extremismus und Gewalt zu bündeln und zu vernetzen sowie diesem zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit zu verhelfen.

45 | Das Aktionsprogramm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« wurde vom Bundesfamilienministerium im Jahr 2001 mit einer Laufzeit von fünf Jahren ins Leben gerufen. Dieses Programm setzte sich aus verschiedenen Teilprojekten zusammen und widmete sich dem Ziel, die demokratische Kultur insgesamt zu stärken und gerade junge Menschen für ein Engagement gegen Rechtsextremismus zu gewinnen.

bundespolitisches Nischendasein, sondern wird gleichzeitig im Kontext einer gelingenden Engagementaktivierung zur Notwendigkeit stilisiert. Die inhaltliche Ausgestaltung der zwischen 1998 und 2002 umgesetzten engagementpolitischen Maßnahmen zeigt zudem, dass diese grundlegend auf den epistemischen Einsichten der Produktivitäts-Erzählung, genauer gesagt: auf den Wissensbeständen der Freiwilligen-Markt-Deutung, beruhen. D.h., die Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials, der hohe gesellschaftliche Bedarf an freiwilligem Engagement sowie die neuen strukturellen sowie motivationalen Bedingungen der Freiwilligkeit dienten offenkundig als Hintergrundfolie für die Auswahl der geeigneten Reformmaßnahmen bzw. als Blaupausen für die Konstruktion neuer oder die Novellierung bestehender institutioneller Arrangements im Engagementbereich.

Im Rahmen der Etablierung dieser neuen institutionellen Bedingungen ist zudem die Bedeutung des ersten Freiwilligensurveys kaum zu überschätzen: Die von diesem bereitgestellten Wissensvorräte hinsichtlich der Beschaffenheit des Engagements in Deutschland und bestimmter Möglichkeiten der Engagementförderung flossen nicht nur in die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung ein, sondern begrenzten auf diese Weise gleichzeitig die in Erwägung gezogenen und umgesetzten Reformmaßnahmen. Auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass durch die politische Neudefinition der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements und die Erhebung sozialer Verantwortungsübernahme zur moralischen Pflicht des Bürgers ein spezifischer Handlungs- und Legitimationsraum geschaffen wurde, der die Implementierung engagementspezifischer Reformen zur Jahrtausendwende nahelegte. Daraus kann die Schlussfolgerung abgeleitet werden, dass die staatliche Neuerschließung des Engagementfeldes nicht nur von einer Hochkonjunktur bürgergesellschaftlicher Themen in politischen Kreisen begleitet, sondern erst durch die Verknüpfung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven Ende der 1990er Jahre günstige Bedingungen zur Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik in Deutschland hergestellt wurden.

Zweitens wird deutlich, dass es sich bei den zahlreichen institutionellen Neuerungen zwischen 1998 und 2002 überwiegend um Maßnahmen handelte, die auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes angesiedelt, d.h. direkt auf das Individuum bezogen waren und hier zu einer Aktivitätssteigerung mit Blick auf die Übernahme freiwilliger Tätigkeiten beitragen sollten (zu derselben Einschätzung gelangen auch Olk 2001: 52; BT-Drs. 14/8900 2002: 283; Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 8). In diesem Sinne widmeten sich die seit 1998 ins Leben gerufenen positiv konnotierten individualrechtlichen Maßnahmen zur Förderung freiwilligen Engagements, wie etwa die Novellierung der Übungsleiterpauschale, die Abschaffung der Verfügbarkeitsregelung bei Bezug von Arbeitslosengeld, die steuerrechtliche Privilegierung engagierter Bürger, die Überarbeitung des Spenden- und Stiftungsrechts und die Reformierung der Jugendfreiwilligendienste, prinzipiell der Aufgabe, eine Neuorganisation der individuellen engagementspezifischen Eintritts-, Austritts- und Wiedereintrittsprozesse vorzunehmen (Klages 2001b: 206). Selbst die in erster Linie auf die mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen ausgerichteten institutionell-rechtlichen Maßnahmen, wie etwa die Reformation des Spenden- und Stiftungsrechts oder verschiedene Entbürokratisierungsmaßnahmen, dienten u.a. dem Ziel, die Anreizwirkung der jeweiligen Einrichtung auf potenzielle Freiwillige zu steigern. Um aufzuzeigen, dass sich die-

se Formen der Förderung des freiwilligen Engagements deutlich von den bisherigen Anerkennungsformen unterscheiden, werden in der Produktivitäts-Erzählung verschiedentlich die zentralen Objektbezüge des alten Ehrenamtes, wie etwa die Ehrennadel oder die -medaille, als negativ konnotierte Kontrastfolien herangezogen und betont, dass die genannten institutionellen Neuerungen deutlich über diese traditionellen Formen der Wertschätzung hinausgingen und daher besser zur Zufriedenstellung des neuen Ehrenamts-Typus geeignet seien: »Die neue Sorte von Freiwilligen braucht keine Ehrennadeln«, lautet daher auch das Fazit eines Artikels aus der *Süddeutschen Zeitung* (2001d).

Das bisher Gesagte zusammenfassend gilt anzumerken, dass die Annahme der Notwendigkeit politischer Eingriffe in den Bereich der Freiwilligenarbeit auf dem Glauben an die Existenz brachliegender Engagementpotenziale beruhte, deren Hebung zum Imperativ der beschriebenen institutionellen Reformüberlungen avancierte. Die politischen Verantwortungsträger verbanden mit den auf den einzelnen Engagierten fokussierten rechtlichen Reformen zwischen 1998 und 2002 die Hoffnung, die in den Subjekten vermuteten Aktivierungshindernisse durch Appelle an die individuellen Kosten-Nutzen-Überlegungen zu beseitigen, hierdurch das brachliegende Engagementpotenzial zu heben und die Zahl der freiwillig engagierten Menschen in Deutschland zu erhöhen (vgl. Olk 2001: 54). Die um die Jahrtausendwende ins Leben gerufene staatliche Engagementpolitik stellt demnach ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem Potenzial dar.

Angesichts der hier offengelegten Potenzialfokussierung der engagementpolitischen Reformen zwischen 1998 und 2002 bewahrheitet sich drittens die Feststellung der Sozialwissenschaftlerin Sigrid Reihs, die bemerkt, dass man »an der Art, wie Volunteering politisch gefördert und unterstützt wird,« ablesen könne, »ob es darum geht, »mehr Demokratie zu unterstützen« oder nur die sozialen Probleme kostengünstig in den Griff zu bekommen« (Reihs 1996: 240). Wenngleich das Kostenargument⁴⁶ angesichts der im Rahmen einer Diskursanalyse notwendigerweise im Verborgenen bleibenden »wahren« Absichten an dieser Stelle weder belegt noch widerlegt werden kann, lassen sich zumindest einige Tendenzen benennen: So äußerten z.B. einzelne Sozialdemokraten, die mit dem von Gerhard Schröder eingeschlagenen Kurswechsel unzufrieden waren, den Verdacht, dass es bei dieser Wiederbelebung der Zivilgesellschaft »in Wahrheit [...] um Sozialabbau unter neuem Etikett« gehe (Zeit Online 2000a). Obgleich von Seiten der rot-grünen Regierung stets betont wurde, dass freiwilliges Engagement nicht als billiger Ersatz für einen sich zurückziehenden Sozialstaat oder für überforderte Wohlfahrtsverbände fungieren soll, konnten auch sie sich nicht vollständig gegen den Gedanken weh-

46 | Von Seiten der Medien oder vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde hingegen explizit die Vermutung geäußert, dass die Wiederentdeckung des freiwilligen Engagements durch die Politik seit Mitte der 1990er Jahre untrennbar mit der Kostenexplosion im Sozialsektor und den Finanzierungsproblemen der öffentlichen Hand verbunden sei. Zu dieser resümierenden Einsicht kam beispielsweise die Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur Carola Schaaf-Derichs: »Mit der Bankrotterklärung öffentlicher Haushalte ist die allparteiliche Umschmeichelung des altgedienten Ehrenamtes wiedergekehrt. Aber wir sind kein Ersatz für den Sozialstaat, auch nicht bei leeren Kassen. Wir sind seine sinnvolle Ergänzung.« (Zeit Online 1997i; ebenso Zentralrat des DCV 1995: 311; Paritätischer Wohlfahrtsverband/Stiftung Mitarbeit 1997: 23; FAZ 2000g)

ren, dass Freiwilligenarbeit durchaus staatsentlastende Effekte haben kann: Nach Ansicht der Bundesfamilienministerin Bergmann könne bürgerschaftliches Engagement folglich durchaus »bestimmte Lücken füllen oder auch neue Felder entdecken, zum Beispiel in der Jugendarbeit« (Zeit Online 1999a; ähnlich FAZ 2001).

Ein erneuter Blick auf die institutionellen Neuerungen zwischen 1998 und 2002 zeigt zudem, dass es bei diesen nicht – oder zumindest nicht in erster Linie – um die Förderung der demokratischen Dimension des freiwilligen Engagements ging, sondern um die Befriedigung der steigenden gesellschaftlichen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit. Selbst bei den in diesem Zeitraum forcierten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie gegen Rechtsextremismus waren die Inhalte des Protests bereits vorgegeben und ergaben sich nicht aus dem kreativen Handeln der Bürger selbst. Mit der Entwicklung eines demokratischen Bürgerbewusstseins für gesellschaftliche oder politische Missstände hat diese Form des Protests, die auf einer vorab festgelegten politischen Problemdefinition beruhte, folglich relativ wenig gemein. An dieser Stelle sei jedoch einschränkend angemerkt, dass die demokratischen Implikationen des freiwilligen Engagements nicht nur auf Seiten des Staates, sondern auch bei den Engagierten selbst recht wenig Beachtung zu finden scheinen: Die Eurovol-Studie kommt beispielsweise zu dem Ergebnis, dass die Befragten in Deutschland eine freiwillige Tätigkeit in deutlich geringerem Maße als Beitrag zur Schaffung einer demokratischen Gesellschaft betrachten, als dies etwa in Ländern, wie den Niederlanden, Belgien, Dänemark oder Schweden, der Fall ist (Gaskin/Smith/Paulwitz 1996: 118; Reihs 1996: 235). Dennoch deuten die weitgehende Vernachlässigung der demokratischen Dimension sowie die bedarfsorientierte engagementspezifische Anrufungspraxis darauf hin, dass die zur Jahrtausendwende initiierten institutionellen Neuerungen im Bereich der staatlichen Engagementförderung einer paradoxen Logik folgen: Einerseits sollten hierdurch die noch brachliegenden Aktivitäts- und Engagementpotenziale entfesselt werden, andererseits war es aber notwendig, diese zu kanalisieren und gerade in die gesellschaftlichen Bereiche, denen von politischer Seite eine hohe Krisenhaftigkeit attestiert wurde, zu lenken. Aktivierung und Regulierung gingen hier folglich Hand in Hand (Maaser 2006: 46).

Bevor im Folgenden die Weiterentwicklung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in den 2000er Jahren skizziert wird, gilt anzumerken, dass an dieser Stelle aufgrund der Kürze des Zeitraumes auf eine gesonderte Darlegung der Dispositiv-Verarbeitung der freiwillig Engagierten, d.h. ihrer alltagspraktischen Aneignung, Abweisung oder Ignoranz der in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« kulminierenden Aktivierungsprogrammatik, verzichtet wird. Dies wird jedoch im Rahmen einer überblicksartigen Zusammenstellung der diesbezüglichen Entwicklungstrends von 1998 bis 2009 im Anschluss an die Darstellung des nachfolgenden Untersuchungszeitraums nachgeholt. Eine derartige Überblicksdarstellung bietet sich auch deshalb an, da mit Blick auf die adressierten Freiwilligen zur Jahrtausendwende keine mit der Bedeutsamkeit der soeben skizzierten institutionellen Neuerungen vergleichbaren Veränderungen festzustellen sind, die eine derart gesonderte Betrachtung rechtfertigen würden.

4.5 STORYLINE »FREIWILLIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄTSRESSOURCE« (2003 BIS 2009)

Obgleich sich die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in ihren Grundzügen auch zwischen 2003 und 2009 weitgehend fortsetzt, gibt es im Netz dispositiver Verknüpfungen einige neue, vor allem epistemische Verbindungslinien, die analog zum vorausgegangenen Zeitraum im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen stehen. Der detaillierten Betrachtung der Neuerungen und Brüche im dispositiven Gewebe der Produktivitäts-Erzählung seien jedoch zunächst einige allgemeine Anmerkungen vorausgeschickt: Es zeigt sich, dass die Themen Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement – unter Beibehaltung ihrer emblematischen Verknüpfung (z.B. CDU/CSU/SPD 2005: 109; vgl. ähnlich CDU/CSU/FDP 2009: 7) – auch nach 2002 in programmatischen Diskussionen und Grundsatzdebatten aller Parteien aufgegriffen werden. Wie die Analyse der Parteiprogramme und der Koalitionsverträge der 2000er Jahre zeigt,⁴⁷ stellt die Förderung freiwilligen Engagements im genannten Zeitraum – weitgehend unbeeinflusst von den erfolgten Regierungswechseln – eine Konstante im Aufgabenkatalog der unterschiedlichen Regierungskoalitionen dar. Die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource entwickelt sich in dieser Zeit folglich zunehmend zu einem selbstverständlichen Bestandteil des bundespolitischen Alltagsgeschäfts, verliert angesichts dieser Normalisierung allerdings gleichsam an öffentlicher Präsenz und Aufmerksamkeit.

Mit Blick auf die zentralen Knotenpunkte der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zwischen 2003 und 2009 wird deutlich, dass die grundlegenden epistemischen Verknüpfungen, allen voran die Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« sowie die im Bild des Freiwilligen-Marktes verdichtete Annahme engagementspezifischer Angebots- und Nachfragebedingungen, auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre weitgehend erhalten bleiben. Nichtsdestotrotz werden bei genauerer Betrachtung letzterer einige dispositive Neuverknüpfungen sichtbar, die unter Beibehaltung der eingeführten Markt-Terminologie im Folgenden erläutert werden.

Die Neuverknüpfungen auf der Nachfrageseite des Freiwilligen-Marktes

Auf der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes sind es drei epistemische Neuerungen, denen nachfolgend besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird: Erstens zeigt sich, dass die bereits zwischen 1998 und 2002 intensiv diskutierten Krisenerscheinungen im Bereich des Staates, der Arbeitsgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes auch nach 2002 mit Blick auf die Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements thematisiert werden. Obgleich diese Krisendiskurse im Zuge dessen an Intensität und Brisanz verlieren, werden bei näherer Betrachtung einige erwähnenswerte epistemische Verschiebungen

47 | Die Förderung freiwilligen Engagements findet seit 1998 in allen Parteiprogrammen (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 67; CDU 2007: 84; CSU 2007: 37; Die Linke 2007: 24; SPD 2007: 30f.; FDP 2012: 71f.) und Koalitionsverträgen Erwähnung (SPD/Bündnis 90/Die Grünen 1998: 31f.; SPD/Bündnis 90/Die Grünen 2002: 8, 58; CDU/CSU/SPD 2005: 106-109; CDU/CSU/FDP 2009: 7, 67).

und Verdichtungen sichtbar, die es im ersten Schritt überblicksartig zu skizzieren gilt. Der Fokus dieses Unterkapitels liegt hingegen auf der Erkenntnis, dass es im Zeitraum zwischen 2003 und 2009 zur Aufwertung des Engagementthemas in Politikfeldern kam, in denen das freiwillige Engagement bis zu diesem Zeitpunkt eher eine untergeordnete Rolle gespielt hat: Die eingehende Analyse der themenspezifischen und kontinuierlichen Berichterstattung der Bundesregierung zeigt, dass gerade in den Bereichen Bildung, Migration und Alter die freiwillige Beteiligung der Bürger angesichts einer intensiven Krisenrhetorik an Relevanz und Aufmerksamkeit gewinnt. Zweitens wird freiwilliges Engagement spätestens seit Mitte der 2000er Jahre weniger im Zusammenhang mit einem aktivierenden Staatsverständnis als vielmehr im Kontext öffentlicher Dienstleistungserbringung diskutiert. Und drittens zeigt sich, dass die Stilisierung freiwilligen Engagements zum Allheilmittel gesellschaftlicher Krisenerscheinungen zunehmend um die Frage ergänzt wird, ob die als krisenhaft wahrgenommenen gesellschaftlichen Entwicklungen selbst einer Ausweitung der Engagementbereitschaft im Wege stehen. Dieser Diskursstrang zeichnet sich dadurch aus, dass eine Fokussierung auf das Engagement derjenigen Bevölkerungsgruppen erfolgt, die in besonderem Maße von den viel beschworenen Krisen betroffen sind bzw. diese mitverursacht haben und deren Engagementpotenzial zunehmend als Ressource zur Lösung dieser Krisen entdeckt wird.

Zur Expansion der Krisenrhetorik in den 2000er Jahren

Im Hinblick auf den zuerst genannten Punkt – die bereits bekannte krisenhafte Wahrnehmung der Entwicklungen des Sozialstaates, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und der Arbeitsgesellschaft – seien im Folgenden lediglich die Verschiebungen im dispositiven Netz überblicksartig skizziert: Dass der Sozialstaat aufgrund von Überbeanspruchung und Finanzierungsproblemen überfordert sei, gehört weiterhin zu den zentralen – nicht weiter erläuterten – Behauptungen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die ihren Widerhall in Statements, wie: »Der Staat ruft seine Bürger um Hilfe, weil er selbst am Ende ist«, findet (Focus 2006e; vgl. u.a. Konrad-Adenauer-Stiftung 2003: 5; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 15; Köhler 2006b: 3f.; CDU 2007: 87; Hilberer/Wangermann 2009: 5; Riegert 2009: 12; Wulff 2010b: 2). In den Mittelpunkt der staatsbezogenen Krisendiagnostik rückt in diesem Zeitraum hingegen die bereits zur Jahrtausendwende aufscheinende Sorge, dass der Vertrauensverlust und die Politikverdrossenheit vieler Bürger eine ernstzunehmende Gefahr für den Bestand des Staates selbst darstelle, der ja auf gewisse vorpolitische Grundlagen, wie etwa das wohlwollende Commitment der Bürger, angewiesen sei, ohne dieses selbst herstellen oder gar verordnen zu können (SZ 2004b; FAZ 2006a, 2006b; Glück 2006: 12f.; Bürsch 2009: 37). So heißt es z.B. im Grundsatzprogramm der SPD aus dem Jahr 2007: »Viele Menschen spüren den Machtverlust des Staates im globalen Zeitalter. Sie glauben nicht mehr an die politische Veränderbarkeit der Dinge.« (SPD 2007: 11; ebenso Köhler 2008a: 11)

Ein deutliches Indiz für die Erosion demokratischer Grundüberzeugungen in der Gesellschaft sind für den SPD-Abgeordneten Michael Bürsch die Ergebnisse einer Studie des Münchner Instituts Sinus/Polis, wonach 37 % der Deutschen die Demokratie als »weniger gut« bis »schlecht« bewerteten und ein weiteres Drittel der Befragten die Lösungskompetenzen demokratischer Verfahren als unzureichend

einschätzten (Bürsch 2009: 37). Diese statistischen Befunde, so der allgemeine Tenor, spiegelten sich in verschiedenen besorgniserregenden Entwicklungstrends wider, wie etwa in der sinkenden Wahlbeteiligung, der prinzipiellen Parteienskepsis vieler Bürger sowie den nachlassenden Engagiertenzahlen in Wohlfahrtsverbänden, Parteien und Gewerkschaften (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 118; BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 139; Focus 2006d; Schäuble 2009: 149). Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass sich Bundespräsident Johannes Rau zur Beschreibung dieser Entwicklungen der folgenden drastischen Worte bediente: »Gewohnheitsmäßiges Misstrauen in die Politik untergräbt die Fundamente der Demokratie und ist ein riesengroßes Einfallstor für Populisten und schreckliche Vereinfacher aller Art. [...] Hier droht eine innere Auswanderung aus unserer Demokratie, die wir nicht tatenlos hinnehmen dürfen.« (Rau 2004: 93)

Mit Blick auf die Erwerbsarbeitsgesellschaft sind es nach wie vor Phänomene wie das Ende der Normalerwerbsbiografie, das Problem der Arbeitslosigkeit, fortschreitende Globalisierungstendenzen und der zunehmende Wettbewerbsdruck, die als Symptome der viel beschworenen Krisendiagnose benannt werden (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 63; Rau 2004: 91; CDU 2007: 16; SPD 2007: 9; Köhler 2007b: 3; Schäuble 2009: 149; SZ 2009a). Ebenso zum selbstverständlichen Wissenskanon der Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2010 gehört die kommunitaristisch inspirierte Sorge über den Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, der mit Schlagworten, wie Egoismusdrang, Entsolidarisierung, Bindungslosigkeit und Vereinzelung, plausibilisiert wird (CDU 2007: 24; Aigner 2009: 17; Köhler 2010: 3). Eine neue epistemische Verbindungslinie wird in den 2000er Jahren zwischen der kommunitaristisch inspirierten Angst vor gesellschaftlichen Zerfallsprozessen und der Entwicklung Deutschlands zum Einwanderungsland hergestellt: Es wird viel häufiger als noch zur Jahrtausendwende darauf hingewiesen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt aufgrund der defizitären Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefährdet sei, da es bislang noch an geeigneten Mechanismen fehle, Migranten eine gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 19f., 63; Köhler 2006b: 4f.; Köhler 2007c: 2; Böhmer 2009: 29).

Des Weiteren sind zwischen 2003 und 2010 zwei weitere gesellschaftliche Bereiche von der Ausweitung der engagementspezifischen Krisenrhetorik betroffen, die in diesem Zusammenhang bislang kaum oder nur am Rande Erwähnung fanden: Bildung und Demografie. Während bis Anfang der 2000er Jahre der Bildungsgedanke höchstens dann mit dem Thema Bürgerengagement in Zusammenhang gebracht wurde, wenn es um die Stärkung der Jugendfreiwilligendienste als Bildungsmöglichkeit ging, entwickelt sich die Krise des Bildungsbereichs gerade unter dem Eindruck des »PISA-Schocks« zu einem zentralen Anschlussdispositiv der Produktivitäts-Erzählung in den 2000er Jahren: So bezeichneten beispielsweise die Mitarbeiter der Freiwilligenagentur »Tatendrang« in München die steigende Nachfrage nach freiwilligen Helfern an Schulen als ganz neue Entwicklung der letzten Jahre (SZ 2007f; ebenso Zeit Online 2004). Die Umstellung auf Ganztagschulen, so die allgemeine Prognose, werde diesen Bedarf noch steigern. Die zunehmende Verwobenheit des Engagementthemas mit dem Bildungsbereich zeigt sich auch daran, dass freiwilliges Engagement in immer mehr engagementspezifischen Reden und Veröffentlichungen seit Mitte der 2000er Jahre auch als eine Lösung für die Krise des deutschen Bildungssystems benannt wird (Bundesregie-

rung 2010: 3; Köhler 2006b: 4f.; Köhler 2007c: 2). Nach einer ausführlichen Herleitung der bildungsspezifischen Krisenerscheinungen sucht man aber auch hier vergebens. Stattdessen begegnet man immer wieder denselben, wenig konkreten Hinweisen auf soziale Ungleichheiten im Zugang zu Bildung, die Gefahren der zunehmenden Informationsflut sowie das reformbedürftige deutsche Schulsystem (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 18; BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 22-25; Köhler 2006c: 1f.; SPD 2007: 8; CDU 2007: 17; Köhler 2007c: 2, 2008a: 8).

Die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung knüpft in den 2000er Jahren zudem noch stärker als zur Jahrtausendwende an das altersbezogene Produktivitäts-Dispositiv und die hierbei stets mitaufgerufene Krise der Demografie an (Denninger u.a. 2014: 127-163). Der immer häufiger anzutreffende Bezug auf den demografischen Wandel stellt insofern eine Ausnahme bei der Diffusion des Engagementthemas in andere Politikfelder seit dem Jahr 2002 dar, als der Zusammenhang von freiwilligem Engagement und der Alterung der Gesellschaft bereits Anfang der 1990er Jahre im Zuge der diskursiven Aufwertung des Selbsthilfegedankens und der Schaffung von Seniorenbüros hergestellt wurde (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 12/5897 (Altenbericht) 1993: 10-12, 37.). Zumindest was den Bezug zur Engagementdebatte betrifft, verliert die Thematik der gesellschaftlichen Alterung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch an Bedeutung und tritt erst im Laufe der 2000er Jahre wieder deutlicher in den Vordergrund. Die seitdem vorherrschende Einbettung der demografischen Entwicklung in eine Krisenerzählung wird hierbei aufgerufen durch abkürzende Verweise auf die unaufhaltsame Überalterung der Gesellschaft und den daraus resultierenden »Pfle- genotstand« (Focus 2006b), der als alarmierendes Sinnbild für die Überforderung der sozialen Sicherungssysteme sowie der Pflege- und Versorgungseinrichtungen vor allem in ländlichen bzw. strukturschwachen Regionen herangezogen wird (z.B. Bündnis 90/Die Grünen 2002: 19; Köhler 2006a: 5f., 2006b: 4f.; CDU 2007: 19; SPD 2007: 10; Wulff 2010b: 2; Bundesregierung 2010: 3,7; vgl. hierzu Denninger u.a. 2014: 132f.).

Wie schon zur Jahrtausendwende wird freiwilliges Engagement auch zwischen 2003 und 2010 zum Allheilmittel oder »Allzweckmittel« (Backhaus-Maul/ Nährlich/Speth 2009: 9) bei der Lösung bzw. Abmilderung der beschriebenen gesellschaftlichen Bedrohungen erklärt und eine große Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen konstatiert: Stellvertretend für eine ganze Reihe ähnlich lautender Aussagen sei hier auf einen Auszug aus dem Magazin *Focus* verwiesen:

»Der Begriff [Ehrenamt, D.N.] mag altmodisch klingen und ist doch womöglich ein Schlüssel für die Zukunft in einem Staat, der seine Wohlfahrtssysteme kaum mehr finanzieren kann, in einem Arbeitsmarkt, der einen gewaltigen demographischen Wandel verkraften muss, und in einer Demokratie, die manchmal an Verdrossenheit zu ersticken droht.« (Focus 2007b)

Da die Argumentation bezüglich der viel beschworenen Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements derjenigen des vorausgegangenen Untersuchungszeitraums sehr stark ähnelt, wird an dieser Stelle auf ihre ausführliche Herleitung zugunsten einer überblicksartigen Skizzierung der epistemischen Neuerungen verzichtet: Neu ist erstens, dass freiwilliges Engagement nicht mehr nur als Lösung für die bereits bekannten Krisenerscheinungen des Sozialstaates, des gesell-

schaftlichen Zusammenhaltes und der Arbeitsgesellschaft gilt, sondern diesem auch eine entlastende Wirkung mit Blick auf ungleich verteilte Bildungschancen, die durch den demografischen Wandel verursachten Belastungen im Pflegebereich sowie die Herausforderungen des gesellschaftlichen Zusammenhaltes unter der Bedingung von Zuwanderung zugeschrieben wird. Die Verwobenheit des freiwilligen Engagements mit den genannten, als krisenhaft wahrgenommenen Entwicklungen bringt die Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung, Ingrid Hamm, wie folgt auf den Punkt: »[B]ürgerschaftliches Engagement in Zeiten demografischen Wandels schließt Bildungsanstrengungen, interkulturellen Dialog und Integrationsprojekte ein.« (Hamm 2009: 87; ebenso FAZ 2004d)⁴⁸

Das Bürgerengagement als Koproduct öffentlicher Dienstleistungen

Der allenthalben konstatierte hohe Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen, der auch in den 2000er Jahren noch zu den zentralen Knotenpunkten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung gehört, wird nicht mehr allein durch Verweise auf die positiven Eigenschaften freiwilligen Engagements als Allheilmittel gesellschaftlicher Krisen begründet, sondern ist seitdem untrennbar mit einer weiteren epistemischen Neuverknüpfung verbunden. Die diskursive Neuerung besteht darin, dass die Stärkung freiwilligen Engagements spätestens seit Mitte der 2000er Jahre immer weniger im Kontext eines aktivierenden Staatsverständnisses diskutiert wird. Stattdessen geht es vielmehr um die Frage, wie konkrete Probleme – insbesondere im Bereich der sozialen Dienstleistungsproduktion – durch die Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft gelöst werden können (von der Leyen 2007: 3f.; Köhler 2010: 4): »Die Zukunftsfrage sollte nicht lauten, ob bzw. wie viel Sozialstaat wir uns noch leisten können oder wollen, sondern, wer die notwendigen und gesellschaftlich erwünschten Sozialleistungen künftig erbringt: der Staat, der Markt oder Netzwerke bürgerschaftlicher, gegenseitiger Hilfe.« (Friedrich-Ebert-Stiftung o.J.)

Die in den 2000er Jahren übereinstimmend geäußerte Feststellung, dass es einen hohen Bedarf an freiwilligem Engagement gebe, wird seitdem zusätzlich dadurch begründet, dass dem Bürgerengagement im Rahmen der öffentlichen Produktion sozialer Dienstleistungen immer mehr die Rolle eines Koproducten zugeschrieben wird: »Bürgerschaftliches Engagement erbringt konkrete Dienstleistungen und verbessert so die Lebensqualität in unserem Land.« (Köhler 2006b: 2; ebenso Schmidt 2005: 3, 2009: 165) Die Feststellung, dass durch freiwilliges Engagement ein Angebot an sozialen (Dienst-)Leistungen bereitgestellt werde, das ohne den Einsatz vieler Freiwilliger angesichts der abnehmenden finanziellen Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand gar nicht erst zustande kommen würde, wird hierbei durch verschiedene alarmierende Bemerkungen belegt: So wird beispielsweise in einem Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* festgestellt, dass »der soziale Sektor ohne das Engagement der vielen Helfer zusammenbrechen« würde (SZ 2008g). Ähnliche Worte für die aktuelle Notlage fand auch Bundestagspräsi-

48 | Außerdem findet nach 2002 eine – hier nur der Vollständigkeit halber erwähnte – diskursive Perspektivenverschiebung von der nationalen hin zur europäischen und internationalen Ebene statt: »Bürgerschaftliches Engagement ist ein Kernthema der Zukunft Europas. Einigung und Stärkung der europäischen Bürgergesellschaft sind Grundlage des europäischen Integrationsprozesses.« (Bundesregierung 2010: 48; ebenso BBE 2007: 6f.)

dent Norbert Lammert: »Wenn die ehrenamtliche Arbeit von hauptamtlichen Mitarbeitern mit hohem Aufwand vom Staat geleistet werden müsste, wäre sie nicht darstellbar – weder in der Kultur noch bei Sport oder sozialen Diensten.« (Focus 2006d; ebenso Focus 2004; FAZ 2004a)

Gerade mit Blick auf die Bereiche Pflege, Gesundheit, Stadtentwicklung und Umwelt zeigt sich besonders deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement aus der Produktion sozialer Dienstleistungen nicht mehr wegzudenken ist. So wird in Stellungnahmen von Bundespolitikern aller Fraktionen argumentiert, dass sich Selbsthilfe und freiwilliges Engagement angesichts der Zunahme alter, chronisch kranker und pflegebedürftiger Menschen »zu einer wichtigen Stütze neben der Arbeit der Professionellen in unserem Gesundheits- und Pflegesystem« entwickelt habe, die unbedingt ausgeweitet werden müsse (Schmidt 2009: 167; ebenso CDU/CSU/SPD 2005: 91; BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 29f.; Köhler 2006a: 6; CDU 2007: 23; Focus 2008; BT UA-Drs. 16/88 2009: 15f.; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Eine ausreichende Versorgung im Gesundheits- und Pflegesystem könne folglich aufgrund finanzieller Engpässe und dem Mangel an Pflegekräften ohne bürgerschaftlich engagierte Personen oder die Mitglieder von Selbsthilfegruppen kaum noch gewährleistet werden. In diesem Sinne konstatiert auch *Der Spiegel*, dass die »geringere Zahl Jüngerer, die abnehmende Pflegebereitschaft, das Defizit der Pflegeversicherung [...] zunehmend durch die Eigeninitiative von Bürgerinnen und Bürgern kompensiert werden« können (Spiegel Special 2006).

Vor dem Hintergrund dieses großen Bedarfs an Freiwilligenarbeit im Sozial- und Gesundheitsbereich formuliert die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 das Ziel, freiwilliges Engagement »als Teil übergreifender Lösungsansätze zur Bewältigung der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen« in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Betreuung zu fördern (Bundesregierung 2010: 42). Besonderen Zuspruch erfahren in diesem Zusammenhang Konzepte, die im Sinne eines »Pflegedreiecks« (Focus 2006b) oder eines »Welfare-Mix« (Spiegel Special 2006) auf eine Kooperation zwischen Angehörigen, bezahlten Hauptamtlichen und Freiwilligen abzielen (FAZ 2009d). Dass gerade der nachhaltigen Unterstützung des freiwilligen Engagements im Rahmen derartiger Pflegeprogramme besondere Bedeutung zukommt, begründete z.B. Familienministerin Ursula von der Leyen durch Verweis auf folgende alarmierende Zukunftsprognose: »Es braucht drei Akteure: Familie, professionell erbrachte soziale Dienste, ambulant oder in Heimen, und nicht zuletzt ehrenamtliche Helfer. Wenn wir die ehrenamtlichen Strukturen heute nicht aufbauen, dann wird es zu einer menschlichen Katastrophe kommen.« (FAZ 2008b)

Neben dem Pflegebereich scheint es zudem ebenso dringlich zu sein, die besorgniserregende Entwicklung der Städte und die problematische Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen mit Hilfe der Ausweitung bürgerschaftlichen Engagements abzumildern. Wolfgang Schäuble legte in diesem Zusammenhang dar, dass es in ländlichen oder strukturschwachen Gebieten schon jetzt schwer falle, die Angebote auf kommunaler Ebene zu gewährleisten. Ein stärkeres freiwilliges Engagement könne hier hilfreich sein, um die entstehenden Versorgungslücken, etwa »im Pflegebereich, in der Kinderbetreuung, in der Seelsorge oder in Beratungseinrichtungen«, zu füllen (Schäuble 2009: 152). Dasselbe gelte für den Schutz der Umwelt und die Entwicklung benachteiligter Stadtteile: Auf

eine engagierte Mitarbeit der betroffenen Bürger vor Ort könne hier kaum mehr verzichtet werden (Tiefensee 2009: 200). Die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung leitet aus diesen Erkenntnissen die Notwendigkeit ab, einerseits Umweltschutzorganisationen darin zu unterstützen, mehr Menschen für ein Engagement zu gewinnen und andererseits die Identifikation der Bewohner mit ihrem Wohnumfeld zu erhöhen, damit sich diese an der Stadt- und Quartiersentwicklung aktiv beteiligen (Bundesregierung 2010: 7, 29f.). Die hier skizzierten Befunde lassen keinen Zweifel daran, dass es bei dem allenthalben konstatierten Mehrbedarf an freiwillig erbrachten Leistungen in den 2000er Jahren in allererster Linie um solche ehrenamtliche Tätigkeiten ging, die – vorzugsweise im sozialen Bereich (SZ 2006c) – die öffentliche Dienstleistungserbringung ergänzen können: »Das Ehrenamt soll gegen die Wirtschaftsdepression, gegen Verelendung und neue Armut nützen, kurzum: dort eingesetzt werden, wo die Politik nicht hinreicht. Wer Ehrenamt sagt, meint eigentlich Caritas.« (Zeit Online 2009a)

Gesellschaftliche Krisen als Aufforderung zur gemeinschaftsbezogenen Nutzung des Engagementpotenzials

Die empirische Analyse der epistemischen Neuverknüpfungen auf der Nachfrage-seite des Freiwilligen-Marktes hat des Weiteren ergeben, dass freiwilliges Engagement in den 2000er Jahren nicht nur als Allheilmittel für vermeintliche Krisen oder als Koproduzent im Rahmen der öffentlichen Dienstleistungserbringung betrachtet wird. Immer häufiger begegnet man dem zusätzlichen Hinweis, dass sich die genannten Krisen umgekehrt auch negativ auf die Entwicklung des freiwilligen Engagements selbst auswirkten. Besonders deutlich lässt sich diese Perspektivenerweiterung am Beispiel der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung nachzeichnen. Während im ersten Bericht aus dem Jahr 2001 die Förderung freiwilligen Engagements lediglich als Strategie zur Lösung gesellschaftlicher Probleme im Rahmen eines aktivierenden Staatsverständnisses Erwähnung findet (BT-Drs. 14/5990 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2001: 145), wird in den nachfolgenden Berichten auch die umgekehrte Perspektive eingenommen (BT-Drs. 15/5015 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2005: 143; BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 27, 97-100): So legt der dritte Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2008 dar, dass das gesellschaftliche und politische Engagement »nach wie vor stark durch Bildungsstand, Einkommensposition und Ausländerstatus beeinflusst« werde (BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 27), also gerade von solchen Faktoren, für deren krisenhafte Entwicklung freiwilliges Engagement selbst die Lösung darstellen soll. Negativ gewendet bedeutet dies, dass sich fehlende oder schlechte Bildungsabschlüsse sowie geringe finanzielle Ressourcen negativ auf die Übernahme eines freiwilligen Engagements auswirkten und damit auch die Möglichkeit sinke, über Engagement zur Überwindung von Krisensituationen beizutragen (vgl. Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 18, 26; BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: 189; BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 18; BT-Drs. 16/10206 (Bildungsbericht) 2008: 206; Schäuble 2009: 153). Es zeigt sich demnach, dass das Engagement zur Lösung von Krisen stilisiert wird, von deren Entwicklung es andererseits unmittelbar betroffen ist.

Diese hier aufgezeigte epistemische Neuverknüpfung wird noch offenkundiger, wenn man die Fokussierung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen berücksich-

tigt, die jetzt auch auf der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes immer deutlicher zu Tage tritt. Es sollen nämlich vor allem diejenigen durch die Nutzung ihrer Engagementpotenziale zur Lösung der Krise im Bereich der Bildung, Migration, Demografie und Integration beitragen und zugleich ihre eigene Position verbessern, die gewissermaßen als »Opfer« in besonderem Maße von den Problemen in diesen Gesellschaftsbereichen betroffen sind bzw. diese Krisen mitverursacht haben: Jugendliche, Alte, Arbeitslose und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Personengruppen werden im dritten Armuts- und Reichtumsbericht explizit als »benachteiligte Bevölkerungsgruppen« (BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 149) bezeichnet, die vor allem deshalb

»an das Engagement für die Gesellschaft herangeführt werden [müssen], um Politikverdrossenheit, Gleichgültigkeit, die Hinwendung zu eigenen ›Parallelgesellschaften‹ und ›Subkulturen‹ bis hin zu aktiver Ablehnung der demokratischen und staatlichen Strukturen und Ressentiments gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen zu verhindern.« (Ebd.)

Die hier aufscheinende große Nachfrage nach dem Engagement bestimmter Bevölkerungskreise, die gleichsam in hohem Maße von den verschiedenen Krisenerscheinungen betroffen sind, soll im Folgenden exemplarisch am Beispiel von älteren Menschen und Migranten illustriert werden. So wird mit Blick auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft von politischer Seite weniger an das freiwillige Engagement aller Bevölkerungsteile appelliert, sondern vielmehr danach gefragt, wie ältere Menschen selbst durch ein Mehr an Beteiligung und Eigenverantwortung die Verwerfungen der demografischen Entwicklung auffangen könnten (CDU/CSU/FDP 2009: 81; Spiegel Online 2008). Das ehrenamtliche Engagement der älteren Generation avanciert folglich zu einer bislang vernachlässigten volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ressource bei der »Lösung der Herausforderungen der gesellschaftlichen Alterung und der Schrumpfung der Bevölkerung« (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 18; ebenso SZ 2005b; BT-Drs. 16/10206 (Bildungsbericht) 2008: 206; CDU/CSU/FDP 2009: 81; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Der übereinstimmend konstatierte hohe Bedarf an von Alten ausgeführten freiwilligen Tätigkeiten kann erstens auf die Feststellung zurückgeführt werden, dass die ältere Generation über Ressourcen, wie Zeit, Kompetenzen und Erfahrungen, verfüge, auf deren Stärkung angesichts gesellschaftlicher Krisenerscheinungen nicht mehr verzichtet werden könne (Köhler 2006b: 4; SPD 2007: 59; von der Leyen 2009: 11; CDU/CSU/FDP 2009: 81; vgl. ausführlich hierzu Denninger u.a. 2014: 138f.):

»Aber im Gewinn an Lebenszeit liegt vor allem eine riesige Chance – für den Einzelnen wie für unsere Gesellschaft als Ganzes. Ich bin überzeugt: Den Beitrag, den gerade ältere Menschen für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens zu leisten vermögen und leisten wollen, können wir gar nicht hoch genug einschätzen. Das ist ein Schatz, den müssen wir heben.« (Köhler 2008b: 3)

Als besonders erfreuliche Tendenz gelte zweitens, dass sich gerade ältere Menschen vornehmlich im gesundheitlichen und sozialen Bereich freiwillig engagieren, in dem es, wie ausführlich dargestellt, besonders große finanzielle und perso-

nelle Engpässe gebe. Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, dass es die schwarz-gelbe Bundesregierung zu einem ihrer zentralen Anliegen erklärte, das freiwillige Engagement Älterer in den genannten Bereichen als Teil übergreifender Lösungsansätze zur Bewältigung des demografischen Wandels zu fördern (Bundesregierung 2010: 42).

Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf die Gruppe der Migranten, die mit ihrem freiwilligen Engagement die Integrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft verbessern und so zur Abmilderung der permanent behaupteten gesellschaftlichen Desintegrationstendenzen beitragen sollen. Die Analyse der Migrationsberichterstattung der Bundesregierung zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund bis zur Jahrtausendwende überwiegend als Klienten bzw. Adressaten der deutschen Vereins- und Verbandslandschaft wahrgenommen wurden. Während folglich bis Anfang der 2000er Jahre das Engagement *für* Migranten im Mittelpunkt stand und es vornehmlich um die Frage ging, welchen Beitrag zivilgesellschaftliche Initiativen bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung spielen können (BT-Drs. 12/6960 (Migrationsbericht) 1994: 39; BT-Drs. 13/19484 (Migrationsbericht) 1997: 17), lag der Fokus in den darauffolgenden Jahren mehr und mehr auf dem freiwilligen Engagement *von und zusammen mit* Migranten (BT-Drs. 15/5826 (Migrationsbericht) 2005: 177-179; BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 114-121). Die Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit durch Menschen mit Migrationshintergrund wirke sich, so der allgemeine Tenor, positiv auf die gesellschaftliche Integration aus. Des Weiteren leisteten Migranten hierdurch nicht nur einen entscheidenden Beitrag für ein gelingendes Zusammenleben, sondern verbesserten – ganz nebenbei – auch ihre Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit (BMFSFJ 2007a: 11; BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 149; Bundesregierung 2010: 12). Exemplarisch für viele ähnlich gelagerte Statements, in denen ein hoher Bedarf an freiwilligem Engagement von Migranten konstatiert wurde, sei hier auf eine Aussage der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer, verwiesen: »Das Integrationsland Deutschland braucht bürgerschaftliches Engagement von, mit und für Menschen aus Zuwandererfamilien zur nachhaltigen Weiterentwicklung von Integration.« (Böhmer 2009: 34; ebenso BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 114)

Zusammenfassend gilt festzuhalten, dass sich die epistemischen Neuerungen auf der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes zwischen 2003 und 2009 durch ein Wechselspiel aus der Betrachtung freiwilligen Engagements als Allheilmittel einerseits und als Leidtragendes gesellschaftlicher Krisen andererseits auszeichnet. Während die Hervorhebung der Lösungsimplicationen des freiwilligen Engagements, wie schon zur Jahrtausendwende, als Begründung für die Behauptung herangezogen wird, dass es einen hohen Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen – gerade im sozialen Dienstleistungsbereich – gebe, kommt der zunehmenden Erwähnung von Faktoren, die der Ausübung eines freiwilligen Engagements im Wege stünden, eine andere Bedeutung zu: Diese fungieren erstens als Hintergrundfolie für Appelle an die Engagementbereitschaft derjenigen Bevölkerungsgruppen, die am meisten von den genannten Krisenerscheinungen betroffen sind bzw. diese mitverursacht haben und nun durch ihr Engagement einen Beitrag zu ihrer Überwindung leisten sollen. Zweitens werden sie als Begründung für die Ausweitung politischer Eingriffe in den Engagementbereich herangezogen und liefern konkrete Hinweise, wie politische Reformanstrengun-

gen beschaffen sein müssen. Diese Wissensbestände fungieren folglich als legitimierende Hintergrundfolie für die Initiierung von engagementförderlichen Maßnahmen, die auf bestimmte Personengruppen, wie Alte und Migranten, fokussiert sind und von niedrighschwelligem Angeboten, mit deren Hilfe gerade einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Gruppen der Zugang zu einer freiwilligen Tätigkeit ermöglicht werden soll (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: VII; Schäuble 2009: 150f.).

Die Neuverknüpfungen auf der Angebotsseite des Freiwilligen-Marktes

Bezogen auf die Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes lassen sich in den 2000er Jahren ebenso verschiedene Neuverknüpfungen im Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung identifizieren, die es im Folgenden zu skizzieren gilt. Erstens führt die Rede von einer hohen Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen auch nach 2002 zur Aktivierung zwei weiterer – wiederum eng miteinander verknüpfter – epistemischer Knotenpunkte: die Betonung eines brachliegenden Engagementpotenzials einerseits und eines bereits hohen Engagementvolumens andererseits, wobei beide Größen nach Angaben der weiteren Wellen des Freiwilligensurveys in den 2000er Jahren einen deutlichen Anstieg verzeichnen können. Zweitens zeichnet sich die bundespolitische Auseinandersetzung mit dem steigenden brachliegenden Engagementpotenzial zwischen 2002 und 2009 durch drei epistemische Neuerungen aus, die im vorausgegangenen Zeitraum noch nicht in dieser Intensität und Dominanz ersichtlich waren: Einerseits verschiebt sich in den 2000er Jahren der Fokus vom Engagementpotenzial aller Bürger hin zum Engagementpotenzial bestimmter Zielgruppen, allen voran der Älteren, der Jugendlichen und der Migranten. In diesem Kontext sei betont, dass es in den diesbezüglichen Engagementdebatten nicht mehr nur darum geht, dass diese Bevölkerungsgruppen von einer Förderung des freiwilligen Engagements profitieren, sondern vielmehr um die Stärkung des Engagements der Migranten, Alten und Jugendlichen selbst. Die Aktivierung dieses brachliegenden Engagementpotenzials folgt andererseits einer spezifischen Bereichslogik, d.h., es wird vor allem in denjenigen Feldern eine Förderung des freiwilligen Engagements bestimmter Bevölkerungsgruppen für notwendig erachtet, in denen immer wieder Engpässe und ein Rückgang des öffentlich garantierten Dienstleistungsumfanges prognostiziert wird. Hierzu zählen insbesondere die Bereiche Gesundheit und Pflege, aber auch Stadtentwicklung sowie der Verbraucher- und Umweltschutz. Darüber hinaus wird seit Mitte der 2000er Jahre dem Engagementpotenzial von Unternehmen verstärkte Aufmerksamkeit entgegengebracht und eine Ausweitung der diesbezüglichen Aktivitäten gefordert.

Der Anstieg des Engagementpotenzials und -umfangs in den 2000er Jahren

Der Zustand der deutschen Freiwilligenlandschaft wird auch nach 2002 im Allgemeinen als recht positiv eingeschätzt: Unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des zweiten und dritten Freiwilligensurveys wird hervorgehoben, dass die Zahl der freiwillig Engagierten in Deutschland auf einem bereits hohen Niveau konstant geblieben sei bzw. stetig zunehme: Während der erste Freiwilligensurvey von 1999 bundesweit eine Engagementquote von 34 % ermittelt, sind nach Angaben des zweiten und dritten Freiwilligensurveys aus den Jahren 2004 und 2009 36 % der Bevöl-

kerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 17; Gensicke/Geiss 2010: 6; SZ 2006d; FAZ 2009b). Angesichts dieser erfreulichen Zahlen ist es kaum verwunderlich, dass der zukünftigen Entwicklung des Freiwilligensektors in Deutschland überwiegend optimistisch entgegengeblickt wird: »Deutschland ist Weltmeister im Ehrenamt. In keinem anderen Land engagieren sich so viele Menschen freiwillig und unbezahlt für ihre Mitbürger wie in Deutschland«, schreibt z.B. der *Focus* (2007e), und an anderer Stelle heißt es hierzu: »Bürgerschaftliches Engagement nimmt auf hohem Niveau immer weiter zu und verdient unsere ganze Anerkennung« (von der Leyen 2007: 3; diese positive Einschätzung teilen auch SZ 2003b, 2009g; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 16; Köhler 2006b: 2; von der Leyen 2009: 8; Wulff 2010b: 2; Bundesregierung 2010: 3, 8). Gerade in politischen Verlautbarungen wurde dieser mäßige Anstieg des Engagementvolumens seit der ersten Erhebung des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 vornehmlich auf die seit der Jahrtausendwende ins Leben gerufenen bundespolitischen Reformen zurückgeführt und daraus zugleich die selbstbewusste Feststellung abgeleitet, dass die Politik durch weitere Maßnahmen auch zukünftig in der Lage sei, begünstigend auf die Entwicklung des Engagementumfangs einzuwirken (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 17; Köhler 2006b: 2; von der Leyen 2007: 4).

Trotz dieser positiven Gesamtbilanz kommen in den untersuchten Dokumenten immer wieder verschiedene Defizite und Reformbaustellen zur Sprache: Sorgen bereiteten z.B. auch in den 2000er Jahren die schrumpfenden Mitgliederzahlen und die ehrenamtlichen Nachwuchsprobleme der Verbände und Vereine sowie die vergleichsweise geringeren Engagiertenzahlen in Ballungszentren und den neuen Bundesländern (Spiegel Online 2006b; SZ 2007b, 2009e; Zeit Online 2009a; Aigner 2009: 15; von der Leyen 2009: 8; Bundesregierung 2010: 8; BMI 2011: 70). Hinzu kommt, dass die Übernahme eines freiwilligen Engagements nicht in allen gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen verwurzelt zu sein scheint: Gerade die Engagementquote von Arbeitslosen und von Personen aus bildungsärmeren Schichten falle deutlich niedriger aus als in erwerbstätigen und bildungsnahen Bevölkerungskreisen (SZ 2008g, 2009c, 2009d; Spiegel Wissen 2010). Die allgemeinen Tendenzen der Armuts- und Reichtumsentwicklung in Deutschland, so Köhler, spiegelten sich folglich auch im ehrenamtlichen Bereich wider: So wachse die Zahl derjenigen, die aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligungen nicht mehr an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in Form von freiwilligem Engagement partizipieren könnten (Köhler 2010: 5). Angesichts dessen spricht die *Süddeutsche Zeitung* mit Blick auf die Engagementbeteiligung in Ostdeutschland sogar von einer »Art ›Todesspirale‹«: »Niedriger Wohlstand und Erwerbslosigkeit führten dann dazu, dass die Menschen weniger tun, um ihre gesellschaftlichen Verhältnisse durch freiwilliges Engagement zu verändern.« (SZ 2008g; ähnlich SZ 2009d)

Diese Defizitdiagnosen münden vor allem im politischen und medialen Diskurs in der Feststellung, dass man keineswegs darauf vertrauen könne, »dass sich auch in Zukunft so viele Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren wie heute« (von der Leyen 2009: 8). Aus dieser Defizitdiagnose und der positiven Einschätzung der Wirksamkeit bisheriger bundespolitischer Engagementmaßnahmen wird – trotz des konstant hohen Engagementumfangs – die allgemeine Schlussfolgerung abgeleitet, dass in Sachen Bürgerengagement auch zukünftig ein erheblicher

bundespolitischer Förderungsbedarf bestehe. Zu diesem Fazit gelangte auch die schwarz-rote Bundesregierung in ihrer Antwort auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Nationalen Engagementstrategie, in der zudem die Kontinuität der emblematischen Verknüpfung von Engagementförderung und Stärkung der Bürgergesellschaft deutlich zu Tage tritt: »Es gibt erste Anzeichen dafür, dass das Engagement und die Engagementbereitschaft mit den wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen nicht Schritt halten. Es besteht Handlungsbedarf, wollen wir eine zukunftsfähige und gemeinwohlwertorientierte Bürgergesellschaft stärken.« (BT-Drs. 16/12221 2009: 4)

In diesem Zusammenhang ist es erneut die Annahme eines brachliegenden Engagementpotenzials, die als Begründung dafür herangezogen wird, dass eine Ausweitung des Engagementumfangs und die Nivellierung der ungleichen gesellschaftlichen Verteilung des Engagementaufkommens nicht nur notwendig, sondern auch möglich sind. Hintergrundfolie dieser optimistischen Einschätzung bilden, wie schon zur Jahrtausendwende, die Ergebnisse der weiteren Wellen des Freiwilligensurveys, die einen stetigen Anstieg des Engagementpotenzials in den 2000er Jahren konstatieren: Lag der Anteil der eventuell und bestimmt zu einem Engagement Bereiten im Rahmen des ersten Freiwilligensurveys von 1999 noch bei 26 %, stieg er nach Angaben des fünf Jahre später durchgeführten Nachfolgeberichtes auf 32 % an (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 18). Der dritte Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2009 ermittelt sogar ein Engagementpotenzial von 37 % (Gensicke/Geiss 2010: 8). Die Erhöhung der Engagementbereitschaft zwischen 1999 und 2009 von 26 % auf 37 % wird in den untersuchten Dokumenten einstimmig als eindrucksvolle und erfreuliche Entwicklung beschrieben: So bemerkte beispielsweise Ursula von der Leyen: »Viele engagieren sich bereits, und noch mehr sind dazu bereit. [...] Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass ein nicht geringer Teil dieses Potenzials ungenutzt brachliegt.« (von der Leyen 2009: 8; ebenso Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 16; BMFSFJ 2008a; Bundesregierung 2010: 8; Wulff 2010b: 2)⁴⁹ Angesichts des enormen, »noch längst nicht ausgeschöpft[en]« Engagementpotenzials (BMFSFJ 2008a) steht das Ziel der Vergrößerung des Engagementvolumens auch nach 2002 im Mittelpunkt der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung. Aus der Existenz dieses brachliegenden Engagementpotenzials wird zudem die Feststellung abgeleitet, dass durch engagementförderliche Maßnahmen nur das von außen gefördert werde, was im Interesse der Menschen selbst liege. Zum selbstverständlichen Wissensrepertoire der Storyline gehört somit auch der permanente und abkürzende Verweis darauf, dass freiwilliges Engagement eine umfassende Win-win-Situation erzeuge: »Bürgergesellschaftliches Engagement kennt also nur Gewinner: Die Gesellschaft, den ehrenamtlich Tätigen und auch die Bürgerinnen und Bürger, denen so geholfen wird.« (Schmidt 2005: 3; ebenso Köhler 2007c: 2; FAZ 2009b; Bundesregierung 2010: 3). Gerade im Rahmen von Aufrufen, die auf eine Erhöhung der Anzahl

49 | Die anhaltende Potenziale-Fokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zeigt sich besonders eindrucksvoll an der vom Bundesfamilienministerium im Jahr 2007 ins Leben gerufenen Initiative ZivilEngagement, die sich dem Motto: »Es ist Zeit für mehr Engagement« verpflichtet fühlt. Diese Initiative beinhaltet einen sog. »Zivilengagement-Check«, mit Hilfe dessen »Nutzerinnen und Nutzer auf spielerische Weise ihr Engagement-Potenzial testen« können (BMFSFJ 2008a).

freiwillig Engagierter abzielen, werden im Sinne der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes weiterhin die individuellen Vorteile einer freiwilligen Betätigung, wie Selbstverwirklichung, das Knüpfen von Kontakten und die Erweiterung der eigenen Kompetenzen, diskursiv in den Mittelpunkt gestellt. Hierbei bedienten sich gerade politische Subjekte noch stärker als zur Jahrtausendwende eines eindringlichen und appellativen Tonfalls. Die diesbezüglichen Formulierungen reichen von Aussagen wie: »Wer aber etwas verändern will [...], der muss sich einmischen, muss mitarbeiten, muss Verantwortung übernehmen für unser Land« (Rau 2004: 103) über: »Du machst den Unterschied« (Bürsch 2009: 38) bis hin zu: »Engagement macht stark« – den Einzelnen und die Gemeinschaft. Sie alle hier wissen das. Und allen anderen, die noch nicht aktiv sind, rufe ich zu: Engagieren Sie sich – es lohnt sich!« (Köhler 2006b: 5) Zudem wird die Vorbildfunktion bereits Engagierter immer mehr als Möglichkeit betrachtet, bislang nicht engagierte Menschen für eine freiwillige Tätigkeit zu gewinnen. So rufen die jeweiligen Bundespräsidenten im Rahmen der jährlich stattfindenden Ehrung besonders engagierter Bürger die Preisträger stets dazu auf, ihre Auszeichnung in ihrer Umgebung stolz zu präsentieren, um so Werbung für freiwilliges Engagement zu machen. Horst Köhler brachte die hiermit verbundenen Hoffnungen auf die folgende einprägsame Formel: »Bürgerengagement und Bürgerstolz sind ein Zwillingsspaar. Seien Sie stolz auf das, was Sie leisten – das steckt an.« (Köhler 2005a: 4; ebenso Köhler 2007b: 3, 2009: 4; Wulff 2010a: 3, 2010b: 2)

Von der allgemeinen zur zielgruppenspezifischen Aktivierung der Engagementpotenziale

Bis zu diesem Punkt entspricht die Auseinandersetzung mit dem steigenden Engagementpotenzial zwischen 2003 und 2010 grundlegend den epistemischen Erkenntnissen des vorausgegangenen Zeitraums. Im Folgenden gilt es daher, die Aufmerksamkeit auf zwei wissensbezogene Neuverknüpfungen zu richten, die sich zwar zur Jahrtausendwende bereits andeuten, aber erst in den Folgejahren vollständig zum Tragen kommen: Dies trifft erstens auf die Tendenz zu, dass der Fokus der Potenziale-Debatte spätestens seit Mitte der 2000er Jahre nicht mehr auf der Engagementbereitschaft der gesamten Bevölkerung, sondern auf dem brachliegenden Potenzial bestimmter gesellschaftlicher Gruppen liegt. Besondere Beachtung erfahren hierbei diejenigen Personengruppen, »die am Rande der Gesellschaft stehen«, bislang im Engagement unterrepräsentiert sind und/oder ein besonders großes Engagementpotenzial an den Tag legen (Bundesregierung 2010: 8; ebenso SZ 2009f). Engagementförderung muss laut der Nationalen Engagementstrategie der schwarz-gelben Bundesregierung deshalb »gerade dort ansetzen, wo einzelne Gruppen unterrepräsentiert oder ihre Zugänge zum Engagement besonders schwierig sind« (Bundesregierung 2010: 11; ebenso Köhler 2008a: 20). Diese Kriterien werden von folgenden Personen erfüllt: von Arbeitslosen, Alten, Jugendlichen, Migranten und – mit einigen Abstrichen – auch von Frauen⁵⁰ (vgl. u.a.

50 | Frauen stellen aus engagementpolitischer Sicht deshalb eine wichtige Zielgruppe dar, da ihre Engagementquote (32 %) nach Angaben der dritten Erhebung des Freiwilligensurveys noch weit unter derjenigen der Männer mit 40 % liegt (Gensicke/Geiss 2010: 19; SZ 2009c). Aufgrund des hohen Engagementpotenzials der Frauen, das seit 1999 von 28 % auf 39 % im Jahr 2009 gestiegen ist, befürwortet z.B. die Nationale Engagementstrategie die Ausweitung

CDU/CSU/SPD 2005: 106-109; CDU/CSU/FDP 2009: 78-81). Hierbei handelt es sich folglich um die zentralen Klienten der Migrations-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Altenpolitik, d.h. der Politikfelder, in denen seit 2002 zunehmend Bezüge zur Engagementdebatte hergestellt werden. Die zweite epistemische Neuerung besteht darin, dass an diese Personengruppen, die – wie weiter oben bereits dargelegt – entweder als die Leidtragenden oder die Verursacher der genannten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen gelten, mehr und mehr die Forderung gestellt wird, mit Hilfe eines freiwilligen Engagements ihre eigene Position in Sachen Ausbildung, Arbeitsmarktbeteiligung und Integration zu verbessern und hierdurch gleichzeitig zur Überwindung der gesellschaftlicher Krisen beizutragen. An dieser Stelle sei nochmals betont, dass es seit Mitte der 2000er Jahre folglich weniger – bzw. nicht in erster Linie – um die Förderung des freiwilligen Engagements *zugunsten* dieser Zielgruppen geht, als vielmehr um die freiwillige Beteiligung *von* Migranten, Alten und Jugendlichen.

Ältere Menschen als Zielgruppe der Engagementpolitik

Die wohl größte Aufmerksamkeit wird im Untersuchungszeitraum dem brachliegenden Engagementpotenzial in den Reihen älterer Menschen entgegengebracht. Die analysierten Dokumente beziehen sich hierbei erneut auf die vielversprechenden Ergebnisse der drei bisherigen Wellen des Freiwilligensurveys, die u.a. auf den kontinuierlichen Anstieg des Engagementumfangs älterer Menschen zwischen 1999 und 2009 aufmerksam machen. So lag die Engagementquote der Menschen über 65 Jahre im Jahr 1999 bei 23 %, fünf Jahre später bei 26 % und im Jahr 2009 sogar schon bei 28 %, wobei zwischen 2004 und 2009 besonders bei Menschen über 70 Jahre ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen war (Gensicke/Geiss 2010: 20). In diesem Kontext gilt es als besonders erfreulich, dass nicht nur der Umfang, sondern auch das Engagementpotenzial der älteren Generation in diesem Zeitraum ebenfalls erheblich angestiegen sei (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 322-324; SZ 2005b; Köhler 2006a: 4; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 18; Spiegel Special 2006; Focus 2007f; BT-Drs. 16/13830 (Sozialbericht) 2009: 75; Bundesregierung 2010: 9; BMI 2011: 70). Hierbei werden die folgenden Gründe als Ursachen für die bislang unzureichende Potenziale-Ausschöpfung bei älteren Menschen benannt: Erstens dürfe keineswegs davon ausgegangen werden, dass ältere Menschen automatisch ihre Ressourcen zugunsten der Gemeinschaft einbringen, auch wenn sich die Bedingungen für ein Engagement angesichts verbesserter Gesundheits- und Mobilitätsbedingungen deutlich verbessert hätten (Schenck zu Schweinsberg 2009: 159). Zweitens wirke sich besonders die bis weit in die 2000er Jahre hineinreichende Dominanz negativer Altersbilder, in denen die Nacherwerbsphase überwiegend als Zeit von Verlust, Krankheit und Passivität charakterisiert wurde, hinderlich auf die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung durch Alte aus (u.a. Zeit Online 2009c). Und drittens fehle es noch an geeigneten institutionellen Rahmenbedingungen, die dem Einzelnen die Möglichkeit eines selbstbestimmten Engagements auch im Alter einräumten

des weiblichen Engagements: »Dieses Potenzial abzurufen stellt gleichermaßen eine Herausforderung an zivilgesellschaftliche Organisationen, die Arbeitgeber und die öffentliche Hand dar, indem die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und gesellschaftlicher Teilhabe gefördert wird.« (Bundesregierung 2010: 10)

(von der Leyen 2009: 12; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Diese Überlegungen führen zu dem übereinstimmenden Fazit, dass verstärkte Anstöße von außen notwendig seien, um das brachliegende Engagementpotenzial der Älteren nachhaltig zu fördern (BT-Drs. 15/5955 (Sozialbericht) 2005: 89; CDU/CSU/SPD 2005: 108; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 19; SPD 2007: 34; SZ 2008b; Schäuble 2009: 152; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII, X). Mit dieser Einsicht untrennbar verbunden sind vehemente Appelle an die Engagementbereitschaft der älteren Generation: »Und darum bitte ich Sie, jeden Einzelnen persönlich: Seien Sie Pioniere! Gehen Sie neue und vielleicht auch manchmal unbequeme Wege! ›Alter ist nichts für Feiglinge!« (Köhler 2006a: 8)

Die eindringliche Aufforderung an Ältere, ein freiwilliges Engagement zu übernehmen, ist Bestandteil der allgemeinen Proklamierung eines neuen Altersbildes und der Umdeutung des Ruhestandes zum produktiven »Unruhestand« im medialen, politischen und wissenschaftlichen Diskurs der 2000er Jahre (CDU/CSU/SPD 2005: 108; Köhler 2006d: 2, 2008b: 3; Focus 2006; FAZ 2008a; SZ 2009j; BT-Drs. 16/13830 (Sozialbericht) 2009: 75). Köhler fasst diesen Wandel des Altersbildes folgendermaßen zusammen: »Wie können wir alle, die Jüngeren wie die Älteren, die Vorstellung vom Alter als einer Zeit des Niedergangs überwinden, damit wir die vielen Chancen besser in den Blick bekommen und nutzen, die mit einem längeren Leben verbunden sind?« (Köhler 2006b: 2) Die Konzentration von Engagementmaßnahmen auf ältere Menschen trägt diesem sich allmählich durchsetzenden produktiven Altersbild insofern Rechnung, als es den Wünschen älterer Menschen nach einer sinnvollen und gemeinschaftsstiftenden Tätigkeit im Alter entgegenkommt (Zeit Online 2009d; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: V): So würden nach Ansicht von Ursula von der Leyen viele ältere Menschen »nur darauf warten, dass man sie in Verantwortung nimmt« (SZ 2008b; ähnlich SZ 2008a). Außerdem wirke sich – ganz nach dem Motto: »Wer sich um andere kümmert, hat keine Zeit, alt zu sein« – eine freiwillige Betätigung im Sinne der viel beschworenen Win-win-Situation sowohl positiv auf den Einzelnen wie auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt aus (Köhler 2008b: 2; ebenso Köhler 2006a: 4-7; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: V, VII).

Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe der Engagementpolitik

Neben Älteren stehen seit Mitte der 2000er Jahre besonders Menschen mit Migrationshintergrund im Mittelpunkt der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung. Dem Engagementumfang von Migranten wird deshalb ein erhöhtes Interesse entgegengebracht, da dieser nach Angaben des zweiten und dritten Freiwilligensurveys im Vergleich zur nicht-migrantischen Bevölkerung eher gering ausfalle (Gensicke/Geiss 2010: 23; SZ 2005e). So erhöht sich zwar der Gesamtumfang freiwillig engagierter Migranten zwischen 2004 und 2009 von 23 % auf 26 %, doch liegt dieser damit noch weit unter der Engagementquote der Gesamtbevölkerung (BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 150; Bundesregierung 2010: 9). Als besonders besorgniserregend wird in diesem Zusammenhang die vergleichsweise geringe Beteiligung jugendlicher Migranten betrachtet, die im Jahr 2009 lediglich bei 24 % liegt (BT-Drs. 17/3400 (Bildungsbericht) 2010: 80). Mit

Blick auf die Faktoren Bildung und Einkommen zeigen sich zudem ähnliche Tendenzen wie in der restlichen Bevölkerung, d.h., Migranten mit gutem Einkommen und einem höheren Bildungsabschluss sind durchschnittlich häufiger freiwillig engagiert (BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 150).

Entgegen dieser pessimistischen Gesamtbilanz gibt zumindest das beachtliche Engagementpotenzial der Migranten Anlass zur Hoffnung: Dieses liegt nach Angaben des Freiwilligensurveys mit 42 % im Jahr 2004 deutlich über der Engagementbereitschaft der übrigen Bevölkerung (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 24; SZ 2009f). Aus der Existenz dieses erheblichen Engagementpotenzials wird daher unisono das Fazit abgeleitet, dass das bürgerschaftliche Engagement von Migranten, insbesondere der Jugendlichen, in hohem Maße weiter unterstützt und ausgebaut werden müsse (BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 115f.; BMFSFJ 2007a: 11; Schäuble 2009: 151; BT UA-Drs. 16/88 2009: 52; SZ 2009i). Exemplarisch hierfür sei an dieser Stelle auf einen Auszug aus der Nationalen Engagementstrategie verwiesen: »Menschen mit Migrationshintergrund [...] sind eine bedeutende Zielgruppe für die Engagementpolitik der Bundesregierung. Die Bundesregierung will daher diese Menschen verstärkt für bürgerschaftliches Engagement gewinnen und Hindernisse für ihr Engagement beseitigen.« (Bundesregierung 2010: 12)⁵¹

Mit der Ausweitung des Engagementumfangs von Migranten werden zumeist zwei zentrale Hoffnungen verbunden: Einerseits sollen auf diese Weise die Bildungspotenziale des freiwilligen Engagements für die Migranten selbst nutzbar gemacht werden (BT-Drs. 17/3400 (Bildungsbericht) 2010: 80; Bundesregierung 2010: 9); andererseits kann das freiwillige Engagement von Migranten ein »Brückenschlag in die Aufnahmegesellschaft sein und den Weg zur Integration ebnen« (BMFSFJ 2007a: 11; ebenso Zeit Online 2008).

Jugendliche als Zielgruppe der Engagementpolitik

Eine weitere zentrale Zielgruppe der engagementspezifischen Aktivierungsaufrufe seit Mitte der 2000er Jahre bildet die Gruppe der Jugendlichen, wofür zumeist die folgenden Gründe angeführt werden: Erstens waren die meisten der im Erwachsenenalter engagierten Personen bereits in ihrer Jugend freiwillig aktiv, weshalb die Engagementförderung möglichst früh im Lebenslauf einsetzen sollte (Köhler 2006d; Schäuble 2009: 151f.). Zweitens stellt freiwilliges Engagement für Jugendliche eine ideale Möglichkeit der Bildung, Integration und Identitätsentwicklung dar (Spiegel Wissen 2010). Drittens scheinen Jugendliche für engagementpolitische Maßnahmen aufgrund ihres hohen Engagementumfangs und -potenzials in besonderem Maße empfänglich zu sein: Die Engagementbeteiligung der 14- bis 24-Jährigen sei zwar nach Angaben des Freiwilligensurveys zwischen 1999 und 2009 leicht abgesunken (1999: 37 %, 2004: 36 %, 2009: 35 %), nichtsdestotrotz weisen Jugendliche nach wie vor die insgesamt höchste Engagementquote auf (Gensicke/Geiss 2010: 18). Doch auch hier tritt der Einfluss des Faktors Bildung

51 | Nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen könne man zudem im Hinblick auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands keineswegs mehr auf die Erfahrungen und Kompetenzen freiwillig engagierter Migranten verzichten: »Wir brauchen auch die Fähigkeiten, das Engagement und die Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten, wenn unsere Gesellschaft wirtschaftlich und sozial bestehen und sich weiter entwickeln soll.« (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 63)

deutlich zu Tage: Während sich nach Angaben des zweiten Freiwilligensurveys nur 22 % der Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren mit niedrigem Bildungsabschluss engagieren, sind es bei denjenigen mit einem hohen Bildungsstatus sogar 43 % (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 225): »So fehlen gerade dem schulisch weniger privilegierten Nachwuchs die wichtigen Lerneffekte durch ehrenamtliche Tätigkeiten.« (Spiegel Wissen 2010) Besonders beeindruckt zeigten sich die politischen Vertreter allerdings von dem enormen Engagementpotenzial der Jugendlichen, das nach Angaben des Freiwilligensurveys im Jahr 1999 bei 39 %, im Jahr 2004 bei 43 % und im Jahr 2009 sogar bei 49 % liegt (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 213; vgl. BT-Drs. 14/8700 (Sozialbericht) 2002: 125; Bundesregierung 2010: 9; BT-Drs. 17/3400 (Bildungsbericht) 2010: 83; BMI 2011: 69).

Die engagementförderlichen Maßnahmen des Bundes verfolgten daher grundlegend das Ziel, dieses Engagementpotenzial zu heben: »Wir brauchen das Engagement junger Menschen. Wie können wir noch mehr von ihnen zur Übernahme eines Ehrenamtes bewegen?« (von der Leyen 2009: 11, ebenso CDU/CSU/SPD 2005: 110; Köhler 2006c: 12; Schäuble 2009: 152; Spiegel Wissen 2010) Auf die Zielgruppe der Jugendlichen ausgerichtete engagementspezifische Reformen müssten allerdings, so die allgemeine Feststellung, bestimmten Kriterien entsprechen: Sie sollten einerseits so gestaltet sein, dass sie den stärker nutzenorientierten Motiven junger Menschen, die durch ein freiwilliges Engagement oftmals beruflich relevante Kompetenzen oder zusätzliche Qualifikationen erwerben möchten, Rechnung tragen (Bundesregierung 2010: 9; BMI 2011: 74). Andererseits ist es von zentraler Bedeutung, dass sie dem Wunsch der Jugendlichen entgegenkommen, mit einer derartigen Tätigkeit soziale Kontakte zu knüpfen oder die Erfahrung der Selbstwirksamkeit zu machen (von der Leyen 2009: 11; BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: 65).

Die bereichsspezifische Aktivierungsrhetorik brachliegender Engagementpotenziale

Die soeben dargelegte Konzentration auf die Engagementbereitschaft bestimmter Personengruppen im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem steigenden Engagementpotenzial seit Mitte der 2000er Jahre wird ergänzt durch eine weitere Neuverknüpfung: Die Aktivierung dieses brachliegenden Engagementpotenzials wird vor allem in den Bereichen eine hohe Priorität eingeräumt, in denen zuvor ein besonders hoher Bedarf an freiwilligen Zusatzleistungen konstatiert wurde. Im Mittelpunkt dieser bereichsspezifischen Aktivierungsrhetorik brachliegender Engagementpotenziale stehen folglich erneut die Felder personenbezogener sozialer Dienstleistungserbringung, wie Pflege und Gesundheit, aber auch Stadtentwicklung und Umweltschutz. Angesichts der personellen und finanziellen Engpässe in den Bereichen Pflege und Altenhilfe wird vor allem an das hohe brachliegende Engagementpotenzial älterer Menschen appelliert, die sich nach Angaben des Freiwilligensurveys ja ohnehin vorwiegend zugunsten der eigenen Altersgruppe engagierten (Gensicke/Geiss 2010: 20, 156f.; vgl. SZ 2005c; Bundesregierung 2010: 42; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: VII). Nur durch Aktivierung dieses Potenzials könnten nach Ansicht von Ursula von der Leyen die Pflegekassen entlastet und der große Bedarf an freiwilligem Engagement in diesem Bereich befriedigt werden: »Noch nie in der Geschichte gab es so viele ältere Menschen wie heute. Noch nie waren sie so gesund, so gebildet, hatten

so viel Zeit. Das müssen wir nutzen. Wenn wir das nicht schaffen, dann werden wir dramatisch scheitern, menschlich und ökonomisch.« (FAZ 2008b; vgl. ähnlich FAZ 2007b, 2008a)

Die hohe Engagementbereitschaft Älterer wird folglich übereinstimmend mit der Hoffnung verknüpft, dass zukünftig noch mehr »fit gebliebene Senioren ehrenamtlich für die Pflege noch älterer begeister[t]« werden könnten (Focus 2006b; ebenso SZ 2004a, 2009b; Spiegel Special 2006). Ursula von der Leyen spitzte diese Erwartungshaltung auf die folgende einprägsame Formel zu: »Es gilt im doppelten Sinne: Ohne Ehrenamt kein gutes Alter!« (FAZ 2008b; ebenso FAZ 2008a) Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen forderte auch Wolfgang Tiefensee, dass dieses Potenzial »durch ein konkretes Konzept erschlossen und in die kommunale und regionale Planung eingebunden werden« müsse (Tiefensee 2009: 202). Zudem sei es mit Blick auf die »älter werdende Stadt« notwendig, die großen Engagementpotenziale der Senioren auch für die Aufrechterhaltung der Angebote in strukturschwachen und ländlichen Regionen zu aktivieren (SPD 2007: 34).

Die Verschränkung der professionellen und freiwilligen Dienstleistungserbringung müsse aber auch in anderen Bereichen der Sozialen Arbeit weiter forciert werden: Ulla Schmidt verwies in diesem Zusammenhang exemplarisch auf die hohe Engagementbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund, die bislang in Selbsthilfegruppen allerdings deutlich unterrepräsentiert seien (Schmidt 2009: 169). Handlungsbedarf bestehe außerdem im Bereich des Umweltschutzes, in dem übereinstimmend ein hoher Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen konstatiert wird: Die Nationale Engagementstrategie legt hier im Anschluss an die Umweltbewusstseinsumfrage 2008 dar, dass 36 % der Befragten durchaus zu einem Engagement im Umweltsektor bereit wären, sich jedoch nur 4 % der Umfrageteilnehmer tatsächlich in diesem Bereich engagierten (Bundesregierung 2010: 30). Gleichzeitig gebe es Hinweise darauf, dass gerade bei der Gruppe der Jugendlichen der Einsatz für den Umweltschutz zugunsten privater Ziele zunehmend an Bedeutung verliere. Aus diesem Grund sei es notwendig, dass gerade junge Menschen für ein Engagement in diesem Bereich gewonnen werden (von der Leyen 2009: 8; Bundesregierung 2010: 33). Dasselbe gelte für den Verbraucherbereich, der immer stärker auf die Beteiligung von Freiwilligen, z.B. in Selbsthilfegruppen, angewiesen sei: Hier existiere nach Angaben der Nationalen Engagementstrategie ein erhebliches brachliegendes Engagementpotenzial, das zukünftig besser aktiviert werden müsse (Bundesregierung 2010: 30).

Das brachliegende Engagementpotenzial der Unternehmen

Neben dieser bereichsspezifischen Aktivierungslogik sei abschließend noch auf eine dritte Tendenz im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem brachliegenden Engagementpotenzial während der 2000er Jahre verwiesen: Während das Engagement von und in Unternehmen zur Jahrtausendwende noch ein Randthema des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses darstellt (SZ 2000h; Schröder 2001a), wird diesem Bereich seit Mitte der 2000er Jahre deutlich mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht (Focus 2006e; CDU 2007: 84; SZ 2008c, 2009f; Wulff 2010a: 2). Interessanterweise ist auch in Bezug auf Unternehmen von einem noch brachliegenden Engagementpotenzial die Rede: So heißt es beispielsweise im Rahmen der »Initiative ZivilEngagement« des Bundesfamilienministeriums, dass es gerade bei Unternehmen noch »Spielraum für sehr viel mehr zivilgesell-

schaftliches Engagement« gebe (BMFSFJ 2008a; von der Leyen 2009: 11). Zudem wird auch im wirtschaftlichen Bereich davon ausgegangen, dass sog. »Corporate Citizenship«-Programme eine allseitige »Win-win-win-Situation« (SZ 2008c; ebenso SZ 2003a; FAZ 2008d) erzeugten, von der sowohl die Mitarbeiter und die Begünstigten als auch das Image der Unternehmen profitierten. Diese hier nur kurz angesprochene Schwerpunktverlagerung hin zum unternehmerischen Engagement zeigt, dass sich die wirtschaftliche Verantwortungsübernahme für die Gemeinschaft zu einem weiteren Knotenpunkt im Rahmen der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit Mitte der 2000er Jahre entwickelt, in deren dispositive Verbindungslinien bislang vorwiegend politische und gesellschaftliche Subjekte als Verantwortungsträger eingewoben waren. Horst Köhler bringt diese neue Konstellation folgendermaßen auf den Punkt:

»In den vergangenen Jahren sind Begriffe wie Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft immer mehr in unser Bewusstsein gekommen. [...] Das ist auch wichtig, denn diese Aktivitäten haben mit der Frage zu tun, was unsere Gemeinschaft zusammenhält, und was die Politik – aber auch zum Beispiel die Wirtschaft – tun können, damit bürgerschaftliches Engagement gefördert wird und alle davon profitieren können.« (Köhler 2008c: 1)

Der Freiwilligen-Markt als Hoffnung des Arbeitsmarktes

Die Analyse der Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource zwischen 2003 und 2009 zeigt, dass diese im Hinblick auf ihre zentralen Knotenpunkte und Verbindungslinien, die sich nach wie vor um die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« gruppieren, eine große Kontinuität an den Tag legt. Freiwilliges Engagement wird zwar spätestens seit Mitte der 2000er Jahre weniger im Zusammenhang mit einem aktivierenden Staatsverständnis als vielmehr im Kontext öffentlicher Dienstleistungserbringung diskutiert, doch bleiben die bereits zur Jahrtausendwende identifizierten zentralen Verknüpfungen im dispositiven Netz weitgehend erhalten. Die empirische Analyse hat ergeben, dass die wissensbezogenen Neuerungen der 2000er Jahre, wie etwa die Ausweitung der Krisenrhetorik auf weitere gesellschaftliche Entwicklungen oder die Zuspitzung des Aktivierungspostulats auf bestimmte Zielgruppen und Bereiche, in die grundlegende Problem-Lösungs-Konstruktion der Storyline integriert und zu einer kohärenten Erzählung verdichtet werden. Die weitgehende Kontinuität der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2009 kann demnach u.a. auf ihre Offenheit für inhaltliche Schwerpunktverlagerungen, z.B. im Rahmen von Regierungswechseln, zurückgeführt werden, die als epistemische Verschiebungen in das bestehende dispositive Gewebe eingepasst werden.

Die zentralen Merkmale der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2009 beruhen folglich nach wie vor auf den bereits aus dem vorausgegangenen Untersuchungszeitraum bekannten und weitgehend fortbestehenden epistemischen Knotenpunkten im dispositiven Netz: Durch die Einbettung der Rede über freiwilliges Engagement in eine Problem-Lösungs-Konstruktion einerseits und die Betonung eines nach wie vor brachliegenden Engagementpotenzials andererseits wird – wie bereits zur Jahrtausendwende – eine erhebliche Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen sowie ein großes Angebot an Engagementbereiten diskursiv konstruiert. Im Mittelpunkt der engagementbezogenen Nachfragedebatten stehen weiterhin verschiedene gesellschaftli-

che Krisensymptome, zu deren Lösung eine Ausweitung freiwilliger Leistungen notwendig erscheint. Die thematisierten Krisenerscheinungen werden hier zwar um neue Herausforderungen, wie etwa die demografische Entwicklung, die Krise des Bildungssystems oder die Integration von Migranten, ergänzt, doch bleibt die daraus gezogene Schlussfolgerung dieselbe: Die Ausweitung freiwilligen Engagements sei eine gute Möglichkeit, den genannten Herausforderungen wirksam zu begegnen und müsse deshalb von staatlicher Seite unterstützt werden. Auf der Angebotsseite wird unter Heranziehung der weiteren Wellen des Freiwilligensurveys nicht nur auf das Fortbestehen, sondern zugleich auf den erfreulichen Anstieg des Engagementpotenzials in den 2000er Jahren hingewiesen, wobei bestimmten Einsatzfeldern, besonders im personenbezogenen Dienstleistungsbereich, und spezifischen Personengruppen, wie Migranten, Alten und Jugendlichen, besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Des Weiteren wird analog zum vorausgegangenen Untersuchungszeitraum davon ausgegangen, dass dieses ungehobene Angebot an potenziellen Freiwilligen durch eine entsprechende Aktivierung den angesprochenen (Mehr-)Bedarf befriedigen könne. Exemplarisch hierfür sei auf ein Interview mit der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen verwiesen, die die engagementspezifische Angebots- und Nachfragelogik der Produktivitäts-Erzählung explizit aufgriff und mit Blick auf die ältere Generation wie folgt konkretisierte:

»Jeder Dritte, der älter als 60 ist, engagiert sich freiwillig; jeder Zweite möchte ehrenamtlich tätig werden, weiß aber nicht, wie. Viele Wohlfahrtsorganisationen suchen Helfer, können sie aber nicht finden. Wir haben also ein Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage, da wollen wir vermitteln.« (FAZ 2008a)

In ähnlicher Manier beschrieb Ursula von der Leyen den Grundgedanken der Internetplattform »www.engagiert-in-deutschland.de«, die im Rahmen der Initiative ZivilEngagement ins Leben gerufen wurde: »Diese Internetseite soll ein Dach bilden, unter dem verschiedene Angebote übersichtlich und leicht zugänglich sind. Die Vision, die dahinter steht, ist ein Marktplatz für bürgerschaftliches Engagement im Internet, den Engagierte und Organisationen gleichermaßen nutzen können.« (von der Leyen 2009: 10)⁵²

Dieses diskursiv konstruierte Passungsverhältnis zwischen engagementspezifischen Angebots- und Nachfragebedingungen findet somit auch zwischen 2003 und 2010 seinen epistemischen Kulminationspunkt in dem bereits eingeführten Bild des Freiwilligen-Marktes, das an dieser Stelle nochmals aufgegriffen und präzisiert werden soll. Obgleich sich die Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource zwischen 2003 und 2010 durch eine erstaunliche Kontinuität auszeichnet, las-

52 | Eine ähnliche Formulierung findet sich auch auf einem Flyer des Bundesfamilienministeriums, in dem die Initiative ZivilEngagement vorgestellt wird. Hier heißt es, »das Internetportal www.engagiert-in-deutschland.de [...] [ist] eine Plattform für Bürgerinnen und Bürger, Organisationen, Kommunen und Unternehmen, in der bereits Aktive und Menschen, die aktiv werden wollen, schnell den Weg zum für sie passenden Engagement finden« (BMFSFJ 2008a). Mit Hilfe dieser Internetplattform sei nach Ansicht der Nationalen Engagementstrategie eine effiziente Zusammenführung von Angebot und Nachfrage möglich (Bundesregierung 2010: 68).

sen sich, wie bereits ausführlich dargelegt, eine Reihe epistemischer Neuerungen identifizieren, die auch für die Freiwilligen-Markt-Deutung nicht folgenlos bleiben: Durch die spätestens seit Mitte der 2000er Jahre einsetzende Fokussierung des Angebotsdiskurses auf das Engagementpotenzial spezifischer Personengruppen und des Nachfragediskurses auf den erhöhten Bedarf in bestimmten gesellschaftlichen Einsatzfeldern rückt die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung zunehmend in die Nähe arbeitsmarktpolitischer Überlegungen.

Während die Arbeitsmarkt-Analogie zur Jahrtausendwende eher als Vergleichsfolie für die veränderten Anforderungen der neuen Ehrenamtlichen an ein freiwilliges Engagement fungierte, verändert sich ihre Bedeutung in den 2000er Jahren insofern grundlegend, als sich die Angebots- und Nachfragedebatten über freiwilliges Engagement nun immer stärker an arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Für diese Annahme spricht erstens, dass besonders in den Bereichen eine hohe Nachfrage nach Freiwilligen konstatiert wird, in denen, wie etwa im personenbezogenen Dienstleistungsbereich, Versorgungslücken aufgrund des allgemeinen Fachkräftemangels und erheblicher Finanzierungsprobleme befürchtet wurden (FAZ 2008a): So forderte beispielsweise Barbara Stolterfoht, SPD-Politikerin und Bundesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dass das Geld, welches bei einem möglichen Wegfall des Zivildienstes frei werde, »künftig ungekürzt für hauptberufliche Kräfte, freiwillige Dienste und das Ehrenamt zur Verfügung stehen« müsse (Focus 2004). Als Ergänzung zu Überlegungen, den Pflegeberuf attraktiver zu machen, sprach sie sich besonders für die stärkere Unterstützung und den Ausbau von Freiwilligendiensten aus, um den »Betreuungsnotstand« (ebd.) abzumildern. Ähnliche Probleme ergäben sich auch mit Blick auf den Bildungsbereich, denn Schulen sind angesichts von Personalmangel und sinkender staatlicher Bildungsausgaben »auf immer mehr ehrenamtliche Helfer angewiesen« (SZ 2007f; ebenso FAZ 2005). In diesem Zusammenhang zeigt sich die Arbeitsmarktnähe engagementspezifischer Fragen besonders darin, dass es kaum genügend ausreichend qualifizierte Ehrenamtliche für die Arbeit in den Schulen gebe. Die Freiwilligen-Markt-Terminologie hierbei explizit aufgreifend kommt z.B. Waltraud Lucic, die Vorsitzende des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbands, zu folgender resümierenden Einschätzung: »Der Freiwilligenmarkt ist inzwischen stark umkämpft und prädestinierte Kandidaten [...] sind rar.« (SZ 2007f)

Zweitens zeigt sich, dass die im Zentrum des engagementspezifischen Aktivierungsdiskurses stehenden Personengruppen, d.h. Alte, Jugendliche und Migranten, gleichzeitig zu den Bevölkerungsteilen gehören, die überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es scheint ganz so, als avancierten die Ausgeschlossenen des Arbeitsmarktes in der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource gewissermaßen zu den Hoffnungsträgern des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes. Bestätigt wird diese Annahme nicht nur von der soeben zitierten SPD-Politikerin Barbara Stolterfoht, die Arbeitslose als »Pflegekräfte-Reservoir« (Focus 2004) bezeichnet, die freiwillig Helfertätigkeiten übernehmen können, sondern auch durch das folgende Statement des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler: »Wir sollten dazu [zu einem freiwilligen Engagement, D.N.] gezielt auch und gerade diejenigen ermutigen, die abseits stehen – sei es, weil sie sich ausgeschlossen fühlen, zum Beispiel weil sie derzeit keine Arbeit haben; sei es, weil sie sich womöglich zu fein dafür geworden sind.« (Köhler 2008a: 20)

Gleichzeitig begegnet man immer häufiger der Feststellung, dass die genannten Personengruppen durch eine »Beschäftigung« auf dem Freiwilligen-Markt wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten (SZ 2004f): Der Vizechef der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, konstatierte beispielsweise, dass gerade Langzeitarbeitslose »Jobs im Ehrenamt«, d.h. »in »pflegenahen Dienstleistungen« oder als »Aufsicht, wenn Schulen Ganztagsbetreuung einführen«, finden könnten (FAZ 2004c). Im Vorgriff auf die institutionelle Dimension der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung soll die hier aufscheinende Neuverknüpfung von engagementspezifischen Fördermaßnahmen und arbeitsmarktpolitischen Überlegungen durch zwei Beispiele näher erläutert werden: Zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen verweist z.B. der dritte Armuts- und Reichtumsbericht auf das vom Bund finanzierte Programm »Freiwilligendienste machen kompetent«, durch das vor allem benachteiligte junge Menschen, d.h. solche mit geringen Bildungsniveau, abgebrochener Ausbildung, Migrationshintergrund oder körperlichen Beeinträchtigungen, gefördert und wenn möglich sogar in den Arbeitsmarkt (re-)integriert werden sollen: »Ziel ist es, sie für das freiwillige Engagement zu gewinnen sowie ihre Chancen für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erhöhen.« (BT-Drs. 16/9915 (Armuts- und Reichtumsbericht) 2008: 150) Darüber hinaus gehören verschiedene, eigens auf die Förderung des freiwilligen Engagements ausgerichtete Programme, wie etwa der soeben erwähnte Freiwilligendienst, zum selbstverständlichen Angebotsrepertoire der Arbeitsagenturen: Um beispielsweise Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen, werden die Arbeitsagenturen ganz explizit dazu aufgefordert, gerade diesen schwer vermittelbaren Personengruppen z.B. den »Freiwilligendienst aller Generationen als zusätzliches freiwilliges Angebot anzubieten, sofern keine anderen geeigneten Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen« (Bundesregierung 2010: 21).

Angesichts der impliziten wie expliziten Angebots-Nachfrage-Logik der Storyline Freiwilligkeit als Produktivitätsressource und ihrer Nähe zu arbeitsmarktpolitischen Überlegungen verwundert es kaum, dass die demokratische Dimension des freiwilligen Engagements auch in den 2000er Jahren weiterhin nur am Rande und wenn, dann vornehmlich mit Blick auf den Kampf gegen politischen Extremismus thematisiert wird (CDU/CSU/SPD 2005: 106f.; CDU/CSU/FDP 2009: 80). Die demokratische Bürgerbeteiligung, die durchaus auch mit Kritik in Form von Protesten, Bürgerinitiativen o.ä. verbunden sein kann, spielt in der bundespolitischen Engagementdebatte folglich eine eher untergeordnete Rolle. Letztere ist vielmehr auf die Befriedigung einer hohen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit ausgerichtet, wobei Bürgerengagement gleichzeitig zu einer festen Größe in der staatlichen Leistungserbringung avanciert. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Arbeitsgemeinschaft »Bürgerschaftliches Engagement« der Heinrich-Böll-Stiftung (2012): Ihrer Meinung nach greife die bundespolitische Reduzierung des Engagementbegriffes auf helfende Tätigkeiten vornehmlich im sozialen Bereich deutlich zu kurz: »Während Politik und Verwaltung aber oft gerade die »fraglose« Hilfsbereitschaft ins Zentrum ihrer Engagementförderung stellen, sollten grüne Perspektiven ganz besonders auch auf unbequemes, auf Veränderung zielendes Engagement gerichtet sein.« (Evers u.a. 2012: 10). Die Bürgergesellschaftsdiskussionen im Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen stellen folglich insofern eine Ausnahme im Rahmen der dominanten engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung dar, als hier der Beteiligung der Bürger am politischen Prozess, bisweilen sogar in Form von

Protesten oder kritischen Bürgerinitiativen, noch die meiste Aufmerksamkeit geschenkt wird (Bündnis 90/Die Grünen 2002: 10; die Bündnis 90/Die Grünen-Politikerin Barbara Unmüßig in: Frankfurter Rundschau 2004).⁵³

Die Multidimensionalität der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Eine (fast) vergebliche Suche

Die ausführliche Skizzierung der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource zeigt erstens, dass diese auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre nichts von ihrem beschwörenden Tonfall verloren hat. Zweitens ist mit Blick auf die Neuverknüpfungen im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kaum zu übersehen, dass es sich hierbei erneut vornehmlich um epistemische Neuerungen handelt und diese Erzählung, was ihre Multidimensionalität anbetrifft, deutlich hinter der Heterogenität der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zurückfällt. Dieser Eindruck wird dadurch bestätigt, dass es im Netz der Produktivitäts-Erzählung auch in den 2000er Jahren an symbolträchtigen Objekt- und Körperbezügen mangelt, die die Storyline einfangen oder verkürzen könnten. Die einzige erwähnenswerte Ausnahme stellen die auch zwischen 2003 und 2010 verschiedentlich aufgegriffenen negativ konnotierten objektbezogenen und institutionellen Versinnbildlichungen einer egoistischen, sinnentleerten und konsumorientierten Freizeitgestaltung, wie etwa das Fitnessstudio, Diskotheken oder Inline-Skates, dar, die vornehmlich als Kontrastfolie zu den Verpflichtungen einer Vereins- oder Verbandsmitgliedschaft herangezogen werden. Dieser Kontrastfunktion bediente sich beispielsweise Thomas Unruh, der als Johanniter-Einsatzleiter in Bremerhaven tätig ist: »In Bremerhaven dagegen haben Playstation, Bars, Diskotheken und kommerzielle Freizeitmöglichkeiten die ehrenamtliche Mitgliedschaft beim Sanitätsdienst abgelöst – das gilt als ›uncool.« (Spiegel Online 2006b)

Abgesehen davon begegnet man in der empirischen Analyse zwar noch weiterer objekt- und körperbezogener Aussagen, doch handelt es sich hierbei überwiegend um die für die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre typischen Objekt- und Körperbezüge, die parallel zur Produktivitäts-Erzählung fortbesteht oder sich in diese einschreibt: Besonderer Beliebtheit erfreut sich hierbei weiterhin die objektbezogene Negativ-Verknüpfung des Fernsehschauers oder des Sofas. Letzteres

53 | Gerade der im Umfeld der Heinrich-Böll-Stiftung sehr aktive Politikwissenschaftler Adalbert Evers insistierte bereits zu Beginn der 2000er Jahre darauf, dass »Bürgerengagement auf weit mehr verweist als auf Fragen der ›Mobilisierung von ehrenamtlichen Potentialen‹ – es geht um eine ganze Palette möglicher Formen und Ressourcen sozialen Kapitals und sozialer Einbettung« (Evers/Olk 2002: 14). Auch das Demokratieverständnis von Bündnis 90/Die Grünen greife seiner Meinung nach bisweilen zu kurz, da hier zumeist bei der »Suche nach dem Aktivbürger auf der Ebene partizipativer Planungsverfahren halt« gemacht werde (Evers 2012: 20). Bei einer derartigen Verengung des Demokratiebegriffs geraten, so Evers, die alltäglichen Demokratieerfahrungen an der Grenze von Privatem und Öffentlichem gänzlich aus dem politischen Blickfeld. Evers plädiert deshalb eindringlich für eine Ausweitung der Demokratiedimension der Bürgergesellschaft über die Möglichkeiten politischer Partizipation hinaus. Hierbei gehe es darum, den Blick auf Institutionen, wie Schulen, Vereine oder Kirchen, zu richten, die alltagsdemokratische Erfahrungen ermöglichen und Raum für Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung bieten (ebd.: 20f.).

avanciert beispielsweise zum zentralen negativ konnotierten Symbol des vom Bund im Jahr 2008 initiierten Ehrenamt-Förderprogramms für Senioren »Aktiv im Alter«, das u.a. auf die Werbekraft von Großflächenplakaten setzt. Über den darauf abgebildeten leeren und durchgessenen Sofas prangen Slogans, wie: »Sie könnten mehr Spuren hinterlassen als eine Kuhle im Sofa. Deutschland entdeckt die Potenziale des neuen Alters« oder »Ist das der beste Platz für Ihre besten Jahre?« (SZ 2008b) Ursula von der Leyen verband mit dieser Kampagne das Ziel, sowohl die individuelle als auch die gemeinschaftsbezogene Nutzendimension eines Ehrenamtes zu aktivieren: Einerseits sollen durch ein Ehrenamt die zusätzlichen Lebensjahre der Älteren in sinnstiftende und »gewonnene Jahre« für den Einzelnen verwandelt werden. Andererseits soll das brachliegende Engagement Älterer gerade für gesellschaftlich relevante Bereiche, wie »der Kinderbetreuung, der Altenpflege oder der Begleitung sterbender Menschen in Hospizen«, mobilisiert werden (ebd.).

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, dass sich das Sofa als typische objektbezogene Negativ-Verknüpfung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zunehmend auch in die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung einschreibt und im Zuge dessen eine weitere Bedeutungsdimension hinzugewinnt: Denn das Sofa fungiert hier nicht mehr nur als negativ konnotiertes Sinnbild für ein sinnentleertes und sozial isoliertes individuelles Leben, sondern findet nunmehr auch Verwendung als Symbol für den Verlust gesellschaftlich notwendiger Aktivitätspotenziale (Zeit Online 2010); und dies nicht nur mit Blick auf ältere Menschen: Auch bei der Beschreibung ehrenamtlich inaktiver Jugendlicher wird auf die soeben beschriebene Symbolkraft des Sofas rekurriert und von »reinen Sofahocker[n]« gesprochen, die als »träge[...] Rum- und Abhänger, [...] neben Schule oder Ausbildung bei rein gar nichts dabei sind« (Spiegel Wissen 2010). Eine ähnliche Bedeutungserweiterung erfährt auch der Fernseher, der generationsübergreifend zum negativ besetzten Inbegriff einer individuellen sowie gesellschaftlichen Potenziale-Verschwendung avanciert (Köhler 2006a: 7; SZ 2008c).

Darüber hinaus sind es in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre interessanterweise gerade die körperbezogenen – genauer gesagt: die bereits bekannten gesundheitsförderlichen – Aussagen, die auch im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung erneut mit zunehmender Intensität aufgegriffen werden. Diese erhöhte Aufmerksamkeit kann insbesondere auf die in diesem Zeitraum deutlich hervortretende zielgruppenspezifische Konzentration der Anrufungspraxis auf ältere Menschen zurückgeführt werden, im Zuge dessen vor allem Senioren auf die gesundheitsstärkenden Eigenschaften eines Ehrenamtes aufmerksam gemacht werden sollen: »Die Senioren stellen ihre Krücken in die Ecke«, lautet daher auch das zusammenfassende Fazit einer Studie, in der die ehrenamtliche Mitarbeit Älterer in Kindertagesstätten untersucht wurde (Zeit Online 2009e). Die gesundheitsbezogenen Vorteile eines freiwilligen Engagements wurden vor allem von Politikern und in der medialen Berichterstattung besonders betont. Hier begegnet man häufig Statements wie den Folgenden: »Wir wissen, dass ehrenamtlich Engagierte gesünder und glücklicher sind als andere« (FAZ 2008a) und sinnerfüllte Aktivitäten gerade im Alter »für die geistige Beweglichkeit« (FAZ 2008b) sorgen. Wissenschaftliche Ergebnisse als Beleg heranziehend gelangte auch der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff in seiner Ansprache zum »Tag des Ehrenamts« am 06.12.2010 zu einer ähnlichen Einschätzung:

»Helfende leben länger und das Ehrenamt macht froh! Ehrenamtliche Tätigkeit wirkt nachweislich gesundheitsfördernd und lebensverlängernd. Soziales Engagement kann die individuelle Lebenserwartung um bis zu 21 % steigern. Wenn dies noch bekannter wäre, würde sich vermutlich jeder ehrenamtlich engagieren.« (Wulff 2010b: 3; ebenso Wulff 2010c: 2)

In Anlehnung an diese Worte des Bundespräsidenten zitiert das Hamburger Abendblatt sogar den Direktor der Psychiatrischen Uniklinik Ulm mit den Worten, dass man aufgrund dieser gesundheitsförderlichen Eigenschaften des freiwilligen Engagements »rein rechnerisch [...] allein durch Ehrenämter die Streichung einer ganzen Reihe von Langzeitmedikationen ausgleichen« könne (Hamburger Abendblatt 2010).

Mit Blick auf die Multidimensionalität der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2009 gilt festzuhalten, dass hier die objekt- und körperbezogenen Aussagenbündel der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre immer wieder aufscheinen und mitunter sogar explizit – allerdings unter Erweiterung ihrer gesellschaftlichen Bedeutungsdimension – in die Produktivitäts-Erzählung eingewoben werden. Die vereinzelt Körper- und Objektbezüge können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei dieser Storyline auch in den 2000er Jahren vornehmlich um eine im politisch-wissenschaftlichen Kontext erzeugte und medial verbreitete Wissensordnung handelt, die bislang lediglich Eingang in bundespolitische Modellprogramme und Gesetzesinitiativen gefunden hat und deren Institutionalisierungsgrad darüber hinaus noch recht schwach ausgeprägt ist. Dies ist auch der Grund, weshalb im nächsten Schritt der institutionellen Dimension der Engagementförderung und den darin geronnenen Wissensbeständen der Produktivitäts-Erzählung Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. In der Zusammenschau mit der anschließenden Betrachtung der alltagspraktischen Aneignung des Produktivitäts-Dispositivs durch die Freiwilligen seit der Jahrtausendwende erlauben diese Erkenntnisse sowohl Rückschlüsse auf die Vollzugswirklichkeit der Storyline als auch auf die Gründe für den nach wie vor appellativen Tonfall⁵⁴ der gesamten Erzählung.

Die Konsolidierung der staatlichen Engagementpolitik in Deutschland zwischen 2002 und 2009

Während die Einführung engagementpolitischer Maßnahmen zur Jahrtausendwende noch ein hohes Maß an Begründung und Rechtfertigung bedurfte, gehört die Einsicht in die Notwendigkeit derartiger bundespolitischer Förderprogramme im weiteren Verlauf der 2000er Jahre zum selbstverständlichen Wissensrepertoire aller Parteien. Als besonders anschlussfähig erweist sich in diesem Zusammenhang die anhaltende diskursive Einbettung des Engagementthemas in eine Problem-Lösungs-Konstruktion, wodurch die Ausweitung des Engagementvolumens durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen nicht nur als erstrebenswert, sondern als notwendig und alternativlos erachtet wird. Exemplarisch hierzu sei auf die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Nationalen Engagementplan verwiesen:

54 | Auch Ulrich Bröckling kommt zu dem Ergebnis, dass sich die bundespolitischen Dokumente zum Thema Engagementförderung seit der Jahrtausendwende durch einen »appellativen[n]« bzw. »imperativische[n]« Tonfall auszeichnen (Bröckling 2002b).

»Bürgerschaftliches Engagement ist eine *condicio sine qua non*, um mit neuen und alten Herausforderungen in praktisch allen Politikfeldern erfolgreich umzugehen, ohne dass sich der Staat von seinen Kernaufgaben verabschiedet. Da sich aber der gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmen für bürgerschaftliches Engagement ständig ändert, Barrieren erst im Zeitverlauf deutlich werden, muss Engagementpolitik ständig und zeitnah diesen Herausforderungen angepasst werden.« (BT-Drs. 16/12221 2009: 2)⁵⁵

Die Behauptung der Unausweichlichkeit bzw. Notwendigkeit der Ausweitung des Engagementumfangs durch staatliche Förderung wird zudem indirekt in immer wiederkehrenden Formulierungen zum Ausdruck gebracht, in denen stets auf die begrenzten Einflussmöglichkeiten des Staates verwiesen wird. Diese sind typischerweise folgendermaßen aufgebaut: Unser Land braucht das freiwillige Engagement der Bürger oder ist gar darauf angewiesen, da der Staat die anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen aufgrund seines begrenzten Einflussrahmens nicht allein lösen könne. Exemplarisch für viele derartig strukturierte Statements sei hier auf eine Aussage des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff verwiesen: »Unser Land braucht Menschen wie Sie, weil die Möglichkeiten des Staates begrenzt sind. Er ist auf die Kraft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das wird in den kommenden Jahren in noch weitaus stärkerem Maße als bisher der Fall sein.« (Wulff 2010a: 3)⁵⁶ Die bereits beschriebene allgemeine Verklärung der produktiven Eigenschaften des freiwilligen Engagements mündet dann zumeist in der Einsicht, dass kein Weg mehr an der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch den Staat vorbeiführe. Die diesbezüglichen Statements folgen hierbei ebenso einem stets ähnlichen Muster: Ohne freiwilliges Engagement würden viele Bereiche der sozialen Leistungserbringung nicht mehr funktionieren, die Gesellschaft würde verarmen und wäre nicht mehr existenzfähig. Auf dieser grundlegenden Struktur basiert z.B. folgender Auszug aus dem zwischen der CDU/CSU und der SPD im Jahr 2005 geschlossenen Koalitionsvertrag: »Ohne ein starkes ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger für unser Zusammenleben kann unsere Gesellschaft nicht existieren. Deshalb werden wir weitere Maßnahmen zur Unterstützung der aktiven Bürgergesellschaft ergreifen, indem wir etwa das ehrenamtliche Engagement fördern.« (CDU/CSU/SPD 2005: 109)⁵⁷

Aus den bisherigen Erkenntnissen lassen sich die folgenden zentralen Ziele der Engagementpolitik zwischen 2003 und 2010 ableiten und wie folgt in die dominante Angebots-Nachfrage-Logik einordnen: Das Hauptziel auf der Angebotsseite besteht analog zur Jahrtausendwende darin, das brachliegende Engagementpotenzial weiter auszuschöpfen und noch mehr Menschen als bislang zur Übernahme eines

55 | Dieses Notwendigkeitsargument ebenso aufgreifend bemerkt der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff: »Darum ist schon heute klar: Wir brauchen künftig noch viel mehr bürgerschaftliches Engagement für das Gemeinwesen [...]. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieses Engagements ist allerdings für die meisten von uns noch kein ausreichendes Motiv, um selbst aktiv zu werden.« (Wulff 2010a: 3; ebenso Schröder 2005: 6; Böhmer 2009: 33)

56 | Für eine ähnliche Argumentationsstruktur vgl. CDU 2007: 24; Tiefensee 2009: 199f.; Steinbrück 2009: 185; Wulff 2010b: 2.

57 | Dieser Argumentation begegnet man bei der Analyse des Textkorpus sehr häufig (vgl. u.a. Köhler 2006d: 1, 2008b: 2; CDU 2007: 84; CDU/CSU/FDP 2009: 80; Wulff 2010b: 1f.).

freiwilligen Engagements zu motivieren (SZ 2009f). In diesem Zusammenhang existiert ein ungebrochener Glaube daran, dass dieses Ziel nur durch geeignete bundespolitische Fördermaßnahmen verwirklicht werden könne. So konstatiert z.B. die Bundestagsabgeordnete Antje Blumenthal: »Der Staat muss unterstützende, rechtliche, finanzielle und organisatorische Voraussetzungen schaffen, um die Menschen zu befähigen und zu ermutigen, sich mit Freude einzubringen.« (Blumenthal 2009: 21)⁵⁸ Unter Berücksichtigung der ausführlich skizzierten Zielgruppenfixierung sollen durch derartige Maßnahmen vor allem Bevölkerungskreise angesprochen werden, die bislang im Engagement eher unterrepräsentiert sind und/oder über ein hohes Engagementpotenzial verfügen. Auf der Nachfrageseite geht es demgegenüber nach wie vor um die Befriedigung des hohen Bedarfs an freiwillig erbrachten Leistungen angesichts gesellschaftlicher Krisen einerseits und personeller sowie finanzieller Engpässe im personenbezogenen Dienstleistungsbereich andererseits. Darüber hinaus sei es dringend geboten, Engagementförderung zukünftig als eine politische und wirtschaftliche Querschnittsaufgabe zu betrachten (Bundesregierung 2010: 3-10).

Obgleich die Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zwischen 2003 und 2010 aufgrund ihrer allgemeinen Normalisierung ihren innovativen Charakter verliert, fungiert sie weiterhin als Blaupause für die Durchführung engagementpolitischer Reformen. Im Fokus der folgenden Ausführungen stehen daher diejenigen Neuerungen, die als institutionelle Positiv-Verknüpfungen besonders eng in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung eingewoben sind. Die Darstellung der institutionellen Maßnahmen gliedert sich hierbei entlang der Legislaturperioden der jeweils amtierenden Bundesregierung, da diese durchaus unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte in Sachen Engagementförderung gesetzt haben.

Die 15. Legislaturperiode: Die zweite Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung (2002 bis 2005)

In der 15. Legislaturperiode sind es vor allem zwei die institutionelle Dimension betreffende Positiv-Verknüpfungen, deren Benennung maßgeblich zur inhaltlichen Verdichtung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung beiträgt: die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie die Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf weitere Ehrenamtsgruppen. Bevor die Verwobenheit dieser engagementförderlichen Maßnahmen im dispositiven Netz ausführlich dargestellt werden kann, gilt es zunächst, einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Engagementpolitik in der zweiten Amtszeit der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu geben: Die Engagementförderung orientierte sich in diesem Zeitraum stark an den Ergebnissen des zweiten Freiwilligensurveys (Gensicke/Picot/Geiss 2005) sowie dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002). Um den Gegensatz zwischen zeitgemäßen und veralte-

58 | Diese Feststellung stößt im politischen Umfeld auf allgemeine Zustimmung (u.a. SPD/Bündnis 90/Die Grünen 2002: 58; BT-Drs. 15/5955 (Sozialbericht) 2005: 20, 89; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 16; BMFSFJ 2007a: 5; CDU/CSU/FDP 2009: 80; Aigner 2009: 19; von der Leyen 2009: 8f.; Steinbrück 2009: 89; Bundesregierung 2010: 5; BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 150).

ten ehrenamtlichen Anerkennungsformen aufzuzeigen, greifen die Mitglieder der Kommission mitunter auf die zentralen Objektbezüge des alten Ehrenamtes, wie Ehrennadeln bzw. -medaillen, zurück und betonen, dass diese zwar auch zukünftig erhalten bleiben sollten, hierbei aber dringend um andere attraktive Anerkennungsinstrumente erweitert werden müssten (ebd.: 128f.). Diese Kontrastfunktion aufgreifend bedient sich beispielsweise auch die FAZ in ihrer Berichterstattung über die Ergebnisse der Enquete-Kommission dieser objektbezogenen Negativ-Verknüpfung: »Mit Dankesschreiben und silbernen Ehrennadeln seien gerade junge Menschen nicht zu locken.« (FAZ 2003)

In Ergänzung traditioneller ehrenamtlicher Anerkennungsformen beinhaltet der Abschlussbericht der Enquete-Kommission eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen, von denen sich die beteiligten Experten eine nachhaltige Stärkung und Ausweitung des freiwilligen Engagements erhoffen. Zu den zentralen Verbesserungsvorschlägen gehört u.a. die Empfehlung, eine Verstetigung der bundespolitischen Engagementpolitik durch die Gründung von Gremien oder Kommissionen im Deutschen Bundestag herbeizuführen, die sich dauerhaft – und unabhängig von parteipolitischen Präferenzen – mit engagementsspezifischen Themen beschäftigen. Darüber hinaus sei es für die Institutionalisierung des freiwilligen Engagements auf bundespolitischer Ebene von zentraler Bedeutung, einerseits die Vernetzung zwischen der bundespolitischen Engagementförderung und den zivilgesellschaftlichen Akteuren voranzutreiben und andererseits ein bundesweites Netzwerk für bürgerschaftliches Engagement ins Leben zu rufen (BT-Drs. 14/8900 2002: 290-293). Die rot-grüne Bundesregierung trug diesen Vorschlägen auf unterschiedliche Weise Rechnung: Erstens übertrug sie dem Bundesfamilienministerium im Jahr 2002 die Querschnittsverantwortung für das Thema bürgerschaftliches Engagement. Zweitens wurde am 09.04.2003 ein dem Familienausschuss zugeordneter Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« im Deutschen Bundestag eingesetzt (BT UA-Drs. 15/090 2005), der u.a. die weitere Umsetzbarkeit der Empfehlungen der Enquete-Kommission prüfen sollte (FAZ 2003). Bereits dieser Unterausschuss sei nach Ansicht der Bundesregierung ein deutlicher Beleg dafür, dass das Parlament die Ergebnisse der Enquete-Kommission ernst nehme und die Empfehlungen umzusetzen versuche (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 17). Drittens setzten sich die Regierungsvertreter in der 15. Legislaturperiode für die Förderung engagementsspezifischer überregionaler Netzwerke und Dachverbände ein: In den Genuss der Unterstützung durch das BMFSFJ kamen hierbei u.a. die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG SHG), die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) oder die Lokalen Bündnisse für Familien (ebd.: 22).

Neben den bereits genannten Handlungsempfehlungen beinhaltet der Bericht der Enquete-Kommission weitere Vorschläge bezüglich der Frage, wie Förderprogramme aufgebaut sein müssen, um hierdurch Personengruppen mit einer besonders hohen Engagementbereitschaft und/oder einer bislang niedrigen Engagementquote für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen. Zur Aktivierung der Engagementpotenziale Älterer empfiehlt der Bericht u.a. Förderprogramme, die auf das familiäre oder berufliche Erfahrungswissen der Senioren zurückgreifen und so Solidarität auch außerhalb des privaten Bereichs erfahrbar machen (BT-Drs. 14/8900 2002: 103). Diese Handlungsempfehlung aufgreifend rief das Bun-

desfamilienministerium im Jahr 2002 das Modellprogramm »Erfahrungswissen für Initiativen« (EFI, 2002-2006) ins Leben, im Rahmen dessen ältere Menschen zu sog. »SeniorTrainern« für eine beratende Tätigkeit in der kommunalen Engagementförderung ausgebildet werden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 27f.). Dieses Modellprojekt, das grundlegend auf der Verknüpfung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung mit dem Dispositiv des Produktiven Alters beruht, verfolgt das Ziel, ältere Menschen darin zu unterstützen, »ihre vielfältige Lebenserfahrung in Familie, Beruf, Ehrenamt und Alltagsleben an freiwillig Engagierte aller Altersgruppen weiterzugeben und damit uns allen nutzbar zu machen« (Schmidt 2004: 2). Dieser aus der Selbstdarstellung des Modellprogramms entnommene Auszug zeigt eindrücklich, dass diesem Projekt die vielfach rezipierte Vorstellung einer durch das freiwillige Engagement induzierten Win-win-Situation zugrunde liegt. Zudem werde durch das Programm nur das gefördert, was die älteren Menschen Umfragen zufolge ohnehin selbst wollen: »eine sinnvolle Aufgabe« (ebd.: 3).

Neben älteren Menschen sind auch Migranten in hohem Maße von der zielgruppenspezifischen Aktivierungslogik der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung betroffen. Mit Blick auf diese Bevölkerungskreise empfiehlt daher die Enquete-Kommission vor allem die Förderung integrationsbegünstigender Initiativen und Projekte in den Kommunen, in denen die Migranten im besten Falle nicht nur als Klienten, sondern auch als Aktive eine tragende Rolle spielen (BT-Drs. 14/8900 2002: 105f.). Unter Berücksichtigung dieser Empfehlung setzte sich das Bundesinnenministerium in der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Regierung besonders für den Aufbau sog. »kommunaler Netzwerke für Integration« ein, mit deren Hilfe Räume für das Engagement von, mit und für Migranten geschaffen werden sollen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 23). Der ehemalige Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Jochen Welt, zeigte sich von diesen kommunalen Netzwerken sehr beeindruckt, da diese seiner Meinung nach entscheidend dazu beitragen, die Integration von Migranten zu befördern sowie Isolations- und Abgrenzungstendenzen abzumildern (Welt 2000: 12-17).

Darüber hinaus gehen auch die im Fokus der weiteren Ausführungen stehenden institutionellen Positiv-Verknüpfungen, d.h. die Ausweitung des Versicherungsschutzes sowie die Gründung eines Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), auf die Empfehlungen der Enquete-Kommission zurück. Diese engagementspezifischen Neuerungen gehören deshalb zu den zentralen Knotenpunkten des dispositiven Netzes, da sie, wie im Folgenden gezeigt werden soll, in hohem Maße mit der bereits ausführlich skizzierten Angebots- und Nachfrage-logik der vorherrschenden engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung übereinstimmen und somit als Hoffnungsträger einer funktionierenden Potenzial-Ausschöpfung fungieren.

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement ist ein trisektorales, bundesweites Netzwerk mit aktuell mehr als 250 Mitgliedern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, das am 05.06.2002 gegründet wurde. Angesichts dieser besonderen Struktur stellt das BBE eine engagementpolitische Vernetzungsplattform dar und übernimmt zugleich eine überparteiliche Sprecherrolle in Fragen der Engagementförderung. Grundsätzlich zielt das BBE darauf ab, zivilgesellschaftliche

Themen im wirtschaftlichen und politischen Sektor zu etablieren und das bürgerschaftliche Engagement insgesamt zu stärken. Innerhalb des BBE existieren verschiedene gewählte Gremien, die über den grundlegenden Handlungsrahmen des Netzwerkes entscheiden. Hierzu zählen u.a. der Sprecherrat, der das BBE nach außen hin vertritt, und der Koordinierungsausschuss, welcher die interne Abstimmung übernimmt. Derzeit gibt es zudem neun Arbeitsgruppen, in denen der fachliche Austausch gepflegt, gemeinsame Projekte angeregt und die Artikulation von Problemen der Engagementförderung forciert wird (Alscher u.a. 2009: 165f.; Hartnuß/Olk/Klein 2011: 772).

Das BBE stellt im Übergang von der ersten zur zweiten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung eine zentrale, positiv konnotierte institutionelle Verknüpfung dar, die stets als Kontrastfolie zur negativ besetzten bundesweiten Stiftung »Bürger für Bürger« der Vorgängerregierung herangezogen wird: Die auf Regierungsseite vorherrschende diesbezügliche Meinung wurde von dem SPD-Abgeordneten Wilhelm Schmidt folgendermaßen auf den Punkt gebracht: »Es gab von Ihrer Seite diese unsägliche Stiftung »Bürger für Bürger«. [...] Sie war das parteipolitische, das regierungsamtliche und das wahlkampfaktische Mittel von Frau Nolte [...], um angeblich etwas für das Ehrenamt zu tun. Nichts ist daraus geworden.« (Abgeordneter Schmidt (SPD), in: BT Pl.-Prot. 14/78 1999: 5256) Nach Ansicht der Regierungsfractionen sei die Stiftung »Bürger für Bürger« als Vernetzungsplattform eher ungeeignet, da sie die zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst zu wenig einbezogen habe und so der Eindruck entstanden sei, dass das freiwillige Engagement in den Dienst staatlicher Interessen gestellt werden soll (Schmidt 1997: 38). Diese Defizite könnten durch das BBE aus den folgenden Gründen überwunden werden: Erstens entspricht das BBE dem neuen Leitbild des aktivierenden Staates, wonach sich die Zivilgesellschaft nur durch die gemeinsamen Bemühungen von engagierten Bürgern, Dritte-Sektor-Organisationen, Markt und Staat nachhaltig entwickeln könne. In diesem Sinne konstatierte der Staatssekretär im Bundesfamilienministerium Peter Haupt: »Der Gründungsprozess [des BBE, D.N.] wird auch zeigen, wie ein ermöglichender Staat konkret Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements mitgestalten kann.« (Haupt 2002: 8) Zweitens wird eindringlich betont, dass das Bundesnetzwerk, obgleich sein Koordinierungsbüro durch das BMFSFJ finanziell unterstützt wird, kein Regierungsinstrument sei, sondern mit Distanz zum politischen Geschehen eigene Schwerpunkte im Bereich der Engagementförderung setzen soll (Haupt 2002: 7; SZ 2003b).

Dass das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement einen zentralen positiv besetzten Baustein der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource darstellt, liegt zudem darin begründet, dass sowohl der Aufbau als auch das Selbstverständnis des BBE in idealer Weise mit der Wissensordnung der Produktivitäts-Erzählung harmoniert: Die Analyse des Profils (BBE 2011), der Statuten (BBE 2008) und der engagementpolitischen Agenda (BBE 2007) des BBE lässt keinen Zweifel daran, dass hier sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsrhetorik des Produktivitätsparadigmas aufgegriffen wird. So wird die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als zentrales Ziel der Netzwerkarbeit stets unter Rekurs auf die eine hohe Nachfrage nach Freiwilligenarbeit erzeugende allgemeine Krisensemantik begründet:

»Keine der großen Herausforderungen, denen wir uns in Politik und Gesellschaft gegenübersehen – sei es der demographische Wandel, die Reform des Bildungswesens oder der Umbau des Sozialstaats – wird ohne aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger und ohne neue Formen der Kooperation und Vernetzung und des freiwilligen Engagements erfolgreich bewältigt werden können.« (BBE 2007: 1)

Mit Blick auf die Nachfrageseite des Freiwilligen-Marktes gilt bürgerschaftliches Engagement in den BBE-spezifischen Dokumenten sowohl als Lösungsstrategie für die bereits bekannten Krisenerscheinungen des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft als auch für die erst in den 2000er Jahren intensiver diskutierten Krisen in den Bereichen Demografie, Bildung und Integration (BBE 2007: 1, 2008: 3, 2011: 1). Sogar die im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung häufig geäußerte Feststellung, dass die Politik die kriseninduzierten Probleme nicht allein lösen könne und hierbei auf die hohe Produktivität bürgerschaftlichen Engagements angewiesen sei, wird in der engagementpolitischen Agenda des BBE (2007: 1) aufgegriffen und verfestigt. Zudem spiegelt sich in der Arbeit des BBE auch die zunehmende Dienstleistungsfokussierung des Produktivitätsparadigmas insofern wider, als freiwilliges Engagement zu einem zentralen Leistungsträger bei der »Absicherung und Erbringung sozialer Dienstleistungen« neben Wirtschaft und Staat avanciert (ebd.: 1). So setzt sich das BBE nach eigenen Angaben angesichts der steigenden Bedeutung der Freiwilligenarbeit in der Pflege besonders für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Bereich ein (ebd.: 6).

Auch die potenzialfokussierte Argumentation auf der Angebotsseite findet in den vom BBE herausgegebenen Dokumenten Erwähnung: Um dieses Engagementangebot »für die Gemeinschaft und für alle Beteiligten optimal auszuschöpfen« (ebd.: 4), sei es nach Ansicht des BBE dringend notwendig, die organisationalen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter zu verbessern (BBE 2007, 2008, 2011). Das BBE könne nach eigenen Angaben diesen Auswahlprozess geeigneter politischer Reformvorhaben zur gelingenden Potenziale-Ausschöpfung nachhaltig unterstützen, da es »durch seine breite Mitgliedschaft [...] mit den praktischen Problemen der vielen Millionen Engagierten aus allen Bereichen der Gesellschaft« eng verbunden sei (BBE 2011: 3). Bei der Aktivierung des Engagementpotenzials geht es allerdings nicht mehr allein darum, die Anzahl freiwillig Engagierter generell zu erhöhen, sondern es werden explizit bestimmte Personengruppen angesprochen, die im Sinne der Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung bislang im Engagement eher unterrepräsentiert sind und/oder eine hohe Engagementbereitschaft an den Tag legen: So soll z.B. auch nach Angaben des BBE das Engagement von Jugendlichen, Migrant*innen, älteren Menschen und Unternehmen ausdrücklich gestärkt werden (BBE 2007: 4-7).

Diese Befunde zeigen, dass das BBE angesichts seiner Fokussierung auf die dominante engagementspezifische Angebots- und Nachfragerhetorik zu den zentralen institutionellen Positiv-Verknüpfungen der Storyline der Freiwilligkeit als Produktivitätsressource in der 15. Legislaturperiode gehört. Diese positive Einschätzung der Netzwerkarbeit setzt sich auch im weiteren Verlauf der 2000er Jahre fort. Auf der bundespolitischen Ebene entwickelt sich das BBE in diesem Zeitraum zu einem Hauptansprechpartner in Sachen Bürgerengagement: So berät es verschiedene Bundesministerien sowie einzelne Bundesländer in engagement-

spezifischen Fragen, übernimmt die fachliche Begleitung engagementspezifischer Gesetzesvorhaben und erstattet regelmäßigen Bericht an den Unterausschuss »Bürgerschaftliches Engagement« des Deutschen Bundestages. Besonders hervorzuheben ist zudem das vom BBE organisierte »Nationale Forum für Engagement und Partizipation« (NFEP) (BBE 2010), das als Diskussionsplattform und Ideengeber der Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung im Jahr 2010 vorausging (BT-Drs.: 16/12561 2009: 2; Bundesregierung 2010: 6).

Hinsichtlich der Rolle des BBE als Verantwortungsträger sei jedoch einschränkend erwähnt, dass den Gestaltungsspielräumen dieses Netzwerkes mit Blick auf ihre Finanzierungsstruktur (noch) gewisse Grenzen auferlegt sind: Es ist vor allem die enge finanzielle Verzahnung des BBE mit dem Bundesfamilienministerium, die mitunter Kritik hervorruft. Dies ist auch der Grund, weshalb der vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erarbeitete »Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland« dem BBE die Empfehlung nahelegt, sich »nicht in eine Projektagentur der Bundesregierung« zu verwandeln, sondern neue Wege zur Verstetigung alternativer Finanzierungsquellen, z.B. über Unternehmen oder die eigenen Mitglieder, zu erschließen (Alscher u.a. 2009: 166). Nur eine belastbare Mischfinanzierung könne die Irritationen und Finanzierungsprobleme verhindern, die nach Angaben des Vorsitzenden des BBE-Sprecherrates, Thomas Olk, beispielsweise im Jahr 2011 angesichts einer unvorhergesehenen Kürzung der Bundesmittel für die BBE-Geschäftsstelle aufgetreten sind (Olk 2011). Derzeit werde aber die Etablierung einer derartigen belastbaren Mischfinanzierung nach Angaben des WZB allerdings noch dadurch erschwert, dass das BBE einerseits von den etablierten Verbänden mitunter als Konkurrenz wahrgenommen werde und andererseits bislang nur wenige Unternehmen zu den Mitgliedern des BBE zählten (Alscher u.a. 2009: 166).

Die Erweiterung der gesetzlichen Unfallversicherung auf weitere Ehrenamtsgruppen

Die zweite erwähnenswerte institutionelle Positiv-Verknüpfung der 15. Legislaturperiode ist die Erweiterung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes für ehrenamtlich Engagierte, dessen Reform ebenfalls zu den zentralen Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission gehört (BT-Drs. 14/8900 2002: 292). Profiteure des zum 01.01.2005 in Kraft getretenen »Gesetzes zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes bürgerschaftlich Engagierter und weiterer Personen« (BT-Drs. 15/3439 2004) sind vor allem freiwillig Engagierte in Kirchengemeinden, Sportvereinen, Bürgerinitiativen, Arbeitgeberverbänden oder Gewerkschaften (SZ 2004e; BMGS 2005: 22-24). Auf Anraten der Bundesregierung haben viele Bundesländer zudem Rahmenversicherungsverträge mit Versicherungsunternehmen abgeschlossen, um weitere Lücken im Bereich der Unfall- und Haftpflichtversicherung zu schließen (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 31f.). Die Ausweitung des Versicherungsschutzes auf weitere Ehrenamtsgruppen gehört zu den zentralen Forderungen, die schon seit Anfang der 1990er Jahre von den mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen, den Bundestagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und nicht zuletzt von den Engagierten selbst eingeklagt wurde, weshalb die Umsetzung dieser Forderung in den 2000er Jahren auch auf allgemeines Wohlwollen stieß (z.B. SZ 2003b; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 19).

Außerdem ist diese Reformmaßnahme besonders eng mit den Wissensbeständen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verwoben: So bedienen sich die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in ihrer Begründung dieser Gesetzesinitiative einerseits der bereits bekannten Nachfragerhetorik: Sie leiteten die Notwendigkeit dieser Gesetzesnovellierung aus der Feststellung ab, dass durch freiwilliges Engagement mitunter Angebote im sozialen Dienstleistungsbereich bereitgestellt würden, die der Allgemeinheit andernfalls nicht zur Verfügung stünden (BMGS 2005: 3; ebenso BT-Drs. 15/3439 2004: 5): »Angesichts der Haushaltslage von Bund und Ländern ist es besonders zu begrüßen, wenn Aufgaben, die bisher von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wahrgenommen wurden, nun durch das besondere Engagement von ehrenamtlich Tätigen erfüllt werden.« (BT-Drs. 15/3439 2004: 1) Unter zusätzlichem Rekurs auf die durch freiwilliges Engagement hergestellte allseitige Win-win-Situation wird es folglich zur gesellschaftlichen Pflicht erklärt, die gesundheitlichen Risiken dieser dringend gebrauchten Tätigkeiten abzusichern (ebd.: 5; BMGS 2005: 3). Andererseits verbanden vor allem politische Vertreter mit der Erweiterung des Versicherungsschutzes die Hoffnung, hierdurch dem bereits seit Mitte der 1990er Jahre vielfach geäußerten Wunsch der Freiwilligen nach einer Verbesserung der diesbezüglichen Rahmenbedingungen entgegenzukommen und auf diese Weise bereits Engagierte zu einer Ausweitung oder Verstetigung ihrer freiwilligen Tätigkeit – gerade in den oben genannten Dienstleistungsbereichen – zu motivieren. Diese Hoffnung ist keinesfalls unbegründet, gehört die Verbesserung der Haftpflicht- und Unfallversicherung für Freiwillige zu den in den drei Wellen des Freiwilligensurveys mit nahezu gleichbleibender Intensität genannten Vorschlägen der Engagierten an die Adresse des Staates (Gensicke/Geiss 2010: 291f.). Gleichzeitig soll durch die Erweiterung des Versicherungsschutzes den Erfordernissen der Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements auf weitere Einsatzfelder abseits des klassischen Vereins- und Verbandswesen Rechnung getragen und die Attraktivität dieser Bereiche für Freiwillige gesteigert werden (BMGS 2005: 7).

Hinsichtlich der Vollzugswirklichkeit dieser Maßnahme sei abschließend nochmals auf das unerwartete Ergebnis der kontinuierlichen Berichterstattung des Freiwilligensurveys verwiesen, wonach der Versicherungsschutz im Ehrenamt von den Engagierten in allen drei Befragungswellen – auf nahezu konstantem Niveau – als verbesserungswürdig betrachtet wird (Gensicke/Geiss 2010: 291). Der dritte Freiwilligensurvey führt die Konstanz der diesbezüglichen Klagen darauf zurück, dass der erweiterte Versicherungsschutz bei einem Großteil der Engagierten entweder noch nicht hinreichend bekannt sei oder nach wie vor als unzureichend erachtet werde (ebd.: 292). Letzteres bestätigt auch ein Artikel aus der *FAZ*, der zwar einräumt, dass sich der Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche in den letzten Jahren durch die genannte Reform deutlich verbessert habe, die meisten Freiwilligen bei ihrer Tätigkeit jedoch trotzdem nicht ausreichend versichert seien. Dies gelte besonders für Ehrenämter in informellen Gruppen, d.h. außerhalb fester Organisationen, wie etwa im Bereich des Sports, der Selbsthilfe oder der Nachbarschaftshilfe, wo private Zusatzversicherungen weiterhin ratsam seien (*FAZ* 2007c).

Zusammenfassung der engagementpolitischen Maßnahmen in der 15. Legislaturperiode

Resümierend lässt sich mit Blick auf die 15. Legislaturperiode festhalten, dass sich die engagementspezifischen Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung stark an den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission sowie anderer wissenschaftlicher Berichte orientierten. Die Auswahl geeigneter engagementpolitischer Förderungsmaßnahmen wurde durch diese Vorschläge und Ergebnisse zwar in gewisser Weise vorstrukturiert und begrenzt, doch zeigen die zwischen 2002 und 2005 umgesetzten Neuerungen, dass viele der gerade institutionell-rechtlichen Vorschläge der Enquete-Kommission (noch) keine Berücksichtigung fanden. Hierbei handelt es sich vor allem um die Kommissionsvorschläge, die, wie etwa die Überarbeitung des Gemeinnützigkeits-, Zuwendungs- und Spendenrechts, in erster Linie auf eine Besserstellung der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen abzielten (BT-Drs. 14/8900 2002: 292). In diesem Zusammenhang setzte sich die rot-grüne Regierung in ihrer zweiten Amtszeit lediglich dafür ein, dass Freiwilligenagenturen einen erleichterten Zugang zum Gemeinnützigkeitsstatus erhalten und ihnen so bestimmte Steuervorteile zuteilwerden (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 33). Wie schon zur Jahrtausendwende liegt der Schwerpunkt der institutionellen Neuerungen zwischen 2002 und 2005 erneut auf der Beeinflussung der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes: Während die zielgruppenspezifische Gestaltung von Modellprojekten wie »Erfahrungswissen für Initiativen« dem Ziel diente, die brachliegende Engagementbereitschaft bestimmter Bevölkerungsgruppen zu aktivieren, war die Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes auf weitere Ehrenamtsgruppen mit der Hoffnung verbunden, dass hiervon Anreize zur Ausweitung bereits bestehender freiwilliger Verpflichtungen ausgehen.

Die 16. Legislaturperiode: Die Große Koalition (2005 bis 2009)

Die 16. Legislaturperiode schaffte in Sachen Engagementpolitik insofern neue Ausgangsbedingungen, als erstens die rot-grüne Regierung von einer Großen Koalition unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel abgelöst wurde und zweitens das politische Tagesgeschehen zunehmend von neuen Themen, wie den Finanzierungsproblemen der öffentlichen Haushalte und den steigenden Arbeitslosenzahlen, dominiert wurde. Obgleich im Zuge dessen die Themenbereiche Bürgergesellschaft und freiwilliges Engagement aus der Präambel des Koalitionsvertrages (CDU/CSU/SPD 2005) verschwanden, wurde ihnen in diesem Zeitraum – wenn auch mit anderen Schwerpunkten – weiterhin eine vergleichsweise hohe Aufmerksamkeit geschenkt: Die 16. Legislaturperiode ist somit stärker durch bundespolitische Bemühungen gekennzeichnet, wichtige Zielvorhaben, wie die Stärkung des intergenerationellen Zusammenhaltes, die Schaffung von Bildungsgerechtigkeit und die Integration von Migrant*innen, konzeptionell mit engagementpolitischen Überlegungen im Allgemeinen und einer zielgruppen- und bereichsspezifischen Aktivierungslogik im Besonderen zu verknüpfen. Zu den zentralen institutionellen Kristallisations- bzw. Knotenpunkten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung avancieren in der 16. Legislaturperiode einerseits das »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« von 2007 und andererseits die vom Bundesfamilienministerium ebenso im Jahr 2007 ins Leben gerufene Initiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander«, die alle älteren und neuen bundespolitischen

Programme in Sachen Engagementförderung bündelt. Im Folgenden gilt es, die zentralen Verbindungslinien dieser beiden institutionellen Neuerungen im dispositiven Gewebe der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung zu kartografieren.

Das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Im Jahr 2007 verabschiedete die Bundesregierung das »Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 16/5200 2007), das sich unter dem Motto »Hilfen für Helfer« mit der Neuregelung des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts beschäftigte. In dieses Gesetz flossen nicht nur die von der rot-grünen Vorgängerregierung weitgehend vernachlässigten diesbezüglichen Empfehlungen des Berichts der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002: 292) ein, sondern auch die Vorschläge der Projektgruppe »Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts« bestehend aus Vertretern der Dachverbände, unabhängiger Organisationen des Dritten Sektors sowie Experten und Wissenschaftlern, die bereits seit dem Frühjahr 2005 an Empfehlungen zur Vereinfachung und Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts gearbeitet hat. Neben anderen Neuerungen führte das Gesetz vor allem in den folgenden drei Bereichen eine Veränderung bestehender Rahmenbedingungen herbei: Erstens wurde das Spendenrecht insofern vereinheitlicht, als private Spender künftig einheitlich bis zur Höchstgrenze von 20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte Spenden als Sonderausgaben geltend machen können. Zweitens sollten gerade Stiftungen von der deutlichen Anhebung der steuerbegünstigten Förderhöchstsätze profitieren. Drittens wurde die steuer- und sozialabgabenfreie jährliche Übungsleiterpauschale von 1848 Euro auf 2100 Euro angehoben (§ 3 Nr. 26 EStG) und zudem die Regelung eingeführt, dass Freiwillige im gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Bereich einen steuerlichen Freibetrag in Höhe von 500 Euro pro Jahr geltend machen können. Des Weiteren wurde das geltende Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht im Rahmen der Gesetzesnovellierung, z.B. durch den Wegfall bestimmter Prüfnotwendigkeiten bei den Finanzämtern, deutlich vereinfacht und von bürokratischen Hürden befreit. Die hierdurch eingeleitete Verbesserung und Entbürokratisierung der steuerlichen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sowie für die Tätigkeit von Vereinen und Stiftungen wurde im medialen und politischen Diskurs als ein deutliches Zeichen für die gesteigerte Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland betrachtet (SZ 2006e, 2007c; BT-Drs. 16/5200 2007: 12; BT UA-Drs. 16/88 2009: 10).

Besonders mit Blick auf die Begründung dieses Gesetzesentwurfs durch die Bundesregierung wird mehr als offensichtlich, dass diese rechtlichen Neuerungen fest mit den verschiedenen epistemischen Aussagenbündeln der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verwoben sind. Die Notwendigkeit der Stärkung bürgerschaftlichen Engagements begründete die Bundesregierung im allgemeinen Teil des Gesetzesentwurfs durch den stichwortartigen Verweis auf gesellschaftliche Krisenerscheinungen, wie die demografische Entwicklung, Globalisierungstendenzen und die Probleme der Arbeitslosigkeit: »Es sind diese Entwicklungen, die die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft wachsen lassen und so den Zusammenhalt gefährden.« (BT-Drs. 16/5200 2007: 12) Diese problembehaftete Trendwende,

so die weitere Argumentation, könne nur durch die Stärkung und Ausweitung des freiwilligen Engagements aufgehoben und zum Positiven gewendet werden (ebd.). An dieser Stelle wird folglich auf die epistemischen Einsichten der Nachfrageseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes Bezug genommen und ein großer Bedarf an freiwilligem Engagement konstatiert, dem auch hier der Status eines Allheilmittels zugeschrieben wird.

Zudem wird die Implementation dieses neuen Gesetzes begleitet durch ständige Verweise auf die defizitäre Ausgestaltung der bislang geltenden Regelungen im Bereich des Spenden- und Gemeinnützigkeitsrechts, die mitunter selbst als eine zentrale Ursache für die krisenhafte Aktivierung des Ehrenamtes gelten: Diese führten, so der allgemeine Tenor, zu einer erheblichen Bürokratisierung des gesamten Verwaltungsapparats und stünden so einer nachhaltigen Entwicklung des freiwilligen Engagements in Deutschland im Wege: »Wer freiwillig dem Gemeinwohl dienen will, der soll auch nicht erst viele Hürden aus dem Weg räumen müssen. Derzeit schrecken solche Hürden – zum Beispiel eine manchmal nur wenig transparente und zugängliche Verwaltung – noch viele ab.« (Köhler, 2006b: 4) Das neue Gesetz sei demgegenüber bestens für eine nachhaltige Engagementförderung geeignet, da hierdurch die genannten Bürokratiehemmnisse nachhaltig abgebaut würden, »damit die Menschen, die ehrenamtlich tätig sind, mehr Zeit für ihre Mitmenschen haben« (BT-Drs. 16/5200 2007: 12).

Ein Blick auf die Zielsetzung der Gesetzesnovelle zeigt, dass sich die Bundesregierung hiervon zudem eine Erhöhung des Engagementumfangs, d.h. die Beeinflussung der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes, versprach. Diese Absicht wird im Rahmen des Gesetzentwurfs sogar explizit formuliert: Mit diesem Gesetz soll »ein Zeichen gesetzt werden, um noch mehr Menschen zu motivieren, sich gleichfalls finanziell oder ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einzusetzen« (ebd.: 12; ebenso BMFSFJ 2007a: 4; SZ 2007c). Wie die rechtlichen Neuerungen zeigen, wird eine derart motivierende Wirkung vor allem solchen Maßnahmen zugeschrieben, die auf der individuellen Ebene zu einer positiven Kosten-Nutzen-Bilanz beitragen. Gerade bei der erneuten Anhebung des Übungsleiterfreibetrags und der Einführung einer Steuerermäßigung in Höhe von 500 Euro für bestimmte freiwillige Tätigkeiten handelt sich zweifelsohne um Reformen, deren Anreizwirkung auf der Schaffung individueller materieller Vergünstigungen beruht, die auch von Peer Steinbrück in seinem Statement zur Gesetzesnovellierung in den Mittelpunkt gestellt wurden:

»Diese ›Hilfen für Helfer‹ heißen nämlich, dass wir die ehrenamtlich Engagierten und gemeinnützigen Vereine sehr gezielt materiell unterstützen, z.B. mit einem neuen Steuerfreibetrag von 500 Euro im Jahr für jene, die sich nebenberuflich im mildtätigen, im gemeinnützigen oder im kirchlichen Bereich engagieren oder indem die Übungsleiterinnen und Übungsleiter mehr Geld steuerfrei verdienen dürfen als bisher – statt 1.848 sind es jetzt 2.100 Euro.« (Steinbrück 2009: 186)

Selbst in der auf dieses Gesetz bezogenen Medienberichterstattung wurde mitunter der Eindruck erweckt, dass sich Menschen – ähnlich wie bei einem Arbeitsverhältnis – aufgrund der Höhe der materiellen Vergütung für ein freiwilliges Engagement entscheiden würden. So erinnert beispielsweise die Terminologie in einem auf diese Gesetzesnovellierung Bezug nehmenden *Zeit*-Artikel stärker an

die Suche nach einer bezahlten Erwerbsarbeit denn nach einem gemeinnützigen Ehrenamt: »Engagement lohnt. Kindern nach der Schule das Tanzen beibringen oder den Kirchenchor leiten wird noch attraktiver. Bis zu 2100 Euro im Jahr sollen Engagierte steuer- und abgabenfrei dazuverdienen können, wenn sie in einem gemeinnützigen Verein oder in Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts jobben.« (Zeit Online 2007b) Gleichzeitig sollen durch dieses Gesetz nicht nur das allgemeine Engagementpotenzial, sondern auch die brachliegenden Potenziale im Stiftungsbereich gehoben werden, weshalb Horst Köhler die diesbezügliche Hoffnung äußerte, »dass es nun durch die höheren Freigrenzen auch steuerlich mehr Anreize gibt, zu spenden und zu stiften« (Köhler 2007b: 2f.). Dass diese Hoffnung keinesfalls unbegründet war, bestätigte der Bundesverband Deutscher Stiftungen, der im Jahr 2007 angesichts der positiven Signalwirkung der genannten gesetzlichen Neuerungen von mehr als 1000 Neugründungen ausging (FAZ 2007g).

Die Initiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander«

Die zweite positiv konnotierte Institutionalisierungsform des engagementspezifischen Produktivitätsparadigmas ist die Initiative ZivilEngagement »Miteinander – Füreinander«. Bereits in den Arbeitsschwerpunkten dieser Initiative spiegeln sich die epistemischen Neuverknüpfungen und Schwerpunktverlagerungen im dispositiven Netz der Storyline nach 2002 unverkennbar wider: Hierzu gehören die Erneuerung der Freiwilligendienste, der generationsübergreifende Ausbau engagementförderlicher Infrastrukturmaßnahmen, die Förderung des freiwilligen Engagements von Migranten, die Weiterentwicklung unternehmensbezogener Engagementformen sowie Programme gegen Rechtsextremismus und Gewalt (BMFSFJ 2007a: 6). Da jeder dieser Bereiche aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen besteht, deren vollständige Analyse unweigerlich zu Redundanzen führen würde, sollen im Folgenden nur einzelne Projekte exemplarisch vorgestellt und ihre zentralen Verbindungslinien im dispositiven Gewebe skizziert werden. Während zunächst die Verwobenheit der Initiative ZivilEngagement und einige ihrer Arbeitsbereiche in die netzartige Struktur der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung überblicksartig betrachtet werden soll, gilt es anschließend, ein Modellprogramm der Initiative ZivilEngagement – und zwar den »Generationsübergreifenden Freiwilligendienst« (GüF) (vgl. zur positiven medialen Resonanz u.a. FAZ 2008b) – en detail in den Blick zu nehmen.

Die Initiative ZivilEngagement stellt im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung einen zentralen, die institutionelle Dimension betreffenden Knotenpunkt dar, dessen Erwähnung maßgeblich zur Verdichtung der Gesamterzählung beiträgt, da hier die epistemischen Einsichten der Nachfrage- und Angebotsseite gewissermaßen zusammenfließen: Die Notwendigkeit der Bündelung der bisherigen engagementpolitischen Maßnahmen in der Initiative ZivilEngagement wird durch Rückgriff auf die Argumente der Angebotsdimension des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes begründet. Der bereits mehrfach aufscheinenden Potenziale-Fokussierung folgend steht die Initiative ZivilEngagement unter dem Motto »Es ist Zeit für mehr Engagement« (BMFSFJ 2007a: 3). Diese Initiative verfolgt nach Angaben von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen das Ziel, bessere Rahmenbedingungen und eine nachhaltige Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement zu schaffen, die auch den sich wandeln-

den Bedingungen der Ehrenamtlichkeit Rechnung trägt: »Die Initiative ZivilEngagement macht bürgerschaftliches Engagement in Deutschland attraktiv – und so machbar wie möglich.« (BMFSFJ 2008a; ebenso BMFSFJ 2007a: 3; von der Leyen 2009: 8-10)

Um die Sinnhaftigkeit der Initiative Zivilengagement zu rechtfertigen bzw. zu legitimieren, rekurren gerade bundespolitische Verantwortungsträger nicht nur auf die Potenziale-, sondern auch auf die spezifische Nachfragerhetorik der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung. Angesichts der dem Ehrenamt hier zugeschriebenen umfangreichen Problemlösungsfähigkeiten sei, so der allgemeine Tenor, »ein Mentalitätswandel« erforderlich, »der bürgerschaftliches Engagement in den Mittelpunkt rückt, wenn es darum geht, soziale und gesellschaftliche Aufgaben zu bewältigen« (BMFSFJ 2007a: 3f.). Die im Rahmen der Initiative ZivilEngagement angestrebte Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements wird folglich vor dem Hintergrund verschiedener gesellschaftlicher Herausforderungen, wie dem demografischen Wandel, dem Zusammenbruch familiärer Strukturen und den hiermit befürchteten Engpässen im sozialen Dienstleistungsbereich, für notwendig erachtet (ebd.: 3, BMFSFJ 2008a). Wie bereits angedeutet, steht die Initiative ZivilEngagement somit exemplarisch für die bundespolitischen Bemühungen in der 16. Legislaturperiode, engagementpolitische Antworten auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der gesellschaftlichen Alterung oder der Integration von Migranten zu finden. Dieser Zielsetzung entspricht auch die inhaltliche Fokussierung der Initiative ZivilEngagement auf die Aktivierung der Potenziale von bislang eher engagementfernen Personen oder solchen mit einer hohen Engagementbereitschaft.

Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählt erstens der Ausbau des unternehmensbezogenen Engagements, das im Laufe der 2000er Jahre zunehmend als ein unverzichtbarer Bestandteil der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen betrachtet wird (BMFSFJ 2007a:4). Auch Unternehmen, so die Argumentation, zeigten vermehrt die Bereitschaft, einen größeren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt zu leisten (BMFSFJ 2008a). Die Initiative ZivilEngagement sei aus folgenden Gründen bestens geeignet, die bereits bestehenden Corporate Social Responsibility- oder Corporate Citizenship-Strategien auszubauen bzw. weitere Unternehmen zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung zu motivieren: Sie stellt ein breites Wissen über die verschiedenen Formen unternehmensbezogenen Engagements zur Verfügung, bietet eine umfassende Beratung für engagementbereite Unternehmen und motiviert mit Best Practice-Beispielen zur Nachahmung (BMFSFJ 2007a: 12, 2008; von der Leyen 2009: 11).

Der zweite Arbeitsschwerpunkt der Initiative ZivilEngagement widmet sich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Hinter dieser Zielstellung steht die auch im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung häufig benannte Einsicht, dass Migranten durch ein freiwilliges Engagement selbst ihre Integration in die Aufnahmegesellschaft vorantreiben könnten (BMFSFJ 2007a: 11). Vor diesem Hintergrund zielt die Initiative ZivilEngagement darauf ab, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer Öffnung von Vereinen und Verbänden für das Engagement von Migranten beitragen. Hierzu sei es notwendig, Migrantenorganisationen bei der Vergabe von bundespolitischen Fördermitteln und Modellprojekten stärker zu berücksichtigen (ebd.; BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 116; BT-Drs. 17/2400 (Migrationsbericht) 2010: 149, 152).

Zudem erprobt die Initiative ZivilEngagement in diesem Arbeitsbereich verschiedene Möglichkeiten, um gerade junge Migranten zu einem freiwilligen Engagement zu motivieren. So dienen beispielsweise der Ausbau und die Flexibilisierung der Jugendfreiwilligendienste sowie die bundesweiten Modellprojekte »Junge Migranten als Lotsen« (JuMiLo)⁵⁹ oder »Freiwilligendienste machen kompetent« in der 16. Legislaturperiode dem Ziel, explizit benachteiligte und bildungsferne Jugendliche sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund anzusprechen (von der Leyen 2009: 11). Hintergrund dieser Maßnahmen sind die im bundespolitischen Engagementdiskurs geäußerten Überlegungen, dass die Krisen im Bildungsbereich, der Arbeitsgesellschaft und der Integration besonders die von diesen Problemen betroffenen Menschen von einem freiwilligen Engagement abhalten würden. Die Flexibilisierung der Freiwilligendienste oder das Modellprojekt »Freiwilligendienste machen kompetent« entsprechen somit dem vielfach benannten Ziel der Bundesregierung, niedrigschwellige Engagementangebote für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, für bildungsferne Jugendliche und/oder Migranten zu schaffen (BT-Drs. 16/7600 (Migrationsbericht) 2007: 120). Ein freiwilliges Engagement in einem strukturierten Programm biete diesen Personengruppen, so die Hoffnung, nicht nur einen Zugang zu informellen Lernprozessen, sondern fördere gleichzeitig ihre Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit und verbessere so nicht nur ihre Integrationschancen, sondern auch ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/4100 (Bildungsbericht) 2007: VII).

Im Arbeitsschwerpunkt Infrastrukturförderung der Initiative ZivilEngagement werden all jene Maßnahmen gebündelt, die sich auf die infrastrukturelle Förderung des freiwilligen Engagements beziehen: Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Bürgerstiftungen sowie die lokalen Bündnisse für Familien zählen ebenso zu diesem Bereich wie auch die Aktionsprogramme »Mehrgenerationenhäuser«⁶⁰

59 | Gerade das Modellprojekt »Junge Migranten als Lotsen« trägt der epistemischen Einsicht Rechnung, dass die von den gesellschaftlichen Problemen am meisten Betroffenen selbst einen Beitrag zur Überwindung der Krisenerscheinungen leisten können. Vor diesem Hintergrund verfolgt dieses Modellprogramm unter dem Motto: »Junge Migranten als Lotsen integrieren sich und andere« das Ziel, junge Migranten zu gewinnen, die anderen Jugendlichen mit Migrationshintergrund als Integrationshelfer zur Seite stehen und so die Krise der Integration zu überwinden helfen (BMI 2009; SZ 2009i).

60 | Das Aktionsprogramm »Mehrgenerationenhäuser« (2006-2011) und sein Nachfolgeprojekt »Mehrgenerationenhäuser II« (2012-2014) dienen der Förderung des generationsübergreifenden Miteinanders in Deutschland. Sie verfolgen das grundlegende Ziel, das Lebensmodell der Großfamilie wiederzubeleben und mit den Erfordernissen der modernen Alltagsgestaltung in Einklang zu bringen. Mehrgenerationenhäuser sind Begegnungsstätten, die ein breites Angebot an Dienstleistungen für Familien, junge Menschen sowie Ältere zur Verfügung stellen und hierbei grundlegend auf freiwilliges Engagement sowie die Bereitschaft zur Selbsthilfe angewiesen sind. Sie bieten demnach Raum für generationsübergreifende Interaktionserfahrungen und erproben die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlich Engagierten und professionellen Kräften (Zeit Online 2007a; Staats/Gess/Henkel 2012: 16f.). Mehrgenerationenhäuser werden in bundespolitischen Verlautbarungen mitunter als »Motoren für freiwilliges Engagement« (BMFSFJ 2008b: 6, 20) bezeichnet oder zu »Knotenpunkten bürgerschaftlichen Engagements« stilisiert, die zur »optimalen

und »Alter schafft Neues«.⁶¹ Die genannten Organisationen und Initiativen weisen die Gemeinsamkeit auf, dass sie einerseits niedrighschwellige Orte der Begegnung für Engagementinteressierte darstellen und andererseits durch ihre vernetzende, beratende und qualifizierende Funktion zur Stärkung des freiwilligen Engagements insgesamt beitragen sollen (BMFSFJ 2007a: 8f.; von der Leyen 2009: 10).

Lediglich ein Arbeitsschwerpunkt der Initiative ZivilEngagement widmet sich der Rolle des politischen Engagements bei der Weiterentwicklung und Verankerung der Prinzipien Toleranz und Demokratie. Wie schon in den vorausgegangenen Jahren ergeben sich die Inhalte und Ziele des politischen Engagements jedoch nicht aus dem kreativen Handeln der beteiligten Bürger selbst, sondern sind bereits vordefiniert und beziehen sich – mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Ostdeutschland – vor allem auf das Engagement gegen (Rechts-)Extremismus (BMFSFJ 2007a: 13). Vor diesem Hintergrund rief das Bundesfamilienministerium am 01.01.2007 das auf Dauer angelegte Bundesprogramm »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« als Nachfolgeprojekt des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« ins Leben. Ziel dieses Programms ist es, durch lokale Aktionspläne und Modellprojekte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus die Demokratieentwicklung – gerade in ostdeutschen Regionen – zu stärken sowie besonders rechtsextremistisch gefährdete junge Menschen, Jugendliche aus einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Elternhäusern sowie Migranten für eine Teilnahme am Modellprojekt zu mobilisieren (BMFSFJ 2007a).

Ein resümierender Blick auf die Initiative ZivilEngagement zeigt, dass diese nicht nur als gemeinsames Dach der bundespolitischen Engagementmaßnahmen fungiert, sondern gleichzeitig eigene strategische Akzente setzt. Besonders deutlich in den Vordergrund tritt in diesem Zusammenhang die bereichs- und zielgruppenspezifische Aktivierungslogik der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Es sollen gerade diejenigen Personengruppen im Rahmen der verschiedenen Maßnahmen der Initiative ZivilEngagement für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden, die ein hohes Engagementpotenzial und/oder eine niedrige Engagementquote aufweisen und die im besonderen Maße von den Auswirkungen der gesellschaftlichen Krisen betroffen sind oder als Mitverursacher derselben gelten. Von der Förderung des freiwilligen Engagements speziell dieser

Nutzung der Engagementpotenziale in der Gesellschaft« beitragen können (Bundesregierung 2010: 67; vgl. ebenso CDU/CSU/SPD 2005: 98).

61 | Die im Jahr 2008 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufene Initiative »Alter schafft Neues« zielt angesichts des demografischen Wandels darauf ab, die brachliegenden Potenziale älterer Menschen gerade im Bereich des freiwilligen Engagements zu heben und ein neues Altersbild in der Gesellschaft zu etablieren (BMFSFJ 2007a: 9). Die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen eröffnete das Programm »Alter schafft Neues« mit den Worten: »Das ehrenamtliche Potential der älteren Generation ist pures Gold.« (SZ 2008a). Die Initiative setzt sich aus den Einzelprojekten »Aktiv im Alter«, »Freiwilligendienste aller Generationen« sowie »Wirtschaftsfaktor Alter« zusammen. Übereinstimmend wird mit diesen Programmen die Hoffnung verbunden, die bestehende Engagementbereitschaft der Älteren in ein tatsächliches Engagement zu überführen (FAZ 2008a; SZ 2008b; von der Leyen 2009: 12; Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/3815 (Altenbericht) 2010: V, VII).

Bevölkerungsteile verspricht man sich folglich sowohl eine Abmilderung der vermeintlichen Krisenerscheinungen als auch eine individuelle Besserstellung.

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht die Frage, inwieweit der letzte Schwerpunkt der Initiative ZivilEngagement – der Ausbau der (Jugend-)Freiwilligendienste – ebenfalls der Angebots- und Nachfragemetaphorik des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes Rechnung trägt.

Der Ausbau der (Jugend-)Freiwilligendienste

Dieser Arbeitsschwerpunkt der Initiative ZivilEngagement beschäftigt sich ganz nach dem Motto: »Neue Freiwilligendienste für neue Freiwillige« (BMFSFJ 2007a: 6) mit der Erweiterung des deutschen Freiwilligendienstmodells. Insbesondere bundespolitische Verantwortungsträger verbanden mit der Öffnung und Flexibilisierung der Freiwilligendienste die Hoffnung, das unausgeschöpfte Engagementpotenzial bei Jugendlichen zu heben (von der Leyen 2009: 11; ebenso BMFSFJ 2007a: 6). Für diese Aufgabe, so der Tenor, sei das Freiwilligendienstmodell besonders gut geeignet, da diese Form des strukturierten Engagements sowohl bei den Engagierten als auch bei den jeweiligen Trägern etabliert sei und sich nach wie vor einer ungebrochenen Beliebtheit erfreue. Hinzu kommt, dass es sich bei diesen um bereits bewährte Programme des BMFSFJ handelt, die folglich ohne größeren administrativen Aufwand auf eine neue Zielstellung ausgerichtet werden können (Stemmer 2009: 36). Vor dem Hintergrund der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes war man sich in Regierungskreisen allerdings einig, dass eine Flexibilisierung und Ausweitung der klassischen (Jugend-)Freiwilligendienste unerlässlich sei, um mehr junge Menschen im Allgemeinen und benachteiligte, d.h. aus einkommensschwachen und/oder bildungsfernen Elternhäusern stammende, Jugendliche im Besonderen hierfür zu begeistern (von der Leyen 2009: 11). Die Erweiterung des Freiwilligendienstmodells entwickelte sich daher zu einem besonders beliebten engagementpolitischen Aufgabenfeld der Bundespolitik in den 2000er Jahren. Bereits mit der Verabschiedung des FSJ-Förderungsänderungsgesetzes im Jahr 2002 wurde eine Flexibilisierung der Jugendfreiwilligendienste und eine Ausweitung ihrer Einsatzfelder herbeigeführt. Zu einer weiteren Systematisierung der Freiwilligendienste trug das Freiwilligendienstgesetz vom 1. Juni 2008 bei, das die bislang getrennten FSJ- und FÖJ-Gesetze zusammenführte, die Freiwilligendienstmodelle, z.B. hinsichtlich ihres Zeitrahmens, weiter flexibilisierte und ihre Bedeutung als Lern- und Bildungsorte stärker verankerte (BT-Drs. 16/6519 2007). Von der Schaffung neuer Einsatzfelder, flexiblerer Zeitstrukturen und der Möglichkeit des Auslandseinsatzes erhoffte sich das Bundesfamilienministerium eine Anreizwirkung auf bislang an einem Engagement desinteressierte Jugendliche (von der Leyen 2009: 11).

Spätestens seit 2005 kann angesichts der Initiierung mehrerer politischer Modellvorhaben, die sich hinsichtlich ihrer zeitlichen Strukturierung, Einsatzfelder und Bildungsinhalte deutlich von den klassischen Freiwilligendiensten unterscheiden, zudem von einer starken Pluralisierung der Dienstlandschaft gesprochen werden: Zu erwähnen sind hier das vom Bundesfamilienministerium initiierte Modellprogramm »Freiwilligendienste machen kompetent« (2007-2010),⁶² das vor

62 | Anhand des Modellprogramms »Freiwilligendienste machen kompetent« zeigt sich besonders eindrucksvoll, wie eng der bildungspolitische und der engagementbezogene Diskurs

allem auf die Gewinnung bildungsferner Jugendlicher und solcher mit Migrationshintergrund ausgerichtet war, sowie der Freiwilligendienst »weltwärts«. Letzterer wurde im Jahr 2007 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ins Leben gerufen und zielt darauf ab, jungen Menschen die Mitwirkung an Hilfsprojekten in Entwicklungsländern zu ermöglichen. Die genannten Modellprojekte gelten als Hoffnungsträger einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung bei Jugendlichen, da sie z.B. durch die Zahlung hoher monatlicher Pauschalbeträge – ein Teilnehmer bei »weltwärts« erhält 580 Euro pro Monat zzgl. Auslandsrankenversicherung – gerade den Bedürfnissen von Jugendlichen aus bislang im Bereich der Freiwilligendienste unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen entgegenkommen (SZ 2008f).

Während die bisher genannten Neuerungen im Bereich der deutschen (Jugend) Freiwilligendienstlandschaft noch in deutlicher Kontinuität zu den klassischen und bewährten Modellen des FSJ und FÖJ stehen, beschreiten das nun im Mittelpunkt stehende Bundesmodellprogramm »Generationsübergreifende Freiwilligendienste« (GüF, 2005-2008) und sein Nachfolgeprogramm »Freiwilligendienste aller Generationen« (FDaG, 2009-2011) ganz neue Wege. Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst trug durch seine Öffnung für alle Altersgruppen zu einer grundlegenden Erneuerung des klassischen (Jugend-)Freiwilligendienstmodells bei, weshalb er im Fokus der nachfolgenden Ausführungen steht.

Das Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste

Das Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste geht auf die Empfehlungen der Expertenkommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« zurück, die noch von der rot-grünen Regierung im Frühjahr 2003 eingerichtet wurde und sich aus politischen Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden, den Wohlfahrts- und Umweltschutzverbänden sowie wissenschaftlichen Experten zusammensetzte (BMFSFJ 2004). Inhaltlich beschäftigte sich die Kommission mit der Zukunft der Freiwilligendienste und des Zivildienstes vor dem Hintergrund des möglichen Wegfalls der allgemeinen Wehrpflicht. Ihre Arbeit fußte auf den Ergebnissen früherer diesbezüglicher Arbeitsgruppen und Kommissionen, wie etwa dem Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« (BT-Drs. 14/8900 2002), dem von der Robert Bosch Stiftung herausgegebenen Manifest für Freiwilligendienste in Deutschland und Europa mit dem Titel *Jugend erneuert Gemeinschaft* (Robert Bosch Stiftung 1998b) und den Resultaten der vom BMFSFJ eingerichteten Arbeitsgruppe »Zukunft des Zivildienstes«.

Zu den zentralen Ergebnissen dieser Kommission gehört der Vorschlag, das bislang den Jugendlichen vorbehaltene Freiwilligendienstmodell für alle Altersgruppen zu öffnen (BMFSFJ 2004: 10f.). Umgesetzt wurde diese Empfehlung im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium initiierten Modellprojekts Genera-

in Deutschland spätestens seit Mitte der 2000er Jahre miteinander verknüpft sind. Die Organisatoren des Modellprojekts erhofften sich hiervon einen positiven Effekt auf das allgemeine Bildungsniveau und die Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer sowie auf den Übergang in den Berufsalltag. Ziel dieses Modellprogramms war es, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen und die Beschäftigungsfähigkeit sowie die Integrationschancen benachteiligter Jugendlicher sowie Jugendlicher mit Migrationshintergrund zu verbessern (ISS 2010: 5f.).

tionsübergreifende Freiwilligendienste, das im Jahr 2005 mit einem Haushaltsvolumen von 10 Mio. Euro für eine Laufzeit von drei Jahren eingerichtet wurde. Während dieser Zeit haben sich ca. 9.000 Personen in fast 1.600 Einsatzstellen bei 140 Trägern freiwillig engagiert (ZZE 2008: 5). Die vom Bund geleistete finanzielle Förderung erfolgte grundsätzlich durch einen Pauschalbetrag pro Freiwilligenplatz und Monat, der sich im Verlauf der dreijährigen Projektlaufzeit reduzierte. Neben der Öffnung dieses Dienstmodells für Personen aller Altersgruppen unterscheidet sich die neue generationsübergreifende Variante von den bestehenden Freiwilligendiensten vor allem durch seine zeitliche Flexibilisierung und die Ausweitung der traditionellen Aufgabenfelder. Den Trägern und Einsatzstellen standen bei der Durchführung des Programms relativ große Gestaltungsspielräume zur Verfügung, die lediglich durch die folgenden Eckvorgaben begrenzt wurden: Die Gesamtdauer des Dienstes konnte zwischen drei und 24 Monaten betragen, wobei der wöchentliche Zeiteinsatz bei ca. 20 Stunden liegen sollte. Um den verbindlichen Charakter des Dienstmodells zu wahren, wurde angeraten, dass zwischen den teilnehmenden Freiwilligen und ihren Einsatzstellen bzw. Trägern schriftliche Vereinbarungen über die zu leistenden Aufgaben, den zeitlichen Umfang, Qualifizierungsmaßnahmen, Kostenerstattung, Versicherung, Pflichten usw. abgeschlossen werden. Keine Einschränkung bestand hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung der freiwilligen Tätigkeiten, solange das Prinzip der Arbeitsmarktneutralität gewahrt und der Bildungsgedanke beachtet wurde. Die Einsatzfelder des GüF reichten folglich von den Bereichen Soziales, Umwelt, Sport und Kultur bis hin zu Aktivitätsfeldern wie Migration, Selbsthilfe, die Pflege älterer Menschen sowie die Betreuung von Kindern und Behinderten (BMFSFJ 2007b; ZZE 2008: 11f.).

Nach Abschluss des Modellprojekts Generationsübergreifende Freiwilligendienste rief das Bundesfamilienministerium im Jahr 2009 das ebenfalls auf drei Jahre befristete Nachfolgeprogramm »Freiwilligendienste aller Generationen« ins Leben, das den durch GüF eingeschlagenen Weg – mit einigen kleineren inhaltlichen Veränderungen – fortsetzte. Abgestimmt auf die Implikationen der Initiative »Alter schafft Neues«, gilt das Nachfolgeprogramm Freiwilligendienste aller Generationen als Antwort auf die Herausforderungen des demografischen Wandels (FAZ 2008a; Alt 2009: 1). Die Struktur des FDaG unterschied sich nur minimal von derjenigen des Vorgängermodells: Die Mindestdauer betrug sechs Monate und der wöchentlich zu erbringende Stundenumfang wurde auf acht Stunden festgelegt. Außerdem wurde die Verbindlichkeit des Dienstes weiterhin durch den Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Trägern und Freiwilligen abgesichert. Bewährte Bestandteile des Programms, wie etwa die Heterogenität der Einsatzstellen und Aufgabengebiete oder die begleitende Durchführung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, wurden beibehalten und letztere sogar durch die Anhebung der hierfür bestimmten Fördermittel des Bundes ausgeweitet (vgl. Stemmer 2009: 4f., 18).

Angesichts der strukturellen und inhaltlichen Ähnlichkeiten zwischen Ursprungs- und Nachfolgeprojekt wird im Folgenden nur die Verwobenheit des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes in das dispositive Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in den Blick genommen.

Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst als Knotenpunkt im dispositiven Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung

Der Gedanke, ein Freiwilligendienstmodell einzurichten, das nicht nur Jugendlichen, sondern allen Altersgruppen offensteht, ist untrennbar mit der Krisenrhetorik der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung verbunden, die eine Erhöhung des Gesamtvolumens freiwillig erbrachter Leistungen unausweichlich erscheinen lässt. So wurde die Ausweitung der klassischen Jugendfreiwilligendienste auf alle Altersgruppen angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels nicht nur im Bericht der Regierungskommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« (BMFSFJ 2004: 14), sondern auch in den Medien⁶³ sowie im Koalitionsvertrag der Großen Koalition zur Notwendigkeit stilisiert: »Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist erkennbar, dass der Ausbau der Jugendfreiwilligendienste alleine nicht ausreichen wird. Deshalb werden wir neben der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements die generationsübergreifenden Freiwilligendienste als Programm ausbauen.« (CDU/CSU/SPD 2005: 110)

Aus dem prognostizierten Rückgang der Zivildienstleistenden würden sich, so die Kommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« weiter, erhebliche Probleme im personenbezogenen Pflege- und Betreuungsbereich sowie bei der sozialen Dienstleistungsproduktion ergeben, die wiederum nur durch ein allen Altersgruppen offenstehendes Freiwilligendienstmodell abgedeckt werden können (BMFSFJ 2004: 15). Vor diesem Hintergrund nimmt es auch nicht wunder, dass sich der GüF nach Angaben des evaluierenden Abschlussberichts – trotz seiner prinzipiellen inhaltlichen Offenheit – vor allem auf Tätigkeiten in den Bereichen der familienunterstützenden Maßnahmen konzentrierte: So waren während der gesamten Laufzeit 50 % aller Freiwilligen in der Kinder- und Jugendbetreuung und 22 % in der Seniorenarbeit tätig. Ebenfalls stark vertreten waren Einsätze im Bereich der Integration von Migrant*innen und der Betreuung von Behinderten (ZZE 2008: 68f.). Es handelt sich hierbei folglich um die Bereiche, in denen in bundespolitischen Verlautbarungen – gerade angesichts der ungewissen Zukunft des Zivildienstes – stets ein großer Bedarf an freiwillig erbrachten Leistungen konstatiert wird. Das Modellprogramm GüF und sein Nachfolgeprogramm wurden somit – ähnlich wie das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser⁶⁴ – gerade von Seiten der Politik

63 | Ein *Zeit*-Artikel zitiert z.B. eine diesbezügliche Stellungnahme des Leiters des Bereichs Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste im Bundesfamilienministerium, Martin Schenkel: »Bei unserem demografischen Wandel reicht es nicht, wenn die wenigen jungen Leute die Gesellschaft sozial unterstützen. Dafür brauchen wir die Hilfe aller Bürger, auch die der älteren.« (Zeit Online 2005)

64 | Auch die ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen benannte die Generationsübergreifenden Freiwilligendienste und die Mehrgenerationenhäuser als die beiden zentralen institutionellen Hoffnungsträger im Hinblick auf die Förderung der Potenziale Älterer zum Zwecke der individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung: »Wir brauchen Menschen, die Zeit haben für andere, das bürgerschaftliche Engagement. Es sind die jungen Alten, die sich einsetzen müssen, es ist meine Generation. Wir sind sehr viele. Wenn wir die sechzig überschritten haben, dann werden wir uns kümmern müssen. Auch im eigenen Interesse, denn völlig unterschätzt ist nach wie vor die Bedeutung von sinnerfüllten Aktivitäten im jungen Alter für die geistige Beweglichkeit. Deswegen liegt mir so viel an der

als eine Möglichkeit betrachtet, freiwilliges Engagement als Lösungsstrategie zur Bewältigung der durch den demografischen Wandel verursachten Krisenerscheinungen und den sich daraus ergebenden Versorgungsengpässen im Bereich der sozialen Dienstleistungserbringung zu fördern (Bundesregierung 2010: 43).

Darüber hinaus lässt die grundlegende Zielsetzung des Aktionsprogramms GüF, Menschen unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft und ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen (BMFSFJ 2005; Bundesregierung 2010: 27), keinen Zweifel daran, dass hierdurch das brachliegende Engagementpotenzial auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes gehoben werden sollte. Zur Umsetzung dieser Zielsetzung empfiehlt der Bericht der Regierungskommission »Impulse für die Zivilgesellschaft« unter Rekurs auf die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes bei der Einrichtung des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes die folgenden Aspekte zu berücksichtigen: In der Annahme, dass Menschen sich besonders dann freiwillig engagieren, wenn die Engagementmöglichkeiten dem Prinzip der biografischen Passung sowie den jeweiligen Motiven und Interessen entsprechen, müsse der neue Generationsübergreifende Freiwilligendienst erstens sowohl zeitlich als auch inhaltlich flexibel gestaltet sein. Zweitens dürfe man hierbei die Interessen der Einsatzstellen nach Planbarkeit und Verbindlichkeit der Einsätze nicht aus dem Blick verlieren (BMFSFJ 2004: 11). Diesen Empfehlungen entsprach das Modellprogramm insofern, als sich dieses – wie bereits einleitend skizziert – einerseits durch eine hohe konzeptionelle Offenheit hinsichtlich der angesprochenen Zielgruppen, Einsatzgebiete, Zeitformen und Qualifizierungsangebote auszeichnete. Andererseits wurde durch die schriftlichen Vereinbarungen, die von 63 % der GüF-Teilnehmer abgeschlossen wurden (ZZE 2008: 49), auch dem Gedanken der Verbindlichkeit Rechnung getragen. Der besondere Wert dieses Modellprogramms liegt nach Angaben der Informationsbroschüre des BMFSFJ folglich darin, »die individuellen Potentiale in allen Generationen aufzugreifen und eine passgenaue Struktur von Angeboten« – gerade für biografische Überbrückungszeiten – zur Verfügung zu stellen (BMFSFJ 2007b: 7; ebenso Bundesregierung 2010: 27).

Nach Angaben der vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (ZZE) durchgeführten Abschlussevaluation des Projekts konnte GüF viele der in diese Dienstform gesetzten Hoffnungen erfüllen: So entstanden unter dem gemeinsamen Dach des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes einerseits Dienstverhältnisse, die im Hinblick auf Rahmenbedingungen und Verbindlichkeitsgrad eine große organisatorische Nähe zu den Jugendfreiwilligendiensten aufwiesen; andererseits wurden in diesem Kontext Betätigungsfelder geschaffen, die sich den Bedürfnissen der Engagierten flexibel angepasst haben (Stemmer 2009: 16). Die hohe konzeptionelle und inhaltliche Offenheit des Modellprogramms zeigt sich auch daran, dass der eigentlich auf 20 Stunden festgelegte wöchentliche Zeiteinsatz angesichts der großen Streuung der tatsächlich erbrachten Stundenzahl, die von einer bis 40 Stunden wöchentlich reichte, im Laufe der Erprobungsphase deutlich flexibilisiert wurde (ZZE 2008: 44-47). Auch die Dienstlänge schwankte deutlich und lag im Durchschnitt bei 11,4 Monaten (ebd.: 47). Durch diese zeitliche Flexibilität und die Berücksichtigung der unterschiedlichen Beweggründe

Schulung ehrenamtlich Engagierter, den generationenübergreifenden Freiwilligendiensten und den Mehrgenerationenhäusern.« (FAZ 2008b)

und Lebenslagen der potenziellen Freiwilligen im Modellprogramm konnten mit dessen Hilfe nach Angaben des Abschlussberichts Personen aus allen Alters- und Berufsgruppen aktiviert werden. Dies bedeutet konkret, dass alle Altersgruppen mit mind. 10 % vertreten waren, wobei sich Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren mit 22 % am stärksten im Rahmen von GüF engagierten (ebd.: 23).

Besonders erfreut zeigten sich die Organisatoren des Programms zudem von der starken Beteiligung älterer Erwachsener (56-65 Jahre: 20 % und 66-75 Jahre: 12 %), die zu den Hauptzielgruppen des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes zählten: So wurde vom Bundesfamilienministerium die explizite Empfehlung an die Einsatzstellen und Träger vor Ort herausgegeben, »in Anbetracht der demografischen Entwicklung, der Lebenserfahrung und der besonderen Potenziale der älteren Generation«, Seniorinnen und Senioren beim »Generationsübergreifenden Freiwilligendienst« besonders im Fokus zu haben« (SZ 2005a; ebenso BMFSFJ 2004: 10, 2007b: 7; Bundesregierung 2010: 27). Es ist somit mehr als offensichtlich, dass die Bundesregierung mit der Initiierung des Modellprojekts u.a. das Ziel verfolgte, das auch im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung rezipierte Bild vom produktiven Alter zu konkretisieren. Dieses neue Freiwilligendienstmodell avancierte in diesem Zusammenhang zum institutionellen Hoffnungsträger einer gelingenden Potenziale-Ausschöpfung, da es aufgrund seiner inhaltlichen und zeitlichen Flexibilität den Bedürfnissen älterer Menschen entgegenkomme und so gleichsam eine erhebliche Anreizwirkung auf Senioren entfalten könne (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2005: 26f.; BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 222): Und in der Tat wirkte nach Angaben des Abschlussberichts gerade die flexible Zeitregelung des Modellprojekts auf viele Ältere attraktiv, die zumeist nicht länger als zehn Stunden pro Woche tätig sein wollten, um ihre durch die Verrentung oder Pensionierung gewonnene Freiheit nicht gleich wieder mit neuen zeitaufwendigen Verpflichtungen zu füllen (ZZE 2008: 35f.).⁶⁵ Zudem konnten durch den inhaltlichen Facettenreichtum des Programms zumeist auch die spezifischen inhaltlichen Wünsche der Senioren erfüllt werden, die sich im Rahmen von GüF vornehmlich zugunsten Gleichaltriger oder Älterer engagieren wollten (ebd.: 36).

Diese Erfolgsbilanz veranlasste die Bundesregierung in ihrem Kommentar zum 5. Altenbericht zu der resümierenden Feststellung, mit diesem Modellprogramm einen Weg gefunden zu haben, Freiwilligendienste für alle Altersgruppen zu öffnen und besonders für die ältere Generation attraktiver zu gestalten: »Das Engagementpotenzial der Älteren verstärkt zu fördern, ist ein Ziel, das die Bundesregierung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Umbaus des Sozialstaates z.B. mit dem bereits gestarteten Modellprogramm des BMFSFJ zur

65 | Exemplarisch für diese Einstellung vieler Älterer sei hier auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit engagementbereiten Personen verwiesen, in dem der Pensionär Hans Günther Engel ähnliche Gründe für die Suche nach einem wenig vereinnahmenden Ehrenamt angibt: »Ich weiß ehrlich gesagt noch gar nicht, wofür ich mich engagieren will. Ich bin jetzt seit zwei Jahren pensioniert, habe viel Freizeit. Zu fest eingespannt möchte ich dabei auch nicht sein, ich genieße die zeitliche Ungebundenheit, die ich nun endlich habe. Das will man ja nicht direkt wieder aufgeben. Aber eine Lesepatenschaft könnte ich mir gut vorstellen, das erfordert nicht zu viel Zeit, hilft anderen Menschen und meine grauen Zellen werden auch noch angeregt.« (SZ 2005c)

Erprobung generationsübergreifender Freiwilligendienste verfolgt.« (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 19) Dieses Zitat zeigt eindrücklich, dass in Stellungnahmen der Regierung oder des Bundesfamilienministeriums gerade bei der Begründung dieses neuen Freiwilligendienstmodells häufig an die Potenziale älterer Menschen bei der Bewältigung krisenhafter Entwicklungen appelliert wurde (z.B. BMFSFJ 2007b: 7). Diese könnten durch ihr freiwilliges Engagement selbst einen Beitrag zur Abmilderung der Verwerfungen des demografischen Wandels sowie der damit verbundenen wohlfahrtsstaatlichen Herausforderungen leisten und zur gesellschaftlichen Produktivität beitragen. Gleichzeitig wird besonderer Wert auf die Feststellung gelegt, dass dieses neue Freiwilligendienstmodell auch dem Wunsch vieler Senioren entspreche, gerade im Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ihre Qualifikationen und Erfahrungen weiterhin sinnvoll einzubringen (Bundesregierung 2010: 43): »Der Lebensabschnitt der ›gewonnenen Jahre‹ wird so zur Bereicherung für alle«, lautet daher auch das resümierende Fazit der Bundesregierung (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 16/2190 (Altenbericht) 2006: 5).

Zu den zentralen Zielgruppen des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes zählten neben der älteren Generation auch Erwerbslose und Migranten, d.h. jene Bevölkerungsgruppen, die auch im Mittelpunkt der Freiwilligen-Markt-Deutung seit 2003 stehen, da sie erstens ein hohes Engagementpotenzial und/oder eine geringe Engagementquote an den Tag legen und zweitens durch ein Engagement nicht nur ihre eigene gesellschaftliche Position verbessern, sondern als (Haupt-)Betroffene gleichzeitig zur Lösung der Krisenerscheinungen in den Bereichen Integration, Arbeitsmarktentwicklung und Demografie beitragen können. Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst wurde auch mit Blick auf diese Bevölkerungsgruppen als ideales Programmformat präsentiert, da er aufgrund seiner hohen Anpassungsfähigkeit an die individuellen Bedürfnisse der Teilnehmer ein für viele verschiedene Lebenslagen geeigneter Brückendienst sei (ZZE 2008: 6): Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums könne GüF als eine Einstiegshilfe für Jugendliche auf dem Weg ins Berufsleben, als eine sinnvolle Betätigung für Ältere in der nachberuflichen Lebensphase oder als Ort biografischer Neuorientierung für Menschen nach der Elternphase oder in anderen Umbruchszeiten fungieren (BMFSFJ 2007b: 7). Ferner trage GüF durch seine »bildungsfördernde Wirkung« maßgeblich dazu bei, »auch die Berufsorientierung sowie die Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen engagierter Menschen [zu] verbessern« (BMFSFJ 2004: 20). Ganz nach dem Motto: »Engagement ist Bildung!« (Bundesregierung 2010: 27) werden Generationsübergreifende Freiwilligendienste aufgrund ihrer unterschiedlichen Weiterbildungsangebote von der Nationalen Engagementstrategie folglich als Türöffner zu formellen und informellen Lernprozessen angepriesen sowie als ideale Überbrückungsmöglichkeit für Arbeitsuchende, die ihre Kompetenzen erhalten wollen, benannt (ebd.).

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung den Arbeitsagenturen mit besonderer Eindringlichkeit empfiehlt, vor allem Langzeitarbeitslose in einen derartigen Freiwilligendienst zu vermitteln, falls keine anderen Maßnahmen oder Angebote mehr zur Verfügung stünden (ebd.: 21). Die hier skizzierte inhaltliche Fokussierung des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes entspricht folglich sowohl der verbalen Hochkonjunktur des Bildungs- und Qualifizierungsgedankens als auch der

allgemeinen Annäherung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung an arbeitsmarktpolitische Überlegungen in den 2000er Jahren. Darüber hinaus lag auch diesem Modellprogramm der ungebrochene Glaube zugrunde, dass die Teilnehmer nicht nur individuell von diesem Engagement profitieren, sondern gleichzeitig dem Allgemeinwohl dienen und zur schrittweisen Überwindung der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen beitragen. Die größte Stärke des Modellprogramms liege nach Angaben des Bundesfamilienministeriums somit im »kreativen Ausschöpfen des freiwilligen Engagements im Hinblick auf mehr Generationengerechtigkeit, Integration und Teilhabe« (BMFSFJ 2007b: 9).

Betrachtet man den Vollzug dieses Programms zeigt sich, dass diese Hoffnungen nur zum Teil erfüllt werden konnten: Es gelang zwar, bislang eher engagementferne Personengruppen, wie Erwerbslose und Migranten, für eine Teilnahme zu gewinnen, doch waren gerade letztere im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung auch im Modellprogramm unterrepräsentiert (BMFSFJ 2007b: 9; ZZE 2008: 41). Die vergleichsweise hohe Beteiligung Erwerbsloser, die mit 21 % die zweitgrößte Teilnehmergruppe nach den Rentnern (22 %) darstellten (ZZE 2008: 25), wird überwiegend darauf zurückgeführt, dass im Rahmen des GüF besonderer Wert auf die Herstellung eines Passungsverhältnisses zwischen den Wünschen der potenziellen Freiwilligen und den Angeboten der Einsatzstellen gelegt wurde (BMFSFJ 2004: 46, 2007b: 9). So ergab die abschließende Teilnehmerbefragung, dass Erwerbslose sich nicht nur aufgrund der häufig gezahlten Aufwandsentschädigungen für den GüF entschieden haben, sondern dass sie diesen – wie angedacht – vor allem als arbeitsmarktbezogenen Brückendienst nutzten: Erwerbslose betrachteten die Teilnahme am Generationsübergreifenden Freiwilligendienst hiernach überwiegend als Möglichkeit, zusätzliche Kompetenzen zu erwerben (Erwerbslose: 61 %; Nicht-Erwerbslose: 46 %), ihre (Wieder-)Einstiegschancen in den Beruf zu verbessern (Erwerbslose: 66 %; Nicht-Erwerbslose: 25 %) und Anerkennung zu erfahren (Erwerbslose: 45 %; Nicht-Erwerbslose: 23 %) (ZZE 2008: 39f.).

Auch für die am Projekt teilnehmenden Migranten fungierte der GüF in doppelter Hinsicht als orientierungsgebender Brückendienst: Einerseits verbanden die befragten Migranten hiermit ebenso die Hoffnung eines verbesserten beruflichen (Wieder-)Einstiegs und andererseits sahen sie ihn als Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration (ebd.: 42). Neben der mangelhaften Mobilisierung von Migranten gelang es zudem kaum, niedrig qualifizierte Menschen für ein derart organisiertes freiwilliges Engagement zu gewinnen. Analog zu den bereits bestehenden Jugendfreiwilligendienstmodellen verfügten auch die meisten GüF-Teilnehmer über einen hohen Bildungsabschluss (ebd.: 26f.).⁶⁶ Folglich konnte das Ziel des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes, Menschen »aller sozialer Schichten sowie unabhängig von ihrer Herkunft für ein verbindliches Engagement« (Bundesregierung 2010: 27) zu gewinnen, nicht erfüllt werden.

66 | Der GüF-Abschlussbericht hat ermittelt, dass 51 % der Freiwilligen entweder die Hochschulreife (23 %) oder einen (Fach-)Hochschulabschluss besitzen (28 %). Der Anteil der Teilnehmer mit einem Volks- oder Hauptschulabschluss fällt mit 13 % gering aus (ZZE 2008: 26f.).

Vom Generationsübergreifenden Freiwilligendienst zum Bundesfreiwilligendienst

Die Analyse des Generationsübergreifenden Freiwilligendienstes hat gezeigt, dass sich dieser einerseits durch eine erhebliche Potenziale-Fokussierung insbesondere mit Blick auf die Aktivierung der brachliegenden Engagementbereitschaft der älteren Generation auszeichnet. Andererseits ist die Initiierung dieses Modellprogramms eingebettet in die typischen Krisendiskurse der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die – ergänzt um den möglichen Wegfall des Zivildienstes – die Ausweitung des freiwilligen Engagements unumgänglich erscheinen lassen. Eine nachhaltige Abmilderung der Versorgungsengpässe im sozialen Dienstleistungsbereich sei jedoch nur dann möglich, wenn die klassischen Jugendfreiwilligendienste um eine generationsoffene Variante ergänzt würden. In dieser Argumentation spiegelt sich die für die Freiwilligen-Markt-Deutung typische Annahme wider, dass durch engagementpolitische Aktivierungsmaßnahmen, in diesem Fall: durch einen Generationsübergreifenden Freiwilligendienst, ein Passungsverhältnis zwischen der Angebotsseite, dem brachliegenden Engagementpotenzial, und der Nachfrageseite, dem hohen von politischer Seite konstatierten gesellschaftlichen Engagementbedarf, hergestellt werden könne. Zu der Schlussfolgerung, dass mit diesem Modellprogramm die Hoffnung verbunden war, die Angebots- und Nachfragedimension des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes im politisch favorisierten Sinne in Einklang zu bringen, kommt auch Philipp Stemmer in einer vom WZB in Auftrag gegebenen Expertise. Stemmer äußert hier die Vermutung, dass Regierungsvertreter den neuen Generationsübergreifenden Freiwilligendienst mitunter als »ein Instrument für die sozialpolitische Aktivierung von personellen Ressourcen verstehen, die mit hohem Zeiteinsatz in staatlich befürworteten Einsatzfeldern gut planbare gemeinwohlorientierte Dienstleistungen erbringen« (Stemmer 2009: 36).

Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum hinaus scheint diesen Eindruck noch zu verhärteten. Nachdem zum 1. Juli 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt und damit auch der Zivildienst abgeschafft wurde, begann auf bundespolitischer Ebene die Suche nach einer neuen Dienstform, um die durch den Wegfall des Zivildienstes entstehenden Versorgungslücken im sozialen Dienstleistungsbereich zu schließen. Aufbauend auf den guten Erfahrungen mit dem Generationsübergreifenden Freiwilligendienst und seinem Nachfolgeprogramm wurde im April 2011 der »Bundesfreiwilligendienst« (BFD) eingeführt, der in seiner Struktur den bisherigen Jugendfreiwilligendiensten FSJ und FÖJ sehr stark ähnelt, nun aber für alle Generationen offen ist (BT-Drs. 17/4803 2011). Gerade von Seiten zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Kräfte wurde der BFD vor allem deshalb heftig kritisiert, da die Organisation dieses neuen Dienstes dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (ehemals: Bundesamt für den Zivildienst), unter Federführung des Bundesfamilienministeriums unterstellt und hierdurch bereits bestehende zivilgesellschaftliche Strukturen im Freiwilligendienstbereich übergangen wurden. Rupert Graf Strachwitz, der Leiter des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft Berlin, geht davon aus, dass hierdurch zivilgesellschaftliche Strukturen geschwächt und das »Gängelband des Staates« (Strachwitz 2011: 6) noch ein Stück kürzer werde:

»Aller Begleitlyrik zum Trotz geht es offenkundig nur darum, den sozialen Diensten, denen die Rekrutierung von Arbeitskräften tatsächlich [...] schwer fällt, vergleichsweise billige Arbeitskräfte zuzuführen. [...] Es geht nicht um Empathie, nicht um Kreativität durch Engagement, nicht um Inklusion oder Integration, schon gar nicht um Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, [...] sondern um Instrumentalisierung und Ausbeutung.« (Ebd.: 6)

Zusammenfassung der engagementpolitischen Maßnahmen in der 16. Legislaturperiode

Die Förderung freiwilligen Engagements durch geeignete institutionelle Maßnahmen wurde in der 16. Legislaturperiode von allen bundespolitischen Fraktionen zunehmend als notwendige und – hieran zeigt sich die Veränderung zur Jahrtausendwende besonders eindrucklich – als selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet. Die empirische Analyse hat ergeben, dass die zahlreichen, ausnahmslos positiv konnotierten engagementpolitischen Neuerungen zwischen 2005 und 2009 mit der Angebots- und Nachfragemetaphorik des Produktivitätsparadigmas besonders eng verflochten sind und hierbei auch mit den ausführlich skizzierten epistemischen Neuverknüpfungen seit 2003 in hohem Maße übereinstimmen: Die Potenziale-Fokussierung der engagementspezifischen Förderprogramme hat folglich zwar auch nach 2005 nichts von ihrer Brisanz verloren, unterliegt nun aber einer stärkeren Zielgruppenorientierung. Im Mittelpunkt stehen hier vor allem die vermeintlich brachliegenden Engagementpotenziale von älteren Menschen, benachteiligten oder bildungsfernen Jugendlichen, Erwerbslosen und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese auf bestimmte Personengruppen zugeschnittene Anrufungspraxis der engagementpolitischen Maßnahmen ist untrennbar verknüpft mit einer auffälligen Bereichsfokussierung. D.h., neben den allgemeinen Krisenerscheinungen ist es folglich vor allem die Abmilderung der personellen und finanziellen Engpässe im Bereich der öffentlichen Dienstleistungserbringung, die im Mittelpunkt vieler engagementbezogener Förderprogramme und Gesetze seit Mitte der 2000er Jahre steht. In diesem Zusammenhang avanciert gerade die Pflege und Betreuung der steigenden Zahl hilfsbedürftiger Menschen, insbesondere aus der älteren Generation, zum gemeinsamen thematischen Bezugspunkt vieler engagementpolitischer Neuerungen des Bundes.⁶⁷

67 | Freiwilliges Engagement als eine weitere Säule der Dienstleistungserbringung im Pflegebereich zu etablieren, ist zudem eines der zentralen Ziele des am 01.07.2008 in Kraft getretenen »Gesetzes zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung« (Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes, PfwG), im Zuge dessen die Fördermittel für ehrenamtliche Strukturen und die Selbsthilfe im Pflegebereich deutlich erhöht und Pflegestützpunkte, die überwiegend mit ehrenamtlichen Helfern arbeiten, stärker finanziell unterstützt wurden. Im Gesetzentwurf wird die Notwendigkeit dieser Reformen durch Rekurs auf die bereits bekannten epistemischen Einsichten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung begründet: »Der Einsatz ehrenamtlicher und sonstiger zum bürgerschaftlichen Engagement bereiter Personen sowie von Mitgliedern der Selbsthilfegruppen zugunsten pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen gewinnt zunehmend an Bedeutung. [...] Das bürgerschaftliche Engagement ist neben familiären und professionellen Hilfearrangements eine wesentliche Stütze bei der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung. Es soll über die bereits im Gesetz verankerten Maßnahmen hinaus weiter gestärkt werden.« (BT-Drs. 16/7439 2007: 42; ebenso BT UA-Drs. 16/88 2009: 17)

Neben dieser zielgruppenspezifischen Bereichsaktivierung existieren noch zwei weitere zentrale Unterschiede zwischen den vor dem Jahr 2005 initiierten engagementpolitischen Förderprogrammen und den nachfolgenden Maßnahmen: Letztere lassen sich einerseits zumeist nicht mehr eindeutig einer Argumentation auf der Nachfrage- oder auf der Angebotsseite des diskursiv konstruierten Freiwilligen-Marktes zuordnen, sondern zeichnen sich vielmehr durch eine sehr enge Verzahnung dieser beiden Dimensionen aus. Andererseits tragen die in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre initiierten engagementpolitischen Maßnahmen auch der zunehmenden Annäherung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung an arbeitsmarktpolitische Überlegungen Rechnung. Es geht bei diesen verstärkt um die Frage, wie durch die Ausübung eines freiwilligen Engagements die Chancen auf (Wieder)Eingliederung der zumeist am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Personengruppen in den Arbeitsmarkt verbessert oder zumindest ihre Beschäftigungsfähigkeit durch integrierte Bildungsmaßnahmen erhalten bzw. erhöht werden kann. Die in der 16. Legislaturperiode ins Leben gerufenen engagementpolitischen Unterstützungsmaßnahmen zeigen somit eindrücklich, dass das bürgerschaftliche Engagement von sozialstaatlicher Seite mit ökonomischen und moralischen Erwartungen konfrontiert wird: Das Bürgerengagement gilt erstens als mögliches Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt, zweitens als Hoffnungsträger bei der Abmilderung kriseninduzierter Engpässe in der sozialen Dienstleistungserbringung und drittens als sozialmoralisch erwünschter Dienst des Einzelnen für das allgemeine und individuelle Wohl.

Im Jahr 2009, das das Ende des engeren Untersuchungszeitraumes dieser Forschungsarbeit markiert, prognostizierten die Sozialwissenschaftler Holger Backhaus-Maul, Stefan Nährlich und Rudolf Speth, dass

»bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler und lokaler Ebene in den nächsten Jahren einem hohen Nachfrage- und Erwartungsdruck ausgesetzt sein wird. Die Politik hat es sich zum Ziel gesetzt, mehr Engagierte vor allem in ausgewählten Feldern des Sozialbereichs einzusetzen und mit dieser Ressource verlässliche und verbindliche Leistungsstrukturen aufzubauen.« (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 7)

Bereits eine überblicksartige Betrachtung der engagementpolitischen Maßnahmen der 17. Legislaturperiode zeigt, dass die Sozialwissenschaftler mit ihrer Prognose richtig lagen: Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes, die Schwerpunktverlagerung des Modellprojekts »Mehrgenerationenhäuser II« auf die Bereiche Alter und Pflege sowie Integration und Bildung (BMFSFJ 2011: 5) oder die weitere Förderung freiwilligen Engagements in der Pflege durch das »Pflege-Neuausrichtungsgesetz« vom März 2012 (BMG 2012: 14) verdeutlichen, dass sich der in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre abzeichnende Trend, freiwilliges Engagement verstärkt in die öffentliche Dienstleistungsproduktion einzubeziehen, nach 2009 weiter fortsetzt. Auch die Stellungnahme der Bundesregierung zum ersten Engagementbericht aus dem Jahr 2012, in dem freiwilliges Engagement von der Sachverständigenkommission als freiwillige »Bürgerpflicht[...] gegenüber dem Gemeinwesen« definiert wird (BT-Drs. 17/10580 (Engagementbericht) 2012: 33), zeigt, dass die Engagementpolitik des Bundes weiterhin eine zielgruppen- und bereichsspezifische Politik mit dem (Engagement-)Potenzial darstellt (Stellungnahme der Bundesregierung in: BT-Drs. 17/10580 (Engagementbericht) 2012: 5, 10, 12). Dieser

Charakterzug bundespolitischer Maßnahmen, freiwilliges Engagement vor allem als Koproduzent sozialer Dienstleistungen wertzuschätzen, stößt besonders in der Ehrenamts- und Zivilgesellschaftsforschung auf Kritik (u.a. Strachwitz 2012: 7). Derartige kritische Stimmen von Seiten der Wissenschaft und der mit Freiwilligen arbeitenden Organisationen sind im gesamten Verlauf der 2000er Jahre zu vernehmen, weshalb diesen nachfolgend Beachtung geschenkt wird.

Die staatliche Engagementpolitik in der Kritik

Trotz der zumeist positiven bundespolitischen und medialen Kommentierung der soeben skizzierten engagementpolitischen Maßnahmen behält die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in den 2000er Jahren ihren appellativen Tonfall bei. Dies kann u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die politische Verklärung des Ehrenamtes als allseitige Produktivkraft gerade von Seiten der Medien, der Ehrenamtsforschung sowie bei Vertretern der Kirchen und traditionellen Verbände, die in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung nach wie vor als zentrale institutionelle Negativ-Verknüpfungen benannt werden (SZ 2003b, 2004a; Spiegel Online 2006b),⁶⁸ in den 2000er Jahren zunehmend auf Kritik stieß. Gerade in den Reihen der traditionellen Verbandslandschaft wurden Stimmen laut, die der politischen Vereinnahmung des Ehrenamtes zunehmend misstrauten: So äußerte beispielsweise der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Hessen und Nassau, Wolfgang Gern, den Verdacht, dass das Bürgerengagement nur deshalb politisch aufgewertet werde, da es »als Ersatz für Sozialpolitik« herhalten solle. Außerdem, so Gern weiter, müssten »die Kirchen und ihre Sozialverbände [...] von niemandem auf den Wert des Ehrenamts hingewiesen werden« (FAZ 2004b), da dieses nach wie vor eine tragende Säule der kirchlichen Verbandsarbeit sei.

Es deutet folglich in der zweiten Hälfte der 2000er Jahre vieles darauf hin, dass die klassischen Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit die Kompetenzbeanspruchung des Staates in Sachen Ehrenamt zunehmend als Bevormundung bzw. Instrumentalisierung wahrnahmen. Auch von Seiten der Wissenschaft wurde die politische Produktivitätserwartung an das Ehrenamt mitunter eher mit Überforderung und Ausbeutung denn mit Wertschätzung gleichgesetzt und die Befürchtung geäußert, dass es lediglich als ein »kostengünstiger Lückenbüßer« (Hambach 2005: 340) für sozialstaatliche Sparstrategien fungieren soll (Strachwitz 2011: 6). In diesem Zusammenhang werden besonders Versuche einer staatlichen Indienstnahme der Bürgergesellschaft in Expertenkreisen heftig kritisiert: In ebendiesem Sinne konstatieren Holger Backhaus-Maul, Stefan Nährlich und Rudolf Speth, dass »die einzelnen Bundesministerien bestrebt sind, entsprechend ihren eigenen macht- und fachpolitischen Setzungen bürgergesellschaftliches Engagement in ausgewählte Aufgabenfelder zu lenken und durch den Einsatz fi-

68 | Exemplarisch für die nach wie vor verbreitete Benennung der traditionellen (Groß-) Vereine und Verbände als institutionelle Negativ-Verknüpfungen sei hier auf einen *Spiegel Online*-Ausschnitt verwiesen: »Allerdings sei eine Abkehr von dauerhaft etablierten Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften zu verzeichnen, während ›projektbezogene Ein-Zweck-Initiativen‹ vor Ort mehr Zulauf erhielten – auch um eigene politische Ziele durchzusetzen.« (Spiegel Online 2008)

nanzieller Mittel die Grundstrukturen der Engagementlandschaft ›top down‹ zu setzen.« (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 8)

Doch nicht nur der anhaltende, beschwörende Duktus der Produktivitäts-Erzählung ist erklärungsbedürftig, sondern auch die eklektizistisch anmutende Zusammenstellung und Erprobung immer weiterer engagementpolitischer Maßnahmen und Modellprojekte durch den Bund, die auf Probleme in der Vollzugswirklichkeit der initiierten Maßnahmen hindeuten. Und in der Tat legen die Evaluationsergebnisse bundespolitischer Ehrenamtsprogramme die Vermutung einer mitunter geringen Alltagsrelevanz der engagementpolitischen Maßnahmen nahe, da sich die meisten Ehrenamtlichen in Deutschland nach wie vor im Umfeld der Vereine, Kirchen und Verbände engagieren (Alscher u.a. 2009: 30; Gensicke/Geiss 2010: 28; Generali Zukunftsfonds/Institut für Demoskopie Allensbach 2012: 344). Der appellative Tonfall ergibt sich zudem daraus, dass die Modellprogramme oftmals die in sie gesetzten politischen Hoffnungen nur unzureichend erfüllen: Hinsichtlich der viel beschworenen Zielgruppenaktivierung zeigt z.B. die empirische Analyse des Generationenübergreifenden Freiwilligendienstes, dass dieses Modellprogramm gerade mit Blick auf die Aktivierung derjenigen Personengruppen, auf deren spezielle Bedürfnisse GüF eigentlich ausgerichtet war, wie etwa Erwerbslose, Migranten sowie benachteiligte und/oder bildungsferne Jugendliche, hinter den entsprechenden Hoffnungen zurückgeblieben ist. Demgegenüber bestätigen die sozioökonomischen Merkmale der Teilnehmer dieses Modellprogramms den allgemein für das Ehrenamt geltenden Mittelstands-Bias (Stecker/Zimmer 2003: 116).⁶⁹ Gerade Faktoren, wie Bildungsferne, Erwerbslosigkeit und nicht-deutsche Herkunft, stellen folglich nach wie vor die größten Hindernisse einer gelingenden Potenziale-Aktivierung dar. Diese Erkenntnis wird im Rahmen eines Artikels aus der *Süddeutschen* besonders treffend auf den Punkt gebracht:

»Die Freiwilligen wiederum sind eine Positivauswahl der Gesellschaft. Sie haben Freunde und Bekannte, sind gut ausgebildet und haben qualifizierte Berufe, sehen sich überdurchschnittlich stark ethischen und religiösen Werten verbunden. Arbeitslose, Rentner und Ostdeutsche engagierten sich dagegen 2004 seltener als 1999 – Freiwilligkeit muss man sich leisten können.« (SZ 2006d)

Die wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Kritik richtete sich zudem auf die vom Bund in Sachen Engagementförderung besonders häufig praktizierte Modell-

69 | Der Generationsübergreifende Freiwilligendienst war zwar mit Blick auf die Aktivierung Älterer recht erfolgreich, doch waren auch hier mit 22 % junge, gut qualifizierte Menschen zwischen 16 und 25 Jahren die am stärksten vertretene Gruppe. Viele von diesen nahmen, wie die Abschlussevaluation ergab, den GüF »als flexibilisierte Alternative zum Freiwilligen Sozialen Jahr« wahr (ZZE 2008: 23). Auch der Anteil der am Modellprogramm teilnehmenden Migranten fiel eher gering aus (ebd.: 41). Angesichts derartiger Ergebnisse kommt auch Martina Wegner, die Geschäftsführerin des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung, das die Abschlussevaluation von GüF durchgeführt hat, zu folgender resümierender Feststellung: »Problematisch sei aber auch, dass bestimmte Gruppen der Gesellschaft überhaupt nicht erreicht würden [...]. So sollten vor allem Migranten künftig besser eingebunden werden. ›In diesem Teil der Gesellschaft besteht viel Engagement, aber wir bemerken es oft gar nicht.« (SZ 2009f)

und Projektfinanzierung, die im Sinne einer Anschubfinanzierung für innovative Projektideen auf das Ziel ausgerichtet ist, die teilnehmenden Organisationen für eine bestimmte Förderperiode bei der Akquirierung einer selbsttragenden Mischfinanzierung für die Zeit nach Ablauf dieser Frist zu unterstützen. Das diesbezügliche Motto lautet folglich: »Der Bund kann anstoßen, einpflanzen – jedoch nicht die Dauerpflege übernehmen.« (Bergmann 2001b: 15) Die Erfahrungen mit Mehrgenerationenhäusern, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros usw. zeigen jedoch, dass viele Einrichtungen ohne eine verlässliche Finanzierung von Seiten des Bundes entweder ihr Leistungsangebot deutlich einschränken oder ihre Arbeit nach Ablauf der Programmlaufzeit gänzlich einstellen müssen. Die vielfach belegten existenziellen Sorgen zahlreicher Mehrgenerationenhäuser nach Abschluss der ersten Modellphase (Zeit Online 2010; Spiegel Online 2010a, 2010b) oder die nachweislich prekäre Finanzierungssituation vieler Freiwilligenagenturen⁷⁰ (Spiegel 2000; FAZ 2000e; SZ 2002d; BBE 2007: 3; vgl. ausführlich Kamlage 2008; Neumann 2013), die auch in den 2000er Jahren weiterhin zu zentralen Institutionalisierungsformen des Produktivitätsparadigmas stilisiert werden (SZ 2004c, 2006d; FAZ 2009b), verdeutlichen, dass viele der teilnehmenden Institutionen »nach Ablauf der Modellfrist um ihre Existenz bangen« müssen (BT-Drs. 14/8900 2002: 296; vgl. ebenso Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 11f.). Zu einer Verschärfung der hier angedeuteten Problematik tragen auch politische Machtwechsel auf Bundesebene bei, in deren Folge oftmals neue engagementpolitische Schwerpunkte gesetzt werden (Nährlich 2008). So zeigten sich beispielsweise die SPD-Politiker Franz Müntefering, Kerstin Gries und Sönke Rix sehr besorgt darüber, dass das im Jahr 2008 auslaufende Modellprogramm Generationsübergreifende Freiwilligendienste womöglich nicht weiter vom Bund unterstützt werde, da die neue Familienministerin Ursula von der Leyen ihren engagementspezifischen Fokus auf die Aktivierung älterer Menschen verlagert hat (SZ 2008d).

70 | Hinsichtlich der alltagspraktischen Bedeutung von Freiwilligenagenturen gehen die Meinungen der Experten weit auseinander: Der deutliche Anstieg der Anzahl von Freiwilligenagenturen auf derzeit ca. 360 Agenturen deutschlandweit wird im Allgemeinen als positiver Trend wahrgenommen (Speck u.a. 2012c: 197). Demgegenüber erzeugen vor allem die Vermittlungsquoten von Freiwilligenagenturen mitunter Zweifel bezüglich der Relevanz dieser Infrastruktureinrichtung: Unter Heranziehung der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) kommt der Berliner Soziologe Jens Ehrhardt zu dem Ergebnis, dass nur 2,5 % derjenigen Bürger, die jährlich ein Ehrenamt aufnehmen, hierfür die Dienste einer Freiwilligenagentur in Anspruch nehmen (Ehrhardt 2008). Während er selbst und andere Experten hieraus die Schlussfolgerung ziehen, dass Freiwilligenagenturen »erfolgreich gescheitert« (Nährlich 2008) seien, da sie die Engagementquote nicht merklich steigern können, kritisieren andere Wissenschaftler die Einseitigkeit dieser Sichtweise. Freiwilligenagenturen seien hiernach mehr als nur ein »Arbeitsamt für das Ehrenamt« (Nährlich 2008), da sie sich mittlerweile zu lokalen »Entwicklungsagenturen bürgerschaftlichen Engagements« (Speck u.a. 2012b: 12; ebenso Blumenthal 2009: 25) entwickelt und somit auch ihr Aufgabenprofil deutlich erweitert hätten (u.a. Fort- und Weiterbildungsangebote, Organisationsberatung und Netzwerk-tätigkeiten). Ihren Erfolg allein über die Höhe der Vermittlungsquote zu bestimmen, werde folglich der Vielfalt ihres Aufgabenspektrums und ihrer Bedeutung im lokalen Raum nicht gerecht (Olk 2002: 15; Röbbke 2008).

Es ist folglich die Inkonsistenz der bundespolitischen Engagementförderungsstrategie, die zu erheblichen Vollzugsproblemen bei den Trägern und Einsatzstellen der angestoßenen Modelle führt, wodurch sowohl ihre nachhaltige lokale Verankerung erschwert als auch ihre alltagspraktische Bedeutung geschmälert werden. Der Soziologe Holger Backhaus-Maul und der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V., Tobias Kemnitzer, kritisieren in diesem Kontext vor allem die mitunter willkürlich anmutende Mittelvergabe des Bundes: Denn einerseits argumentiere der Bund, dass er keine Infrastruktureinrichtungen fördern dürfe; andererseits handle er genau gegensätzlich, wenn er mit Hilfe des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser diesen Häusern eine gewisse Sonderrolle einräume und so gleichzeitig die knappen kommunalen Mittel binde (Backhaus-Maul/Kemnitzer 2012: 35). Der Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern, Thomas Rübke, bringt diese Missstände in pointierter Form wie folgt auf den Punkt:

»Wir brauchen verlässliche und stabile Infrastrukturen für das Bürgerschaftliche Engagement und keine symbolische Politik, die ein Modellprojekt nach dem anderen durchhechelt: Mal werden Bürgerstiftungen, mal Freiwilligenagenturen, mal Freiwilligendienste, mal Mehrgenerationenhäuser aufs Schild gehoben. Und nach ein paar Jahren bleiben dann Projekt-ruinen übrig, die sich vor Ort um die wenigen, dauerhaft vorhandenen Mittel streiten.« (Rübke 2008)

Auf Missfallen gerade bei den jeweiligen Einsatzstellen derartiger Modellprojekte stößt in diesem Zusammenhang zudem die mit der finanziellen Abhängigkeit verbundene inhaltliche Einmischung des Bundes, die auch von Seiten der Wissenschaft mitunter kritisiert wird: So warnte beispielsweise die Geschäftsführerin des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg, Martina Wegner, eindringlich vor »den Folgen einer solchen staatlichen Unterstützung und der damit verbundenen Einflussnahme. ›Es gibt die Gefahr, dass ehrenamtliches Engagement staatlich instrumentalisiert wird.« (SZ 2009f; vgl. ebenso Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 11f.; Dahme/Wohlfahrt 2009: 241) Dass diese Gefahr tatsächlich besteht, zeigt sich u.a. mit Blick auf das Modellprogramm Mehrgenerationenhäuser, von denen einige ihre Unzufriedenheit mit den vom Bund festgelegten inhaltlichen Arbeitsschwerpunkten der zweiten Modellphase auch öffentlich zum Ausdruck brachten (Spiegel Online 2010a): Franz-Reinhard Habel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund fasste die von den Kommunen und Einrichtungen angesichts der bundespolitischen Vorgaben geäußerten Befürchtungen folgendermaßen zusammen: »Es darf nicht so aussehen, dass der Bund immer mehr Vorschriften aufstellt und wir kaum noch Bewegungsspielraum haben.« (Spiegel Online 2010b) Auch Freiwilligenagenturen, die sich aufgrund ihrer prekären Finanzierungssituation häufig an bundespolitischen Modellprojekten, wie dem Generationsübergreifenden Freiwilligendienst, beteiligen, haben nach Angaben einer aktuellen Untersuchung zum Selbstverständnis und den Entwicklungspotenzialen von Freiwilligenagenturen in Deutschland (vgl. Backhaus-Maul/Speck 2011; Speck u.a. 2012a) oftmals Probleme, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Nähe und Distanz gegenüber der Politik und kommunalen Verwaltungsinstanzen zu entwickeln (Backhaus-Maul/Kemnitzer 2012: 34). Im Hinblick auf die staatliche

Fördermittelvergabe kommen Holger Backhaus-Maul und Tobias Kemnitzer deshalb zu folgender resümierenden Einschätzung:

»Noch immer wird hier die Rolle des patriarchalen Geldgebers gepflegt, der kontrolliert und zuteilt, aber dafür auch vorher genau definierte und detailliert sequenzierte Umsetzungsschritte entsprechend seiner Vorgaben und Vorstellungen verlangt. Veränderungen und Innovationen sind nicht vorgesehen und werden in der Regel sanktioniert, ähnlich wie der (Fundraising-)Erfolg, der bei Fehlbedarfsfinanzierungen zu Mittelkürzungen führen kann.« (Ebd.: 35)

In wissenschaftlichen Kreisen wird zudem die auch im Rahmen dieser Arbeit offengelegte Tendenz kritisiert, dass sich die politischen Engagementdebatten in den 2000er Jahren immer stärker an arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten bzw. Engpässen orientieren und Freiwilligen besonders eine Tätigkeit in Bereichen mit Personalmangel, wie etwa im Pflege- oder Bildungsbereich, nahegelegt wird. Kirsten Aner erachtet z.B. die von Einsatzkräften vor Ort geäußerten Sorgen als durchaus berechtigt, dass durch Modellprogramme zur Engagementförderung bislang bezahlte Arbeitskräfte durch Freiwillige ersetzt werden (Aner 2006: 65f.). Ein besonders alarmierendes Zeichen stellt für sie deshalb der derzeitige Trend in Deutschland dar, den Ausbau von Freiwilligendiensten voranzutreiben, »ohne dies durch eine Stärkung Sozialer Arbeit zu flankieren« (ebd.: 66). Diese Maßnahmen vernachlässigen ihrer Meinung nach die auf internationalen Erfahrungen beruhende Erkenntnis, dass »sich in jenen Ländern die meisten Menschen sozial engagieren, in denen die beste professionelle Infrastruktur vorhanden ist« (ebd.).

Es ist somit mehr als offensichtlich, dass die hier von Seiten der Wissenschaft sowie der Träger und Einsatzstellen bundespolitischer Modellprojekte geäußerte Kritik an der staatlich praktizierten Engagementförderung in deutlichem Gegensatz steht zu der durchgängig positiven Konnotation dieser Maßnahmen im Rahmen der politischen Anrufungspraxis. Der appellative Tonfall sowie die Brüchigkeit der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung kann folglich u.a. auf die hier aufscheinende Diskrepanz zwischen der positiven Bedeutungsaufladung engagementpolitischer Modellprojekte einerseits und der vor allem von den zivilgesellschaftlichen Teilnehmerorganisationen zunehmend kritisierten Vollzugswirklichkeit bzw. der mangelhaften Alltagsrelevanz der initiierten Maßnahmen andererseits zurückgeführt werden. Ähnliche Unstimmig- bzw. Widersprüchlichkeiten treten auch mit Blick auf die nachfolgend zu betrachtenden alltagspraktischen Aneignungsmodi des Produktivitäts-Dispositivs durch die angerufenen Freiwilligen in den 2000er Jahren deutlich zu Tage.

Die Freiwilligen und das Produktivitäts-Dispositiv

Die Skizzierung der alltagspraktischen Relevanz des Produktivitäts-Dispositivs für die Freiwilligen trägt der Einsicht Rechnung, dass die in vielen Gouvernementalitätsstudien praktizierte spiegelbildliche Gleichsetzung von Programm und Praxis zu kurz greift und durch eine auf die angerufenen Subjekte, in diesem Fall: die (potenziellen) Freiwilligen, fokussierte Analyse der Aneignungsmodi der Engagementprogrammatik ergänzt werden muss. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht somit die Frage, inwieweit die epistemischen Einsichten der Produktivitäts-Erzählung auch tatsächlich Einzug in das Alltagswissen und -handeln der

Subjekte gefunden haben bzw. die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« subsumierten Verhaltensanforderungen von den Bürgern als Teil ihrer Selbstdeutung und -führung übernommen wurden. Neben einer vollständigen Verinnerlichung der Programme ist es ebenso denkbar, dass die angerufenen Bürger sich nicht mit den vorherrschenden engagementbezogenen Aktivierungsdiskursen identifizieren und die an sie herangetragenen Erwartungen zurückweisen, ignorieren, nur partiell verinnerlichen oder – im äußersten Fall – Widerstand leisten (vgl. Schneider/Hirsland 2001: 387; Lessenich 2008: 139f.). Hinsichtlich der Reichweite der hier präsentierten Ergebnisse sei einschränkend nochmals auf zwei Aspekte hingewiesen: Die Dispositiv-Verarbeitung der freiwillig Engagierten zwischen 1998 und 2009 umfassend zu skizzieren, ist nicht nur aufgrund des Fehlens eigener interviewgestützter Befragungen ein nahezu unmögliches Unterfangen, sondern vor allem deshalb, da es sich bei den ehrenamtlich Engagierten in Deutschland um eine – auch dies wird in öffentlichen Statements oftmals übersehen – sehr heterogene Gruppe handelt. Diese Vielfältigkeit ebenfalls betonend berichtet z.B. die *Süddeutsche Zeitung*, dass »[v]iele Freiwillige [...] indes erstaunt [wären], wenn man sie klassisch als ›Ehrenamtler‹ bezeichnete, denn das bürgerschaftliches Engagement von heute hat viele Gesichter: Dazu gehört neben dem Kirchenamt auch die Mitarbeit bei Attac. Oder die Teilnahme am Spielplatzbau nebenan.« (SZ 2009b)

Aufgrund dessen dürfen die folgenden Ausführungen zur alltagspraktischen Reichweite der institutionellen Neuerungen allenfalls als Trendaussagen gelesen werden, die überwiegend auf den Ergebnissen quantitativer und qualitativer Freiwilligenbefragungen und auf den im Rahmen von Zeitungsinterviews geäußerten Stellungnahmen freiwillig Engagierter beruhen.

Die mit Blick auf die institutionelle Dimension geäußerte Vermutung, dass die positive Bedeutungsaufwertung der in den 2000er Jahren eingeführten engagementpolitischen Neuerungen des Bundes weit über ihre Alltagsrelevanz hinausgeht und ihre Umsetzung unter erheblichen Problemen leidet, bestätigt sich bereits mit Blick auf die Resultate repräsentativer Freiwilligenbefragungen. Die Ergebnisse der drei Wellen des Freiwilligensurveys zeigen, dass allen institutionellen Neuerungen zum Trotz der Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung zwischen 1999 und 2009 weitgehend konstant geblieben ist (1999: 34 %, 2004: 36 %, 2009: 36 %) (Gensicke/Geiss 2010: 5f.). Angesichts der in medialen und politischen Verlautbarungen vermittelten positiven Bedeutung der vor allem seit Mitte der 2000er Jahre initiierten bundespolitischen Maßnahmen wäre zumindest ein moderater Anstieg des Engagementumfangs zu erwarten gewesen. Eine Ursache für die scheinbar mangelhafte Anreizwirkung der engagementspezifischen Förderprogramme des Bundes ist vermutlich ihre starke Fokussierung auf geldwerte Anerkennungsformen, die darauf abzielen, die in den Subjekten vermuteten Aktivierungshindernisse durch Appelle an die individuellen Kosten-Nutzen-Überlegungen zu beseitigen. Exemplarisch für derart konzipierte institutionelle Neuerungen sei an dieser Stelle auf die mehrfache Novellierung der Übungsleiterpauschale, die haftungs- oder steuerrechtliche Privilegierung engagierter Bürger oder die Überarbeitung des Spenden- und Stiftungsrechts verwiesen. Ebenso in diese Kategorie fallen auch verschiedene Freiwilligendienstmodelle, die sich, wie z.B. »weltwärts«, von der Zahlung hoher monatlicher Pauschalbeträge eine Abkopplung der Entscheidung für einen derartigen Dienst von der finanziellen Situation des Elternhauses ver-

sprechen. Im Rahmen derartiger Maßnahmen wird allerdings übersehen, dass die Anreizwirkung monetärer Vergünstigungen auf die Übernahme eines freiwilligen Engagements nach Angaben der drei Wellen des Freiwilligensurveys und des sich auf die erste Erhebungswelle berufenden Berichts der Enquete-Kommission »Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements« vergleichsweise gering ausfalle (BT-Drs. 14/8900 2002: 129f.; ebenso SZ 2003b): Auch der zweite und dritte Freiwilligensurvey kommen zu dem Ergebnis, dass eine finanzielle Vergütung des freiwilligen Einsatzes nur von einem Viertel der bereits Engagierten begrüßt wird, wobei es sich hierbei überwiegend um arbeitslose Ehrenamtliche handelt (Gensicke/Picot/Geiss 2005: 36, Gensicke/Geiss 2010: 45; FAZ 2003; Focus 2006e).

Im Gegensatz zu einer direkten finanziellen Vergütung, die von den wenigsten Freiwilligen gefordert wird, gehört der Wunsch nach engagementbezogenen Steuervorteilen zu den am häufigsten benannten Verbesserungswünschen der Befragten (Gensicke/Geiss 2010: 46). Angesichts der spezifischen Frageperspektive des Freiwilligensurveys kann jedoch nicht umstandslos davon ausgegangen werden, dass durch steuerliche Begünstigungen tatsächlich mehr Menschen für ein freiwilliges Engagement gewonnen werden können (SZ 2006d). Dagegen spricht, dass im Rahmen des Freiwilligensurveys die Frage, mit welchen Maßnahmen freiwillig geleistete Arbeit von staatlicher Seite unterstützt werden könnte, nur der Teilgruppe der bereits Engagierten gestellt wurde. Diese sollten bei der Beantwortung vor allem an die Probleme ihrer eigenen Freiwilligenarbeit denken (von Rosenblatt 2001: 125). Bei Steuervergünstigungen handelt es sich somit vornehmlich um eine Fördermaßnahme, die in erster Linie den Wünschen der bereits freiwillig Aktiven entgegenkommt und deren Mobilisierungskraft auf bislang ehrenamtlich inaktive Menschen daher fraglich ist. Adalbert Evers bezweifelt jedenfalls, dass durch Maßnahmen, wie Steuervergünstigungen, Freistellungsregelungen oder die sozialversicherungsrechtliche Absicherung der Engagierten, bislang nicht Engagierte gewonnen werden können. Derartige Reformen tragen vielmehr dazu bei, die freiwillige Tätigkeit der bereits Engagierten zu erleichtern und haben darüber hinaus keine motivationsbildende Wirkung (Evers 1999: 63): »Insofern scheint die klassische Art staatlicher Förderung über Recht und Geld für eine Aktivierungsstrategie bürgerschaftlichen Engagements ungeeignet, zumal auf Nichtengagierte kaum Anzeigeffekte ausgeübt werden.« (Stecker/Zimmer 2003: 116; ebenso Aner 2006: 52)

Die Resultate anderer Freiwilligenbefragungen bzw. die Stellungnahmen engagementinteressierter Bürger vermitteln ebenso den Eindruck, dass von derartigen finanziellen bzw. steuerlichen Vergünstigungen eine geringe bis gar keine Anreizwirkung ausgeht: In diesem Sinne kommt z.B. die bereits Mitte der 1990er Jahre durchgeführte Geislingen-Studie, in der auch Menschen ohne freiwilliges Engagement nach ihren Erwartungen an die Politik befragt wurden, zu dem Ergebnis, dass von der Politik bereitgestellte Geld- oder Sachleistungen zu den am wenigsten benannten Wünschen gehören. Demgegenüber stehen die Verbesserung der personellen Unterstützung sowie die Ausweitung von Qualifikationsmaßnahmen an der Spitze des Forderungskatalogs der Interviewteilnehmer (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 120). Darüber hinaus belegen auch die Stellungnahmen verschiedener vom Magazin *Der Spiegel* befragter junger Ehrenamtlicher, dass drängende Appelle von oben oder institutionalisierte Freiwilligenjahre auf sie keine motivierende Wirkung hätten (Spiegel 2000). Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung gelangt auch der Wissenschaftler Jürgen Blandow, dessen Studien belegen, dass gerade junge

Freiwillige kaum Interesse an institutionellen Neuerungen, wie Freistellungen, pauschalisierten Aufwandsentschädigungen oder Steuerfreibeträgen, zeigten (SZ 1998b). Hinzu kommt, dass die eigentlichen Zielgruppen der engagementpolitischen Anrufungspraxis, wie Rentner oder Arbeitslose, aus diesen Steuervergünstigungen überhaupt keinen Vorteil ziehen können (SZ 2007d).

Wie schon mit Blick auf die Geislingen-Studie angedeutet, sind es weniger finanzielle Vergünstigungen oder Steuervorteile, die (potenzielle) Ehrenamtliche bei der Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit interessieren, als vielmehr Informationsdefizite, Anerkennungsfragen und alltagspraktische Überlegungen (Focus 2006e): Zu den in den drei Wellen des Freiwilligensurveys mit steigender Intensität benannten Forderungen der Freiwilligen gehören erstens eine bessere öffentliche Information und Beratung über die Möglichkeiten des Engagements, zweitens eine zuverlässige Finanzierung der Projektarbeit und der Abbau bürokratischer Hindernisse sowie drittens die Schaffung einer öffentlichen Anerkennungskultur für freiwilliges Engagement (Gensicke/Geiss 2010: 45f.; vgl. die Interviewausschnitte mit Senioren in Denninger u.a. 2014: 327, 331, 338). Gerade die mediale Wertschätzung freiwillig erbrachter Leistungen koche, so der allgemeine Tenor, nach wie vor auf Sparflamme: »In den Redaktionen sagen alle: ganz toll, aber leider keine griffige Nachricht« (Focus 2006e; ebenso SZ 2006d). Oftmals leidet das Engagement aber auch unter ganz alltäglichen Problemen, wie etwa der Schwierigkeit, die freiwillige Tätigkeit mit familiären und beruflichen Verpflichtungen zu vereinbaren: So konstatiert beispielsweise Hans-Joachim Fuchtel, Präsident der Bundesvereinigung des Technischen Hilfswerks (THW), dass viele Helfer bei Einsätzen Probleme mit ihren Arbeitgebern bekämen: »Wenn der Arbeitgeber feststellt, dass aktive Mitarbeit beim THW vorliegt, haben es unsere Helfer schwer mit Einstellungen und immer schwerer im Betrieb, wenn sie wegen eines Einsatzes ausfallen.« (Focus 2006e; ebenso Zeit Online 2011a) Von einem anderen Problem berichten die Mitarbeiter der Münchner Freiwilligenagentur »Tatendrang«: So scheitere die Vermittlung berufstätiger Engagierter oftmals daran, dass es in vielen Organisationen keine hauptamtlichen Mitarbeiter gäbe, die auch Abends als Ansprechpartner für die engagementbereiten Erwerbstätigen zur Verfügung stünden (SZ 2002a, 2009b). Darüber hinaus hat freiwilliges Engagement auch nicht immer eine lebensqualitätssteigernde Wirkung, sondern kann, wie der Soziologe Stefan Selke unter Rekurs auf seine Interviewstudie mit freiwilligen Tafel-Helfern zu berichten weiß, auch mit Überforderung und Erschöpfung einhergehen: »Wir beobachten immer wieder, dass freiwillige Helfer zunehmend überfordert sind. Sie geben nicht mehr nur Lebensmittel aus, sondern sollen auch Sozialberatung liefern«, berichtet Selke in einem *Zeit*-Artikel, der sich der von Freiwilligen viel beachteten Frage widmet, ob »die Ehrenamtlichen dort anpacken [müssen], wo der Staat sich zurückzieht?« (Zeit Online 2011b).

Diese Befunde lassen darauf schließen, dass weniger die Schaffung finanzieller Vergünstigungen als vielmehr die Erleichterung der alltäglichen Durchführung einer ehrenamtlichen Tätigkeit sowie eine höhere öffentliche Wertschätzung des Ehrenamtes den Wünschen vieler bereits oder potenziell Engagierter entgegenkommen würde. Die Vereinbarkeitsproblematik, Überforderungstendenzen sowie die mangelnde Anpassungsbereitschaft vieler Organisationen an die Bedürfnisse der Freiwilligen sind nur einige Beispiele für die von Seiten der Ehrenamtlichen in den 2000er Jahren häufig genannten alltäglichen Vollzugsprobleme (u.a. Spiegel

2000; Focus 2000d), die aber in den politischen Stellungnahmen zu engagement-spezifischen Förderprogrammen und Gesetzesnovellierungen kaum thematisiert werden. So kritisiert z.B. der Soziologe Frank Eckardt, dass die Alltagsprobleme in Mehrgenerationenhäusern, wie etwa intergenerationelle Konflikte, in den politischen Darstellungen des Modellprogramms zugunsten der einseitigen Betonung der Vorteile dieser Lebensform zumeist unberücksichtigt bleiben (Eckardt 2006: 35). Das bundespolitische Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser missachte seiner Meinung nach zudem die Wünsche vieler Senioren, »die es zwar auch schön finden, ab und zu Kinder zu betreuen, aber in erster Linie die sehr praktischen Probleme ihres Alleinseins lösen« wollen (ebd.: 36).

Im Gegensatz zur Konstanz der Engagementquote hat sich im Untersuchungszeitraum zumindest das Engagementpotenzial, d.h. der Anteil der Personen, die angeben, zukünftig eventuell oder ganz bestimmt zur Übernahme einer Freiwilligenarbeit bereit zu sein, erheblich vergrößert (1999: 26 %, 2004: 32 %; 2009: 37 %) (Gensicke/Geiss 2010: 8). Doch auch diese häufig als positives Signal interpretierten Umfrageergebnisse geben keine verlässliche Auskunft darüber, ob die Zunahme an Personen, die sich auf Nachfrage des Freiwilligensurveys grundsätzlich zur Übernahme eines freiwilligen Engagements bereit erklären, auf einen grundlegenden engagementfreundlichen Einstellungswandel der Bevölkerung beruht. Wenngleich diese Schlussfolgerung durch den dritten Freiwilligensurvey nahegelegt wird (ebd.), ist es ebenso denkbar, dass der Anstieg des Engagementpotenzials während der 2000er Jahre u.a. auch auf Effekte sozialer Erwünschtheit zurückgeführt werden kann. Die Zunahme der geäußerten Engagementbereitschaft stellt dann eine Reaktion auf die allgemeine Bedeutungsaufwertung und positive Verklärung des freiwilligen Engagements in diesem Zeitraum dar, die es den befragten Bürgern nahezu unmöglich macht, die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit auf Nachfrage kategorisch abzulehnen.

Die vom Freiwilligensurvey ermittelte Konstanz der Engagementquote in den 2000er Jahren bei steigendem Engagementpotenzial deutet folglich darauf hin, dass die letztendliche Entscheidung für ein freiwilliges Engagement nur geringfügig durch äußere Anreize beeinflusst werden kann: »Man müsste, man sollte – das bringt doch gar nichts«, glaubt [...] der Hallenser Bankangestellte Michael Schnell, 28. »Der Entschluss muss von innen kommen.« (Spiegel 2000) Diese Aussage wird auch von den drei Erhebungswellen des Freiwilligensurveys unterstützt, nach deren Ergebnissen die meisten Freiwilligen von ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit erwarten, Spaß zu haben, sich selbst zu verwirklichen und mit sympathischen Menschen zusammenzukommen (Gensicke/Geiss 2010: 12f.; vgl. ähnlich FAZ 1998e). Exemplarisch hierfür sei an dieser Stelle auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit einer freiwillig Engagierten verwiesen, die auf die Frage, was sie denn trotz aller Widrigkeiten bei der Stange halte, antwortet: »Mir macht es Spaß.« (SZ 2001c) Interessanterweise zeigen die von verschiedenen Zeitungen durchgeführten Interviews mit jüngeren Ehrenamtlichen auch, dass Spaß und Selbstverwirklichung vornehmlich mit selbstorganisierten Projekten verbunden werden, wohingegen den traditionellen (Sozial)Verbänden weiterhin eher Skepsis und Misstrauen entgegengebracht wird. So titelt z.B. die *Süddeutsche Zeitung*: »Die »neuen Ehrenamtlichen« wollen Spaß und Selbstverwirklichung – und brauchen dazu keine Verbände« (SZ 1998h; vgl. ebenso die Interviews mit jungen Freiwilligen in SZ 1998b; Spiegel 2000).

Neben dem Bedürfnis nach Spaß geben gerade jüngere Ehrenamtliche sowie Erwerbslose an, dass für sie der Qualifizierungsaspekt sowie die Möglichkeit eines verbesserten beruflichen Wiedereinstiegs ebenso zu den ausschlaggebenden Gründen für die Übernahme eines freiwilligen Engagements gehören. Die Charakteristika dieser Entwicklung, die auch vom dritten Freiwilligensurvey als eigenständiger Trend erkannt wird (Gensicke/Geiss 2010: 14), bringt eine Artikelüberschrift der *Süddeutschen Zeitung* wie folgt auf den Punkt: »Immer mehr Menschen engagieren sich ehrenamtlich – sie haben dabei eher ihre Karriere im Blick als die geplanten Steuererleichterungen.« (SZ 2006d) Diesen Trend bestätigt auch Carola Schaaf-Derichs, die als Leiterin der Berliner Freiwilligenagentur »Treffpunkt Hilfsbereitschaft« in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht hat, dass besonders 20- bis 30-Jährige die Hoffnung äußern, »über ein freiwilliges Engagement zusätzliche Lern-, Kontakt- und Qualifizierungsmöglichkeiten« zu erschließen« (Spiegel 2000). Exemplarisch für dieses berufsfördernde Qualifikationsbedürfnis vieler jüngerer Menschen im Ehrenamt sei hier auf ein Interview der *Süddeutschen Zeitung* mit einer jungen Mutter verwiesen, die ihren Wunsch nach einer freiwilligen Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe folgendermaßen begründet:

»Und für mich persönlich hätte die Arbeit, neben dem Spaß, auch noch andere Vorteile. Ich könnte zum Beispiel meine Fremdsprachenkenntnisse in Englisch, Französisch und Spanisch mal wieder etwas auffrischen. Afrikanische Flüchtlinge sprechen oft eine dieser Sprachen, so lerne ich bei der Arbeit auch noch etwas für mich.« (SZ 2005c)

Diese auf den Qualifikationsaspekt bezogenen Ausführungen lassen sich auf die Einsicht zuspitzen, dass die zunehmende Arbeitsmarktnähe des freiwilligen Engagements nicht nur im Rahmen bundespolitischer Modellprojekte forciert wird, sondern diese auch dem steigenden Wunsch jüngerer Menschen entspricht, im Rahmen ihres freiwilligen Engagements Qualifikationen zu erwerben oder Kompetenzen zu bewahren, die für den späteren beruflichen Werdegang nützlich sind. So berichtet auch der *Focus*, dass sich gerade Studierende in Freiwilligenagenturen gezielt über Engagementgelegenheiten informieren, die »zur Wunschkarriere passen oder besonders gute Möglichkeiten zur Weiterqualifikation bieten« (Focus 2009). Dieses allseitige Qualifikationsbedürfnis Jugendlicher scheint jedoch vor allem den unsicheren Bedingungen am Arbeitsmarkt geschuldet zu sein, die es erforderlich machen, auch freiwillige Tätigkeiten entsprechend der Karriereaussichten auszuwählen. Und in der Tat kommt beispielsweise eine repräsentative Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter 2600 Haupt- und Realschulabsolventen zu dem Ergebnis, dass ehrenamtlich engagierte Jugendliche schneller einen Ausbildungsplatz finden als nichtengagierte Gleichaltrige (Focus 2007d).

Neben dieser individuellen Dimension gehört das Bedürfnis, die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitzugestalten oder anderen, weniger privilegierten Menschen etwas Gutes zu tun, nach wie vor zu den am häufigsten benannten Gründen für ein freiwilliges Engagement, die wiederum untrennbar mit dem Wunsch nach Spaß und Selbstverwirklichung verknüpft sind (Gensicke/Geiss 2010: 12; SZ 2009b):

»Wer sich heute sozial engagiert, will immer noch in erster Linie anderen helfen und Verantwortung übernehmen. Zugleich wollen viele Ehrenamtliche auch persönlichen Nutzen aus

ihrem Engagement ziehen: Sie wollen Spaß haben, interessante Menschen treffen oder im Ehrenamt erworbene Fähigkeiten beruflich einsetzen.« (SZ 2002c; ebenso Focus 2009)

Die anhaltende hohe Bedeutung der Gemeinwohlorientierung freiwillig Engagierter ist insofern nicht weiter verwunderlich, als die von den interviewten Freiwilligen vielfach geäußerten Wünsche, »Menschen [zu] helfen [...], denen es nicht so gut geht« (SZ 2005c) oder »etwas an die Gesellschaft zurück[zu]geben« (SZ 2004a), zu den originären Gründen für ein ehrenamtliches Engagement gehören. So kommt beispielsweise *Die Zeit* in ihrer interviewgestützten Reportage über drei Freiwillige zu dem Fazit: »Trotz mancher Kompromisse und Zwänge – Tobias Guttstein, Thorsten Schreiber und Hasso Lieber würden auf ihr Ehrenamt nicht verzichten. Freiwillig und unentgeltlich einen Dienst für das Allgemeinwohl zu erbringen, ist für sie selbstverständlich.« (Zeit Online 2011a) Diese Selbstverständlichkeit ergibt sich jedoch aus der spezifischen Selbstwahrnehmung der befragten Freiwilligen und ihrer individuellen Lebensführung und kann – zumindest im Falle der drei Interviewten – nicht auf moralisierende Verpflichtungsappelle zurückgeführt werden. Der zentrale Unterschied zu der im Rahmen des Produktivitätsparadigmas forcierten Aktivierung dieser gegenseitigen Hilfsbereitschaft, die vornehmlich auf Gesellschaftsbereiche mit einem hohen Bedarf an freiwillig Engagierten fokussiert ist, liegt folglich darin, dass die Freiwilligen selbst entscheiden wollen, für wen sie sich nützlich machen: »Wer sich heute engagiert, will nicht als Ausputzer irgendwo hingeschickt werden, wo sich der Sozialstaat gerade zu verabschieden droht, sondern will selbst entscheiden, was er wo wie lange macht.« (Spiegel 2000; ebenso SZ 2009f)⁷¹ Diesen Eindruck bestätigen auch die Mitarbeiter der Freiwilligenagentur »Tatendrang« in München, die die Erfahrung gemacht haben, dass sich zwar viele Menschen engagieren wollen, aber eben nur in solchen Bereichen, die zu ihren Bedürfnissen und ihrer biografischen Situation passen (SZ 2004a): »Ausgesucht wird, was den eigenen Bedürfnissen am ehesten entspricht.« (Spiegel 2000)

Die untersuchten Interviewausschnitte und Freiwilligenbefragungen deuten somit darauf hin, dass es den alten Ehrenamtstyp mit dem »goldene[n] Helferherz« (SZ 2002c, 2003c) zwar nach wie vor gibt, doch stehen diesem eine steigende Anzahl sog. »hilfsbereite[r] Egoisten« (SZ 1998h) gegenüber, die den freiwilligen Einsatz für andere nicht mehr als selbstlose Tat, sondern als ein klar definiertes »Tauschgeschäft« (Spiegel 2000) betrachten, in dem Zeit, Einsatz und Mühe gegen Spaß, Qualifikation, Kontakte, Selbstverwirklichung usw. eingetauscht wird. Die Ehrenamtliche Ingeborg Schlinck bringt diesen Gedanken in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* wie folgt auf den Punkt: »Ingeborg Schlinck sagt, sie tue

71 | In diesem Zusammenhang wird mitunter die Befürchtung geäußert, dass sich der Staat zukünftig noch mehr aus der öffentlichen Leistungserbringung zurückziehe, wenn deutlich wird, dass viele Aufgaben auch durch private Initiativen oder freiwilliges Engagement zufriedenstellend gelöst werden können. Diese Sorgen aufgreifend fragt z.B. die *Süddeutsche Zeitung*: »Sollte sich nicht lieber der Sozialstaat darum kümmern, die Quellen für Hunger und Armut zu beseitigen? Festigen die Suppenküchen gar die Not hierzulande? ›Es gibt eine zunehmende Tendenz des Staates, sich darauf zu verlassen, dass Aufgaben des Sozialstaats von privaten Initiativen geleistet werden‹, kritisierte Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, den schleichenden Rückzug der Behörden.« (SZ 2009f; ebenso Zeit Online 2011b)

es vor allem für die Kinder, aber auch ein wenig für sich selbst. Es sei eben ein Geben und Nehmen. Sie hilft gerne, auch weil es ihr selbst geholfen hat, »zu reifen, die zu werden, die ich heute bin.« (SZ 2003c) Derartige Statements ähneln zwar sehr stark der Win-win-Rhetorik der Produktivitäts-Erzählung, doch geht es hierbei um ein freiwilliges Engagement, das ungeachtet moralischer Verpflichtungsappelle und der politisch favorisierten Einsatzfelder für ehrenamtliche Kräfte entsprechend der aktuellen biografischen Situation und den persönlichen Bedürfnissen ausgewählt wird.

Trotz des Verzichts auf eigene Freiwilligenbefragungen und der prinzipiellen Unmöglichkeit, Freiwillige als homogene Gruppe zu betrachten, lassen sich aus der Auswertung der Befunde quantitativer Engagementstudien und medial vermittelter Interviewpassagen mit Freiwilligen zumindest erste Tendenzen bezüglich der alltagspraktischen Reichweite des Produktivitäts-Dispositivs ableiten: So deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich der Trend der vergangenen Jahre weiter fortsetzt und sich freiwillig Engagierte vermehrt als neue Ehrenamtliche verstehen, die ihre freiwillige Tätigkeit vor allem danach aussuchen, ob diese ihren eigenen Bedürfnissen nach Spaß, Selbstverwirklichung oder auch berufsförderlicher Qualifikation entgegenkommt. Diese als »hilfsbereite Egoisten« (SZ 1998h) charakterisierbaren neuen Freiwilligen verbinden mit einem Ehrenamt zwar selbstverständlich immer noch den Wunsch, hierdurch einen sinnvollen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten, doch richtet sich die letztendliche Entscheidung für oder gegen eine freiwillige Tätigkeit nicht danach, ob in diesem Bereich ein besonders großer – von Seiten des Staates oder bestimmter Organisationen festgestellter – Bedarf an Freiwilligen existiert. D.h., die Prioritäten vieler Engagierter liegen in erster Linie auf der selbstbezogenen Sinnstiftungsdimension und der biografischen Passung einer ehrenamtlichen Tätigkeit und weniger darauf, einen produktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrtserzeugung in bestimmten vorher festgelegten Bereichen zu leisten, wie dies etwa in der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung proklamiert wird.

Besonders kritisch begegnen viele Freiwillige hierbei der politischen Aufwertung des Ehrenamtes in den Gesellschaftsbereichen, aus denen sich der Sozialstaat immer mehr zurückzieht, denn als Lückenbüßer oder Ausfallbürgen eines überforderten Sozialstaates wollen sich die wenigsten Engagierten einspannen lassen (Spiegel 2000; vgl. hierzu die Interviewergebnisse von Denninger u.a. 2014: 323-327). Gerade für die Gefahr, dass durch Ehrenamtliche bezahlte Arbeitsplätze ersetzt werden, scheinen Freiwillige in besonderem Maße sensibilisiert zu sein. Exemplarisch hierfür sei auf einen Bericht des Leiters der Freiwilligenagentur in Halle, Olaf Ebert, über seinen Vortrag im Rahmen eines Umschulungskurses verwiesen:

»Die Damen mittleren Alters lauschten interessiert – bis ihnen Ebert eine Liste mit Ehrenamtsangeboten präsentierte. Gesucht wurde dort unter anderem ein »Hausmeister in einem Sportverein« – für die Kursteilnehmerinnen ein klarer Fall von Arbeitsplatzvernichtung. Sie protestierten lautstark. Vergeblich versuchte Ebert ihnen zu erklären, dass es sich bei dem vermeintlichen Hausmeisterposten nur um einen Helfer für vier Stunden die Woche handele. Seine aufgebrauchten Zuhörerinnen, allesamt Langzeitarbeitslose, waren nicht mehr zu beruhigen.« (Spiegel 2000)

Die hier zusammengetragenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass die meisten Engagierten folglich nicht oder kaum den in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« verdichteten Verhaltensanforderungen entsprechen: Anderen etwas Gutes zu tun, gehört zwar nach wie vor zu den selbstverständlichen Motiven der Freiwilligkeit, doch hat dies nur wenig mit einem als notwendig erachteten Dienst an der Gemeinschaft angesichts ernstzunehmender Krisen zu tun. Ausschlaggebend für ein Engagement ist ferner nur selten der Anspruch, durch ein freiwilliges Engagement gezielt Lücken in der sozialen Dienstleistungsproduktion zu füllen bzw. – mit Ausnahme junger Menschen und Arbeitsloser – die eigenen Arbeitsmarktchancen zu verbessern, sondern die biografische Passung sowie der Wunsch nach Selbstverwirklichung, Spaß oder sozialen Kontakten. Gerade das in den Statements der interviewten Freiwilligen formulierte Bedürfnis, die Engagementgelegenheit nach den eigenen Prioritäten auszuwählen und zu gestalten, widerspricht dem in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« immer wieder anklingenden Verpflichtungsgedanken. Dieser wird von den Freiwilligen besonders dann kritisch kommentiert, wenn sich der Appell auf Bereiche bezieht, in denen Arbeitsplätze abgebaut oder aus deren finanzieller Unterstützung sich die öffentliche Hand sukzessive zurückzieht. Außerdem können sich nach Angaben des Freiwilligensurveys nur die wenigsten Befragten mit dem in politischen Kreisen bevorzugten Begriff des bürgerschaftlichen Engagements identifizieren (Gensicke/Geiss 2010: 15). Zur Beschreibung ihrer Tätigkeiten bevorzugen die meisten Freiwilligen hingegen die Bezeichnungen »Freiwilligenarbeit« oder »Ehrenamt« (ebd.). Bereits diese begriffliche Diskrepanz zeigt nach Ansicht von Heinze und Strünck, dass in diesem Fall »öffentliche Debatte und privates Selbstverständnis der Beteiligten nebeneinander her[laufen]« (Heinze/Strünck 2001: 102).

Es liegt somit die auch im wissenschaftlichen Kontext häufig geäußerte Vermutung nahe, dass freiwilliges Engagement womöglich »zu anspruchsvoll, zu eigensinnig und zu fragil ist, um ohne weiteres Gegenstand politischer Interventionen zu sein« (Reihls 1996: 240; vgl. ebenso Evers/Olk 2002: 6). Der von staatlicher Seite forcierte Appell zur Steigerung des Engagementvolumens greift Stefan Güntert und Theo Wehner zufolge vor allem dann ins Leere, wenn die Relevanz der biografischen Betroffenheit als sinnstiftender Kern einer Freiwilligenarbeit zugunsten einer bedarfsorientierten Lenkung des freiwilligen Engagements übersehen wird:

»Die Vorstellung, man könne stärkeres Engagement einfordern mit der Konsequenz, dass sich die »Engagementbereiten« eine gesellschaftlich wertvolle Aufgabe auswählen – am besten eine, für die koordinierende Stellen zuvor einen Bedarf identifiziert haben – und sich dieser verpflichtet fühlen, bleibt oberflächlich-naiv und undifferenziert.« (Güntert/Wehner 2006: 143f.)

Die empirische Analyse legt mit Blick auf die Gruppe der Freiwilligen – trotz ihrer Heterogenität – somit die Schlussfolgerung nahe, dass der Großteil der Engagierten eine von der engagementspezifischen Produktivitätsprogrammatik abweichende Prioritätensetzung verfolgt. Sie verstehen sich und ihr Engagement weniger als bedarfsgerecht einsetzbare Produktivkraft, sondern begreifen sich vielmehr als neue Ehrenamtliche, die zwar zumeist eine auf Lebenszeit verpflichtende Mitarbeit in einem Verband scheuen, deshalb aber nicht gänzlich auf kurzfristige

und passgenaue freiwillige Tätigkeiten verzichten wollen. Ein freiwilliges Engagement stellt für diese Freiwilligen zwar – ganz im Sinne der Win-win-Rhetorik der Produktivitäts-Erzählung – eine individuelle Bereicherung dar, doch werden von diesen auch die Probleme des Ehrenamtes thematisiert, die in politischen Verlautbarungen kaum zur Sprache kommen. Hierzu gehören die als unzureichend wahrgenommene öffentliche Anerkennung, das Gefühl der Überforderung durch die ehrenamtliche Tätigkeit, alltägliche Umsetzungsprobleme, wie etwa Probleme mit Hauptamtlichen oder die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie, die Gefahr der Ausnutzung und Instrumentalisierung sowie die mangelnde Anpassungsbereitschaft vieler Organisationen an die Bedürfnisse der Freiwilligen.

Darüber hinaus engagieren sich noch viele Menschen im Sinne der Wissensordnung des alten Ehrenamtes: Gerade die von Zeitungen durchgeführten Interviews mit freiwillig Engagierten lassen keinen Zweifel daran, dass es die »Veteranen des Ehrenamts« (Spiegel 2000) oder die »wahren Helden der Wohltätigkeit« (SZ 2001d; ebenso SZ 2006d), denen die öffentliche Präsenz eher unangenehm ist und die daher lieber im Hintergrund pflichtbewusst für ihren Verein oder Verband tätig sind, noch immer gibt: So berichtet beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung* über einen Ehrenamtlichen, der seit 25 Jahren erster Vorsitzender und Fußball-Abteilungsleiter des SC München ist und den Sonderpreis des DFB für langjähriges Engagement mit den Worten kommentiert: »Ich bin nicht der Typ, der besonderen Wert auf Ehrungen legt.« (SZ 2000a, 2000b)

Nichtsdestotrotz begegnet man mitunter auch einem Freiwilligentypus, der der Wissensordnung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung doch sehr nahe kommt. Zur Veranschaulichung sei hier auf eine etwas längere Interviewpassage mit einer Engagierten, der 71-jährigen Ingrid Schönsee, verwiesen, die ihre freiwillige Tätigkeit – bedarfsgerecht – ausweiten möchte:

»Ich bin gekommen, weil ich gesund und fit bin und deshalb alten Menschen helfen möchte, denen es nicht so gut geht wie mir. Ich bin immer noch sehr sportlich und könnte zum Beispiel Gymnastikkurse für Senioren anbieten oder mit jemandem einfach nur spazieren gehen. Vor einiger Zeit traf ich in einem Seniorenheim eine alte Dame im Rollstuhl. Als ich fragte, ob ich sie spazieren fahren soll, strahlte sie über das ganze Gesicht. Das hat mir gezeigt, dass viele Senioren gerne Kontakt wollen, sich aber nicht trauen zu fragen. Seit zwei Jahren besuche ich diese Dame nun und habe dabei gesehen, wie es in Heimen zugeht. Es gibt viel zu wenig Personal, die Menschen dämmern dort teilweise völlig isoliert vor sich hin, kriegen kaum Zuwendung. Die Schulungen des Bildungswerks interessieren mich sehr, weil man dort erfährt, wie man mit alten oder sogar dementen Menschen umgeht.« (SZ 2005c)

Die Motive und Eigenschaften der hier befragten Freiwilligen Ingrid Schönsee harmonisieren in idealer Weise mit den epistemischen Einsichten der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung: Es handelt sich um eine ältere, gesunde Frau, die ihre vorhandene Beweglichkeit und Fitness nutzen möchte, um anderen älteren Menschen etwas Gutes zu tun, deren Betreuung angesichts der finanziellen und personellen Engpässe im Bereich der Altenpflege oftmals zu kurz kommt. Nicht nur die Merkmale der hier interviewten Freiwilligen entsprechen folglich der spezifischen Zielgruppenfokussierung des Produktivitätsparadigmas, sondern auch ihr favorisiertes Betätigungsfeld, die Pflege und Betreuung alter und demenzkranker Menschen, in dem stets ein hoher Bedarf an zusätzlichen freiwilligen Helfer-

tätigkeiten konstatiert wird. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass Freiwillige, die derart mit der zielgruppenspezifischen Bereichsfokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung harmonisieren, in den hier ausgewerteten Dokumenten eher die Ausnahme darstellen.⁷²

Diese mit Blick auf die adressierten Subjekte gesammelten Erkenntnisse ermöglichen es, abschließend zumindest einige Vermutungen hinsichtlich der Gründe für den beschwörenden Tonfall der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in den 2000er Jahren anzustellen: Ein Grund für den appellativen Duktus ist, dass die als institutionelle Positiv-Verknüpfungen in die Erzählung eingewobenen engagementpolitischen Maßnahmen angesichts ihrer mangelhaften (zielgruppenspezifischen) Potenziale-Ausschöpfung die Hoffnungen der politischen Verantwortungsträger noch nicht gänzlich erfüllen können. Diese Umsetzungsdefizite können u.a. darauf zurückgeführt werden, dass die skizzierten institutionellen Neuerungen entweder nur den bereits Engagierten entgegenkommen oder diese sich angesichts ihrer Bedarfsorientierung als blind erweisen gegenüber den eigentlichen Bedürfnissen der Freiwilligen und ihren alltäglichen Problemen, die oftmals nur am Rande mit Steuervergünstigungen oder materiellen Aufwandsentschädigungen zu tun haben. Zudem deuten der weiterhin vorherrschende Mittelsstands-Bias im freiwilligen Engagement, die medial vermittelten Interviewpassagen mit Ehrenamtlichen sowie quantitative Freiwilligenbefragungen darauf hin, dass das Produktivitäts-Dispositiv nur in sehr begrenztem Maße an die Alltagserfahrungen und Bedürfnisse der (potenziellen) Freiwilligen anschließen kann. D.h., in der heterogenen Gruppe der Engagierten gibt es deutlich mehr neue oder auch alte Ehrenamtliche als solche Freiwilligen, die der zielgruppenspezifischen und bedarfsgerechten Bereichsfokussierung des Produktivitätsparadigmas entsprechen. Diese Diskrepanz zwischen den Motiven und Wünschen vieler freiwillig Engagierter und dem in der Produktivitäts-Erzählung favorisierten Freiwilligentypus stellt ohne Zweifel eine weitere zentrale Ursache für den geringen Institutionalisierungsgrad und den beschwörenden Ton der Produktivitäts-Erzählung dar.

Zudem wird durch die gewonnenen Erkenntnisse über die begrenzte Reichweite von potenzialfokussierten Modellprogrammen, die weitgehende Konstanz der Engagementquote sowie die vom Produktivitätsparadigma abweichende Prioritätensetzung vieler freiwillig Engagierter die Feststellung bekräftigt, dass es sich bei der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource in den 2000er Jahren noch vornehmlich um eine politisch, medial und wissenschaftlich erzeugte Wissensordnung handelt, deren Institutionalisierungsgrad, abgesehen von den in den genannten institutionellen Neuerungen geronnenen Wissensbeständen, noch deutlich hinter der politischen Anrufung zurückfällt. Außerdem kann die Produktivitäts-Erzählung kaum mit der Multidimensionalität der Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre mithalten, deren Durchsetzungskraft grundsätzlich auf der Unterstützung und alltagspraktischen Umsetzung der neuen Freiwilligen beruht. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der durchge-

72 | Bestätigt wird dieser Befund u.a. durch die von der Forschergruppe um Stephan Lessenich durchgeführten Interviews mit 55 Rentnern in den Jahren 2009 und 2010. Gerade das der dispositiven Erwartungshaltung entsprechende freiwillige Engagement für andere alte Menschen in Alten- und Pflegeheimen wurde hier von dem überwiegenden Teil der Befragten als zu belastend abgelehnt (Denninger u.a. 2014: 373, 377).

hend appellative Tonfall der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die bislang überwiegend durch die Verknüpfung mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven stabilisiert wird, kaum mehr verwunderlich.

4.6 DIE DISPOSITIVE DER FREIWillIGKEIT IM ÜBERBLICK

Die detaillierte Rekonstruktion der engagementspezifischen Storylines zwischen 1985 und 2009 lässt keinen Zweifel daran, dass in diesem Zeitraum angesichts sich wandelnder Kontextbedingungen und intensiver Krisendebatten eine gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements stattgefunden hat, die ihren sichtbarsten Niederschlag in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik in Deutschland seit der Jahrtausendwende findet. Die empirische Analyse hat deutlich gemacht, dass das traditionelle Ehrenamt, das besonders »im sozialen Bereich Jahrzehnte hindurch zu den nicht weiter beachteten Selbstverständlichkeiten unserer Gesellschaft gehört hatte« (Braun 1989: 43; ebenso Braun 1990b: 435), spätestens seit Mitte der 1980er Jahre durch ein neue, deutlich selbstbestimmtere und bedürfnisfokussierte Form der Freiwilligkeit ergänzt wurde. Obgleich sich diese beiden Engagementformen insofern unterscheiden, als erstere vornehmlich in den traditionellen Organisationen deutscher Wohlfahrts-tätlichkeit stattfindet und letztere in neueren Bündnisformen, wie selbstorgani-sierten Projekten, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, zu verorten ist, ha-ben beide Varianten gemeinsam, dass die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit bis Mitte der 1990er Jahre noch weitgehend als eine Privatangelegenheit jedes Einzelnen betrachtet wurde. Vom Staat wurden diese Engagementformen allen-falls mittelbar durch die finanzielle Unterstützung der genannten Einrichtungen und Großorganisationen unterstützt. Erst seit der Jahrtausendwende rückt der Freiwilligenbereich, der bis dato – abgesehen von den bewährten Programmen des FSJ und FÖJ sowie einiger bundespolitischer Modellprogramme – kaum von sozialstaatlicher Durchdringung betroffen war, in den Mittelpunkt bundespoliti-scher Steuerungsbemühungen. Dass mittlerweile die Förderung des freiwilligen Engagements durch engagementpolitische Maßnahmen als selbstverständliche Aufgabe des Staates betrachtet wird, kann als ein deutliches Zeichen für die sich im Untersuchungszeitraum vollziehende und soeben in groben Zügen umrissene Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen (Bürger-)Gesellschaft und Staat ge-lesen werden.

Es ist der hier zu Tage tretende erklärungsbedürftige Umstand, dass die Or-ganisation freiwilligen Engagements spätestens seit der Jahrtausendwende nicht mehr allein der individuellen oder gesellschaftlichen Selbstregulierung überlas-sen, sondern sukzessive in die öffentliche Verantwortung verlagert wird, die im Mittelpunkt der folgenden Zusammenfassung der einzelnen Dispositive der Frei-willigkeit steht. Die größte Aufmerksamkeit wird nachfolgend somit erneut dem Resümee der Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsres-source geschenkt, da diese untrennbar mit der Etablierung einer staatlichen En-gagementpolitik verbunden ist. Im Vorfeld gilt es jedoch, die beiden der Produkti-vitäts-Erzählung vorausgegangenen Dispositive des traditionellen Ehrenamtes sowie der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre überblicksartig zu skizzieren und

hierbei ihrer alltagspraktischen Aneignung und Verarbeitung durch die Freiwilligen Beachtung zu schenken.

Das Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes

Das Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes wurde im Rahmen dieser Forschungsarbeit nur überblicksartig erfasst, da es überwiegend als Abgrenzungsfolie zu der in den 1980er Jahren aufkommenden Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre fungiert. Für eine vertiefende Analyse wäre eine – zumindest partielle – Ausweitung des Untersuchungszeitraums auf die 1950er bis 1970er Jahre notwendig gewesen. Nichtsdestotrotz zeichnen die bestehenden Erkenntnisse ein recht klares Bild von der Beschaffenheit dieser Erzählung: Die Storyline des traditionellen Ehrenamtes war in Westdeutschland seit Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre vorherrschend. Dieser Zeitraum zeichnet sich durch eine enge korporatistische Verflechtung zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden sowie eine zunehmende Professionalisierung der Sozialen Arbeit aus, wodurch das Aufgabengebiet der Ehrenamtlichen vornehmlich auf Helfertätigkeiten beschränkt wurde. Der Erzählung des traditionellen Ehrenamtes liegt die Wissensordnung des alten Ehrenamtes, verstanden als altruistischer Akt der Selbstverpflichtung, zugrunde. Die Wohlfahrtsverbände, aber auch andere traditionelle Ehrenamtsorganisationen, wie Gewerkschaften, Parteien und Vereine, bilden die zentralen Anlaufstellen der alten Ehrenamtlichen, deren Anerkennung sich auf Ehrennadeln und -medaillen beschränkt. Die Ehrenamtlichen stammen zumeist aus abgesicherten materiellen Verhältnissen und entscheiden sich aufgrund religiös-moralischer Überzeugungen bzw. familiärer und milieuspezifischer Verpflichtungen für ein Ehrenamt in einer der genannten Organisationen, die sich daher lange Zeit auf das Nachrücken ehrenamtlicher Nachwuchskräfte in ausreichender Zahl verlassen konnten. Die Milieugebundenheit des alten Ehrenamtes wird auf der Objektebene repräsentiert durch den Blaumann oder das SPD-Parteibuch.

Auch wenn die Storyline des traditionellen Ehrenamtes seit Mitte der 1980er Jahre um die Erzählung Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre ergänzt wird, bedeutet dies keinesfalls, dass sie hierdurch vollständig verschwindet. Vielmehr bleibt diese gerade mit Blick auf die Freiwilligen selbst weiterhin präsent und läuft parallel zu den beiden anderen engagementspezifischen Storylines weiter. Die zentralen Institutions- und Objektbezüge der Storyline des traditionellen Ehrenamtes – die Ehrennadel sowie die traditionellen Ehrenamtsorganisationen – werden sowohl im engagementbezogenen Selbstverwirklichungs- als auch im Produktivitäts-Dispositiv stets als negative Abgrenzungsfolie herangezogen und damit gleichzeitig aktualisiert. Außerdem zeigen medial vermittelte Interviewausschnitte mit Freiwilligen sowie die Statements von Verbandsmitarbeitern, dass es gerade mit Blick auf die ältere Generation auch heute noch Freiwillige gibt, die entsprechend der Wissensordnung des alten Ehrenamtes unauffällig und pflichtbewusst für ihren Verein und Verband tätig sind.

Das Dispositiv Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre

In der seit Mitte der 1980er Jahre aufkommenden Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre werden Objekte, Wissensordnungen, Institutionen und körperbezogene Aussagen mit Blick auf die Kernkategorie »Freiwilliges Engagement als sinngenerierende Form der Freizeitgestaltung« neu miteinander verknüpft. Die Erzählung gewinnt an Gestalt und Kontur in Abgrenzung zur Erzählung des traditionellen Ehrenamtes und dessen zentralen Institutionen und Objekten: Sowohl die Ehrennadel als auch die traditionellen Wohlfahrtsorganisationen, deren Benennung die Erzählung vom traditionellen Ehrenamt aufruft und verkürzt, gelten in der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre als Symbole für Langeweile, Bevormundung und lebenslange Verpflichtung. Es ist vor allem die im wissenschaftlichen Kontext stark diskutierte These vom neuen Ehrenamt sowie die Befunde der Freizeitforschung, die in das neue, medial verstärkte Bild der Ehrenamtlichkeit einfließen, das sich durch Spaß, Sinnerfüllung und Selbstverwirklichung auszeichnet.

Das der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre innewohnende Aktivitätspostulat ist wiederum untrennbar mit der Delegitimation einer ausschließlich auf die ichbezogene Erholung ausgerichteten passiven Freizeitgestaltung – verkörpert durch die Objekte Fernseher, Bar oder Sofa – verbunden. Die individuelle Freizeit führt folglich nur dann zu einem sozial erfüllten, sinnstiftenden und gesundheitsbewahrenden Leben, wenn diese, gerade im Alter, auch für ein freiwilliges Engagement genutzt wird. Zu den zentralen, positiv konnotierten Knotenpunkten der Erzählung gehören vor allem institutionelle Neuerungen, wie etwa selbstorganisierte Projekte, Selbsthilfegruppen oder Bürgerinitiativen, deren Organisationsprinzipien mit der für die Storyline typischen epistemischen Einsicht in die zentrale Bedeutung des »subjektiv sinnhaften Selbstbezug[s]« eines Ehrenamtes in idealer Weise harmonisieren (Ueltzhöffer/Ascheberg 1996: 61). Die Storyline der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre wird folglich vor allem durch die die institutionelle Dimension betreffende Erwähnung alternativer Kooperationsformen wie Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen, die seit den 1980er Jahre einen erheblichen Zuwachs an Freiwilligen verzeichnen können, aufgefangen und abgekürzt. Die Herausbildung dieser Erzählung in ihrer soeben skizzierten Multidimensionalität kann nur dann nachvollzogen werden, wenn man ihre Einbettung in ein dichtes Netz wirkmächtiger Anschlussdispositive mitberücksichtigt: Einflussreich waren neben den bereits erwähnten wissenschaftlichen Debatten über neue Formen der Ehrenamtlichkeit auch die faktische Verkürzung der Arbeitszeiten zugunsten der Freizeit, der Wandel der Wohlfahrtsverbände zu »Dienstleistungsunternehmen« (Rauschenbach/Sachße/Olk 1995) in den 1990er Jahren infolge ihrer Deprivilegierung und Gleichstellung mit privatgewerblichen Anbietern, die zunehmende Institutionalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen sowie die gesellschaftlichen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen.

Mit Blick auf die Alltagsrelevanz des engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Dispositivs gilt festzuhalten, dass sich eine steigende Anzahl an Freiwilligen – darauf deuten sowohl quantitative und interviewgestützte Freiwilligenbefragungen als auch der Rückgang der Engagiertenzahlen in den klassischen Ehrenamtsorganisationen und ihr Anstieg in selbstorganisierten Gruppen unverkennbar hin – spätestens seit Ende der 1980er Jahre selbst stärker als neue Ehrenamtliche wahrnimmt. Diese ziehen einem auf Dauer angelegten, fremdbestimm-

ten Ehrenamt zunehmend ein kurzfristiges Engagement in einem thematisch klar umrissenen Projekt mit hohem Mitgestaltungs- und Spaßpotenzial vor. So konstatiert beispielsweise der Soziologie Hans Braun, dass sich in den 1980er Jahren auf Seiten der Freiwilligen etwas entwickelt habe,

»was es bislang so nicht gab: ein Interesse der Ehrenamtlichen an den Voraussetzungen, Begleitumständen und Zielen ihres Tuns, vor allem aber ein Selbstbewußtsein. Das neue Selbstbewußtsein äußert sich bei jeder Tagung und Anhörung zum Thema Ehrenamtlichkeit, zeigt sich aber auch im alltäglichen Umgang der Ehrenamtlichen mit Vertretern der Verwaltung und mit professionellen Kräften aus dem Sozialbereich.« (Braun 1989: 43)⁷³

Ein Teil der Freiwilligen – dies zeigen auch die Ergebnisse der vorliegenden empirischen Analyse – war seit den 1980er Jahren nicht mehr mit der weisungsgebundenen, im Hintergrund und unauffällig tätigen alten Ehrenamtsrolle zufrieden. Diese freiwillig Engagierten verliehen ihrem von Braun beschriebenen neuen Selbstbewusstsein Ausdruck, indem sie sich über mediale Stellungnahmen und Positionspapiere sowohl an den eigenen Verband bzw. Verein als auch an die Öffentlichkeit sowie die Politik wandten und hier eine neue Wertschätzung ihrer Arbeit sowie verbesserte Rahmenbedingungen offensiv einforderten. Die untersuchten kritischen Positionspapiere verbandlich organisierter Freiwilliger sowie die Abwanderung Ehrenamtlicher aus den traditionellen Großorganisationen lassen zudem den Schluss zu, dass diese ehrenamtlich Aktiven durch ihre alltagspraktische Umsetzung der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes an der Produktion und Verankerung der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre – gewissermaßen »von unten« – mitgewirkt haben. Die Durchsetzungskraft der engagementbezogenen Selbstverwirklichungs-Erzählung resultiert folglich aus der Verknüpfung wissenschaftlicher Spezialdiskurse mit medial popularisierten alternativen Engagementformen, einflussreichen Anschlussdispositiven sowie den Alltagspraktiken und engagementbezogenen Forderungen der neuen Freiwilligen, die gleichsam von den Vereinen und Verbänden rezipiert und an die politischen Verantwortungsträger weitergeleitet wurden. Hierbei gilt es jedoch nicht aus den Augen zu verlieren, dass es neben diesen sich als neue Ehrenamtliche interpretierenden und selbstführenden Freiwilligen immer noch Menschen gibt, die im Sinne der Wissensordnung des alten Ehrenamtes freiwillig tätig sind.

Das engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv

Der Unterschied zwischen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre und dem seit Mitte der 1990er Jahre in Erscheinung tretenden engagementbezogenen Produktivitäts-Dispositiv besteht darin, dass freiwilliges Engagement nicht mehr allein aufgrund seiner individuellen sinnstiftenden Implikationen Aufmerksamkeit erfährt, sondern zunehmend als gesellschaftliche Ressource nach dem Motto: »Frage nicht was die Gesellschaft für dich tun kann, sondern was du für die Gesellschaft tun kannst« aufgewertet wird. Das Aufkommen dieser Erzählung

73 | Diese Feststellung Brauns bestätigt Elisabeth Stumpfögger von der Caritas, die konstatiert, dass man seit Ende der 1980er Jahre auch verbandsintern nicht mehr nur über die ehrenamtlichen Helfer, sondern zunehmend auch *mit* ihnen über ihre Tätigkeit und Bedürfnisse sprach (Stumpfögger 1989: 468).

kann damit begründet werden, dass das Selbstverwirklichungs-Dispositiv seit Mitte der 1990er Jahre auch stärker im (bundes-)politischen Kontext rezipiert, hier aber unter dem Einfluss gesellschaftlicher Kontextbedingungen, wie der Krise des Sozialstaates sowie der kommunitaristischen Kritik am Zerfall der Gesellschaft, und unter Rekurs auf den Produktivitätsgedanken inhaltlich neu gerahmt wurde. Obgleich die engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung folglich aus der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre hervorgeht und verschiedene Elemente der vorausgegangenen Erzählung, wie etwa die Wissensordnung des neuen Ehrenamtes, hier präsent bleiben, ist sie im gesamten Untersuchungszeitraum primär eine politisch-wissenschaftlich forcierte und medial begleitete Wissensordnung geblieben, die sowohl in ihrer Multidimensionalität als auch in ihrer Vollzugswirklichkeit, abgesehen von ihrer Institutionalisierung in engagementpolitischen Förderprogrammen und Gesetzesnovellierungen seit der Jahrtausendwende, deutlich hinter den beiden anderen Dispositiven der Freiwilligkeit zurückfällt. So zeichnet sich die Produktivitäts-Erzählung vor allem durch eine auffällige Objekt- und Körperlosigkeit aus. Diese kann kaum überdeckt werden, weder durch die vereinzelte Erwähnung freiwilligen Engagements als aktivitätssteigernde Anti-Aging-Strategie noch durch die objektbezogene Negativ-Verknüpfung des Sofas bzw. des Fernseherers als Sinnbild für eine nicht nur individuell sinnentleerte Freizeit, sondern nun auch für den Verlust gesellschaftlich notwendiger Aktivitätspotenziale. Ihre Festigkeit verdankt sie vor allem der Verknüpfung mit wirkmächtigen Anschlussdispositiven im Zuge des Regierungsantritts der rot-grünen Regierung im Jahr 1998: Hierzu gehören der aktivierende Umbau des Sozialstaates, die Renaissance des Bürgergesellschaftskonzepts, die finanziellen und personellen Engpässe im sozialen Dienstleistungsbereich sowie verschiedene gesellschaftliche Krisenerzählungen, sei es mit Blick auf die Arbeitsgesellschaft, die Demografie, die Bildung oder die Integration.

Angesichts des noch recht schwachen Institutionalisierungsgrades des engagementspezifischen Produktivitäts-Dispositivs kommt den sich seit der Jahrtausendwende neu entspinneenden Fäden einer staatlichen Engagementpolitik eine zentrale Bedeutung zu, da die politisch lancierten Wissensbestände der Produktivitäts-Erzählung eine erste Institutionalisierung im Rahmen engagementspezifischer Programme und Gesetzesnovellierungen erfahren haben. Die Entstehung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende und ihre Etablierung in den 2000er Jahren stellt somit das wohl deutlichste Zeichen der gesellschaftlichen Neuverhandlung freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum dar, wodurch die Verschiebung der Grenze zwischen privat und öffentlich, zwischen bürgerschaftlicher Selbstorganisation und staatlicher Zuständigkeit besonders deutlich zu Tage tritt. Der besonderen Bedeutung dieser institutionellen Wandlungsprozesse ist es geschuldet, dass den engagementbezogenen Wissensbeständen und Regierungstechniken der engagementbezogenen Produktivitäts-Erzählung, die diese Entwicklung seit Ende der 1990er Jahre begünstigt haben, abschließend nochmals gesondert Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Das engagementbezogene Produktivitäts-Dispositiv als wahrheitserzeugender Macht-Wissen-Komplex

Im Folgenden geht es grundlegend darum, die komplexe Verknüpfung von Macht, Wissen und Wahrheit zu dechiffrieren, die die sozialstaatliche Durchdringung des

Engagementbereichs seit Ende der 1990er Jahre, oder allgemeiner formuliert: die Neuverhandlung der ohnehin niemals vollständig fixierten Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit bzw. zwischen Staat und Bürgergesellschaft, begünstigt hat. Hierfür ist es notwendig, der im Netz dispositiver Verknüpfungen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung hergestellten Wissensordnung nochmals zusammenfassend Aufmerksamkeit zu schenken, da bereits diese »eine intellektuelle Bearbeitung der Realität« darstellt (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 20f), an der politische Technologien ansetzen können. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Wissens- und Aussagensysteme, mit deren Hilfe spätestens zur Jahrtausendwende eine bestimmte, alternative Ideen ausschließende Vorstellung vom freiwilligen Engagement etabliert wurde, die das weite Feld der Freiwilligkeit durch die Suggestion von Eindeutigkeit und Kalkulierbarkeit nicht nur »regierbar« gemacht, sondern gleichsam zu einer Verschiebung der Grenzziehung zwischen Staat und Gesellschaft beigetragen hat (ebd.: 22).

Zentrale Voraussetzung der bundespolitischen Problematisierung freiwilligen Engagements war zunächst die Herstellung eines emblematischen Zusammenhangs zwischen staatlicher Engagementförderung und der verbalen Renaissance des Bürgergesellschaftskonzepts, das im Zuge des Regierungswechsels im Jahr 1998 zum Leitbild eines neuen aktivierenden Staatsverständnisses erhoben wurde. Diese emblematische Verknüpfung führte insofern eine inhaltliche Engführung dieser Thematik herbei, als hierdurch die Stärkung der Bürgergesellschaft zumeist nur auf die Frage nach geeigneten Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen Engagements, das ja augenscheinlich nur ein Spezialproblem der Bürgergesellschaftsdebatte darstellt, verkürzt wird. Diese Beschränkung des diskursiven Geschehens wird durch die Fokussierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf die Kernkategorie »Bürgerengagement als (brachliegendes) Potenzial« noch zusätzlich forciert: Unter Heranziehung des Potenzialbegriffs wird freiwilliges Engagement einerseits zum gesellschaftlichen Produktivitätspotenzial stilisiert und gilt als wichtige Ressource und aktivierbares Sozialkapital zur Lösung gesellschaftlicher Krisen; andererseits wird im Hinblick auf die Freiwilligen selbst von einem brachliegenden Engagementpotenzial gesprochen und behauptet, dass ein Großteil der Bürger durchaus bereit sei, zukünftig eine freiwillige Tätigkeit zu übernehmen.

Im Hinblick auf ersteres sei angemerkt, dass das gesteigerte öffentliche bzw. politische Interesse an freiwilligem Engagement nur dann nachvollzogen werden kann, wenn man insbesondere dessen ausnahmslos positive Bedeutungsaufladung als Allheilmittel gegen diverse gesellschaftliche Krisenerscheinungen berücksichtigt:

»Wer sich engagiert, trägt dazu bei, dass wir eine Verantwortungsgesellschaft sind und bleiben. Nur eine Verantwortungsgesellschaft aber behält das Gemeinwohl im Blick; nur eine Verantwortungsgesellschaft ist in der Lage, mit den Herausforderungen des demografischen Wandels nachhaltig – und das heißt ja eben: verantwortungsbewusst – umzugehen. Damit ist freiwilliges Engagement mehr als eine Privatsache. Es ist immer auch bürgerschaftliches Engagement, Engagement für eine verantwortliche Gesellschaft.« (von der Leyen 2009: 9)

Indem das bürgerschaftliche Engagement hier zum zentralen Element einer für die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen unabdingbaren Verantwortungsge-

sellschaft stilisiert wird, büßt es gleichsam seinen bisherigen Status als Privatsache ein und wird stattdessen zur öffentlichen Angelegenheit erklärt. Hierdurch findet insofern eine Verschiebung der – niemals vollkommen fixierten – Grenze zwischen Staat und Gesellschaft statt, als Freiwilligenarbeit angesichts der dieser zugeschriebenen gemeinwohlförderlichen Wirkung zunehmend dem persönlichen Nahraum entzogen und in den staatlichen Aufgabenbereich verlagert wird. Ihren sichtbarsten Niederschlag findet die hier erfolgte Verschiebung der Grenze staatlicher Zuständigkeiten im terminologischen Wechsel vom *freiwilligen* Engagement als Privatsache hin zum *bürgerschaftlichen* Engagement als gesellschaftliche Produktivitätskraft von hohem öffentlichen bzw. politischen Interesse.

An dieser Stelle gilt hervorzuheben, dass es sich bei dieser verbreiteten Rede von Krisenerscheinungen, für deren Lösung stets auf die Potenziale des Bürgerengagements verwiesen wird, nicht – oder nur am Rande – um objektiv gegebene oder tatsächliche Probleme handelt, sondern vielmehr um »Koprodukt[e] von Policy-Making« (Gottweis 2003: 133). Es geht hier nicht um die Lösung der Krise selbst, sondern um die Krise, wie sie im Rahmen der Produktivitäts-Erzählung definiert wird (vgl. Hajer 1997: 111). Gerade angesichts personeller und finanzieller Engpässe in der sozialen Dienstleistungsproduktion, allen voran im Gesundheits- und Pflegebereich, wird freiwilliges Engagement zu einer nahezu grenzenlosen Produktivitätsressource stilisiert, die ähnlich der Hebung von Bodenschätzen ausgeschöpft werden muss: »Ehrenamt ist als eine der größten Ressourcen für die Zukunft zu betrachten, weil es gegenüber dem Verschwinden nicht erneuerbarer Energien eine gesellschaftliche Energiequelle darstellt, die sich immer wieder aus eigenem Antrieb erneuern kann« (Zellner 2009: 220; ebenso Lessenich 2013: 76). Die Freiwilligen gelten hiernach gleichsam als das unverzichtbare »Sozialkapital des neuen Jahrtausends«, das neben dem hochgelobten »Humankapital« als das »entscheidende Produktivkapital in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts« gehandelt wird und deshalb optimal genutzt werden muss (Bergmann 2001a, 2001b 11; Köhler 2010: 5): »Der Staat entdeckt das Sozialkapital des eigenverantwortlichen Bürgers und bereitet sich darauf vor, dieses Kapital zu fördern und zu mehren«, lautet daher das diesbezügliche Fazit des Werteforschers Helmut Klages (2001a: 18).

Angesichts der Neuentdeckung und Wertschätzung dieses Sozialkapitals rücken die Engagierten und (Noch-)Nicht-Engagierten mit ihren engagementspezifischen Wünschen und Bedürfnissen in den Fokus politischer Interventionen, zumal angenommen wird, dass prinzipiell jeder Bürger aufgrund der Zunahme von Freizeit und der weitgehenden sozialstaatlichen Absicherung in der Lage sei, ein freiwilliges Engagement zu übernehmen. Durch staatliche Investitionen in den Engagementbereich, so die Hoffnung, soll jeder Bürger in die Lage versetzt werden, sein Sozialkapital in produktiver Weise für die Gesellschaft einzusetzen. Der sozialstaatliche Umgang mit freiwilligem Engagement, das zunehmend als aktivierbares gesellschaftliches Produktivitätskapital erkannt wird, folgt demnach den Kennzeichen einer investiven Sozialpolitik, zu deren Zielgruppe spätestens seit der Jahrtausendwende neben Freiwilligen, insbesondere Frauen (und ihre Kinder) (Esping-Andersen 2002a, 2002b), aber auch Migranten und alte Menschen gehören (Lessenich 2013). In diesem Sinne betonte Gerhard Schröder, dass die Bundesregierung »sich die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur gesellschaftspolitischen Aufgabe gemacht« habe und trotz leerer Haushaltskassen

finanziell, rechtlich und ideell in die Stärkung freiwilligen Engagements investiere (Schröder 2000c, 2001b). Diese investive Neuausrichtung der deutschen Sozialpolitik seit der Jahrtausendwende bedeutet wiederum, dass die staatliche Aktivierungsprogrammatik nun auch vor der individuellen Freizeitgestaltung des Einzelnen keinen Halt mehr macht: Diese wird folglich nicht mehr ausschließlich als Privatangelegenheit angesehen, sondern avanciert als potenzielle Zeitspanne für freiwilliges Engagement zunehmend zur gesellschaftlich bedeutsamen »Ressource für Selbsthilfe und Nächstenhilfe« (Bock 1995b: 2; ebenso Herzog 1997b; Rau 1999; Schröder 2001b), die staatlicher Impulse bedarf. Diese Anrufung zur Eigenaktivität und die sozialpolitische Durchdringung des Freiwilligenbereichs wird auch deshalb für nötig erachtet, da der aktivierende Staat den Bürgern einen natürlichen Hang zum Egoismus unterstellt, der mit einem lediglich auf das eigene Wohl bedachten Freizeitverhalten einhergeht. Eine derart sinnfrei und ausschließlich selbstbezogen verbrachte Freizeit ohne freiwilliges Engagement oder Selbsthilfeambitionen wird deshalb im Rahmen der neosozialen Aktivierungsprogrammatik mit einer moralisch aufgeladenen Delegitimierungsrhetorik konfrontiert, die in der Feststellung mündet, dass auch »das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu fordern und zu fördern« sei (Schröder 2000c).

Die Fokussierung der engagementspezifischen Anrufungspraxis der 2000er Jahre auf bestimmte Zielgruppen, wie Migranten, Alte oder Arbeitslose, weist zudem darauf hin, dass die Personengruppen, die als Hauptbetroffene und/oder als Mitverursacher der gesellschaftlichen Krisen, z.B. im Bereich der Integration, Demografie und Arbeitsmarktentwicklung, gelten, selbst einen Beitrag dazu leisten sollen, über freiwilliges Engagement nicht nur ihre individuelle Situation zu verbessern, sondern auch die krisenhaften Entwicklungen abzumildern und so das kollektive Wohl zu steigern. Was es in diesem Kontext konkret bedeutet, wenn Betroffene zu aktiven und produktiven Engagierten stilisiert werden, zeigt sich besonders eindrücklich in einem Statement der Oberkirchenrätin der Evangelischen Kirche Cornelia Coenen-Marx:

»Die Arbeit in Selbsthilfegruppen oder in der Tafelbewegung, in Sozialkaufhäusern oder Umweltprojekten zeigt, wie aus Betroffenen Engagierte werden können, die anderen auf ihrem Weg helfen. [...] In der Auseinandersetzung mit dem gelebten Leben, auch mit seinen Schattenseiten, mit Verlusten, Scheitern und Endlichkeit, können neue Kräfte der Solidarität und Mitverantwortung wachsen. Produktivität gewinnt dann einen anderen Klang: Es geht nicht länger nur um Wirtschaftlichkeit und Effektivität; es geht darum, wie wir unsere Erfahrungen einsetzen, damit wir selbst und andere Sinn und ein lohnendes Leben finden.« (Nachhaltigkeit 2009: 58f.)

Betrachtet man nun den zweiten zentralen Potenzialbezug der engagementspezifischen Debatten wird ein paradoxer Grundzug der auf die Freiwilligkeit bezogenen Aktivierungsprogrammatik deutlich: Während den Bürgern einerseits Passivität, Egoismus sowie eine Sozialkapital-verschwendende Freizeitgestaltung attestiert wird, gelten diese andererseits als in höchstem Maße für ein Ehrenamt bereit und aktivierbar. Es wird ihnen ein erhebliches brachliegendes Engagementpotenzial unterstellt, das durch Maßnahmen, die entsprechend der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes vor allem den Wünschen und Bedürfnissen der (potenziellen) Freiwilligen entgegenkommen, gehoben werden kann. Die Annahme der Existenz

dieser schlummernden Engagementbereitschaft, deren Umfang in den 2000er Jahren nach Angaben der drei Wellen des Freiwilligensurveys stetig angestiegen ist, dient in engagementspezifischen Debatten erstens als Begründung dafür, dass eine Ausweitung der allgemeinen Engagementquote nicht nur nötig, sondern auch möglich ist. Und zweitens wird hieraus stets die Behauptung abgeleitet, dass die politische Förderung des Engagements dem Wunsch der engagementbereiten Freiwilligen selbst entspreche. Gerade die vermeintliche Existenz eines brachliegenden Engagementpotenzials gehört demnach zu den Wissensbeständen, die in den 2000er Jahren unter Rückgriff auf quantitative Umfrageergebnisse und auf wissenschaftliches Spezialwissen, das z.B. von Expertenkommissionen⁷⁴ bereitgestellt wird, zu unhinterfragbaren Wahrheiten stilisiert werden. Das unübersichtliche Feld des freiwilligen Engagements wird somit insbesondere durch die Regierungstechnologie der »Soziokalkulation« (Vormbusch 2012: 221, 241), d.h. durch die kalkulative bzw. statistische Vermessung des engagementspezifischen Potenzials, erst überschaubar und regierbar gemacht. Bei dieser hier deutlich in Erscheinung tretenden »Herrschaft der Zahlen« (ebd.) handelt es sich folglich um einen weiteren Beleg für die zunehmende kalkulative Vermessung der Gesellschaft, die wiederum neue Steuerungsformen im Sinne von »governing by numbers« ermöglicht (Newman 2001: 87f.).

Das Beispiel der vor allem quantitativen Vermessung des Engagementfeldes zeigt zudem eindrucksvoll, dass sowohl die Produktion als auch die Wirkung von Wahrheit untrennbar mit Machtprozessen verbunden ist. Die Behauptungen eines brachliegenden Engagementpotenzials oder eines bereits beachtlichen Engagementaufkommens gehen einher mit dem Ausschluss bzw. der Nichterwähnung alternativer Deutungen, wodurch deren Wahrheitsanspruch gleichsam negiert wird: So wird vor allem in politischen und medialen Verlautbarungen oftmals darauf verzichtet zu erwähnen, dass z.B. die seit Beginn der 1990er Jahre durchgeführten Engagementstudien in der Höhe ihrer ermittelten Engagementquoten zwischen 17 % und 50 % schwanken (Braun 2001: 99; Priller 2011: 24f.). Die Gründe für diese Divergenzen liegen in den unterschiedlichen Ausgangsdefinitionen für freiwilliges Engagement und in den voneinander abweichenden Befragungskonzepten sowie Messinstrumenten. Die steigenden Engagementzahlen in den Untersuchungen Ende der 1990er Jahre können deshalb u.a. auf eine Spektrumerweiterung der als freiwilliges Engagement geltenden Tätigkeiten zurückgeführt werden. Hinsichtlich des konstatierten Engagementpotenzials erscheint es ebenso höchst fraglich, »inwiefern Selbsteinschätzungen einer latenten Engagementbereitschaft auch abrufbar, realitätstauglich und belastbar sind« (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 5) und inwieweit Effekte sozialer Erwünschtheit hier eine Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der augenscheinlichen Heterogenität der Ergebnisse engagementspezifischer Studien ist es in der Tat auffällig, dass in den

74 | Zur Verbreitung wissenschaftlichen Spezialwissens zum Thema Bürgerengagement im politischen Diskurs trugen in den 2000er Jahren neben dem Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« auch andere Gremien bei, wie etwa die Expertenkommission »Impulse für die Zivilgesellschaft«, die an der Ausarbeitung des Modellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste beteiligt war, oder die im Rahmen der multithematischen Berichterstattung der Bundesregierung ins Leben gerufenen Expertenkommissionen.

untersuchten Dokumenten seit Ende der 1990er Jahre die geringeren Engagementzahlen weitgehend unerwähnt bleiben und gerade in politischen Kreisen lediglich auf die deutlich höheren Umfrageresultate, vornehmlich des vom BMFSFJ finanzierten Freiwilligensurveys, Bezug genommen wird. Hinzu kommt, dass auch die vielversprechende Annahme eines der Wissensordnung des neuen Ehrenamtes zugrunde liegenden ehrenamtlichen Struktur- und Motivationswandels keineswegs so eindeutig ist, wie es auf den ersten Blick scheint, denn ein derart tief greifender Transformationsprozess ist aufgrund des Mangels an empirischen Vergleichsdaten kaum nachweisbar (Rauschenbach 1991: 5; Hacket/Mutz 2002: 41-43).⁷⁵ Sebastian Braun kommt angesichts der genannten methodischen Unzulänglichkeiten zu der provokanten Einsicht, dass man sich »mit Hilfe modifizierter Messinstrumente [...], zumeist im staatlich-politischen Auftrag, ›hoch-geforscht‹« habe und es für fast jedes Argumentationsziel in Sachen Ehrenamt entsprechende empirische Belege gebe (Braun 2001: 99).

Die wirklichkeitskonstituierende Bedeutung dieser als Wahrheit deklarierten engagementspezifischen Befunde zeigt sich zudem daran, dass es sich bei dieser Form der Soziokalkulation weniger um eine gesellschaftliche Selbstspiegelung handelt als vielmehr um die Loslösung vom Gegebenen zugunsten des Möglichen bzw. Potenziellen. Auf Grundlage derartiger »alternative[r] Gegenwart und potentielle[r] Zukünfte« (Vormbusch 2012: 241) können politische Gestaltungsansprüche begründet und legitimiert werden. Dies zeigt sich im vorliegenden Fall daran, dass die vornehmlich auf den Ergebnissen des Freiwilligensurveys beruhenden optimistischen Feststellungen eines hohen Engagementumfangs und eines erheblichen Potenzials an engagementbereiten Freiwilligen nicht nur die Grundlage des von Gerhard Schröder im Jahr 2000 initiierten Reformprojekts der »zivilen Bürgergesellschaft« bilden (Schröder 2000a), sondern diese gleichsam als zentrale Wissensbestände in die inhaltliche Gestaltung der Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende einfließen, die, wie ausführlich gezeigt, als ein Paradebeispiel für eine Politik mit dem Potenzial betrachtet werden kann. D.h., die Diskussionen über die Förderung des freiwilligen Engagements werden angesichts der Vorstellung eines vermeintlich brachliegenden Engagementpotenzials zumeist auf die Frage verkürzt, wie diese ungenutzten individuellen Ressourcen durch geeignete institutionelle Maßnahmen gehoben und so die Zahl der tatsächlich engagierten Menschen erhöht werden kann. Bei dieser hier offengelegten Potenzialfokussierung handelt es sich jedoch keineswegs um einen sozialpolitischen Einzelfall. Vielmehr stellt der Potenzialbegriff nach Ansicht von Stephan Lessenich eine Lieblingssemantik des gesellschaftspolitischen Diskurses der Gegenwart dar, der nicht nur in der Engagementpolitik, sondern auch in der Alten-, Migrations- und Frauenpolitik zum zentralen Bezugspunkt fördernder und fordernder Maßnahmen avanciert. Es werden folglich, so Stephan Lessenich weiter, »immer neue und komplexere sozial-politische Interventionsformen erdacht, um die bislang verborgenen oder vorenthaltenen persönlichen Potenziale der Leute einer wirtschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Verwertung zuzuführen« (Lessenich 2013: 76).

75 | Diese Einschränkungen sollen nicht der Feststellung widersprechen, dass spaß- und ereignisbezogene Motive eine entscheidende Rolle im Engagement spielen (Kühnlein/Böhle 2002), sondern lediglich darauf hinweisen, dass es sich hierbei nicht zwangsläufig um eine neue Erscheinung handeln muss.

Mit Blick auf die engagementspezifische Regierungsprogrammatik und -technologie gilt demnach zusammenfassend festzuhalten, dass erst durch die kalkulative Vermessung des Engagementfeldes und die Durchsetzung der beschriebenen potenzialfokussierten Wissensordnung seit der Jahrtausendwende ein spezifischer Handlungs- und Legitimationsraum hergestellt wurde, der die Implementierung engagementspezifischer Reformen nahelegte und hierdurch günstige Bedingungen zur Etablierung einer bundespolitischen Engagementpolitik in Deutschland erzeugte. Zugespitzt formuliert schuf sich der Staat hierdurch sowohl den Anlass als auch die Legitimation seines Eingreifens in den Engagementbereich gewissermaßen selbst. Die hier bestätigte Annahme, dass die in der epistemischen Figur des Freiwilligen-Marktes kulminierende engagementspezifische Produktivitäts-Erzählung durch die Bereitstellung neuer Wissensbestände die Verabschiedung rechtlicher und institutioneller Vorgaben im Engagementbereich seit der Jahrtausendwende erst ermöglicht und legitimiert hat, muss jedoch dahingehend erweitert werden, dass auch umgekehrt ein Legitimationszusammenhang besteht: Indem sich die verabschiedeten Gesetze, Modellprojekte und Initiativen in der politischen Praxis auf die Argumente der Produktivitäts-Erzählung beziehen und die Deutungsangebote so in konkretes politisches Handeln überführen, sanktionieren und verfestigen sie diese nicht nur als wahre, sondern gleichsam auch als legitime Deutungen (Schwab-Trapp 2002: 46f.).

In das Netz der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung sind jedoch nicht nur potenzialfokussierte Wissensbestände eingewoben, sondern auch subjektbezogene Verhaltensanforderungen, die in der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« zusammenlaufen. Indem die Vorstellung einer aktiven, durch freiwilliges Engagement nicht nur sinnvoll, sondern auch selbstverantwortlich, produktiv und sozialverträglich verbrachten Freizeitgestaltung Verbreitung findet und sich in die dominante Wissensordnung einschreibt, soll diese Art der Freizeitgestaltung für jeden Bürger zur Selbstverständlichkeit werden und das durch die Symbole Fernsehen und Sofa verkörperte passive Freizeitbild ablösen. Um die Vorteile einer derartigen Lebensführung jedem Bürger nahe zu bringen, wird gerade in medialen und politischen Stellungnahmen stets betont, dass freiwilliges Engagement für alle Beteiligte einen Gewinn darstellt. Hiervon profitiert nicht nur der Engagierte selbst, der durch eine ehrenamtliche Betätigung Kontakte knüpft, Spaß hat, individuelle Probleme löst, seine Beschäftigungsfähigkeit verbessert und gesünder – weil aktiver – lebt, sondern auch die Empfänger der freiwilligen Leistungen und nicht zuletzt die Gesellschaft als Ganzes. Die Vorteile für die Allgemeinheit sind jedoch nicht nur moralischer, sondern auch ökonomischer Natur: Freiwillig Engagierte tragen in unterschiedlicher Weise zur Entlastung der öffentlichen Hand bei, sei es, indem sie z. B. gesundheitliche Probleme in Selbsthilfegruppen selbsttätig lösen, ihre Beschäftigungsfähigkeit und ihre Kompetenzen erhalten und so eigene Wege zurück in den Arbeitsmarkt erschließen oder mit ihren Hilfen Versorgungslücken in der öffentlichen Dienstleistungserbringung ausfüllen. In der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« wird folglich die hier aufscheinende widersprüchliche Anrufung des Einzelnen als Markt- und als Sozialbürger zu einem konsistenten Bild verdichtet.

Der wohl bedeutendste Fürsprecher einer so verstandenen Stärkung freiwilligen Engagements ist Gerhard Schröder selbst, der die Notwendigkeit seines Re-

formprojekts der »zivilen Bürgergesellschaft« stets durch Verweise auf ökonomische und moralische Gründe belegt:

»Ich sehe also einen Zusammenhang zwischen diesem Engagement und der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Das heißt, eine Stärkung der Zivilgesellschaft, also des vielfältigen sozialen Gewebes zwischen Markt und Staat, fördert nicht nur Solidarität und Gemeinsinn, nicht nur Freiheit und Lebensqualität. Eine starke und funktionierende Zivilgesellschaft ist auch wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft und damit auch für unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit.« (Schröder 2001a; ähnlich Schröder 2000c)

Die staatliche Förderung des freiwilligen Engagements wird demnach nicht nur aufgrund des gemeinschaftsförderlichen Surplus für dringend erforderlich erachtet, sondern avanciert vor allem deshalb zur absoluten Notwendigkeit, da sich die Gesellschaft einen Verzicht auf die brachliegenden Produktivitätspotenziale des Ehrenamtes, so der Tenor, nicht mehr leisten könne. Gerade im kommunalen Bereich wird freiwilliges Engagement als »ökonomisch beachtliche Ressource lokaler Lebensqualität« betrachtet, da diese freiwillig geleisteten Arbeitsstunden die zu meist finanziell überforderten kommunalen Haushalte entlasten und somit eine notwendige Ergänzung der regulären Grundversorgung darstellen (Zellner 2009: 220f.; ebenso Köhler 2010). Zur Plausibilisierung dieser Feststellung und zur Illustration des enormen ökonomischen Nutzens des freiwilligen Engagements greift man vor allem im politischen und medialen Kontext auf monetäre Kennzahlen zurück: »Bürgerschaftliches Engagement schafft zudem große Werte. Engagierte Bürgerinnen und Bürger tragen schätzungsweise jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Milliarden Euro zum Gemeinwesen bei. Allein durch diesen ökonomischen Nutzwert kommt bürgerschaftlichem Engagement ein hoher Stellenwert zu.« (Hübner 2009: 103)

Eine so verstandene Aktivierung der Freiwilligkeit, die »für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, vor allem aber für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das soziale Klima in unserem Land« von zentraler Bedeutung ist (Köhler 2007a), harmonisiert folglich in idealer Weise mit der neosozialen Gouvernementalität des aktivierenden Sozialstaatsumbaus, im Rahmen dessen moralisch-soziale und wirtschaftliche Handlungsrationaltäten eine fruchtbare Synthese eingehen (Lessenich 2008: 82, 2009: 163-166). Neben der Subjektivierungsfigur des »engagierten Bürgers« findet diese Verknüpfung sozialer und ökonomischer Rationalität ihren wohl sichtbarsten Niederschlag in dem für die Produktivitäts-Erzählung typischen Bild vom Freiwilligen-Markt, das in die ökonomisch inspirierte Annahme mündet, dass eine bedarfsgerechte Zusammenführung von Angebot und Nachfrage im Engagementbereich durchaus möglich sei. Der Begriff des Freiwilligen-Marktes, verstanden als epistemischer Kulminationspunkt der engagementspezifischen Angebots- und Nachfragerhetorik, bringt demzufolge die im öffentlichen Diskurs an das Bürgerengagement herangetragenen Erwartungen auf den Punkt, die zwischen einer diffusen, moralisch grundierten Gemeinwohl-förderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen und Produktivitätspotenziale oszillieren. Angesichts dessen ist es auch kaum verwunderlich, dass die demokratieförderlichen Implikationen oder gar das Kritikpotenzial des freiwilligen Engagements im Rahmen einer inhaltlich derart gerahmten bundespolitischen Engagementförderung, die in erster Linie auf die

Befriedigung einer hohen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit ausgerichtet ist und in der Bürgerengagement zur festen Größe in der staatlichen Leistungserbringung avanciert, eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Die bisherigen Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass durch die politische Aufwertung des Ehrenamtes seit Mitte der 1990er Jahre eine neue, dem Produktivitätsgedanken verpflichtete engagementbezogene Wissensordnung etabliert wird, die durch ständige Wiederholungen, Notwendigkeitskonstruktionen, durch die Heranziehung statistischer Befunde und wissenschaftlichen Spezialwissens mit Wahrheit und Gültigkeit versehen und gleichsam zur Selbstverständlichkeit und Normalität erhoben wird. In dem hier skizzierten Beispiel der sukzessiven Normalisierung der engagementspezifischen Wissensordnung tritt die Regierung der Freiwilligkeit als sozialer Produktionsprozess, im Rahmen dessen »diskursiv erzeugte Wahrheiten als zur Norm erhobene und damit als »natürliche« und als »normal« deklarierte Gewohnheiten ausgegeben werden« (Bublitz 1999a: 40), besonders deutlich zu Tage.

Zu den wohl grundlegendsten, mit Wahrheitsanspruch versehenen epistemischen Einsichten gehört die Annahme, dass es sich die Gesellschaft angesichts ernstzunehmender Krisenerscheinungen nicht mehr leisten könne, auf die Produktivität freiwillig Engagierter zu verzichten. Die Bürgergesellschaft scheint jedoch, obwohl sie in den analysierten Publikationen bereits zu einem Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen stilisiert wird, die an sie gerichteten politischen Erwartungen de facto bislang nur unzureichend zu erfüllen – was wiederum den appellativen Tonfall der gesamten Storyline erklärt – und deshalb einer entsprechenden Aktivierung zu bedürfen. D.h., einerseits wird der Bürgergesellschaft bereits ein hohes Maß an Vertrauen hinsichtlich der Lösung gesellschaftlicher Probleme entgegengebracht, andererseits wird aber immer noch davon ausgegangen, dass ein großer Teil der gesellschaftlichen Nächstenliebe unter einer dicken Schicht Egoismusdrang und Anspruchsdenken verschüttet sei und deshalb von staatlicher Seite engagementförderliche Maßnahmen ergriffen werden müssten, um diese Schichten abzutragen und mehr Menschen für ein Engagement zu begeistern. Die Bürgergesellschaft, so könnte man diese Überlegungen zusammenfassen, stellt demnach ein politisches Projekt dar, das darauf abzielt, »eine soziale Realität herzustellen, die es zugleich als bereits existierend voraussetzt« (Bröckling/Krasmann/Lemke 2000b: 9).

An dieser Stelle drängt sich unmittelbar die Frage auf, zu welchem Zeitpunkt dieses Projekt der Bürgergesellschaft abgeschlossen ist. Folgt man hierbei den Ausführungen des Apologeten des Dritten Weges, Anthony Giddens, dann ist dieser Punkt dann erreicht, wenn Staat, Markt und Bürgergesellschaft im Gleichgewicht sind (Giddens 2000: 336). Gouvernamentalitätstheoretisch argumentierende Autoren, wie Bröckling (2002b) oder Fach und Pates (2004), sind sich jedoch einig, dass es sich bei diesem ausgeglichenen Verhältnis um ein Zukunftsszenario handelt, um einen »entleerte[n] Fluchtpunkt« (Fach/Pates 2004: 317), der, da er niemals erreicht werden kann, lediglich der Produktion anhaltender Aktivität dient. Aufgrund der Unerreichbarkeit des Zustandes vollkommener Balance bezeichnen Pates und Fach dieses Gleichgewichtspostulat auch als einen »»appellativen« Motor der permanenten Bewegung« (ebd.: 318; ähnlich Lessenich 2008: 128), der auch mit Blick auf die Engagementpolitik des Bundes bis heute auf Hochtouren läuft.

Auf der Suche nach den produktiven Freiwilligen

Die Analyse der defizitären Vollzugswirklichkeit potenzialorientierter Modellprogramme, quantitativer Freiwilligenbefragungen und medial vermittelter Interviews mit Engagierten hat ergeben, dass sich nur die wenigsten Bürger mit der Anrufung als produktive Freiwillige bzw. engagierte Bürger identifizieren und die hier gepredigten Verhaltensanforderungen in ihre Alltagspraxis überführen. Die Nicht-Identifikation mit dem engagementspezifischen Aktivierungsdiskurs zeigt sich besonders eindrücklich daran, dass die Engagementquote in den 2000er Jahren, trotz ausufernder moralbasierter Verpflichtungsappelle und engagementförderlicher Maßnahmen, konstant geblieben ist und auch die bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Aktivierung des brachliegenden Engagementpotenzials über Modellprojekte mit den diesbezüglichen politischen Erwartungen nicht Schritt halten konnte. Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, dass sich – neben den weiterhin anzutreffenden alten Ehrenamtlichen – viele Freiwillige eher als neue Ehrenamtliche verstehen und der Neuentdeckung des Ehrenamtes als Produktivkraft vor allem dann skeptisch gegenüberstehen, wenn der Wunsch, etwas für andere zu tun, staatlich instrumentalisiert oder die individuelle und sinnstiftende Bedeutung des Ehrenamtes zugunsten einer bedarfsgerechten Lenkung in Bereiche, in denen eine große Nachfrage nach Freiwilligenarbeit zu verzeichnen ist, vernachlässigt wird. Gerade die mit ökonomischen Engpässen begründeten Erwartungshaltungen an das Ehrenamt werden von den Freiwilligen in den untersuchten Dokumenten oftmals mit der Begründung zurückgewiesen, dass man sich nicht als Lückenbüßer oder Ausfallbürgen eines überforderten Sozialstaates einspannen lassen wolle. Außerdem findet in politischen Verlautbarungen zum Engagementthema die Variante, dass sich manche Menschen vielleicht überhaupt nicht freiwillig engagieren und ihre Freizeit lieber anders füllen wollen, zumeist gar keine Erwähnung.

Dieses Festhalten vieler Freiwilliger an der Idee und der Alltagspraxis des neuen bzw. alten Ehrenamtes sowie der vollständige Verzicht auf eine freiwillige Beteiligung stellen somit Möglichkeiten dar, die produktivistische Aktivierungsprogrammatik – bewusst oder unbewusst – zu unterlaufen bzw. sich von dieser abzugrenzen. Diese Form der Zurückweisung der Anrufung findet aber nicht außerhalb der Regierung der Freiwilligkeit statt, sondern ist Teil derselben. Der anhaltend appellative Tonfall der Produktivitäts-Erzählung sowie die eklektizistisch anmutende Erprobung zielgruppenspezifischer Modellprojekte des Bundes in den 2000er Jahren legen die Vermutung nahe, dass die mangelnde alltagspraktische Verankerung des Produktivitäts-Dispositivs und der nur geringfügige Anstieg der Engagementquote von politischer Seite mitunter als Ausdruck einer defizitären Selbstführung der (potenziellen) Freiwilligen gedeutet wurden, die u.a. zur Intensivierung der appellativen Aktivierungsrhetorik sowie der äußeren Anleitung bzw. Fremdführung führte.

Die Bürger haben jedoch noch andere Möglichkeiten, ihre partielle bzw. vollständige Nicht-Identifikation mit der dominierenden produktivistischen Erwartungshaltung zum Ausdruck zu bringen. Nach Ansicht von Stephan Lessenich können aus den Anteilen der Anrufung, die nicht in die Identität der Subjekte überführt werden, »diskursive Deutungsüberschüsse [...] erwachsen, die ihrerseits eine eigene, politisch nicht kontrollierbare Dynamik entwickeln« (Lessenich 2008: 140). Interessanterweise sind es bezogen auf die Aktivierung von Freiwilligkeit

gerade die auf Kritik und Protest ausgerichteten Formen der Bürgerbeteiligung, die sich trotz (oder gerade wegen) ihrer Nichtthematisierung in der engagement-spezifischen Anrufungspraxis in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet haben. Exemplarisch verwiesen sei hier auf die in den 2000er Jahren immer wieder auffallenden Bürgerproteste, sei es gegen Hartz IV, gegen »Stuttgart 21« oder gegen Atomkraft angesichts der Ereignisse in Fukushima (Zeit Online 2011b). Diese bürgerschaftlichen Beteiligungsformen entsprechen zwar insofern der engagement-spezifischen Anrufungspraxis, als die Bürger augenscheinlich Verantwortung übernehmen sowie Eigenaktivität und Interesse für soziale Missstände zeigen, doch widerspricht die äußere Gestalt dieser Form der Eigenverantwortung dem politisch favorisierten Bürgerengagement, das besonders im sozialen, gesundheitlichen oder karitativen Bereich auf Zuspruch stößt.

4.7 DER (BE-)DEUTUNGSWANDEL DES FREIWillIGEN ENGAGEMENTS IN DEUTSCHLAND ZWISCHEN 1985 UND 2009

Rekapituliert man die empirischen Ergebnisse mit Blick auf das im Vorfeld formulierte Erkenntnisinteresse, wird deutlich, dass die ausführliche Herleitung der engagement-spezifischen Dispositive zweifelsohne zu einem tieferen Verständnis für die gesellschaftliche Neuverhandlung des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum geführt hat. Auf der Ebene des Verstehens können somit bislang die räumlichen und funktionalen Erkenntnisinteressen als saturiert betrachtet werden: Das räumliche Erkenntnisinteresse gilt insofern als befriedigt, als durch die Darstellung der Dispositive der Freiwilligkeit, beginnend mit dem Dispositiv des traditionellen Ehrenamtes über das Dispositiv der Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre bis hin zum engagementbezogenen Produktivitäts-Dispositiv, umfassend gezeigt werden konnte, welche Vorstellung von freiwilligem Engagement im Rahmen der multidimensionalen Regierung der Freiwilligkeit zwischen 1985 und 2009 produziert wurde. Durch die Analyse von Zeitungsinterviews und quantitativen wie qualitativen Freiwilligenbefragungen war es möglich, einen skizzenhaften Eindruck von der Alltagsrelevanz der Dispositive zu vermitteln. Außerdem gelang es durch die Verknüpfung diskurs- und gouvernementalitätstheoretischer Überlegungen die Mechanismen offenzulegen, mittels derer das weite Feld des freiwilligen Engagements im Untersuchungszeitraum als politisches Problem und Handlungsfeld konstituiert wurde. Ihren wohl deutlichsten Ausdruck findet diese sukzessive Verschiebung der stets kontingenten Grenze zwischen Bürgergesellschaft und Staat in der schrittweisen Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende. Somit kann auch das diesbezügliche funktionale Erkenntnisinteresse als befriedigt gelten.

Im Zuge der Rekonstruktion der gesellschaftlichen Neuverhandlung des freiwilligen Engagements zwischen 1985 und 2009 wurde zudem – gewissermaßen unbemerkt – dem zeitlichen Erkenntnisinteresse dieser Forschungsarbeit Rechnung getragen und der Blick für den bislang nicht explizit thematisierten Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit im zeitlichen Verlauf geöffnet. Diskursiver Wandel tritt hier in zwei unterschiedlichen Varianten in Erscheinung: Erstens als interner Umbau einer dispositiven Formation und zweitens als Diskursverschie-

bungen, die Nullmeier als »Veränderung von Relationen und Positionierungen zwischen Diskursformationen sowie als Auftreten neuer Diskursformationen und (Ver)Schwinden anderer« definiert (Nullmeier 2012: 47). Diese Unterscheidung berücksichtigend können das Aufkommen der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre seit Mitte der 1980er Jahre sowie die Entstehung der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource seit Mitte der 1990er Jahre als Diskursverschiebungen im Sinne der zuletzt genannten Variante diskursiven Wandels nach Nullmeier betrachtet werden. Das Auftreten dieser neuen Storylines führt allerdings nicht zum Verschwinden der jeweils bestehenden engagement-spezifischen Diskursformationen. Vielmehr stehen sie in einem Ergänzungsverhältnis zueinander, laufen nebeneinander her und gehen mitunter ineinander über (vgl. Abb. 1).

Seit der Durchsetzung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung Mitte der 1990er Jahre, bei der es sich vornehmlich um eine bundespolitisch erzeugte und wissenschaftlich grundierte Wissensordnung mit geringem Institutionalisierungsgrad handelt, finden keine Diskursverschiebungen im Sinne des Auftretens neuer Diskursformationen mehr statt. Nichtsdestotrotz lassen sich mit Blick auf diese Erzählung gerade Ende der 1990er Jahre zahlreiche interne Umbauten und diskursive Neuverknüpfungen feststellen, die an dieser Stelle nochmals kurz in Erinnerung gerufen werden sollen: Die Produktivitäts-Erzählung zwischen 1994 und 1998 zeichnete sich dadurch aus, dass das Engagementthema auf bundespolitischer Ebene zunehmend im Kontext gesellschaftlicher Krisenerscheinungen diskutiert und vor diesem Hintergrund gleichsam als gesellschaftliches Produktivitätspotenzial aufgewertet wurde, das bei entsprechender Aktivierung sowohl dem individuellen wie auch dem allgemeinen Wohl zugutekommt. Die institutionelle Dimension der Engagementförderung wurde in diesem Zeitraum entweder, was die staatliche Zuständigkeit anbetrifft, in erheblichem Maße marginalisiert oder aber in den Verantwortungsbereich der Vereine und Verbände verlagert. Diese Gestalt des dispositiven Netzes der Produktivitäts-Erzählung setzte sich zwar auch zur Jahrtausendwende im Wesentlichen fort, doch kam es hier zu verschiedenen internen Umbauten und Neuverknüpfungen, die gerade für die institutionelle Dimension der Engagementförderung von zentraler Bedeutung waren. Diese verlor durch die emblematische Verknüpfung mit dem Bürgergesellschaftskonzept, das wiederum zum zentralen Reformprojekt eines neuen aktivierenden Staates erhoben wurde, ihr bisheriges bundespolitisches Nischendasein und rückte in den Fokus der Aufmerksamkeit (vgl. Abb. 1). Ihren sichtbarsten Niederschlag fanden diese dispositiven Neuverknüpfungen in der Etablierung einer staatlichen Engagementpolitik seit der Jahrtausendwende.

Nach Abschluss und Stabilisierung dieser internen Diskursumbauten kann für den weiteren Verlauf der 2000er Jahre von einer Naturalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung in bundespolitischen Kreisen gesprochen werden. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Einschränkung, dass es sich hierbei lediglich um eine Normalisierung dieser Wissensbestände auf der Ebene der Bundespolitik handelt, denn wie ausführlich dargestellt, kann das Produktivitäts-Dispositiv bislang nur in begrenztem Umfang an die Erfahrungen und Alltagspraxis der (potenziellen) Freiwilligen anschließen. Diese Bedingung müsste aber für eine vollständige Naturalisierung der Storyline ebenfalls erfüllt sein. Diese Einschränkung gilt es im Blick zu behalten, wenn im Folgenden von

einer Normalisierung oder Hegemonialisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung die Rede ist (vgl. Abb. 1). In Anlehnung an Achim Landwehr gilt ein Diskurs dann als besonders erfolgreich bzw. naturalisiert, wenn es ihm erstens gelingt, konkurrierende bzw. alternative Deutungen zu integrieren bzw. zu marginalisieren, und zweitens, wenn »er nicht mehr als diskursives Produkt wahrgenommen wird« (Landwehr 2003: 113). Im Zuge eines derartigen Naturalisierungsprozesses entwickelt sich das im Diskurs transportierte Wissen zur selbstverständlichen Wahrheit: »Das Verborgenste ist das, worüber alle Welt sich einig ist, so einig, daß nicht einmal darüber gesprochen wird, ist das, was außer Frage steht, was selbstverständlich ist.« (Bourdieu 1993: 80f.) Im Hinblick auf das erste Erfolgskriterium wurde die hohe Integrationsleistung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung, die hierbei der »Logik der Marginalisierung und Fokussierung von Themen« folgt (Schwab-Trapp 2002: 57), bereits ausführlich dargestellt: Gerade die der Storyline Selbstverwirklichung statt Amt und Ehre zugrunde liegende Wissensordnung des neuen Ehrenamtes wurde im Rahmen der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung aufgegriffen und unter Betonung des Produktivitätsgedankens inhaltlich neu gerahmt. Demgegenüber wurden z.B. die demokratischen Implikationen des freiwilligen Engagements – abgesehen von einzelnen floskelhaften Erwähnungen – eher marginalisiert und der Fokus auf die sozialen und helfenden Formen des Ehrenamtes gelegt.

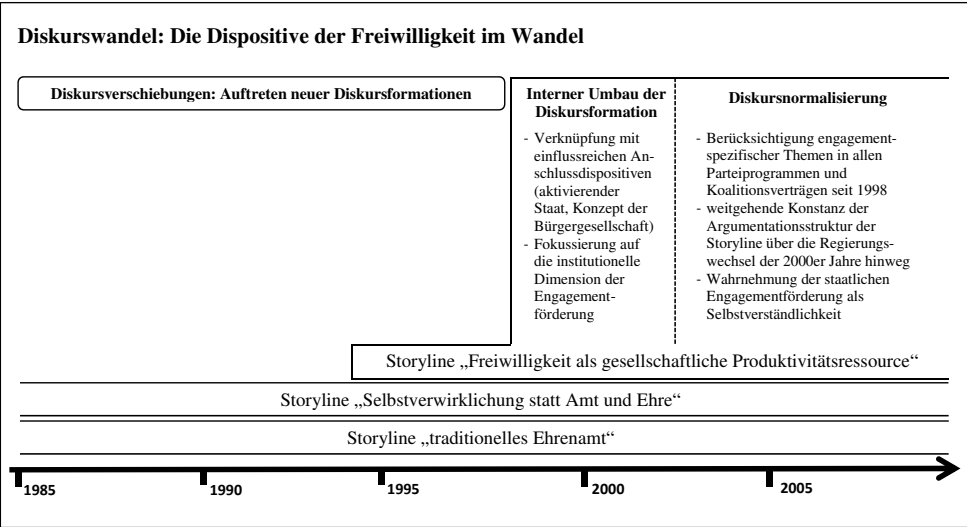
Auch die zweite von Landwehr formulierte Erfolgsbedingung – das Verblassen der diskursiven Produktionsbedingungen – wird durch die Storyline der Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource erfüllt: Für eine Normalisierung dieser Erzählung auf der bundespolitischen Ebene in den 2000er Jahren spricht erstens, dass die Förderung freiwilligen Engagements seit 1998 in allen Parteiprogrammen und Koalitionsverträgen thematisiert wird (vgl. Kap. 4.5, Fn. 47). Ein Blick in frühere Grundsatzprogramme und Koalitionsvereinbarungen zeigt, dass die Auseinandersetzung mit diesen Themen keineswegs schon immer auf der Agenda aller Parteien stand. Zweitens hat die empirische Analyse ergeben, dass die Argumentationsstruktur der Storyline Freiwilligkeit als gesellschaftliche Produktivitätsressource über die Regierungswechsel der 2000er Jahre hinweg weitgehend konstant geblieben ist. Zwar wurden engagementpolitische Maßnahmen seit Mitte der 2000er Jahre einerseits verstärkt vor dem Hintergrund neuer Krisenerscheinungen diskutiert und andererseits vom Leitbild des aktivierenden Staates abgekoppelt und zunehmend als Beitrag zur öffentlichen Dienstleistungserbringung betrachtet, doch führten diese inhaltlichen Schwerpunktverlagerungen nicht, wie es zwischen 1998 und 2002 noch der Fall war, zu grundlegenden diskursiven Umbauten: Das zur Jahrtausendwende etablierte Argumentationsmuster der Storyline, d.h. die Einbettung freiwilligen Engagements in einen kriseninduzierten Problemkontext, die diskursive Konstruktion eines erhöhten Engagementbedarfs und eines brachliegenden Engagementpotenzials sowie ihr epistemischer Kulminationspunkt, die Freiwilligen-Markt-Deutung, blieb auch nach 2002 weitgehend bestehen. Für die Naturalisierung der engagementspezifischen Produktivitäts-Erzählung auf der bundespolitischen Ebene spricht drittens, dass die Durchführung engagementpolitischer Maßnahmen durch den Staat im weiteren Verlauf der 2000er Jahre nicht mehr nur als Notwendigkeit betrachtet wurde, sondern sich zunehmend zur nicht mehr diskussionswürdigen Selbstverständlichkeit entwickelt hat. Ein Blick über den engeren Untersuchungszeitraum hinaus zeigt, dass

Ende der 2000er Jahre die Notwendigkeit der Förderung freiwilligen Engagements durch den Staat kaum mehr als ein diskursives Produkt, sondern vielmehr als nicht weiter begründungswürdige Gegebenheit wahrgenommen wird: So begegnet man z.B. im Demografiebericht von 2011 der selbstverständlich anmutenden Feststellung, dass die »Förderung freiwilligen und bürgerschaftlichen Engagements [...] in demokratischen Gesellschaften Aufgabe von Politik und Staat« sei (BMI 2011: 68f.).

Die Einsicht, dass Engagementförderung zu den natürlichen Aufgaben des Staates gehöre, sowie die dahinterliegenden Prämissen und Wissensbestände haben sich folglich im weiteren Verlauf der 2000er Jahre bei allen bundespolitischen Fraktionen gewissermaßen als Wahrheit etabliert, so dass eine Verständigung über das Für und Wider dieser Feststellung kaum mehr für nötig gehalten wurde. Die gegenwärtige Selbstverständlichkeit der staatlichen Engagementförderung spiegelt sich in der Erprobung verschiedener zielgruppenspezifischer Modellprojekte, der Durchführung engagementbezogener Gesetzesnovellierungen oder in jährlich veranstalteten Festwochen und Preisverleihungen wider. Die vom BBE organisierte, regelmäßig stattfindende »Woche des Bürgerschaftlichen Engagements« oder die jährliche Ordensverleihung an ehrenamtlich engagierte Bürger durch den Bundespräsidenten sind nur zwei medienwirksame Beispiele für die politische Neubewertung ehrenamtlicher Tätigkeiten in den letzten zwei Jahrzehnten.

Zur Veranschaulichung des soeben skizzierten Wandels der Dispositive der Freiwilligkeit im Untersuchungszeitraum werden die zentralen Erkenntnisse nachfolgend in Gestalt eines Zeitstrahls zusammengefasst.

Abb. 1: Die Dispositive der Freiwilligkeit im Wandel



Quelle: eigene Darstellung

Die vorliegende Forschungsarbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, nicht bei der bislang erfolgten Diskursbeschreibung stehen zu bleiben, sondern unter Rückgriff auf hegemonietheoretische Ansätze gleichsam eine Erklärung für den diskursiven Wandel der auf der Ebene des Verstehens skizzierten Storylines zu finden. Die zeit-

lichen und funktionalen Erkenntnisinteressen sind in diesem Kontext kaum voneinander zu trennen, da der Wandel der Dispositive der Freiwilligkeit (zeitliches Erkenntnisinteresse) grundlegend auf hegemoniale Konflikte zurückgeführt werden kann, die sich im Untersuchungszeitraum um die institutionelle Dimension der Engagementförderung entsponnen haben (funktionales Erkenntnisinteresse). Dem Ziel der Befriedigung des zeitlich-funktionalen Erkenntnisinteresses auf der Ebene des Erklärens widmet sich der zweite Teil der Ergebnispräsentation, dem zunächst einige methodische Anmerkungen vorausgeschickt werden sollen, auf deren ausführliche Herleitung im ersten Methodenkapitel aus Gründen der Stringenz verzichtet wurde.

Wie bereits im ersten Teil des methodischen Vorgehens dargelegt, liegt der als Hegemonieanalyse konzeptualisierten Diskursanalyse dasselbe Textkorpus wie der Dispositivanalyse zugrunde, das entsprechend den Prämissen der Grounded Theory analysiert wurde. Im Gegensatz zur Dispositivanalyse wurden hier die aus dem offenen und axialen Kodierprozess hervorgegangenen institutionen- und wissensbezogenen Codes dezidiert mit Blick auf die jeweiligen Positionen der Diskursbeteiligten bezüglich der institutionalisierten Gestalt einer staatlichen Engagementpolitik analysiert. Im Mittelpunkt der diesbezüglichen Kontroversen stand die Frage, ob es in den Zuständigkeitsbereich des Staates falle, dem von den Vereinen und Verbänden erheblich problematisierten Nachlassen der Engagiertenzahlen in den eigenen Reihen mit Hilfe engagementbezogener institutioneller Reformen entgegenzuwirken. Das Ergebnis dieses Analyseschritts war eine Liste der besonders aktiv am Diskurs beteiligten Gruppen- und Organisationssubjekte, die sich in öffentlichen Auseinandersetzungen und an unterschiedlichen institutionellen Orten um bestimmte Causal Stories über die Ursachen, Folgen und Lösungen der problematisierten Entwicklungen im Ehrenamt gruppiert haben. Hierzu zählen die Dachverbände für Sport, Kultur und Soziales, organisierte Freiwilligenvertretungen, Sozialwissenschaftler, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, Kommunal- und Landespolitiker sowie die bundespolitischen Fraktionen. Diese haben sich aus unterschiedlichen – zum Teil stark divergierenden – Gründen zu Diskurskoalitionen um spezifische Argumentationsketten zusammengefunden und durch die Neu- und Reinterpretation engagementbezogener Fragen in diskursiven Konflikten zur Verbreitung einer bestimmten, die institutionelle Dimension betreffenden Sichtweise beigetragen. Auf diese Weise wurden der Wandel der Storylines wie auch der damit einhergehende Policy-Wandel maßgeblich vorangetrieben. Die sich hierbei gegenüberstehenden Diskurskoalitionen mit ihren unterschiedlichen Causal Stories gilt es nachfolgend überblicksartig darzustellen, bevor anschließend die weiteren methodischen Voraussetzungen einer als Hegemonieanalyse konzeptualisierten Diskursanalyse erläutert werden.

